

Katharina Beier, Jenny Bogitzky, Hubertus Buchstein,
Katharina Feike, Benjamin Fischer, Pierre Freyber,
Mathias Strüwing, Tim Wiedemann

Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns



Greifswald 2006

1. Auflage August 2006

Das Buch erscheint in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommerns.

TITELANGABE

Katharina Beier, Jenny Bogitzky, Hubertus Buchstein, Katharina Feike, Benjamin Fischer, Pierre Freyber, Mathias Strüwing, Tim Wiedemann 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald: Steinbecker Verlag.

ISBN: 10 3-931483-35-5

ISBN: 13 978-3-931483-35-7

EAN: 9783931483357

UMSCHLAGGESTALTUNG UND GRAFIKEN:

Mathias Strüwing

BEZUGSMÖGLICHKEIT:

Universität Greifswald

Institut für Politikwissenschaft

Baderstraße 6/7

17487 Greifswald

Tel. +49(0)3834 86-3150

Fax +49(0)3834 86-3153

E-Mail: powi@uni-greifswald.de

VERLAG:

Steinbecker Verlag

Dr. Ulrich Rose

DRUCK UND BUCHBINDERISCHE VERARBEITUNG:

Druckhaus Panzig, Greifswald

Inhalt

| | |
|-----------------------------------|-----|
| Vorwort | 5 |
| 1. Einleitung | 9 |
| 2. Der Landkreis Ostvorpommern | 42 |
| 3. Die Kleinstadt Anklam | 66 |
| 4. Der Landkreis Ludwigslust | 91 |
| 5. Die Hansestadt Stralsund | 115 |
| 6. Zusammenfassung und Ergebnisse | 146 |
| Literatur | 187 |
| Fragebogen | 190 |
| Abkürzungsverzeichnis | 193 |
| Autorenangaben | 194 |

Vorwort

Im Juni 2004 zog die NPD mit insgesamt zehn Mandaten in sieben Kommunalparlamente von Mecklenburg-Vorpommern ein. Es war das erste Mal in der Geschichte des Bundeslandes, dass Rechtsextremisten Sitze in parlamentarischen Körperschaften¹ erobern konnten. War die öffentliche Reaktion darauf zunächst ausgesprochen lebhaft, geriet das Thema bald aus dem Blickwinkel der medialen Wahrnehmung.

Das ist zunächst nicht überraschend, denn die politische Kommunikation über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik folgt vielfach einer ‚Logik der Skandalierung‘. Über das Thema Rechtsextremismus wird vor allem dann in den Massenmedien berichtet und es wird von Politikern kommentiert, wenn es konkrete Vorfälle – seien es rechtsextremistische Mord- und andere Gewalttaten oder ein hohes Wahlergebnis für eine rechtsextremistische Partei – gegeben hat. Diese Ereignisse werden dann zum Anlass genommen, geradezu beschwörend über die Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, hinzuweisen und Stellung zu beziehen. Nach einer gewissen Zeitspanne werden diese Vorfälle von anderen politischen Ereignissen abgelöst und überlagert. Das Thema wird erst dann erneut aufgegriffen, wenn ein neuer Vorfall zu melden ist. Dieser gleichsam zyklischen ‚Logik der Skandalierung‘ ist unter den Bedingungen moderner massenmedialer Kommunikation gar nicht zu entkommen und sie soll hier deshalb auch nicht kritisiert werden; dennoch ist es wichtig, sich der Nebenfolgen dieser Logik bewusst zu werden. Das Thema Rechtsextremismus setzt mediale Berichterstatte offenkundig einem gewissen Zwang aus, seine Anhänger nicht nur als besonders martialisch und gefährlich, sondern auch als stark und politisch erfolgreich darzustellen.

Beim Umgang der Medien mit der Kommunalpolitik der NPD lässt sich dieser Mechanismus besonders gut beobachten. Denn es gibt kaum einen Zeitungsartikel oder eine Fernsehdokumentation zum Thema NPD aus den letzten Jahren, die nicht darüber berichteten, dass die NPD in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei und in den Gemeinden, in denen die Partei bevorzugt tätig ist, feste Wurzeln geschlagen habe. Berichtet wird in solchen Zusammenhängen häufig über die immergleichen NPD-Politiker – besondere Prominenz hat in diesem Zusammenhang Uwe Leichsenring aus Königstein (Sachsen) erlangt, – die dann als

¹ Die politisch gewählten Gremien der kommunalen Selbstverwaltung werden in diesem Buch durchgehend als ‚Kommunalparlamente‘ bezeichnet. Wir folgen damit sowohl dem allgemeinen Sprachgebrauch wie auch institutionellen Veränderungen in Richtung ‚Parlamentarisierung‘ der kommunalen Politik seit den 80er Jahren, auch wenn die Rede von kommunalen ‚Parlamenten‘ ihrer doppelten Funktion als Stätten der Verwaltung sowie der Bürgerbeteiligung nicht ganz gerecht wird. Vgl. zu dieser Problematik Roth 1997: 412ff.; Blanke u.a. 2005 und Rudzio 2006: 392ff.

Beispiel dafür angeführt werden, wie gut die rechtsextremistische Partei sich doch mittlerweile kommunal etabliert hätte. Sehr viel weniger erfährt man hingegen über den Alltag der politischen Arbeit der Partei oder die Aktivitäten der anderen mehr als vierzig kommunalen Mandatsträger der NPD in Sachsen. Und noch spärlicher fallen die Informationen darüber aus, inwieweit ihre Parteikader den von ihnen selbst gesteckten Zielen – und sei es nur annäherungsweise – gerecht werden.

Der NPD kommt diese Art der Berichterstattung nicht ungelegen. Die beschwörenden Warnungen, die NPD sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen, werden in der Parteipresse und in ihrer Propaganda im Internet regelmäßig als Eingeständnis der demokratischen Kräfte angeführt, dass die Agitation der NPD auf günstigen Boden falle.² Und sämtliche größeren Fernsehsendungen und Artikel, die von einer kommunalen Verankerung der NPD berichten, werden von der Partei umgehend zustimmend als Beleg dafür zitiert, wie erfolgreich ihre Kommunalpolitik sei. Mittlerweile setzt die NPD die Berichterstattung über sie sogar als strategisches Wahlkampfmittel ein, so etwa, wenn sie im Vorfeld der Landtagswahl im September 2006 in Mecklenburg-Vorpommern auf die „engagierte Sachkompetenz“³ ihrer kommunalen Mandatsträger verweist.

Die Medienberichterstattung über die NPD an dem einen Pol und die Berichterstattung der NPD über ihre eigenen Arbeit an dem anderen Pol des massenmedialen politischen Kommunikationsprozesses setzen auf diese Weise einen wechselseitigen Verstärkungseffekt in Gang. Aus dem Blick gerät in dieser medialen Dialektik allerdings die Antwort auf die Frage, was die Partei wirklich tut und ob sie tatsächlich so ‚erfolgreich‘ ist, wie ihre Gegner und Anhänger es glauben machen. Doch während der ersten 18 Monate, in denen die NPD in den sieben kommunalen Parlamenten vertreten war, ist in der gesamten Presse Mecklenburg-Vorpommerns nicht ein einziger Artikel erschienen, der sich jenseits des journalistischen Tagesgeschäfts etwas systematischer mit den Aktivitäten der kommunalen Mandatsträger der Partei befasst hätte.⁴

Im Anschluss an ein Hauptseminar zum Thema ‚Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland‘ hat sich deshalb im Sommersemester 2005 eine Gruppe von Studierenden und Lehrenden am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald zusammengefunden, um Näheres über die Arbeit der NPD in den Kommunalparlamenten in unserem Bundesland in Erfahrung zu bringen. Zugleich wollte

² Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem Artikel in der Parteizeitung ‚Deutsche Stimme‘ sowie Beiträge auf der NPD-Homepage (www.npd.de).

³ Vgl. ‚Es reicht!‘ Wahlkampfzeitung der NPD zur Landtagswahl, Juni 2006, 4.

⁴ Lediglich ein Artikel aus der ‚Schweriner Volkszeitung‘ vom 4. Februar 2006 beschäftigt sich etwas grundlegender mit dem Agieren der NPD im Kreistag von Ludwigslust.

die Gruppe wissen, wie die demokratischen Parteien und Wählerbündnisse mit der für sie neuen Herausforderung, auf kommunaler Ebene mit Rechtsextremisten konfrontiert zu sein, umgehen. Die konkreten Forschungen begannen im Spätsommer 2005. Seitdem wurde die Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern kontinuierlich beobachtet und die Befunde von vier Fallstudien – die Städte Anklam und Stralsund sowie die Landkreise Ostvorpommern und Ludwigslust – ausgewertet und zusammengetragen.

Mit dem vorliegenden Buch präsentieren wir das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit. Das Buch versteht sich nicht als politische Intervention, sondern als eine politikwissenschaftliche Untersuchung, d.h. es will vor dem Hintergrund bisheriger Forschungsergebnisse aus anderen Bundesländern die bisherige Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern sachlich analysieren und nüchtern darüber informieren. Erst vor dem Hintergrund einer soliden Bestandsaufnahme lassen sich auch die Rezepte, mit denen die demokratischen Parteien und Wählerbündnisse auf die Existenz rechtsextremer Kräfte in Kommunalparlamenten reagieren, bewerten.

Während der Projektarbeit haben wir vielfältige Unterstützung erfahren. Mehrere Bürgermeister, viele Kommunalparlamentarier aller Parteien, Experten in den Regionen zum Thema ‚Rechtsextremismus‘ sowie eine Reihe an Verwaltungsangestellten in den Kommunen standen für Interviews, Fragen oder Hintergrundgespräche bereitwillig zur Verfügung, halfen bei der Bereitstellung archivierter Dokumente oder beteiligten sich beim Ausfüllen unseres Fragebogens. Dafür möchten ihnen herzlich danken – ohne ihre Kooperation wäre das Projekt nicht möglich gewesen. Denn dass selbst eher niederschwellige Kooperationsformen beim Thema NPD offensichtlich keine Selbstverständlichkeit sind, konnten wir den Gründen entnehmen, mit denen unsere Bitte um das Ausfüllen eines anonymisierten Fragebogens von einigen Kommunalpolitikern abgelehnt wurde: Sie reichten von der Beschwerde, wir würden „Gesinnungsschnüffelei“ betreiben, über die These, die NPD sei eine ‚zugelassene Partei‘ und damit demokratisch legitimiert⁵, bis hin

⁵ Auf die irreführende Aussage, dass die NPD eine ‚zugelassene Partei‘ sei, stießen wir bei unseren Gesprächen immer wieder. Richtig ist demgegenüber, dass Parteien in der Bundesrepublik keiner Zulassung unterliegen. Das Recht, eine Partei zu gründen, ist von der Verfassung geschützt und erfordert deshalb kein besonderes staatliches Zulassungsverfahren. Es gibt lediglich die Möglichkeit, eine Partei (auf Antrag des Bundestages, des Bundesrates oder der Bundesregierung) vom Verfassungsgericht nach penibler Prüfung verbieten zu lassen, sofern sie in aggressiver Absicht die politische Ordnung des Grundgesetzes bekämpft und von ihr eine Gefahr für die Verfassungsordnung der Bundesrepublik ausgeht. Die Verfassung setzt also bewusst hohe Hürden für ein Parteienverbot. Ein Verbotsantrag ist eine ‚Kann-Option‘ für den demokratischen Rechtsstaat, aber kein ‚Muss‘, selbst wenn eine Partei offensichtlich verfassungsfeindlich ist. Diese Regelung soll den Raum für Abwägungen schaffen, eine verfassungsfeindliche Partei in ihrem Agieren gegebenenfalls

zur Behauptung, dass die wissenschaftliche Erforschung der NPD die Partei politisch aufwerte. Angesichts solcher Einblicke in einige Abgründe der politischen Kultur möchten wir uns umso mehr bei all denjenigen bedanken, die unserem Vorhaben bereitwillig Rede und Antwort standen. In diesen Dank möchten wir auch Vertreter der NPD mit einbeziehen.

Das Buch erscheint in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommerns. Besonders danken möchten wir Steffi Krohn, Jan Schulze und Tilo Siewert, die in der hektischen Schlussphase unseres Buchvorhabens die Nerven behielten und uns auf Fehler und Ungereimtheiten im Text aufmerksam gemacht haben. Auch wenn die gemeinsame Arbeit an diesem Text nicht nur aus „redaktionellen Sternstunden“ bestand – die Verantwortung für diesen Text tragen allein die Autorinnen und Autoren als Gruppe.

Greifswald, im Juli 2006

vom Verfassungsschutz zu beobachten, statt ihre Akteure dazu zu zwingen, nur noch verdeckt zu operieren. Im Übrigen ist der Verbotsantrag gegen die NPD im Jahre 2003 nicht aus sachlichen Gründen gescheitert, sondern wurde vom Verfassungsgericht allein aus formalen Gründen (die für das Gericht ungeklärte Rolle von V-Männern in der Partei) nicht entschieden. Zu den Prozeduren eines Parteienverbots und die politische Debatte über Sinn und Unsinn eines Verbotes der NPD vgl. Leggewie/Meier 2002.

1. Einleitung

Im Jahre 2004 ist die Zahl der Mandate, die die NPD bei Kommunalwahlen in der Bundesrepublik gewinnen konnte, für ihre Verhältnisse beachtlich angestiegen. In Sachsen-Anhalt erlangte sie sieben, in Thüringen und im Saarland jeweils zehn Mandate und in Sachsen konnte sie sich sogar von neun (im Jahre 1999) auf 42 Sitze in Kommunalparlamenten steigern. Auch bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern gelang der NPD in diesem Jahr mit zehn gewählten kommunalen Mandaten aus ihrer Sicht ein Wahlerfolg. Für diese Ergebnisse war von der Partei unter der Parole ‚Nationaler Wind in die Rathäuser!‘ im Vorfeld massiv geworben worden.¹ Entsprechend euphorisch fiel die eigene Berichterstattung nach den Wahlen, die ihnen in den verschiedenen Bundesländern insgesamt 70 kommunale Mandate bescherte, aus. Die Parteiführung sprach von einem „Aufbruchsfanal“² und sah ihre Strategie eindrucksvoll bestätigt.

Heute, mehr als zwei Jahre nach diesen Wahlerfolgen, weiß man immer noch vergleichsweise wenig über die in die Kommunalparlamente eingezogenen Mandatsträger der NPD und was sie dort seitdem getan oder nicht getan haben. Aus keinem der genannten Bundesländer liegen bislang Untersuchungen zur kommunalpolitischen Tätigkeit der NPD vor.

Was hat die NPD in den Kommunalparlamenten bislang wirklich vollbracht? Entspricht es den Tatsachen, wenn die Partei im Zuge ihres Wahlkampfes für den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern im Sommer 2006 immer wieder auf ihre Verankerung vor Ort und ihre gute kommunalpolitische Arbeit verweist? Oder ist eher das verbreitete Vorurteil zutreffend, dass sich Rechtsextremisten in der parlamentarischen Arbeit in der Regel als völlig unfähig erweisen? Dies sind die Fragen, die im Jahre 2005 am Beginn unseres Forschungsvorhabens standen, als wir uns entschlossen, eine nüchterne Bestandsaufnahme der kommunalpolitischen Tätigkeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Im Zuge des konkreten Forschungsprozesses sind dann freilich weitere Fragen hinzugekommen bzw. haben eine präzisere Gestalt angenommen.

Das Gesamtbild, vor dessen Hintergrund sich diese Forschungsfragen erst sinnvoll formulieren lassen, besteht aus drei größeren Puzzleteilen. Zunächst soll erstens kurz nachgezeichnet werden, welchen Stellenwert die NPD ihrerseits der parlamentarischen Arbeit, insbesondere der Arbeit in den Kommunalparlamenten, beimisst (Kap. 1.1). Zweitens wird dann der gegenwärtige Forschungsstand über das Agieren von

¹ Vgl. zur Berichterstattung in der NPD-Presse u.a. Reinhard Busch: Nationaler Wind in die Rathäuser! In: Deutsche Stimme, Mai 2004.

² Vgl. Holger Apfel: Aufbruchsfanal! In: Deutsche Stimme, August 2004.

Rechtsextremisten in bundesdeutschen Parlamenten – und zwar Landtagen und kommunalen Vertretungskörperschaften – im Hinblick auf bisherige Befunde, methodische Hinweise und untersuchenswerte Einzelfragen ausgewertet (Kap. 1.2). Das dritte Puzzleteil besteht aus einer knappen Skizze der rechtsextremistischen Szene in Mecklenburg-Vorpommern, wie sie sich seit 2003 bis heute darstellt (Kap. 1.3). Nachdem diese drei Puzzleteile grob zusammengelegt sind, wollen wir dann im vierten Abschnitt der Einleitung die Auswahl der vier Fallstudien, auf denen unsere Untersuchung basiert, plausibel machen und in diesem Zusammenhang auch auf einige Fragen zum Quellenmaterial und den Untersuchungsmethoden eingehen (Kap. 1.4).

1.1 NPD und parlamentarische Demokratie

Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie haben in ihrer langen Geschichte immer wieder eine erstaunliche Integrationskraft entfaltet – man denke nur an die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder an die italienische neofaschistische MSI (heute NA) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die beide als Gegner des Parlamentarismus in die Parlamente gelangten und später sukzessive zu Verteidigern der parlamentarischen Demokratie konvertierten. Zu diesem integrativen Trend der parlamentarischen Demokratie gibt es bekanntlich auch eine Reihe historischer Gegenbeispiele: So wie die Bolschewiki auf Seiten der Linken bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Parlamentarismus blieben, lehnten auch die Nationalsozialisten auf Seiten der Rechten – trotz ihres zwischenzeitlichen Geredes über ihre Verfassungstreue – den Parlamentarismus im Namen einer ‚völkischen Demokratie‘ rigoros ab und bezichtigten diejenigen aus ihrem politischen Umfeld, die sich konstruktiv darauf einließen, der ‚Anpassung‘ und der ‚Verbonzung‘.

Die NSDAP war eine konsequent anti-parlamentarische Partei. Als sie 1924 zum ersten Mal in einem Parlament vertreten war, geschah dies gegen den Willen des zu dieser Zeit inhaftierten Hitler. Für ihn war der Parlamentarismus ein Kernstück des ‚Systems der Novemberverbrecher‘. Als die NSDAP dann später die so genannte ‚Legalitätstaktik‘ einschlug und zunehmend mehr Mandate gewann, bedienten sich ihre Abgeordneten aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um den Parlamentarismus zu diskreditieren und praktisch unmöglich zu machen. Die Tätigkeit der NSDAP im Reichstag bestand in den wenigen Jahren der Republik, in denen sie darin vertreten war, im Wesentlichen darin, die parlamentarischen Verhandlungen zu stören und lächerlich zu machen. Die NSDAP-Abgeordneten zogen in militärischen Formationen uniformiert in die Parlamente ein und verweigerten sich jeglicher Mitarbeit. Wenn der Reichstag später während des NS-Regimes nicht einfach abgeschafft wurde, sondern Hitler ihn stattdessen mit einigen ihm geneh-

men Parteigenossen bestückte und als Forum für gelegentliche Reden nutzte, so war dies nur eine von vielen Inkonsequenzen des Nationalsozialismus.

Die 1964 gegründete NPD war demgegenüber eine Partei, die von ihrer Struktur her – zumindest in ihrer Gründungsphase – weniger eine ‚Bewegung‘ darstellte, sondern von vornherein darauf angelegt war, an Wahlen teilzunehmen und Parlamentssitze zu erobern. Ihr Ziel war zwar die Überwindung der Demokratie der Bundesrepublik und die Etablierung eines autoritären Regimes. Dennoch verstand sie sich in ihrer politischen Praxis unter den Bedingungen des Grundgesetzes als eine parlamentarische Partei, was sie von der NSDAP bei allen sonstigen ideologischen Parallelen und Kontinuitäten ihres Personals unterschied.

Nach 1924 und 1964 stellt sich – nochmals 40 Jahre später – die Frage nach dem Verhältnis rechtsextremer Parteien zur parlamentarischen Demokratie heute erneut. Dass die NPD in der Tradition einer hämischen Verunglimpfung des Parlamentarismus und einer Systemkritik steht, wie wir sie während des gesamten 20. Jahrhunderts auf Seiten des Rechtsextremismus in verschiedenen Ländern Europas und auch weiterhin am Beginn des 21. Jahrhunderts wahrnehmen können, wird jedem Leser des Parteiprogramms der NPD, ihrer Zeitung ‚Deutsche Stimme‘ und erst recht jedem Hörer von Redebeiträgen aus der Partei leicht deutlich. Keinen Hehl macht die Partei nicht nur daraus, dass sie zentrale Werte und institutionelle Arrangements des Grundgesetzes ablehnt, sondern auch daraus, dass sie diese Verfassung im Ganzen abschaffen möchte.³ Dies ist der Grund, warum die Partei vom Verfassungsschutz nicht lediglich als „rechtsradikale“ Partei am gleichsam äußersten rechten Ende innerhalb des Verfassungsbogens der Bundesrepublik rubriziert wird, sondern als eine „rechtsextremistische“ Partei, d.h. als eine Partei, die sich mit ihren Zielen und Grundwerten jenseits des Bodens der Verfassung bewegt.⁴

NPD und Parlamentarismus

Versucht man die grundsätzliche Haltung der NPD speziell zur parlamentarischen Demokratie anhand ihrer parteioffiziösen Programmatik herausfinden, erweist sich dies zum großen Teil als vergebliche Liebesmüh. Die Suche ist nicht nur deshalb so schwierig, weil die NPD ihre programmatischen Äußerungen im Hinblick auf eventuelle, neuerlich drohende Verbotsverfahren sprachlich zurückhaltend formuliert, son-

³ Vgl. zum offenen Bekenntnis dieser Zielsetzung nicht nur die diversen Beiträge der beiden selbsternannten „Cheftheoretiker“ der NPD Jürgen Gansel und Jürgen Schwab (vgl. Schwab 1999, 2002), sondern z.B. auch die Schlusspassagen des Interviews mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt in der ‚Deutschen Stimme‘ vom Februar 2002.

⁴ Zum rechtsextremistischen Charakter der NPD vgl. Pfahl-Traughber 2000, 2006. Zu den Argumenten, die bei der NPD für oder gegen ein Parteienverbotsverfahren sprechen, vgl. Leggewie/Meier 2002.

dern auch weil die Partei in ihrer Programmatik diesbezüglich schlechterdings unkonkret bleibt. Lädt man das derzeit gültige Parteiprogramm aus dem Jahre 1997 zum Zweck der Lektüre aus dem Internet herunter⁵, so sucht man die Worte „Parlament“ oder gar „Kommunalparlament“ vergeblich. Dass dies kein Zufall ist, wird deutlich, wenn man einen gründlicheren Blick in das 80-seitige ‚Aktionsprogramm‘ der Partei aus dem Jahre 2002 wirft.

Wie in all ihren Schriftstücken üblich, bezichtigt die NPD auch hier zunächst alle anderen Parteien von CSU bis PDS unisono der Korruption, des Filzes, der Unfähigkeit, verbrecherischer Taten sowie des Totalitarismus. Unter der Überschrift „Demokratie“ meint sie dann aber als „eine Hauptsache“ für diesen angeblichen Zustand nicht allein deren moralische Verkommenheit, sondern die „Gewaltenverschränkung“⁶ im politischen System der Bundesrepublik ausmachen zu können. Die NPD versteht darunter die (im Grundgesetz vorgesehenen) Bestellungsfunktionen des Bundestages (also die Wahl der Regierung, der Bundesverfassungsrichter u.a. durch das Parlament). Ihre eigene Systemalternative stellt sie unter die Überschrift „strikte Gewaltenteilung“⁷ und plädiert in diesem Zusammenhang für zweierlei Änderungen im politischen System der Bundesrepublik: zum einen für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene sowie zum anderen für eine massive Erweiterung der Kompetenzen des Bundespräsidenten. Der Präsident soll die Regierung völlig unabhängig vom Parlament einsetzen und abberufen können. Dem Parlament obläge zwar nominell „die Kontrolle der Exekutive“⁸, wobei aber völlig im Unklaren bleibt, ob und welche legislativen und kontrollierenden Rechte tatsächlich beim Parlament verbleiben sollten und wie sie diese Rechte geltend machen könnten. Wie sehr sich die NPD mit diesen an sich ganz moderat formulierten Äußerungen tatsächlich von der Theorie und Praxis des modernen demokratischen Parlamentarismus entfernt, wird daran deutlich, dass sie das Wort „Parlament“ in diesem Zusammenhang tunlichst vermeidet und stattdessen von „Legislative“ oder „Gesetzgebungsorgan“ spricht. Wenn die NPD das Wort „Parlament“ in ihren Publikationen scheut, dann ist dies kein Zufall, sondern Ausdruck der Tatsache, dass sie die parlamentarische Demokratie durch ein autoritär-präsidentielles System ersetzen möchte.

Es gibt einen anderen Punkt in der Programmatik der NPD, der im Zusammenhang mit ihrem kommunalpolitischen Agieren von Bedeutung ist: der Status des Kommunalen und Regionalen in der Ideologie der NPD. An verschiedenen Stellen ihres Aktionsprogramms propagiert die

⁵ Vgl. Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), 1997 zum ersten Mal aufgelegt.

⁶ Aktionsprogramm der NPD, 44 (vor den Bundestagswahlen 2002 herausgegeben).

⁷ Aktionsprogramm der NPD, 45. Zugleich fordert sie aber auch die „Direktwahl der Richter durch das Volk“ und gibt damit die einige Zeilen vorher propagierte strenge Gewaltenteilung gleich wieder auf.

⁸ Aktionsprogramm der NPD, 45.

NPD die Bedeutung kleiner Gemeinschaften für den Staat. Diese Gemeinschaften werden vulgär-biologistisch als ‚rassisch‘ homogene Einheiten beschrieben. Sie sind es, die nach Ansicht dieser Ideologie dem einzelnen Menschen seine Identität aufprägen. Der Mensch wird also nicht als ein Wesen beschrieben, das seine Identität in der Spannung zwischen Individualität und Gemeinschaft findet, sondern als ein ausschließlich an der Gemeinschaft orientiertes Wesen (dies erklärt auch die Ablehnung individueller Freiheiten und Grundrechte durch die Ideologen der Partei). Laut Programm der NPD erfährt der Mensch seine Gemeinschaftszugehörigkeit in drei Grundformen. Alle drei Formen werden als ‚schicksalsgebundene‘ Gemeinschaft erlebt, die sich im politischen Weltbild der NPD-Programmatik in Pyramidenform zueinander anordnen lassen. Zum einen die „Familie“, dann die „Dorf- oder Wohnviertelgemeinschaft“⁹ und schließlich „das Volk“ als Summe aller ethnisch homogenen Bewohner eines Staates. Das „Volk“ ist die höchste Ebene gemeinschaftlicher Einheiten, die sich im politischen Weltbild organisch zusammenfügen – wobei die Bezeichnung ‚organisch‘ nicht metaphorisch, sondern durchaus wörtlich zu verstehen ist, denn die Vorstellung, die dahinter steht, ist, dass es natürliche Gemeinschaftsformen sind, die in der ethnisch homogenen Nation zusammenwachsen und aus denen ‚Fremdkörper ausgeschieden‘ werden müssen.

Immer wieder betont die NPD in ihrer Programmatik die Bedeutung dieser unteren Ebene der Familie und der Region als die ‚natürlichen‘ Gemeinschaften. Konkret setzt sie sich ein für den Erhalt des lokalen „Brauchtum[s]“ und der „Heimat als Mitglied einer Solidargemeinschaft“¹⁰, die für das Überleben von Menschen schlechthin essenziell seien. Vor dem Hintergrund eines Menschenbildes, das nur die gemeinschaftlichen Aspekte des menschlichen Zusammenlebens als legitim anerkennt, ist es dann nur konsequent, wenn die NPD die übergreifenden Verwaltungsstrukturen moderner Staatlichkeit als „anonyme Geldausgabestellen“¹¹ kritisiert und in der gegenwärtigen Gesellschaft nichts anderes als eine „kalte, anonyme, wertefreie Ellenbogen-gesellschaft“¹² erkennen mag.

Das organische Weltbild in der NPD-Programmatik und die Rolle der kleinen lokalen und regionalen Gemeinschaften sind in unserem Zusammenhang deshalb von Bedeutung, weil genau an diesen Passagen der Ort wäre, an dem die NPD in ihrer politischen Programmatik die kommunale Demokratie einfügen könnte – sei es um die von ihr beabsichtigte Vergemeinschaftung vor Ort zu stärken oder um der von ihr so gefürchteten Anonymisierung entgegenzuwirken. Insofern ist an dieser Stelle weniger bemerkenswert, was die NPD in ihre Programmatik aufgenommen, als vielmehr das, worauf sie verzichtet hat: Tatsächlich fin-

⁹ Aktionsprogramm der NPD, 10.

¹⁰ Aktionsprogramm der NPD, 12.

¹¹ Aktionsprogramm der NPD, 11.

¹² Aktionsprogramm der NPD, 11.

det sich von einer politisch eigenständigen Bedeutung der lokalen oder regionalen politischen Ebenen in ihren Programmen kein einziges Wort. Die einzige positive Referenzebene in der Programmatik ist das rassistisch definierte „Gesamtvolk“. Alle anderen gesellschaftlichen Interessen – nicht nur die von Gruppen, sondern auch die von lokalen Instanzen – sind per definitionem „partikularistisch“ und müssen sich dem so genannten „Gemeinwohl“ rigoros unterordnen. Der völkische Gesamtstaat ist es letztlich, der für die Partei der ‚Nationalen‘ – wie sie sich in ihren Wahlkämpfen auch nennt – die oberste legitimierende Referenz bildet. Deshalb verzichtet die NPD in ihren Programmen auch darauf, den von ihr für die Identität der Einzelnen als so eminent wichtig angesehenen lokalen Strukturen der Gesellschaft eine auch nur irgendwie geartete politische Selbstverwaltungsstruktur zuzugestehen.

Fassen wir zusammen: In der offiziellen Programmatik der NPD lehnt die Partei den Parlamentarismus grundsätzlich ab.¹³ Auch spielt die Arbeit in kommunalen Parlamenten für die Partei keine eigenständige Rolle: zum einen, weil sie den Parlamentarismus generell zugunsten eines politischen Systems mit einer starken und autoritären Exekutive ablehnt, zum anderen, weil sie den lokalen Ebenen in der von ihr vorgestellten ‚Volksgemeinschaft‘ keinerlei politische Eigenständigkeit zugesteht. Aus Sicht ihrer Programmatik ist die Beteiligung der Partei in den Kommunalparlamenten also lediglich eines von mehreren Instrumenten, um ihre auf Systemüberwindung gerichteten Ziele durchzusetzen.

Kommunalpolitik im Kontext der NPD-Strategie

Zwei Fragen schließen sich an diesen Befund an: Erstens, für welche Ziele soll die Kommunalpolitik aus Sicht der NPD instrumentalisiert werden, und zweitens: Halten sich die in die Kommunalpolitik involvierten NPD-Kommunalparlamentarier überhaupt an die in der Programmatik formulierten Vorgaben? Durchaus denkbar wäre es, dass zwischen den verbalradikalen programmatischen Äußerungen der NPD und der Praxis ihrer Politiker vor Ort eine Kluft besteht. Beginnen wir aber mit der ersten Frage, der Rolle und Funktion der parlamentarischen Arbeit im Kontext der politischen Strategie der NPD. Diese Debatte ist in der NPD nach dem Amtsantritt des Parteivorsitzenden Udo Voigt im Jahre 1996 mehrfach lebhaft geführt worden. In ihrer Zeitung, ‚Deutsche Stimme‘, wurde ab 1999 eine Reihe von fast gleich lautenden Beiträgen zu diesem Thema im Rahmen einer von der Parteileitung angesetzten ‚Strategiediskussion‘ veröffentlicht. Darin wurden die lokalen Parteimitglieder dazu aufgefordert, wieder vermehrt die Stadtrats- und Gemeinderats-

¹³ Diese Ablehnung wird in den Schriften des Parteitheoretikers Jürgen Schwab unter Rekurs auf die rechtsextreme Parlamentarismuskritik während der Weimarer Republik in folgender Formel bündig zusammengefasst: „Kurzum, der Parlamentarismus ist für wahrhafte (National-) Demokraten völlig überflüssig geworden!“ Vgl. Schwab 1999: 184.

sitzungen zu besuchen sowie die örtliche Lokalpresse zu lesen. Auf diese Weise sollten sie Themen ermitteln, an welche die Partei der NPD erfolgreich anknüpfen könnte. Die NPD müsse sich „in Zukunft viel stärker auf die ‚weichen Bürgeranliegen‘“¹⁴ konzentrieren; – genannt werden neben den in erster Linie lokalen Themen wie Tierschutz, Schul- und Familienpolitik insbesondere die vielerorts umstrittenen Gemeindegebietsreformen, die die NPD als eine „Auslöschung lokaler Identitäten“¹⁵ anprangert. Die Hoffnungen, mit denen die NPD-Führung diese Strategie verbindet, bringt einer der Artikel auf folgende Formel: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen – Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden.“¹⁶

Die Gesamtstrategie der NPD wird von der Parteiführung seit ihrem Parteitag in Stavenhagen im Januar 1998 als ‚Drei-Säulen-Strategie‘ tituliert. Mit diesem als neu ausgegebenen Kurs will die Partei einen ‚Kampf um Köpfe‘ führen, d.h. ihre Mitglieder und Anhänger umfassend schulen und neue Anhänger durch die Verbreitung ihrer Programmatik rekrutieren. Der ‚Kampf um die Straße‘ richtet sich mit der Forderung nach einer Besetzung öffentlicher Räume, z.B. durch Demonstrationen und symbolische Kranzniederlegungen, an ihre stärker aktionsorientierten Anhänger und soll zu einer Massenmobilisierung führen. Und schließlich sollen im ‚Kampf um die Parlamente‘ für Wählerstimmen gewonnen und Parlamentsmandate errungen werden. „Ohne Wahlteilnahmen“, so der Parteivorsitzende Voigt, „würden wir den Bezug zum Volk verlieren und zum Sektendasein verkümmern“.¹⁷ Die ‚Drei-Säulen-Strategie‘ ist zwar innerparteilich mehrfach erläutert worden¹⁸, letztlich aber auch innerhalb der rechtsextremen Klientel in vielen Punkten unklar geblieben. Das liegt vor allem daran, dass diese „Strategie“ schon von ihrem Grundansatz her inkonsistent ist, auch wenn sie von der Parteiführung so propagiert wird, als würden sich aus den drei Säulen automatisch Synergien ergeben. Widersprüchlich an dieser Strategieformel ist, dass sie sich mit dem Formelpartikel „Straße“ einerseits bewusst an die gewaltbereite Szene des Rechtsextremismus richtet. So ist es der NPD nach dem Amtsantritt von Voigt beispielsweise gelungen, prominente Vertreter der militanten Neonaziszene für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Andererseits setzt der Formelbestandteil „Parlamente“ darauf, dass sich die Partei ein seriöses Erscheinungsbild gibt, um auf diese Weise größere Kreise der Bevölkerung für ihre Ziele einnehmen zu können. Bis heute ist der Konflikt in der Partei zwischen Parteifunktionären, die auf den Zusammenhalt der NPD und ihr langsames Hineinwachsen in die Mehrheitsgesellschaft bedacht sind und den Ver-

¹⁴ Deutsche Stimme, Januar 2000.

¹⁵ Deutsche Stimme, Januar 2000.

¹⁶ Deutsche Stimme, Januar 2000.

¹⁷ Deutsche Stimme, April 2004.

¹⁸ So noch einmal ausführlich in einem Interview mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt in der Deutschen Stimme im Februar 2002.

treten eines aktivistischen und aggressiven Autonomiekonzeptes innerhalb der NPD nicht entschieden.¹⁹ Diese Unentschiedenheit gilt auch für die NPD von Mecklenburg-Vorpommern, wie unter anderem ihre Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl 2006 zeigt: Auf den vorderen Plätzen der NPD-Landesliste finden sich neben gemäßigeren Parteimitgliedern wichtige Aktivisten der Kameradschaften.

Der von der NPD angekündigte ‚Kampf um die Parlamente‘ lässt sich logischerweise nicht ohne Teilnahme an Wahlen führen. Eine erfolgreiche Wahlbeteiligung spielt für die NPD dabei auch in Konkurrenz zu den anderen Parteien im rechten Spektrum – insbesondere DVU und REPublikaner – eine gewichtige Rolle. Der Bundeswahlleiter der NPD forderte in einem Rundschreiben im März 1998 parteiintern: „Das Mindestziel sollte das Erreichen der Führungsrolle [...] auch auf dem Gebiet der Wahlen sein“²⁰. Dabei spielt nun die Kommunalpolitik aus Sicht der NPD eine entscheidende Rolle. Denn nach den Vorstellungen der NPD-Führung besteht zwischen einer erfolgreichen kommunalpolitischen Arbeit und Wahlerfolgen auf höheren Ebenen ein unmittelbarer Zusammenhang. In zahlreichen Äußerungen betonen Vertreter der Parteiführung diese Bedeutung. Parteichef Voigt hatte 1999 in einem programmatischen Aufruf mit dem maliziösen Titel „Mit der NAPO auf dem Weg ins neue Jahrtausend“ diese Strategie folgendermaßen umrissen: „Wenn wir unsere Politik für Deutschland fest verankern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen [...]. Das nationale politische Fundament muss in den Kommunen aufgebaut werden. [...], denn hier können wir dem Wähler zeigen, dass die NPD keine Briefkastenpartei ist, sondern von Menschen repräsentiert wird, die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Interessen der deutschen Bürger einsetzen“ (Voigt 1999: 470). „Erst wenn auf der kommunalen und Kreisebene die NPD präsent ist“ so war kurz darauf in der ‚Deutschen Stimme‘ zu lesen, „wird ein landesweiter oder gar bundesweiter Wahlerfolg möglich sein“²¹. Gleich nach der Kommunalwahl 1999 war in der parteioffiziösen Selbstdarstellung des Landesverbandes Sachsen die gleiche Parole zu lesen: „Die NPD muss in Sachsen noch stärker eine Partei mit Gesicht werden. Über die Kommunalpolitik wird es dann gelingen, dauerhaft Fuß zu fassen.“²² Und schon im Jahre 2000 wurde mit Blick auf die erst 2004 anstehende sächsische Landtagswahl in der ‚Deutschen Stimme‘ verkündet: „Um also die Voraussetzung für den Einzug in den Landtag in dreieinhalb Jahren zu schaffen, müssen weitere Lokalgrößen und weitere regional bekannte Politiker der NPD aufgebaut werden“.²³

¹⁹ Vgl. zu diesem Strategiedilemma der NPD Stöss 2005: 132ff.

²⁰ Schreiben des Bundeswahlleiters der NPD vom 20. März 1998, zit. nach Butterwegge 1999: 116.

²¹ Deutsche Stimme, April 2000.

²² Söffner 1999: 300.

²³ Deutsche Stimme. April 2000.

Dies ist im Übrigen auch der Tenor der NPD-Presseerklärungen angesichts der in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 2006 anstehenden Landtagswahl. Die aus Sicht der Partei enttäuschenden Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt Ende März 2006 führte Parteichef Voigt in der ‚Deutschen Stimme‘ auf die dort „mangelnde kommunale Verankerung vor Ort und fehlende Direktkandidaten“²⁴ zurück. Unter Berufung auf die errungenen kommunalen Mandate sieht Voigt die Partei demgegenüber in Mecklenburg-Vorpommern „regional verankert“²⁵ und prognostiziert ein sehr viel besseres Abschneiden bei den Landtagswahlen. Man habe, so NPD-Sprecher Klaus Beier in einem Seitenhieb gegen die DVU, in Sachsen-Anhalt gesehen, „dass die kommunale Verankerung auch durch sehr viel Geld im Wahlkampf nicht wettzumachen ist.“²⁶

Das in den aktuellen Veröffentlichungen der Partei so vollmundig propagierte Anliegen, die Parteiarbeit auf die kommunale Ebene zu fokussieren, ist freilich nichts Neues von der NPD und mitnichten erst ihrer ‚Drei-Säulen-Strategie‘ geschuldet. Im Gegenteil. Die Versuche, auf der kommunalen Ebene politisch anzudocken, begleiten die NPD spätestens seit 1973, als die Partei auf ihre erdrutschartigen Verluste in den Landtagen mit einer strategischen Umorientierung auf kommunale Anknüpfungspunkte zu reagieren versuchte.²⁷ Ein Parteitagsbeschluss bestimmte 1981 noch einmal ausdrücklich: „Bei der zukünftigen gesamtpolitischen Ausrichtung der Partei ist der Kommunalpolitik ein weit höherer Stellenwert einzuräumen als bisher.“²⁸ Und 1988 hieß es in einem Schwerpunktheft der ‚Deutschen Stimme‘ zur Kommunalpolitik apodiktisch: „Das ‚örtliche Gemeinwesen‘ interessiert den Bürger weit aus mehr als die große Politik.“²⁹ Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch, dass die NPD 1981 ein Grundsatzprogramm mit dem Titel „Kommunalpolitik alternativ“ und 1990 eine ‚Loseblatt-Sammlung‘ des Parteivorstandes mit einem „Muster für kommunalpolitische Programme“ herausbrachte, welche die Parteiführung ihren verbliebenen kommunalen Mandatsträgern ans Herz legte. Eine Auswertung der Flugblätter und kommunalpolitischen Programme der NPD vor Ort hat allerdings ergeben, dass die jeweiligen örtlichen Kandidaten diese Musterprogramme fast unverändert abgeschrieben und kaum an die lokalen Gegebenheiten an den Orten, an denen sie kandidierten, angepasst haben.³⁰ Die Hinwendung zu den Kommunalparlamenten ist mit-

²⁴ Erklärung des Parteivorsitzenden Voigt in: Deutsche Stimme, März 2006.

²⁵ Erklärung des Parteivorsitzenden Voigt in: Deutsche Stimme, März 2006.

²⁶ Erklärung des NPD-Pressesprechers Beier. In: Süddeutsche Zeitung vom 28. März 2006.

²⁷ Vgl. zu dieser Umorientierung und den ersten kommunalpolitischen Programmen der NPD Wagner 1992: 31-37.

²⁸ Zit. nach Wagner 1992: 40.

²⁹ Deutsche Stimme, April 1988.

³⁰ Zu diesen Programmen und der angeführten Auswertung vgl. Wagner 1992: 32f.

hin also keine wirklich neue Strategie der NPD, sondern wird von ihr schon seit über dreißig Jahren in schöner Regelmäßigkeit lediglich neu proklamiert. Letztlich war diese strategische Ausrichtung nicht Ausdruck der Stärke der NPD, sondern zumeist eine bislang eher hilflose Reaktion, die nicht verhindern konnte, dass sie bei Wahlen meist von einem Desaster in das nächste trudelte.

Doch zurück zur Gegenwart. Was ist von den selbst gesteckten Zielen der NPD zu halten? Es soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden, wie viel Realitätsferne es braucht, um in zehn kommunalen Mandaten im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern eine feste kommunale Verankerung erkennen zu können. Auch soll nicht diskutiert werden, inwieweit der von der NPD behauptete Zusammenhang zwischen erfolgreichen Kommunalwahlen und Wahlen auf höheren Ebenen tatsächlich evident ist. In der Politikwissenschaft wird dies z.B. bezüglich des Zusammenhanges zwischen Landtags- und Bundestagswahlen sehr viel differenzierter gesehen. So ist es in der Forschung Konsens, dass Kommunalwahlen ihre „eigenen Gesetze“ haben und auf die Landesebene nicht übertragbar sind. Wie dem auch sei. In der strategischen Ausrichtung der NPD jedenfalls hat der Versuch, die Partei über die Arbeit in Kommunalparlamenten regional zu verankern, derzeit eine hohe Priorität.

Diese Prioritätensetzung kommt nicht von ungefähr und sie ist auch nicht allein das Resultat nüchterner politischer Analyse. Vielmehr wird sie gleichsam erzwungen durch ein ganz bestimmtes Bild, das die politische Vorstellungswelt der für taktische Fragen zuständigen Parteifunktionäre beherrscht und auf das wir bereits im Zusammenhang mit der Parteiprogrammatik kurz eingegangen sind: das Bild eines Organismus, das die Parteifunktionäre auch auf politische Phänomene übertragen (z.B. in der Vision einer homogenen Volksgemeinschaft). Entsprechend wird es in der NPD offensichtlich auch auf die Funktion der Kommunalpolitik angewandt, die sich – um in der Logik vom Bild eines Organismus zu bleiben – vielleicht am ehesten mit einem Efeu vergleichen lässt: Die politische Arbeit der NPD soll lokal feste Wurzeln schlagen und den Parteikörper dann auf dieser Basis kontinuierlich in alle Richtungen nach oben wachsen lassen. Ralf Haschke, NPD-Kreistagsabgeordneter aus dem hessischen Wetteraukreis, drückt die Erwartungen, die er mit dem kommunalpolitischen Engagement seiner Partei verbindet, folgendermaßen aus:

„Dort, wo Nationaldemokraten kommunalpolitisch aktiv sind, ist eine überdurchschnittliche Akzeptanz unserer Ideen in der Bevölkerung zu verzeichnen, die sich auch bei bundesweiten Wahlen niederschlägt [...]. Dort, wo Nationaldemokraten kommunalpolitisch in Erscheinung treten, erkennen die Bürger, dass hier Menschen ‚wie Du und ich‘ für ihre Ideen und Ideale eintreten, dass sie Argumente haben und dass das, was sie sagen, ‚Hand und Fuß‘ hat. Mehr noch, viele Menschen haben eine geheime Hochachtung für diese Nationalisten, die noch den Mut aufbringen, in dem ‚frei-

sten Staat, der jemals auf deutschem Boden existierte', offen die Wahrheit zu sagen. [...] Wir Nationalisten müssen lernen, die Sprache der Menschen in diesem Land zu sprechen. Und wo kann man dies besser als in dem Dorf oder der Stadt, in der man lebt. Daraus folgt: Nationale Arbeit muss an der Basis beginnen.“³¹

Dass die erfolgreiche Arbeit in Kommunalparlamenten für die NPD auch gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt, ist der Partei durchaus bewusst. Im August 2003 gründete sie deshalb unter Führung des saarländischen Landesvorsitzenden Peter Marx die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) als Dachorganisation aller NPD-Abgeordneten in Städten und Gemeinden. Das Ziel des Verbandes ist es, die Kandidaten der NPD stärker zu mobilisieren und einheitliche Wahlkampfstrategien zu entwickeln. Die Gründung der KPV erfolgte in der parteiüblichen Vollmundigkeit. Erreicht sei eine neue Stufe in der Organisation der Partei. Mit der KPV verfüge die NPD „nach fast vierzig Jahren erstmals über eine Dachorganisation für ihre Abgeordneten in den Städten und Gemeinden.“³² Ziel der KPV sei es, „in Zusammenarbeit mit allen kommunalpolitischen Mandatsträgern die Richtlinien für die praktische Arbeit in den kommunalen Körperschaften zu erarbeiten“³³ und geplant seien „Bildungsmaßnahmen und Schulungen“.³⁴ Die damit intendierte disziplinierende Funktion dieser Zusammenarbeit wird mit folgenden Worten umschrieben: „Die KPV wird auch Hilfe zur Verbreitung der NPD-Grundsätze in der praktischen Kommunalpolitik geben, um dadurch das nationaldemokratische Weltbild weiten Teilen der Bevölkerung nahe zu bringen.“ Nach parteioffiziellen Angaben verfügte die KPV im Frühjahr 2004 über Verbände in den Bundesländern Sachsen, Saarland, Bayern, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen³⁵. Mittlerweile ist dieser Schwung allerdings verfliegen. Seit zwei Jahren hat man aus der Partei nichts mehr von der KPV gehört und es scheint, als sei dieses Projekt mangels Masse stillschweigend beerdigt worden.

Auch andere Initiativen der Parteileitung kann man im Zusammenhang mit den Anforderungen erfolgreicher Kommunalpolitik sehen, z.B. die Ende 2003 erstmals ausgerufene ‚Bildungsoffensive‘ innerhalb der NPD. Folgt man der Berichterstattung der ‚Deutschen Stimme‘, so macht sich die Partei offensichtlich große Sorgen um das Bildungsniveau ihrer Anhängerschaft. Viele „Kameraden“, so die parteioffizielle Kritik, seien lediglich in der Lage, ihre politischen Überzeugungen

³¹ Deutsche Stimme, Mai 2004.

³² Deutsche Stimme, September 2003. Auch diese Behauptung ist bei näherer Betrachtung nicht ganz zutreffend. Bereits 1983 hatte die NPD nach ihrem Bundesparteitag in Fallingb. eine „Hauptabteilung Kommunalarbeit“ eingerichtet, die die damals verbliebenen kommunalen Mandatsträger organisatorisch zusammenfassen sollte. Diese Initiative des Parteivorstandes schief allerdings recht schnell ein; vgl. Wagner 1992: 38f.

³³ Deutsche Stimme, September 2003.

³⁴ Deutsche Stimme, September 2003.

³⁵ Deutsche Stimme, April 2004.

schlagwortartig anzugeben. Daher sei es notwendig, die „lähmende Konsumhaltung“³⁶ in der Partei zu überwinden; der Unwille zur parteiilichen Bildung sei ‚Volksverrat‘.

Trotz einiger von der NPD auch öffentlich eingeräumter Schwierigkeiten hegt die Partei in ihren offiziellen Verlautbarungen immer noch die höchsten Erwartungen bezüglich ihrer kommunalen Verankerung. Dies hat so manchen kritischen Beobachter der NPD verleitet, in Alarmismus auszubrechen. So etwa Rainer Erb, der davor warnt, dass die NPD die massenhafte Vertretung in Kommunalparlamenten als Hebel benutzen wolle, um das bestehende politische System zu Fall zu bringen. Sie „will durch das Anheizen von Konflikten und durch die Verschärfung von Krisen ein destruktives Klima schaffen, von dem sie sich erhofft, dass daran demokratische Verfahren und Aushandlungsprozesse scheitern und der Ruf nach einem autoritären Führerstaat laut wird“.³⁷ Die Intention der NPD ist damit sicher zutreffend beschrieben, ob sie jedoch auch in der Lage ist, dieses Ansinnen umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. Bevor man in schrille Warnrufe verfällt, sollte man nicht vergessen, dass die kommunale Strategie aus Sicht der NPD nicht nur ein alter Hut, sondern auch ausgesprochen aufwendig, voraussetzungs- und fehleranfällig ist. Letztlich bedeutet sie eine erhebliche Zumutung für die ungeduldischen Aktivisten in ihren Reihen: Von ihren Parteimitgliedern verlangt sie nicht nur den Mut zum offenen Bekenntnis für ihre Positionen vor Ort, sondern auch ein gewisses Maß an Persönlichkeit und hohe lokale Kompetenz. Darüber hinaus hängt der Erfolg dieser Strategie ganz wesentlich davon ab, dass die in die Kommunalpolitik involvierten Parteimitglieder ihr rein instrumentelles Verhältnis zu den Kommunalparlamenten auch beibehalten und sich aus Sicht der Partei nicht „korrumpieren“, also in das politische System integrieren lassen. Schließlich und vor allem verlangt die kommunale Strategie auch einen langen Atem, entbehrungsreiches Aktenstudium und lang andauernde Sitzungen mit politischen ‚Todfeinden‘ sowie die Fähigkeit, im politischen Engagement vor Ort kontinuierlich die Bindung zu den Bürgern herzustellen. Angesichts dieses Anforderungsprofils ist es wenig verwunderlich, wenn sich die meisten modernen rechtspopulistischen, rechtsradikalen und rechtsextremistischen Parteien in anderen Ländern von dieser Art traditioneller „Politik von unten“ verabschiedet haben und ihren Erfolg bei Wahlen gleich auf der höheren Ebene zu erreichen suchen, indem sie sich der Wahlpropaganda mittels des Fernsehens und anderer Massenmedien bedienen.

So gesehen mutet die Strategie der NPD gar nicht mehr so modern an, sondern wirkt eher wie eine verzweifelt-trotzige Anleihe an das Erfolgsrezept der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder an die Alternativbewegung hundert Jahre später. Es ist nicht ohne Ironie, dass die NPD mit den zum Teil hochgesteckten und

³⁶ Deutsche Stimme, August 2003.

³⁷ Erb 2002: 58.

naiven Erwartungen, die sie an eine aus ihrer Sicht erfolgreiche Kommunalpolitik richtet, in gewisser Weise zu einem Opfer ihrer eigenen organischen Weltsicht wird, nach der – wie mit dem oben verwendeten Bild des Efeus angedeutet – ihre Politik zuerst in den Kommunen Wurzeln schlagen muss, um dann höher hinaus bis in die Landtags- und Bundesebene zu wachsen. Was wäre, wenn der Efeu auf halber Strecke vertrocknet? Was wäre, wenn die NPD sich auf kommunaler Ebene zwar gut bekannt macht, dies aber längerfristig in ein für sie ganz und gar nicht positives Wahlergebnis mündet?

1.2 Rechtsextremisten in bundesdeutschen Kommunalparlamenten

Wie schon geschildert, ist die Wahrnehmung von Parlamentsmandaten in der Kommunalpolitik beileibe kein neues Betätigungsfeld der NPD. Die Partei kann in ihrer mittlerweile über 40-jährigen Geschichte auf eine lange, allerdings auch recht wechselvolle Karriere als parlamentarische Kraft zurückblicken. Zu den nichtsdestotrotz bestehenden Konstanten in den bisherigen parlamentarischen Aktivitäten der NPD zählt, dass es ihr erstens nicht gelungen ist, in den Bundestag zu kommen, sie sich zweitens bislang in keinem einzigen der von ihr je eroberten Landtage nachhaltig etablieren konnte und dass sie zum dritten als parlamentarische Kraft auf Landesebene an keiner Regierung beteiligt war (wohingegen sie auf kommunaler Ebene in den 60er und frühen 70er Jahren durchaus in einige Koalitionskonstellationen mit der CDU aufgenommen worden war).³⁸ Abgesehen von diesen drei Konstanten, bleibt die Entwicklung der NPD in Bezug auf ihre parlamentarischen Tätigkeiten und Erfolge als wechselvoll zu beurteilen. Werfen wir zuerst einen kurzen vergleichenden Blick auf die Arbeit der NPD in den Landtagen, bevor wir genauer auf die Kommunalparlamente schauen.

Die NPD in den Landtagen

Recht schnell nach ihrer Gründung im Jahre 1964 war es der NPD zwischen 1966 bis 1968 gelungen, in sieben Landtage der alten Bundesrepublik einzuziehen.³⁹ Mindestens ebenso bemerkenswert wie dieser schnelle Erfolg war die Tatsache, dass es der NPD nach dem verfehlten Einzug in den Bundestag im Jahre 1969 mit 4,3 Prozent in keinem ein-

³⁸ Vgl. zu Schleswig-Holstein: Niethammer 1969: 164.

³⁹ Hessen (im Jahre 1966 mit 7,9 Prozent), Bayern (1966: 7,4 Prozent), Bremen (1967: 8,8 Prozent) Niedersachsen (1967: 7,0 Prozent), Schleswig-Holstein (1967: 5,8 Prozent) Rheinland-Pfalz (1967: 6,9 Prozent) und zuletzt in Baden-Württemberg (1968: 9,8 Prozent); vgl. Schmollinger 1986: 1954.

zigen der sieben Bundesländer je wieder gelang, erneut in den Landtag zu kommen. Die Partei erlebte in den sieben Bundesländern jeweils einen dramatischen Stimmeneinbruch, der sie nirgendwo auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde brachte. Für die Abwendung der Wähler gibt es ein ganzes Bündel von Gründen.⁴⁰ Dazu gehören auch die heftigen Kontroversen in einigen NPD-Landtagsfraktionen, der Austritt verschiedener Abgeordneter im Zuge der innerparteilichen Konflikte sowie das konkrete Agieren der NPD-Abgeordneten in den Landesparlamenten.

Lutz Niethammers gründlicher Analyse der frühen NPD-Parlamentspraxis aus dem Jahre 1969 zufolge konnte in den von ihm untersuchten Landtagen lediglich im Falle Niedersachsens – und mit gewissen Einschränkungen Hessens – von einer einigermaßen aktiven Parlamentsarbeit der NPD gesprochen werden. Zusammenfassend lassen sich für diese Frühphase in der parlamentarischen Landtagsarbeit der NPD zwar kein einheitliches Bild, in der vergleichenden Analyse aber durchaus einige übereinstimmende Muster in der parlamentarischen Arbeit erkennen.⁴¹ Die aktiven Landtagsabgeordneten arbeiteten in der Regel sehr fleißig im Parlament und waren (anders als die NSDAP in der Weimarer Republik) bemüht, die parlamentarischen Regeln und Geschäftsordnungen genauestens einzuhalten. Erhebliche Probleme hatten die meisten Parlamentarier allerdings bei der Sacharbeit, da sie bei der Auswahl ihrer Kandidaten stärker darauf geachtet hatten, ob es sich um aus ihrer Sicht vorzeigbare Persönlichkeiten handelte, als darauf, ob diese Kandidaten auch politisch kompetent waren. Die in den Landtagen von der NPD aufgeworfenen Themen waren in erster Linie die Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1937 (wofür die Landtage auch damals nicht zuständig waren) sowie kostspielige Forderungen für Subventionen von Landwirten, für staatliche Aufträge lokaler Firmen sowie nach mehr Lehrern an den Schulen. Auffällig häufig waren auch Anträge der Partei, die sich auf Interessen oder Belange einzelner Abgeordneter bezogen.⁴² Angaben über die Finanzierung ihrer Forderungen fehlten in der Regel. Die von der NPD ins Spiel gebrachten Kürzungen waren immer die gleichen, deckten das benötigte Finanzvolumen aber nicht ab: Kürzungen der Entwicklungshilfe (für die die Landtage ebenfalls nicht zuständig waren), Einschnitte bei der Finanzierung der Landeszentralen für Politische Bildung und bei den Länderzuschüssen für die zentrale Ermittlungsstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg sowie als Dauerthema die Forderung nach einer Senkung der aus ihrer Sicht viel zu hohen Abgeordnetendiäten.

⁴⁰ Zu den Gründen vgl. im Einzelnen Schmollinger 1986: 1959ff. und Hoffmann 1999: 173ff.

⁴¹ Vgl. zum Folgenden Niethammer 1969.

⁴² Zum Beispiel über Pensionen von Familienangehörigen, vgl. Niethammer 1969: 181.

Folgt man der Studie von Niethammer weiter, dann waren es paradoxerweise vor allem die älteren Abgeordneten mit ehemaliger NSDAP-Mitgliedschaft, die sich vom Stil der Partei in der Weimarer Republik dadurch unterschieden, dass sie nun auf ein penibles Einhalten der parlamentarischen Regeln pochten. Niethammer fasst seine Ergebnisse mit folgender „Faustregel“ zusammen: „Ein Abgeordneter passt sich umso mehr an die parlamentarischen Konventionen und den landesüblichen Pragmatismus an, je ausgeprägter seine Teilnahme am Dritten Reich und an rechtsradikalen Organisationen (insbesondere der DRP⁴³) war.“⁴⁴ In Kontrast zu dieser ersten Gruppe von „Postfaschisten“, wie Niethammer diesen Typus bezeichnet, identifiziert er als zweiten Typus den „Neofaschisten“. Die Angehörigen dieser kleineren Gruppe sind nicht nur jünger, sondern haben auch einen für die damalige Zeit modernen beruflichen Hintergrund (als EDV-Berater, Atomphysiker oder Ingenieure). Die Abgeordneten dieser Gruppe sehen sich durch das Regelwerk und die Konventionen des Parlaments nicht gebunden, sondern wollen in ihrem rabiaten Auftreten bewusst provozieren.

Nach ihren Stimmeneinbrüchen bei den Wahlen seit Anfang der 70er Jahre gelang der NPD auf Landtageebene erst im September 2004 wieder ein Wahlerfolg, als sie mit 9,2 Prozent in den Landtag in Sachsen einziehen konnte. Soweit sich das Agieren der NPD im sächsischen Landtag nach knapp zwei Jahren halbwegs einordnen lässt, schließen sie mit ihrem parlamentarischen Handeln eindeutig an die provokatorische Variante der 60er und frühen 70er Jahre an.⁴⁵ Sie nutzen den Landtag als „Geldmaschine, Propagandabühne und Lehrwerkstatt“ (Staud 2005: 105) der gesamten Partei. Fraktionschef Holger Apfel propagiert die „intelligente nationale Fundamentalopposition“ und erklärt zur provokativen Strategie der Fraktion, es müsse „hin und wieder ein Tabubruch vollzogen werden, damit sich die NPD in Erinnerung ruft.“⁴⁶ Nach eigenen Angaben arbeitet die NPD absichtlich nicht in Fachausschüssen des sächsischen Landtages mit, da die Fraktion – so zumindest ihr derzeitiger selbsternannter Cheftheoretiker Gansel – zu Ausschüssen „ein ganz zweckorientiertes Verhältnis“ verträte und daher entschieden habe: „Wir begeben uns nicht ins Hamsterrad“⁴⁷ (Gansel). Ausschussarbeit sei für die NPD sinnlos, da die Ausschüsse nicht-öffentlich tagen und Anträge der NPD hier keine Resonanzen erzeugen würden.

⁴³ Deutsche Reichspartei – eine rechtsextreme Partei aus dem Jahre 1950, die nach einigen internen Abspaltungen 1964 zunächst die Gründung der NPD dominierte.

⁴⁴ Niethammer 1969: 268f.

⁴⁵ Vgl. Staud 2005: 104-128 und Steglich 2005: 123-134.

⁴⁶ Interviewäußerung Holger Apfel, zit. in Staud 2005: 113, 117.

⁴⁷ Interviewäußerung Jürgen Gansel, zit. in Staud 2005: 124.

Die NPD in den kommunalen Vertretungen

Soweit zu den Landtagen. Wie aber agiert die NPD in den gewählten Körperschaften auf kommunaler Ebene? Immerhin begann die parlamentarische Karriere der Partei nach ihrer Gründung in kommunalparlamentarischen Vertretungen. Ihre ersten Mandate überhaupt gewann sie im Frühjahr 1966 bei den Kommunalwahlen in Bayern. Damit begann für einige Jahre eine aus heutiger Sicht für die Partei imponierende Erfolgsgeschichte. Im Jahre 1971, also vor dem Ende ihrer damaligen Erfolgswelle, hatte die NPD genau 426 kommunale Mandate inne.⁴⁸ Ihre kommunalpolitischen Hochburgen waren in diesen Jahren folgende vier Regionen:⁴⁹ Nordhessen, wo die nationalliberale FDP August Eulers hohe Stimmenanteile errungen hatte, die nördlichen Regierungsbezirke von Niedersachsen, die oberfränkischen Regionen Bayerns – ebenfalls ein Schwerpunkt des nationalliberalen Flügels der FDP – sowie in Rheinland-Pfalz die westpfälzischen Landesteile und die rheinhessischen Weinbaugebiete um Worms. Alle diese Regionen waren dominant mittelständisch, ländlich-agrarisch, mit schwacher Wirtschaftsstruktur, mit deutlich überwiegendem Anteil an Protestanten und hatten bei allen Wahlen seit Ende der 40er Jahre hohe Stimmenanteile im rechten Lager aufzuweisen. Damalige Wähleranalysen kamen zu dem Befund, dass die erhöhte Stimmangabe für die NPD im Wesentlichen auf wirtschaftspessimistischen Einstellungen basierte.⁵⁰

Im Jahr 1971 begann aber auch der große Zusammenbruch, denn es gelang der Partei in weniger als einem Fünftel der Fälle, ihre kommunalen Mandate bei den anstehenden Neuwahlen zu verteidigen. 1972 war die Mandatszahl auf 124 gesunken und in den nächsten Jahren erlebte die Partei einen weiteren rasanten Einbruch ihrer Mandatszahl. 1977 hatte sie noch 31 Mandate inne, 1979 waren es nur noch 13 und 1980 hatte sie bundesweit gerade einmal zehn zu verzeichnen. Zwischenzeitlich gelang es der NPD zwar immer mal wieder, sich in einzelnen Kommunen in den Kommunalparlamenten festzusetzen (vor allem in Hessen und Baden-Württemberg), aber erst Ende der 80er Jahre stieg ihre Zahl bundesweit wieder auf leicht über 40 kommunale Mandatsträger (1989: 48; 1991: 41) an. Bei einzelnen Kommunalwahlen, wie in Hessen 1993 mit insgesamt 40 Mandaten, konnte die Partei diese Zahl dann kurzfristig sogar erhöhen, die meisten Mandate verlor sie bei den nachfolgenden Wahlen dann aber wieder. Die aktuelle Zahl der Mandatsträger lässt sich heute – im Sommer 2006 – mit ca. 80 beziffern. Eindeutiger Schwerpunkt ihrer kommunalen Vertretung ist Sachsen mit 45 Mandatsträgern; erwähnenswerte Zahlen gibt es auch im

⁴⁸ Die nachfolgenden Zahlenangaben über die Stärke der kommunalpolitischen Vertretung der NPD von 1966 bis 2006 basieren auf den verstreut zu findenden Auskünfte bei Schmollinger 1986; Wagner 1992; Butterwegge 1999; Staud 2005 und Steglich 2005 sowie eigenen Berechnungen.

⁴⁹ Vgl. zu den folgenden Angaben Schmollinger 1986: 1955f.

⁵⁰ Vgl. die referierten Studien in Schmollinger 1986: 1558ff.

Saarland, in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern (jeweils zehn). In Brandenburg sind es fünf, in Sachsen-Anhalt gerade einmal vier Mandate. Und schließlich gibt es auch solche Überraschungen wie in Bayern, dem drittstärksten Landesverband der Partei, wo es der NPD bei der letzten Kommunalwahl im Jahre 2003 nicht gelang, auch nur ein einziges kommunales Mandat zu erobern. Die insgesamt 80 Mandate sind zwar eine deutlich höhere Zahl als noch vor zehn Jahren – angesichts von mehr als 200.000 kommunalen Mandatsträgern bundesweit ist diese Zahl statistisch gesehen aber verschwindet gering. Schaut man nur auf diese Zahlenwerte, dann gehört die NPD auf kommunaler Ebene sogar eher noch zur Kategorie ‚politische Sekte‘ als zu den ‚Splitterparteien‘.

Angesichts dieser Zahlenverhältnisse ist es bemerkenswert, dass es in der Politikwissenschaft – für die das Thema Kommunalpolitik sowieso noch nie im Zentrum ihrer Forschung stand – überhaupt Studien gibt, die sich mit dem Wirken der NPD in Kommunalparlamenten beschäftigen. Etwas größer als in der Wissenschaft ist dagegen die Resonanz, die die NPD seit ihren 1999 erlangten Erfolgen bei Kommunalwahlen in den Medien gefunden hat. Dessen ungeachtet bleibt das Wissen, dass wir aus der Forschung und Berichterstattung über die konkrete kommunalpolitische Arbeit der NPD insgesamt haben, letztlich relativ gering. *Cum grano salis* gilt dies nicht nur für die rechtsextremistische NPD, sondern auch für rechtsradikale und rechtspolitische Parteien in den deutschen Kommunalparlamenten. Sowohl das Interesse der Medien als auch das der Politikwissenschaft an der parlamentarischen Arbeit von rechtsextremistischen und -radikalen Parteien gilt primär ihrem Agieren in den Landtagen oder im Europaparlament. Dem Resümee von Christoph Butterwegge aus dem Jahre 1999 zum Forschungsstand über die parlamentarische Arbeit rechtsextremer Parteien in den Kommunen ist deshalb heute wenig hinzuzufügen: Die Forschung gibt „kaum fundierten Aufschluss über ihre Tätigkeit, von den Reaktionen demokratischer Parteien, ihrer Abgeordneten und Fraktionen der Verwaltungen und der Lokalpresse.“⁵¹

In den wenigen, an einer Hand abzuzählenden Studien klaffen zudem die Bewertungen der rechtsradikalen und -extremistischen Parteiarbeit in den kommunalen Parlamenten weit auseinander und schwanken zwischen Bagatellisierung und Dramatisierung. So kommen Hans Joachim Veen und Norbert Lepszy, die in Hinblick auf das rechte Lager die Parlamentsarbeit der REPUBLIKANER und die DVU näher untersuchten⁵², zu dem Ergebnis, dass sich die untersuchten Parlamentsgruppen als durchgehend handlungs- und politikunfähig erwiesen haben. Andere Forscher wie Butterwegge und Benno Hafeneger sehen in solchen Qualifizierung eine „Verharmlosung“⁵³. Diese Diskrepanzen verdanken sich

⁵¹ Butterwegge 1999: 179.

⁵² Vgl. Lepszy/Veen 1994, pointiert zusammengefasst in Lepszy 1994.

⁵³ Vgl. Butterwegge 1999: 179f.

nicht nur dem Umstand, dass zum Teil unterschiedliche Stichproben bei den Analysen genommen wurden, sondern dahinter verbergen sich auch methodologische Kontroversen. Die Frage lautet, ob die Parlamentsarbeit der Rechtsextremisten primär am normativen Ideal eines konstruktiven parlamentarischen Politikverständnisses, oder aber an den strategischen und taktischen Zielen der Extremisten gemessen werden soll. Je nachdem, welcher Fragestellung man in dieser Debatte den Vorzug gibt, kann man bei der gleichen politischen Aktion von Rechtsextremisten im Parlament zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen gelangen.

Die geschilderte Forschungskontroverse fordert also zur eigenen Positionierung auf. Mit Blick auf die oben skizzierte Programmatik und Taktik der NPD spricht viel dafür, die immanente Forschungsstrategie, einzuschlagen und den Erfolg/Misserfolg der Arbeit der NPD in den Parlamenten aus Sicht ihrer eigenen Hoffnungen und Erwartungen zu bewerten. Denn obwohl rechtsextremistische Parlamentsgruppen eine Vielzahl erstmals mit parlamentarischer Politik konfrontierte Dilettanten in ihren Reihen haben und sich im Zuge ihrer internen Auseinandersetzungen nicht selten geradezu in ihre Einzelbestandteile „zerlegen“, ist es ihnen zuweilen trotzdem gelungen, mit ihren Positionen andere Fraktionen in den Kommunalparlamenten in ihrem Sinne zu beeinflussen und ungeachtet aller politikwissenschaftlich attestierten Inkompetenz weiterhin – zumindest bei einer bestimmten Wählerklientel – auf Resonanzen zu stoßen. Ungeachtet dessen kommen die wenigen Studien, die bei der Untersuchung rechtsextremistischer Kommunalpolitik immanent ansetzen, dennoch zu recht unterschiedlichen Ergebnissen. So bietet eine Untersuchung von drei Mandatsgruppen der REPublikaner in Nordrhein-Westfalen aus den 90er Jahren von Birgit Griese und Gunther Niermann folgendes Bild:⁵⁴ Einerseits waren die drei Gruppen wenig erfolgreich, insofern sie während der Wahlperiode in mehrere Splittergruppen zerfielen und auch nicht wieder gewählt wurden. Andererseits beobachteten Griese/Niermann bei den Mandatsträgern sowohl bezüglich ihrer Sachkenntnis als auch hinsichtlich ihrer Strategie und Taktik sowie ihren Agitationsstilen und Argumentationsmustern derart gravierende Unterschiede, dass sie kein eindeutiges Bild ihrer parlamentarischen Verhaltensmuster zu zeichnen vermochten. Benno Hafener hat diese Vielfalt in der rechtsextremistischen Parlamentspolitik in Form von drei Strategiemustern sortiert: Erstens die erfolgreiche Nutzung des Parlaments als „Bühne“ zur Propagierung ihrer rechtsextremistischen Gesinnung; zweitens der Versuch, den Eindruck bürgerlicher Seriosität zu erwecken, indem sie sich der Parlamentsarbeit thematisch öffnet; sowie drittens solche Fälle, in denen die extremistischen Parlamentsgruppen sich intern derart zerstreiten, dass sie zu keiner politischen Handlung mehr fähig sind.⁵⁵

⁵⁴ Vgl. Griese/Niermann 1997.

⁵⁵ Vgl. Hafener 1999: 192ff.

Speziell für die Partei der NPD und deren kommunalparlamentarische Arbeit liegt aus dem Zeitraum der letzten 15 Jahre lediglich zu drei Regionen in Deutschland ausgewertetes Material vor.

- *Sachsen.* Die neueste Bestandsaufnahme findet sich in Toralf Stauds aktuellem Überblicksband zur Entwicklung der NPD. In einem der Kapitel geht er vor allem auf das proklamierte Selbstverständnis der kommunalpolitischen Arbeit der NPD in Königstein in der sächsischen Schweiz näher ein.⁵⁶ Eine kurze Beschreibung der kommunalpolitischen Aktivität in Königstein findet sich auch in der Studie von Hendrik Steglich.⁵⁷ Doch sind deren Befunde letztlich ebenso widersprüchlich wie die in den verschiedenen seitdem erschienenen Presse- und Filmberichten über die kommunalpolitische Arbeit der NPD in der sächsischen Schweiz: Einerseits wird das große Engagement einiger NPD-Aktivisten vor Ort ausführlich beschrieben, daneben finden sich aber auch immer wieder Hinweise darauf, dass die NPD ihre kommunalpolitische Kompetenz und Erfolge in ihrer Außendarstellung (und nicht zuletzt in den einschlägigen Interviews mit besorgten Journalisten) hemmungslos übertreibt.
- *Baden-Württemberg.* Die fundiertesten Erkenntnisse über die Kommunalpolitik der NPD, die auf einer breiteren empirischen Forschung basieren, stammen noch aus der Zeit vor der Verkündung der ‚Drei-Säulen-Strategie‘. In einer Studie über die drei Baden-Württembergischen Städte Tuttlingen, Weinheim und Villingen-Schwenningen fragt Peter Wagner detailliert nach den Ursachen, warum sich die NPD seit den 70er Jahren bis in die 90er Jahre in den genannten Orten hatte verankern können. Vor allem Parallelen zwischen der von ihm untersuchten Region in Baden-Württemberg und Regionen des heutigen Ostdeutschlands sind auf den ersten Blick frappierend.⁵⁸ Zu den Besonderheiten der NPD-Zentren in Baden-Württemberg gehören demnach vor allem: objektive Probleme im wirtschaftlichen Strukturwandel, die subjektive Wahrnehmung größerer Bevölkerungsgruppen von Statusunsicherheit und relativer Benachteiligung, eine protestantische und später größtenteils säkulari-

⁵⁶ In Königstein war es der sächsischen NPD erstmals 1999 gelungen, in das Kommunalparlament einzuziehen und hat seitdem auch in benachbarten Kommunen Mandate erringen können. Das Profil der Partei wird hier ganz wesentlich von einer Person, dem Königsteiner Fahrlehrer (und mittlerweile MdL in Dresden) Uwe Leichenring geprägt, der seine eigene Arbeit vor Ort ganz im Sinne der oben zitierten strategischen Maxime der NPD folgendermaßen definiert: „Uns ist klar, dass man ein Haus nicht mit dem Dach anfängt“ (vgl. Staud 2005: 133ff.).

⁵⁷ Vgl. Steglich 2005: 115-119.

⁵⁸ Vgl. Wagner 1997 sowie die pointierte Zusammenfassung einiger Ergebnisse der Studie bei Staud 2005: 139-141.

sierte Bevölkerung, eine prekäre lokale Identität, die von einer Grenzlage in der übergeordneten territorialen Einheit geprägt ist, eine nur schwach organisierte Sozialdemokratie sowie ein langes Ausbleiben von demokratischen Gegenaktivitäten und schließlich eine Zurückhaltung der etablierten Parteien, so dass teilweise der Eindruck einer gewissen Normalität rechtsextremistischer Aktivitäten habe entstehen können. So instruktiv Wagners Buch in dieser Hinsicht auch ist, zur konkreten parlamentarischen Arbeit der NPD enthält es allerdings wenig.

- *Hessen.* Methodisch abgesichert ist auch Benno Hafenegers Untersuchung über die kommunalpolitische Arbeit der NPD und der REPs in Hessen, wo die NPD bei den Kommunalwahlen 1993 insgesamt 40 Mandate erringen konnte (REPs 170 Mandate). Hafeneger untersucht in seiner Studie dreierlei: die Themen, die Kompetenz und das Agieren der Rechtsextremen in den Kommunalparlamenten. Anders als Lepszy/Veen (1994) und Lepszy (1994), die in den oben bereits genannten Studien zu dem Ergebnis gekommen waren, dass es sich bei der NPD um eine kommunalpolitische „Ein-Themen-Partei“ handele, gelangt Hafeneger auf Basis einer akribischen Auszählung von parlamentarischen Anträgen und Redebeiträgen zu dem Befund, dass die NPD zwar die „klassischen Themen der extremen Rechten“ (Hafeneger 1995: 16) bediene, dabei aber durchaus eine gewisse thematische Vielfalt und lokales Kolorit zum Zuge kommen lasse: Den größten Anteil machen die Asyl- und Ausländerpolitik sowie soziale Fragen (z.B. Jugend, Sozialhilfe, Wohnungsfragen) aus, dann folgen Verkehrspolitik, Fragen der Kommunalverwaltungs- sowie Natur- und Umweltpolitik. Laut Hafeneger versucht sich die NPD damit in den Kommunalparlamenten „zum Anwalt des bedrohten ‚deutschen kleinen Mannes‘ (Mittelstand, Arbeitnehmer, Familie, Alte bis hin zu deutschen Obdachlosen)“ (43) zu machen. Sein abschließendes Fazit lautet, dass die NPD in ihrer parlamentarischen Politik „vor allem mit den Themen ‚Asyl‘, ‚Ausländer‘, ‚soziale Frage‘ auf Ressentiments in Teilen der Bevölkerung, auf die Propagierung rechts-populistischer Parolen und die Mobilisierung von Fremdenfeindlichkeit im kommunalen Alltag setzt“ (48). Hafenegers empirische Bestandsaufnahme erlaubt im Übrigen auch einen Seitenblick auf die parteiinternen Kommunikationsstrukturen und das innerparteiliche Kompetenzgefälle in der damaligen kommunalpolitischen Arbeit der NPD. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die überwiegende Mehrzahl der Anträge und Redebeiträge von einer Minorität immergleicher Personen stamme. Bei den meisten Abgeordneten protokolliert er eine „Politikabstinenz als zentrales Merkmal“ (46). Die Politik werde nicht nur von wenigen einzelnen Personen getragen, sondern diese würden die Fraktionen

häufig auch „autoritär beherrschen“ (45). Von einer „demokratischen Kultur und differenziert-arbeitsteiliger, oppositioneller Politikgestaltung“ könne in den vom ihm untersuchten Fällen „keine Rede sein“ (45). Von Hafeneger stammt auch eine zwei Jahre später erschienene Studie, in der er das soziale Profil der Kandidaten und Mandatsträger von REPUBLIKANERN und der NPD in Hessen analysiert: Er fragt systematisch vergleichend nach Alter, Geschlecht, beruflicher Herkunft und Bildungsgrad der Kandidaten beider Parteien und gelangt zu dem Ergebnis, dass sie zumeist männlich sind, altersmäßig über dem Durchschnitt der anderen Parteien liegen und einen niedrigen Bildungsgrad besitzen.

Ergebnisse und Forschungsfragen

Fasst man diesen Stand der Debatte zusammen, dann zeigt sich, dass die Forschung sowohl erhebliche Lücken aufweist⁵⁹ als auch in entscheidenden Punkten uneinig ist. Für eine vollständige Untersuchung der kommunalparlamentarischen Arbeit der NPD ergeben sich vor diesem Hintergrund drei grundsätzliche Anregungen. Zwar können und sollen nicht alle im Folgenden aufgelisteten Anregungen und Fragenkomplexe in unserer Analyse der kommunalpolitischen Arbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern beantwortet werden. Zumindest sollen aber die drei folgenden Anhaltspunkte, die hier in Form von drei Thesen zusammengefasst sind, den Ausgangspunkt für die konkreten Forschungsfragen unserer Untersuchung bilden:

- Zunächst und generell muss der Analyseansatz nicht nur vom demokratischen Parlamentsverständnis ausgehen, sondern auch die NPD-interne Perspektive berücksichtigen, d.h. danach fragen, welche strategische und taktische Bedeutung diese Arbeit für die NPD haben soll und welche Bedeutung sie (davon eventuell abweichend) tatsächlich hat.
- Zweitens wollen wir die Anregungen der beiden Studien von Hafeneger insofern aufnehmen, als auch wir nach der inhaltlichen Fokussierung der NPD-Kommunalpolitik fragen und das soziale Profil ihrer Mandatsträger untersuchen.
- Für die dritte Analyseebene, die sich mit Detailfragen befasst, hilft der nochmalige Blick in das bereits erwähnte Forschungsresümee von Butterwegge aus dem Jahre 1999. Aus dem Katalog

⁵⁹ So moniert auch Steglich, dass selbst für Sachsen, wo die NPD bereits seit 1999 kommunalpolitisch aktiv ist, bis heute keine detaillierte Untersuchung ihrer Kommunalpolitik vorliegt; vgl. Steglich 2005: 139.

der Fragen, die er als erforschungsbedürftig zusammenstellt,⁶⁰ lassen sich folgende Fragen als untersuchungsleitend auflisten: Welche Ausschüsse bevorzugen die rechtsextremen Parteien (und warum)? Welche Rolle spielen Anträge, Reden und Anfragen in ihrer Arbeit? Wie nutzen sie das Plenum? Verändern sich die inhaltlichen Schwerpunkte rechtsextremer Abgeordneter und Fraktionen im Laufe ihrer Parlamentsmitarbeit? Welche Beziehungen unterhalten rechtsextreme Mandatsträger zu militanten Neonazis? Wie verkoppeln rechtsextremistische Parteien bestimmte Probleme mit ihren Schlüsselthemen? Wie reagieren die demokratischen Parteien auf die Rechtsextremen in Kommunalparlamenten? Wann und unter welchen Voraussetzungen sind rechtsextreme Parteien relativ erfolgreich? Wann sind sie es nicht? Welche Formen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bevorzugen rechtsextreme Parteien? Wie spiegelt sich die Arbeit rechtsextremer Parteien in der Lokalpresse wider?

1.3 Die Strukturen des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern

Die aktuellen Befunde der sozialwissenschaftlichen Einstellungsforschung bescheinigen 30 Prozent der Bürger im nordöstlichen Bundesland ein rechtsextremistisches Einstellungspotential – zugleich registrieren sie aber auch eine davon stark nach unten abweichende Bereitschaft von vier Prozent, eine rechtsextremistische Partei tatsächlich wählen zu wollen.⁶¹ Selbst wenn der zuerst genannte Zahlenwert aufgrund von in der Forschung umstrittenen Konkretisierungen einzelner *items* möglicherweise zu hoch gegriffen ist⁶² – das Problem des Rechtsextremismus beschäftigt das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende mit unterschiedlicher Intensität.

Die konkreten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im Land sind freilich in den letzten fünfzehn Jahren permanent im Fluss gewesen. Stark schwankend zeigen sich nicht nur die Mitgliedszahlen der Parteien am rechten Rand – NPD, DVU und REPublikaner – sondern genauso deren bisherige Wahlergebnisse. Auch die personelle Stärke

⁶⁰ Vgl. Butterwegge 1999: 182f.; vgl. dazu auch ders. 1997a: 37.

⁶¹ Vgl. zu diesen Zahlenangaben und einer Diskussion dieser Befunde Stöss 2005: 67.

⁶² Zu den methodologischen Problemen bei der Messung rechtsextremistischer Einstellungen in den neuen Bundesländern über das *item* ‚Fremdenfeindlichkeit‘ vgl. Nunner-Winkler 2005.

und Zusammensetzung der militanten rechtsextremistischen Szene außerhalb der Parteien ist alles andere als konstant.⁶³

Im Fokus des öffentlichen Interesses stehen seit einigen Jahren die Aktivitäten der NPD. Doch die Veränderungsprozesse, die seit den Organisationsverboten während der 90er Jahre innerhalb der rechten Szene stattgefunden haben, werden dadurch häufig nur am Rand registriert. Zu Unrecht – denn gerade in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in jüngster Zeit eine vitale rechtsextreme Struktur etabliert und Formen der internen Organisation und Kommunikation entwickelt, die sie relativ verbotsresistent gemacht hat. Statt in althergebrachten Parteistrukturen – für viele junge Leute inzwischen ohnehin nicht mehr besonders reizvoll – organisiert sich das Gros der rechten Szene im Land in ‚Kameradschaften‘, ‚Bündnissen‘ oder ‚Kulturkreisen‘. Diese Art der lockeren Organisation geht in Mecklenburg-Vorpommern auf ein vom Hamburger Neonazi Christian Worch propagiertes Konzept, ‚Organisationen ohne Organisation‘ zu schaffen, zurück, um sie so dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Mecklenburg-Vorpommern wird von einigen Beobachtern sogar als eine Art ‚Modellregion‘ dieser Strategie gesehen.⁶⁴

Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern

Die NPD ist seit Beginn der 90er Jahre in Mecklenburg-Vorpommern aktiv und hatte bereits in dieser Zeit eine enge Verbindung zur militanten neonazistischen Szene. So war der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Hagenow im Sommer 1992 maßgeblich an einem versuchten Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim bei Boizenburg beteiligt. Anders als der DVU und den REPublikanern gelang es der NPD als einziger Partei des rechten Spektrums im Land, ansatzweise funktionierende Strukturen aufzubauen. Zwar spielt die NPD heute in der rechtsextremen Szene Mecklenburg-Vorpommerns eine durchaus wichtige, aber dennoch keine so herausgehobene Rolle wie in Sachsen, wo die Partei etwa 1.000 Mitglieder hat.⁶⁵ Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern verfügte im Frühjahr 2006 gerade einmal über etwa 220 Rechtsextremisten mit Parteiausweis – angesichts von 920 Personen ohne Parteibindung⁶⁶, die dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden, verdeutlicht schon

⁶³ Es gibt keine aktuelle und flächendeckende Gesamtdarstellung zum Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern, gute Überblicke geben aber (neben den jährlich erscheinenden Berichten des Verfassungsschutzes) folgende Arbeiten: Brodtkorb/Schmidt 2002, Heinrich/Werz 2003, Heinrich 2005.

⁶⁴ Vgl. zu diesem Konzept und ihrer Umsetzung die Beiträge in Röpke/Speit 2005.

⁶⁵ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2006: Verfassungsschutzbericht, Kurzfassung; <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/index.html>

⁶⁶ Vgl. Innenministerium 2006: Verfassungsschutzbericht 2005, Pressefassung, 30.

diese Zahl, dass die Partei keinen Führungsanspruch innerhalb des rechtsextremistischen Lagers in Mecklenburg-Vorpommern reklamieren kann.

Auch hinsichtlich der Mitgliederzahlen ergeben sich immer wieder neue Bewegungen: Nachdem die NPD zwischenzeitlich im Jahre 1998 350 Mitglieder hatte, war die Zahl 2004 auf 100 zurückgegangen. Die sprunghafte Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl seit Ende 2005 hat die Partei primär der Aussicht auf einen möglichen Einzug ins Schweriner Schloss bei den Landtagswahlen 2006 zu verdanken. Um am erhofften Wahlsieg partizipieren zu können, sind eine Reihe im Land bekannter Kameradschaftskader Ende 2005 weniger aus politischer Überzeugung als aus persönlichem Kalkül in die Partei eingetreten.

Die personelle Schwäche der NPD lässt sich auch an der Parteiorganisation ablesen. Noch Anfang 2006 verfügte die Partei formell über lediglich fünf Kreisverbände im Land, von denen einige fast gar nicht in Erscheinung traten. Der Partei war diese Schwäche offensichtlich bewusst, denn noch kurz vor den Landtagswahlen 2006 organisierte sie die Kreisverbände massiv um. Im Wesentlichen legte die NPD die Gebiete, in denen sie seit Jahren keinen Fuß auf den Boden bekommt, zu einem großen weißen Fleck – dem Kreisverband Mecklenburg-Mitte – zusammen. Kreisverbände, in denen die NPD dagegen aktiv ist, blieben erhalten, wurden aber im Zuge dieser Strukturierungsmaßnahme stark verkleinert, um während des Wahlkampfes auch mit wenigen Personen konzentriert auftreten zu können und den großen Einfluss der freien Kameradschaften zumindest etwas zu schmälern.

Zuvor, im März 2006, gründete sich im Landkreis Uecker-Randow ein neuer Kreisverband mit nur acht Mitgliedern, was in Anbetracht des hohen Wählerpotenzials bei den Bundestagswahlen 2005⁶⁷ und der Position des dortigen Kandidaten für den Landtag auf Platz zwei der Landesliste längst überfällig zu sein schien. Während die NPD in Ostvorpommern nur aufgrund der Aktivität einer Person in der Kommunalpolitik präsent ist, gelingt es ihr in Stralsund unter anderem mit Kinderfesten und Info-Tischen stärker Aufmerksamkeit zu gewinnen. Im Landkreis Uecker-Randow ist dagegen bemerkenswert, über wie wenig Einfluss in der Szene die Partei dort verfügt. Selbst das Eintreten für kommunalpolitisch relevante Belange bleibt Sache der rechtsextremen Bürgerinitiative ‚Schöner und sicherer wohnen in Ueckermünde‘.

Zurzeit ist die Partei im Westen des Landes personell stärker vertreten als im östlichen Teil. Dies hängt vor allem mit dem Zuzug mehre-

⁶⁷ Ausgewählte Wahlergebnisse der NPD in Ostvorpommern bei den Bundestagswahlen 2005: Stadt Anklam 9,8 Prozent; einzelne Gemeinden über 12 Prozent: Bargischow 16,8 Prozent, Bleswitz 12,6 Prozent, Ducherow 12,6 Prozent, Medow 12,7 Prozent, Neuenkirchen 16,6 Prozent, Postlow 15,2 Prozent, Ratheburg 14 Prozent, Stadt Lassan 12,7 Prozent, Ziethen 14,6 Prozent; im Landkreis Uecker-Randow: Stadt Ueckermünde: 9,8 Prozent; einzelne Gemeinden über zehn Prozent: Bergholz 14,1 Prozent, Hammer a.d. Uecker 11,3 Prozent, Koblenz 16 Prozent, Wilhelmsburg 14,3 Prozent.

rer Neonazis aus dem Hamburger Raum in den Landkreis Ludwigslust zusammen. Thomas Wulff, ein prominenter, ehemalig freier Nationalist, der im Rahmen der Eintrittswelle 2005 mit zur NPD überlief, hat seinen Wohnsitz schon vor Jahren ins mecklenburgische Teldau verlegt. Mecklenburg ist ohnehin mehr als Vorpommern von westdeutschen NPD-Mitgliedern dominiert.

Für ihre Propagandazwecke nutzt die Partei hauptsächlich das Internet sowie den in Vorpommern erscheinenden ‚Inselboten‘, der von der ‚Initiative für Volksaufklärung e.V.‘ herausgegeben wird. Hinter diesem Verein steht der Neonazi Enrico Hamisch mit Wohnsitz auf der Insel Usedom.

Die NPD ist im Land darauf angewiesen, sich mit den Kameradschaften, deren Bündnissen und anderen Gruppierungen, die das rechtsextremistische Lager prägen, friedlich zu arrangieren. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern kann die ‚Drei-Säulen-Strategie‘ (vgl. Kap. 1.1.) als Versuch verstanden werden, über die NPD eine Verzahnung aller rechtsextremistischen Kräfte zu erreichen. Mangels eigenem Personal hat die NPD aus ihrer Sicht gar keine andere Wahl, als den ‚Kampf um die Köpfe‘ und den ‚Kampf um die Straße‘ von den Kameradschaften und anderen Gruppierungen führen zu lassen.

Die rechtsextremistische ‚freie Szene‘

Sehr viel unübersichtlicher als die Verankerung der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist dagegen das weit verzweigte und recht gut organisierte Geflecht von Kameradschaften und rechtsextremistischen Kulturkreisen im Land. Besonders so genannte ‚freie Kräfte‘ und Skinheads sind darin organisiert. Mit Namen sind knapp 25 aktive Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern bekannt; schwierig ist es allerdings – selbst für den Verfassungsschutz – genaue Angaben über Mitgliederzahlen und Aktivitäten zu erlangen.

Die ersten Rechtsextremisten, die sich als Kameradschaft organisierten, waren 1991 die ‚Greifswalder Nationalsozialisten‘ (GNS) unter der Führung von Maik Spiegelmacher. Als Spiegelmacher sich für einen Brandanschlag gerichtlich verantworten musste, löste sich die Gruppe allerdings schon nach kurzer Zeit wieder auf.⁶⁸ Weitere Kameradschaften sind:

- ‚Freier Kameradschaftsbund Bad Doberan‘ (FKBD)
- ‚Aktionsgruppe Rostock‘ (AGR)/‚BI-Hanse M/V‘
- ‚Kameradschaft Stralsund‘/‚Freundeskreis Avanti‘
- ‚Kameradschaftsbund Anklam‘ (KBA)
- ‚National-Germanische Bruderschaft‘ (NGB), Ueckermünde

⁶⁸ ‚Argumente Netzwerk antirassistischer Bildung e.V.‘ 2002: 66.

- ‚Aryan Warriors‘, Ueckermünde

Auch wenn die Kameradschaften vorgeben, als unabhängige und freie Organisationen ohne Statuten oder Satzungen ausschließlich in ihrem regionalen Wirkungskreis zu agieren, sind sie doch in eine feste Struktur aus Bündnissen und Aktionsbüros eingebunden. In Mecklenburg-Vorpommern lassen sich drei Ebenen erkennen, über die die Arbeit der Kameradschaftsszene gelenkt wird. Ganz oben stehen die so genannten „Aktionsbüros“ oder „Aktionsbündnisse“. Vier gibt es davon bundesweit. Mecklenburg-Vorpommern steht sowohl unter dem Einfluss des ‚Nationalen und Sozialen Aktionsbüros Norddeutschland‘ (NSAN) als auch des ‚Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Mitteldeutschland‘ (NSAM). Während das NSAN besonders durch Thomas Wulff im westlichen Teil des Bundeslandes an Relevanz gewann, steht Vorpommern stärker unter dem Einfluss des NSAM. Kontakte der dort ansässigen Kameradschaften nach Berlin und Brandenburg sowie während Demonstrationen mitgeführte Transparente und öffentlich ausgehängte Plakate deuten klar darauf hin.

Unterhalb dieser Strukturebene kümmern sich zwei Bündnisse um die Vernetzung der Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern selbst. Neben der ‚Mecklenburgischen Aktionsfront‘ (MAF) entfaltet in Vorpommern das ‚Soziale und Nationale Bündnis Pommern‘ (SNBP) seine Aktivitäten. Bis zum 7. Januar 2005 nannte sich dieser regionale Dachverband mehrerer Kameradschaften ‚Pommersche Aktionsfront‘. Auf der dazugehörigen Internetseite wurde dann kurz mitgeteilt: „Mit sofortiger Wirkung löst sich die PAF – Pommersche Aktionsfront auf. Die Gründe dafür liegen darin, dass die Agitationsform einer Aktionsfront nicht mehr zweckmäßig ist.“⁶⁹ Zweckmäßig erschien es den Verantwortlichen stattdessen, sich zunehmend an der „Wolf-im-Schafspelz“-Taktik zu orientieren, weshalb der etwas zu radikal anmutende Begriff „Aktionsfront“ durch die zeitgemäßerer Schlagworte „sozial“ und „national“ ersetzt wurde. Der Wechsel ging innerhalb weniger Wochen vonstatten. Bereits am 18. Februar vermeldete das rechtsextreme ‚Störtebeker-Netz‘ die Gründung des SNBP, das sich selbst als einen unabhängigen Personenzusammenschluss, der allen, „die sich zu Volk und Kultur bekennen“, als Informations- und Nachrichtenportal dienen solle, bezeichnet.⁷⁰ Eingebunden in dieses Organisationssystem agieren die freien Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern erst unterhalb der Struktur aus „Aktionsbüros“, SNBP sowie MAF.

Die Kameradschaftsszene ist somit sowohl hierarchisch von oben nach unten als auch netzwerkartig in die Breite strukturiert. Dennoch bleiben die Kameradschaften trotz dieser klaren Gliederung Organisati-

⁶⁹ <http://www.pommersche-aktionsfront.de.vu>, 25. November 2004 (nicht mehr erreichbar).

⁷⁰ <http://www.verfassungsschutz-mv.de>, Kurzmeldung: „Soziales und Nationales Bündnis Pommern“ (SNBP) gegründet, 4. März 2005.

onen ohne feste Organisation. Zugehörigkeit wird nicht über formale Mitgliedschaft geschaffen, sondern persönliche Verbindungen, Bekanntschaften und Kontakte. Als Hauptunterschied zum Aufbau rechtsextremer Parteien ist ein hoher Grad an Informalität feststellbar.⁷¹

Mit ihrer ‚Drei-Säulen-Strategie‘ versucht die NPD die Arbeit beider Organisationsformen miteinander zu synchronisieren und am Ende, im ‚Kampf um Parlamentssitze‘, für sich nutzbar zu machen. Angesichts der dominierenden Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern drängt sich indessen die umgekehrte These auf, dass einige Kameradschaftskader vielmehr die NPD beanspruchen, um mit ihrer Hilfe an gut dotierte Mandate zu gelangen. Der Wirkungsgrad der ‚Drei-Säulen-Strategie‘ ist in diesem Bundesland besonders davon abhängig, wie gut sich die Führungspersönlichkeiten der einzelnen Lager miteinander arrangieren können.

1.4 Wahlergebnis, Fallauswahl, Fragestellungen und Quellen

Die Kommunalwahlen unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 neuen politischen Spielregeln, denn die rot-rote Landesregierung hatte ein Jahr zuvor die Fünf-Prozent-Hürde für Kommunalwahlen abgeschafft. Diese Wahlrechtsänderung stand unter dem Motto „Mehr an Demokratie!“ Kleineren Parteien und Wählergemeinschaften sollten bessere Beteiligungsmöglichkeiten in der Lokalpolitik geboten werden. Auf kritische Stimmen von Seiten der CDU, infolge einer solchen Reform würde eventuell auch der Rechtsextremismus gestärkt, reagierte Innenminister Gottfried Timm (SPD) mit dem Hinweis, dass das neue Wahlrecht von Seiten der demokratischen Kräfte eben auch als Möglichkeit verstanden werden müsse, verstärkt die argumentative Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften anhand konkreter Problemlagen vor Ort zu suchen.⁷²

Das Wahlergebnis

Nach Auszählung der Stimmen hatte die NPD insgesamt zehn kommunale Mandate im Land errungen. Diese Mandate verteilen sich folgendermaßen:

⁷¹ Zur Hierarchie der Bündnisse und Kameradschaften vgl. Fischer 2006.

⁷² Vgl. Ostsee-Zeitung, Kommunalwahlen 2004 ohne Fünf-Prozent-Hürde, 11. September 2003.

Tabelle: Wahlergebnisse der NPD bei der Kommunalwahl 2004⁷³

| Kommunal-parlament | Stimmen | Stimm-anteil | Sitze | Stimmen 1999 | Stimm-anteil 1999 |
|-----------------------------|---------|--------------|-------|--------------|-------------------|
| Kreistag Ostvorpommern | 5.458 | 4,2 % | 2 | - | - |
| Kreistag Müritz | 2.090 | 2,6 % | 1 | - | - |
| Kreistag Ludwigslust | 5.367 | 3,4 % | 2 | 2.572 | 1,6 % |
| Bürgerschaft Stralsund | 2.304 | 3,9 % | 2 | 992 | 1,5 % |
| Stadtvertretung Ludwigslust | 477 | 3,6 % | 1 | - | - |
| Stadtvertretung Anklam | 1.133 | 8,0 % | 1 | - | - |
| Gemeindever-tretung Teldau | 73 | 7,6 % | 1 | - | - |
| Gemeindever-tretung Züssow | 19 | 1,1 % | 0 | - | - |

Die NPD hatte nur dort Kandidaten aufgestellt, wo sie sich von vornher-ein gute Chancen ausgerechnet hatte, auch tatsächlich gewählt zu werden. Bis auf Züssow ist dieses Kalkül aufgegangen – ein taktischer Grundsatz, den die Partei im Übrigen bereits nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 schon einmal verkündet hatte, in den 80er Jahren wieder entdeckte⁷⁴ und den sie seit Ende der 90er Jahre in Sachsen konsequent anwendet.⁷⁵

Die zehn Mandate werden von insgesamt acht Personen wahrgenommen; der Abgeordnete im Kreistag von Ostvorpommern, Michael Andrejewski, nimmt zugleich ein Mandat in der Stadtvertretung von Anklam wahr und der Abgeordnete im Kreistag Ludwigslust, Klaus Bärthel, sitzt auch in der Stadtvertretung von Ludwigslust. Die kommunalpolitische Repräsentanz der NPD verteilt sich nach den Wahlen auf folgende Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern.

⁷³ Vergleichende Zahlen gibt nur für den Landkreis Ludwigslust und die Stadt Stralsund. In den anderen Kommunen oder Landkreisen trat die NPD bei den Kommunalwahlen 1999 nicht an.

⁷⁴ Vgl. Wagner 1992: 50.

⁷⁵ Vgl. Steglich 2005: 39, 41, 43.

Abbildung: Kommunale Mandate der NPD in Mecklenburg-Vorpommern



Der Streit um den Fraktionsstatus

In diesem Zusammenhang ist noch ein Punkt nachzutragen, der in allen Kommunalparlamenten des Landes nach der Wahl für ein kleines Durcheinander und entsprechende Unsicherheit sorgte. Zusammen mit der Aufhebung der Fünf-Prozent-Hürde hatte der Landtag auch die Kommunalverfassung von Mecklenburg-Vorpommern novelliert. Um eine Zersplitterung der kommunalen Parlamente zu verhindern, wurde die Kommunalverfassung dahingehend verändert, dass nun eine Mindeststärke von vier Abgeordneten nötig ist, um in den kommunalen Parlamenten Fraktionsstatus zu erlangen.⁷⁶ Bündnis90/Die Grünen hatten gegen diese Novellierung Organklage beim Landesverfassungsgericht (LVG) in Greifswald eingereicht. Da aber eine Entscheidung des Gerichts im Sommer 2004 noch ausstand, entsprachen die Richter zunächst per Einstweiliger Verfügung dem Einwand der Grünen und legten fest, dass nicht vier, sondern bereits zwei Abgeordnete in einem Kommunalparlament als Fraktion gelten sollten. Dadurch kam auch die NPD in drei Kommunalparlamenten in den Genuss des Fraktionsstatus. Die

⁷⁶ Fraktionen besitzen in kommunalen Parlamenten im Unterschied zu einzelnen Mandatsträgern weitergehende Rechte bezüglich der Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeiten.

neue Regelung wurde dann erst im Dezember 2004 durch das LVG verhandelt und als verfassungskonform bestätigt. Dadurch wurde die Einstweilige Verfügung unwirksam und die NPD verlor zusammen mit den anderen kleinen Parteien und Wählergemeinschaften ihren Fraktionsstatus wieder.

Fallauswahl

Um die oben formulierten Forschungsfragen zu beantworten, war es sinnvoll, die Aktivitäten der NPD nicht in allen sieben Kommunalparlamenten zu untersuchen, sondern sich auf Fallstudien zu konzentrieren, die dann umso gründlicher untersucht werden sollten. Wir haben uns entschieden, die folgenden vier kommunalen Parlamente auszuwählen: die Stadtvertretung Anklam, die Kreistage von Ludwigslust und von Ostvorpommern sowie die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund. Für diese Auswahl gibt es drei Gründe.

- Zum Ersten sind die vier untersuchten Kommunalparlamente auf unterschiedlicher ‚kommunalpolitischer Ansatzhöhe‘ angesiedelt. Bei der Auswahl der Gemeinden für die Fallstudie sollten Kommunen aus allen drei unterschiedlichen ‚Ansatzhöhen‘ vertreten sein. Zur Auswahl standen: *Gemeindevertretung und kleinstädtische Stadtvertretung*: Anklam, Teldau und Ludwigslust; *Kreistage*: Ostvorpommern, Ludwigslust, Müritz; *Bürgerschaft in einer kreisfreien Stadt*: Hansestadt Stralsund.
- Zum Zweiten haben wir die Kommunen ausgewählt, in denen die NPD zwischenzeitlich – wie zuvor oben geschildert – den Status einer Fraktion innehatte. Unsere Vermutung war, dass sich das Agieren der anderen in den Kommunalparlamenten vertretenen Parteien besser analysieren lässt, wenn sie nicht nur auf einzelne Abgeordnete treffen, sondern sich mit einer NPD auseinandersetzen müssen, die stärkere kommunalpolitische Kraft hat.
- Und zum Dritten haben wir die Kommunen danach sortiert, ob sie städtisch sind oder zum ländlichen Raum gehören und ob das rechtsextremistische Milieu in diesen Kommunen eher von einer starken NPD oder von starken Kameradschaften geprägt wird.⁷⁷ Nimmt man diesen letzten Kriteriensatz hinzu, dann fällt die Auswahl auf folgende vier Kommunen:

⁷⁷ Auf die Strukturen des Rechtsextremismus in den jeweiligen Kommunen gehen wir weiter unten ausführlicher ein.

| | | |
|-------------------------------|------------------|------------------------|
| | <u>Stadt</u> | <u>ländlicher Raum</u> |
| <u>Starke NPD vor Ort</u> | <i>Stralsund</i> | <i>Ludwigslust</i> |
| <u>Starke Kameradschaften</u> | <i>Anklam</i> | <i>Ostvorpommern</i> |

Bei der Auswahl der vier Fallstudien war es für uns also wichtig, ein möglichst breites Spektrum im Land zu erfassen.

Fragestellungen

Die konkreten Fragestellungen, die im Zentrum der vier Fallstudien standen, sind das Ergebnis der in den Kapiteln 1.1. bis 1.3. entwickelten Überlegungen. Vor dem Hintergrund der exponierten Rolle, die die gegenwärtige Strategie der NPD der kommunalen Arbeit zuweist, der skizzierten Forschungslage auf diesem Gebiet sowie der geschilderten konkreten Konstellationen des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich folgende acht Fragenkomplexe, die in den Fallstudien beantwortet werden sollen:

1. Was sind die Merkmale einer Kommune, in der die NPD bei den letzten Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern punkten konnte?
2. Welche Strukturen gibt es in der rechtsextremistischen Szene in diesen Kommunen?
3. Wie hat die NPD bei den Wahlen in den jeweiligen Kommunen im Detail abgeschnitten?
4. Wie sind die kommunalen Gremien zusammengesetzt, in den die NPD agiert?
5. Worin besteht die parlamentarische Arbeit der NPD genau?
6. Wie reagieren die anderen Parteien oder Wählergemeinschaften auf das Agieren der NPD?
7. Wie versucht die NPD, ihre kommunalpolitische Tätigkeit mit ihren außerparlamentarischen Aktivitäten zu verbinden?
8. Lassen sich aus den untersuchten Fällen Anregungen für die Vertreter demokratischer Parteien im Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten gewinnen?

Diese acht Fragen bilden das einheitliche Gliederungskorsett der vier Fallstudien in den Kapiteln 2-5.

Quellen und Methoden

Im Einzelnen basieren die Fallstudien auf folgenden Quellen und Erhebungsmethoden:

- Dokumentenanalyse von kommunalen Sitzungsprotokollen, Anträgen und Anfragen (in Druckform oder im Internet greifbar)
- Teilnahme an mehreren Sitzungen der kommunalen Parlamente in allen vier ausgewählten Kommunen
- persönliche Beobachtung lokaler Aktivitäten der NPD-Abgeordneten und anderen rechtsextremistischen Akteuren (z.B. Demonstrationen und Info-Tische)
- Interviews mit Vertretern demokratischer Parteien und Wählergemeinschaften aus den Kommunen
- Interviews mit einigen Bürgermeistern
- Hintergrundgespräche mit Angestellten kommunaler Verwaltungen
- Experteninterviews mit Akteuren, die über spezielle Kenntnisse rechtsradikaler Strukturen vor Ort verfügen (z.B. den Mobilen Beratungsteams)
- zwei intensive Interviews mit Michael Andrejewski, dem aktivsten NPD-Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern
- Auswertung von Druckerzeugnissen rechtsextremistischer Provenienz mit lokalen Bezügen (Flugblätter, lokale Postwurfsendungen, z.B. ‚Inselbote‘, ‚Anklamer Stadtbote‘)
- Auswertung rechtsextremistischer Internet-Seiten mit regionalem Bezug (z.B. ‚Störtebeker-Netz‘ sowie Onlinepräsenz des NPD-Landesverbandes bzw. der Kreisverbände, des ‚Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern‘ plus weiteren)
- Auswertung der Berichterstattung in den lokalen Pressemedien (Lokalausgaben der ‚Ostsee-Zeitung‘, der ‚Schweriner Volkszeitung‘ und des ‚Nordkurier‘)
- Auswertung von Materialien und Informationen, die bestimmte Gruppen speziell zum Thema Rechtsextremismus sammeln (z.B. ‚Apabiz Berlin – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum‘, ‚Opferberatung LOBBI e.V. Mecklenburg-Vorpommern‘, etc.)
- Auswertung eines anonymisierten Fragebogens, der an alle Abgeordneten der demokratischen Parteien und die Wählergemeinschaft verschickt wurde (der Fragebogen ist im Anhang abgedruckt)

Unser Untersuchungszeitraum reicht von der Konstituierung der kommunalen Körperschaften im Juli 2004 bis Ende Dezember 2005. In einigen Fällen haben wir auch Vorkommnisse, die später datiert waren, hinzugenommen – dies gilt insbesondere für Stralsund, wo die NPD in den ersten 18 Monaten ihrer kommunalpolitischen Vertretung ausgesprochen passiv war und erst später zu einigen Aktivitäten fand.

2. Der Landkreis Ostvorpommern

2.1 Zur Struktur des Landkreises Ostvorpommern

Der Landkreis Ostvorpommern liegt im äußersten Nordosten Deutschlands. Er grenzt im Norden an die Ostsee sowie den Greifswalder Bodden, im Westen an die Landkreise Nordvorpommern und Demmin, im Süden schließt sich der Landkreis Uecker-Randow an. In den heutigen Grenzen existiert Ostvorpommern erst seit der Kreisgebietsreform von 1994, welche die Kreise Wolgast, Greifswald-Land und Anklam damals zu einem einheitlichen Landkreis zusammenführte. Seitdem umfasst der Kreis 96 Gemeinden. Die Kreisstadt Anklam ist mit 14.603 Einwohnern die bevölkerungsstärkste Kommune der gesamten Gebietskörperschaft. Weitere wichtige Gemeinden sind Gützkow, Ducherow, Usedom, Heringdorf, Zinnowitz, Karlshagen und Wolgast. Die Gesamtfläche des Landkreises beträgt 1.911 Quadratkilometer, auf denen insgesamt 110.657 Menschen leben, was einer Bevölkerungsdichte von 58 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht. Damit zählt Ostvorpommern zu den am dünnsten besiedelten Gebieten der Bundesrepublik, deren Bevölkerungsdichte im Durchschnitt bei 231 Einwohnern pro Quadratkilometer liegt. Generell ist die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis stark rückläufig:

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Ostvorpommern 2000-2004¹

| Jahr | lebend Geborene | Gestorbene | Zugezogene | Fortgezogene | Bevölkerung am 31.12. des Jahres |
|------|-----------------|------------|------------|--------------|----------------------------------|
| 2000 | 805 | 1.158 | 6.835 | 6.987 | 114.618 |
| 2001 | 803 | 1.241 | 6.548 | 7.109 | 113.623 |
| 2002 | 787 | 1.234 | 6.556 | 7.122 | 112.610 |
| 2003 | 793 | 1.138 | 6.327 | 6.727 | 111.865 |
| 2004 | 818 | 1.134 | 6.390 | 6.884 | 111.065 |

¹ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Statistische Berichte zur Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, aufgeschlüsselt für die einzelnen Vergleichsjahre vgl.: <http://www.statistik-mv.de/berichte>, 4. Juli 2006.

Aus den in der Tabelle dargestellten Zahlen ergibt sich bezüglich der Geburten- und Gestorbenenrate ein klares Negativsaldo.² Ähnlich verläuft der Trend auch bei der räumlichen Bevölkerungsentwicklung. Zwar zogen im Jahr 2004 6.390 Personen im Landkreis zu, im Gegenzug wanderten jedoch auch 6.884 Menschen ab, was allein für dieses eine Jahr einen Verlust von 494 Einwohnern bedeutet. Da besonders junge Leute Ostvorpommern verlassen, hat der Landkreis mit einer steigenden Überalterung der Bevölkerung zu kämpfen. Den größten Anteil machen bisher noch die 30- bis 50-Jährigen aus (30,8 Prozent). Der Anteil der unter Sechsjährigen beträgt allerdings nicht mal sechs Prozent. Jugendliche zwischen 15 bis 18 Jahren stellen knapp zehn Prozent der Bevölkerung in Ostvorpommern und junge Erwachsene zwischen 25 und 30 Jahren sogar nur fünf Prozent. Im Gegenzug steigt die Zahl der älteren Menschen kontinuierlich an. 2004 waren 19,7 Prozent der Bevölkerung zwischen 50 und 65 Jahre und 19,5 Prozent über 65 Jahre alt. Der Ausländeranteil ist in Ostvorpommern mit 1,8 Prozent extrem niedrig und verharrt seit 2002 auf diesem Niveau.

Tabelle 2: Ausländeranteil im Landkreis Ostvorpommern³

| Jahr | 1990 | 1994 | 1998 | 2000 | 2002 | 2004 |
|-----------------|------|------|------|------|------|------|
| Ausländeranteil | 0,3% | 1,1% | 1,4% | 1,6% | 1,8% | 1,8% |

Das durchschnittliche Monatseinkommen im Landkreis Ostvorpommern liegt bei 2.049 Euro und entspricht damit 68 Prozent des Bundesniveaus. So sich überhaupt von wirtschaftlichen Zentren sprechen lässt, konzentrieren sich diese auf die Städte Anklam und Wolgast. Generell ist die gesamte Region von hoher Arbeitslosigkeit geprägt. Zwar ist Ostvorpommern verglichen mit anderen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Hinsicht keineswegs das Schlusslicht, rangiert aber mit einer Arbeitslosenrate von 24,7 Prozent im Jahr 2004 im Vergleich zu den anderen Landkreisen im schwächsten Drittel. Zudem stieg die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen Jahren kontinuierlich an.

² In absoluten Zahlen ausgedrückt, ergibt sich für das Jahr 2004 ein Gestorbenenüberschuss von minus 2,8 je 1.000 Einwohner. Im Jahr 2004 gab es 316 Todesfälle mehr als Neugeborene. Für 2003 beträgt der Gestorbenenüberschuss 345 Menschen, für das Jahr 2002 447 Menschen, für 2001 438 Menschen und im Jahr 2001 übersteigt die Todes- die Geburtenrate um 353 Personen.

³ Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2004: Wahlen 2004 – Strukturdaten, Landkreis Ostvorpommern, 1.

Tabelle 3: Arbeitslosenquote⁴

| Jahr | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Arbeitslosenquote | 20,6 % | 20,3 % | 20,5 % | 21,6 % | 22,0 % | 24,0 % | 24,7 % |

Nicht nur die Zahl der Arbeitslosen ist in Ostvorpommern gestiegen, sondern auch die der Sozialhilfeempfänger. Waren im Jahr 2002 noch 3.720 Personen als Sozialhilfeempfänger registriert, erhöhte sich deren Zahl im Jahr 2004, direkt vor Inkrafttreten von Hartz IV, auf 3.899 Personen. Das Durchschnittsalter der Betroffenen liegt bei nur 24 Jahren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Landkreis Ostvorpommern ist eine extrem wirtschaftsschwache Region. Allein die hohe Arbeitslosigkeit lässt auf eine von Unzufriedenheit, Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit geprägte Grundstimmung in der Bevölkerung schließen. Einziger Lichtblick für die Region ist das vor allem in den Sommermonaten florierende Geschäft mit dem Tourismus. Allein im Juli 2005 zählt die Statistik 624.562 Übernachtungen, womit Ostvorpommern im landesweiten Vergleich gleich nach der Insel Rügen auf dem zweiten Rang landet.⁵ Beide Regionen liegen in dieser Disziplin weit vor den anderen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb ist es kaum verwunderlich, dass ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung im Hotel- und Gaststättengewerbe tätig ist. Die allgemein dennoch als schlecht einzustufenden Zukunftschancen sowie das unterdurchschnittliche Lohnniveau forcieren insbesondere die Abwanderung junger Menschen, woraus nicht zuletzt auch ein Mangel an qualifizierten Fachkräften resultiert. Langfristig führt dieser Prozess jedoch vor allem zu einer demografischen Überalterung des ländlichen Raumes. Die Wirtschaftskraft Ostvorpommerns dürfte daher in Zukunft kaum zunehmen.

2.2 Die Strukturen der rechtsextremen Szene in Ostvorpommern

Die rechtsextreme Szene des Landkreises wird nicht etwa von der NPD, sondern von Kameradschaften, Bündnissen, Kulturkreisen, Bürgerinitiativen und weiteren freien Gruppierungen dominiert. Einen gravierenden Einfluss sowohl auf die NPD als auch auf die Kameradschaften in Anklam, Usedom und Ducherow sowie den Heimatbund Pommern hat in erste Linie das ‚Soziale und nationale Bündnis Pommern‘ (SNBP) – eine regionale Dachorganisation, die sich (durchaus erfolgreich) der Aufgabe

⁴ <http://www.statistik-mv.de/sis>, 5. Juli 2006.

⁵ Vgl. Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2005: Statistische Berichte, Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern, 20 (http://www.statistik-mv.de/berichte/g_/g-iv_/g413_/2005/daten/g413-2005-07.pdf).

verschrieben hat, die freien Kräfte der Region zu bündeln. Mit Zeltlagern, Sing-, Tanz- und Trachtengruppen lockt der ‚Heimatbund Pommern‘ (HPB) besonders Jugendliche an. Das Kultur- und Sportprogramm macht es den Rechtsextremisten leicht, Hemmschwellen abzubauen, mit den jungen Menschen in Kontakt zu kommen und sie gezielt auf eine spätere Kaderlaufbahn in der rechten Szene vorzubereiten. In Einzelfällen gelang es dem ‚Kulturkreis Pommern‘, einer Gruppierung des HBP, öffentlich auf Dorffesten in Ostvorpommern aufzutreten. Auch mit entsprechendem Propagandamaterial, wie beispielsweise dem ‚Inselboten‘ – einer rechtsextremen Postille, deren Layout nicht grundlos einem konventionellen Amtsblatt zum Verwechseln ähnlich sieht – ist die Region gut versorgt. Herausgeber des ‚Inselboten‘ ist die auf der Insel Usedom ansässige ‚Initiative für Volksaufklärung e.V.‘ Personell eng mit den Herausgebern dieses Blattes verquickt ist zudem der ‚Kameradschaftsbund Usedom‘ (KBU) um Anführer Enrico Hamisch. Der KBU, dem das Zeitschriftenprojekt ‚Der Fahnenträger – zentrales Organ völkischer Sozialisten‘ zuzuordnen ist, gilt unterhalb des SNBP als die ideologische Vorreitergruppierung in Ostvorpommern. In der Vergangenheit haben die Herausgeber des Blättchens, eine Redaktionsgemeinschaft um die Rechtsextremisten Hamisch und Michael Kutschke, mehrfach zu Demonstrationen und Aktionen gegen die Globalisierung und gegen die Politik der USA, insbesondere im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, aufgerufen.⁶ Insgesamt dürften die in Ostvorpommern ansässigen Kameradschaften über etwa 250 Mitglieder verfügen, wobei der Mobilisierungsgrad vermutlich um ein Vielfaches höher liegt (vgl. Kap 1.3).

Seit Mitte der 90er Jahre gibt es in Ostvorpommern einen NPD-Kreisverband, der im Jahr 2006 etwa 35 Mitglieder umfasst. Zwar existieren im gleichen Jahr sechs eigenständige Ortsverbände, mit einem eigenen offiziellen Parteibüro kann die NPD bislang aber nicht aufwarten. Das Amt des Kreisvorsitzenden bekleidet Christian Deichen aus Wolgast. Seine Stellvertreter sind Michael Andrejewski und Mario Kannenberg – die beiden Mandatsträger im Kreistag. Erst kurz vor den Kommunalwahlen in die Region gezogen, zeigt Andrejewski als einziger von allen Dreien ein für NPD-Verhältnisse starkes kommunalpolitisches Engagement.

Seitdem Andrejewski für die NPD in der Region aktiv ist, machte die Partei zunächst durch diverse Flugblattaktionen auf sich aufmerksam. Beispielsweise sollten die Bürger aufgefordert werden, verstärkt die Anklamer Stadtbibliothek zu nutzen, um eine drohende Schließung abzuwenden. Hauptinstrument von Andrejewskis Öffentlichkeitsarbeit ist der oben genannte ‚Inselbote‘, dessen redaktionelle Gestaltung er zum Großteil allein bestimmt. Für Druck und Verbreitung sorgt die ‚Initiative für Volksaufklärung e.V.‘ und liefert damit ein zusätzliches Indiz

⁶ <http://www.verfassungsschutz-mv.de/cgi-bin/verfass-mv/neuig/details.pl?kenner=start&pos=12>, 4. Juli 2006.

für die enge Verzahnung von Kameradschaften und NPD in Ostvorpommern. Auch im Internet ist die Partei offenkundig auf die Unterstützung durch die freien Kräfte angewiesen. Der Webauftritt des SNBP galt bis zum Relaunch der Internetpräsenz der Landespartei im Juni 2006 als Hauptinformationsportal für die kommunalpolitische Arbeit der NPD in Ostvorpommern. Zugleich ist dies ein Hinweis auf den massiven Einfluss des SNBP auf die Arbeit der NPD, besonders in Vorpommern (vgl. Kap. 1.3).

Der zweite Mandatsträger neben Andrejewski, der nach den Kreistagswahlen 2004 den Sprung in den Kreistag schaffte, ist Mario Kannenberg. Der gelernte Maler und Lackierer, geboren 1979, stammt im Gegensatz zu Andrejewski aus der Region. Allerdings fällt er neben ihm kaum auf; da er in der Kommunalpolitik keine eigenen Schwerpunkte setzt, gilt sein Einfluss als äußerst gering. Ehe Andrejewski kam, hatte Kannenberg zwar von 2001 bis 2003 den Kreisvorsitz inne, jedoch ohne die Partei von dieser Position aus inhaltlich prägen zu können. Dafür legte der allerdings den Grundstein für die heute zu beobachtende enge Verzahnung zwischen Kameradschaften und NPD im Kreisgebiet, die jedoch sowohl der Bundes- als auch der Landesspitze der Partei eher ein Dorn im Auge zu sein scheint.

Die wesentlich einflussreichere Person im Kreistag ist der bereits mehrfach erwähnte Michael Andrejewski. Er ist zudem Beisitzer im Landesvorstand und fungiert auch als Berater für Rechtsangelegenheiten. Im Zuge der Recherche für diese Untersuchung erklärte sich der NPD-Mann zu einem ausführlichen Interview bereit, bei dem er auch zu biographischen Auskünften bereit war, die im Folgenden zusammengefasst werden:⁷ Michael Andrejewski kam 1959 in Baden-Württemberg, genauer in Baden-Baden, auf die Welt, wo er bis zum Abitur seine Kindheit in einem bürgerlich geprägten Elternhaus verbrachte. Von 1979-1981 absolvierte er seinen Wehrdienst und nahm anschließend in Hamburg zunächst ein Studium der Volkswirtschaftslehre auf. Dieses brach er nach dem Vordiplom jedoch ab, weil er dessen Lehrinhalte als zu mathematisch, abstrakt und realitätsfremd empfand. Es folgte ein Jura-Studium, das sich allein bis zum Ersten Staatsexamen über 36 Semester hinzog. Nach seinem Referendariat in Stendal bestand Andrejewski auch das zweite Examen und beendete damit 2002 nach insgesamt 20 Jahren seine akademische Ausbildung. Umso engagierter zeigte er sich dafür bei der Mitarbeit und Gründung rechtsextremistischer Gruppierungen. In Hamburg initiierte er die Gruppe ‚Hamburger Liste Ausländerstopp‘, wo er verantwortlich für die Organisation und Durchführung von Demonstrationen sowie für die Verteilung von Flugblättern war. Für ihn sei es damals wie heute wichtig gewesen, gegen den hohen Ausländeranteil in Deutschland vorzugehen.

Nach der Deutschen Einheit wagte er wie viele andere Westdeutsche in Ostdeutschland seinen persönlichen Neuanfang, zog nach Ros-

⁷ Interview mit Michael Andrejewski am 14. November 2005, vgl. Kap. 3.5.

tock und gründete dort die Gruppe ‚Rostock bleibt deutsch‘. Sein Jura-Studium setzte er unterdessen fort. Bei der Bürgerschaftswahl im Jahr 1992 erreichte seine Initiative immerhin stattliche zwei Prozent, was eingedenk der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen nur kurz zuvor umso makabrer ist. Trotzdem oder gerade deshalb bezeichnet Andrejewski dieses Wahlergebnis als einen herausragenden politischen Erfolg. Bereits zwei Jahre später verließ Andrejewski Rostock, trat in die NPD ein und arbeitete sechs Jahre lang in einem bundesländerübergreifenden Wahlkampfteam der Partei mit. Die Entscheidung, in die NPD einzutreten, bezeichnet er noch heute als reine Vernunftentscheidung, weil man nur mit Hilfe einer größeren rechtsorientierten Partei politische Ziele erreichen könne.

Seit Anfang 2003 lebt und wohnt Andrejewski in Anklam – ebenfalls aus strategischen Gründen. Bei der Region handelt es sich aus seiner Sicht um ein Krisengebiet und sie biete daher die beste Perspektive für seine politischen Ziele. Andrejewski ist allein in die Stadt gezogen, er ist nicht verheiratet und kinderlos. Nach seinem Umzug bestritt Andrejewski seinen Lebensunterhalt zunächst von Hartz-IV-Zuwendungen, gegenwärtig plant er allerdings, sich noch im Jahr 2006 mit einer eigenen Anwaltskanzlei selbstständig zu machen, falls es bei der Landtagswahl mit einem gut dotierten Landtagsmandat nicht klappen sollte. Grundsätzlich ist der NPD-Mann jedoch davon überzeugt, dass er in Anklam und in Ostvorpommern bei der Ausübung seiner politischen Arbeit große Spielräume hat, da die Partei dort nur schwach organisiert ist und keine großen Hierarchien aufweist. Er könne deshalb seine Politik selbst gestalten, eigenständig arbeiten und würde nicht von politischen Größen der NPD gegängelt werden. Als eines seiner nächsten großen Ziele bezeichnet er den Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Andrejewski kandidiert auf dem dritten Platz der Landesliste und sieht für sich sehr gute Chancen, als Abgeordneter der NPD in den Landtag einzuziehen. Sollte dieser Wahlerfolg auf Landesebene wider Erwarten ausbleiben, wäre es nach Auskunft Andrejewskis für die NPD jedoch ernsthaft vorstellbar, aus der nächsten Kommunalwahl in Anklam als stärkste Fraktion hervorzugehen und damit entsprechende politische Entscheidungsbefugnisse zu erhalten. Mit dieser Überlegung legt er indessen den Verdacht nahe, dass es ihm eher als Ziel vorschwebt, eines Tages Bürgermeister von Anklam zu werden, als sich dem Diktat einer NPD-Landtagsfraktion unterordnen zu müssen.

2.3 Der Wahlkampf und die Kreistagswahl 2004 im Landkreis Ostvorpommern

Bei den Kommunalwahlen im Juni 2004 waren in Ostvorpommern 95.638 Menschen aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Sechs Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP, Bündnis 90/Grüne, NPD), vier Wählergemein-

schaften und drei Einzelkandidaten traten damals zur Wahl an. Mit Blick auf die NPD muss rückblickend konstatiert werden, dass die Partei keinen öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf betrieben hat. Ähnlich inaktiv zeigten sich auch die Kameradschaften. Nur in vereinzelt Regionen (z.B. Anklam und Postlow) wurden Flugblätter verteilt, deren inhaltlicher Schwerpunkt allerdings nicht der Kreistagswahl in Ostvorpommern galt. Unter der Schirmherrschaft des SNBP fanden zwar im Vorfeld zwei Demonstrationen statt, mit einem Einzug der NPD in den Kreistag schien auf demokratischer Seite trotzdem niemand zu rechnen. Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Kandidatur der NPD gab es jedenfalls nicht.

Am Wahltag wurde dann die CDU stärkste Fraktion im Kreistag Ostvorpommern, gefolgt von PDS und SPD. Mit nur 48,5 Prozent fiel die Wahlbeteiligung äußerst gering aus. Von den 95.638 Wahlberechtigten gaben nur 46.431 Wähler ihre Stimme ab. Die NPD errang davon 4,2 Prozent für sich und zog auf Grund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde in den Kreistag ein.

Tabelle 4: Wahlergebnis der Kommunalwahl 2004 in Ostvorpommern⁸

| Partei | Anzahl der Stimmen | Anteil der Stimmen | Sitze im Kreistag |
|------------------|--------------------|--------------------|-------------------|
| CDU | 59.869 | 46,4 % | 25 |
| SPD | 18.578 | 14,4 % | 8 |
| PDS | 25.125 | 19,5 % | 10 |
| FDP | 4.987 | 3,9 % | 2 |
| Grüne | 2.756 | 2,1 % | 1 |
| NPD | 5.458 | 4,2 % | 2 |
| UWG Bansin | 1.325 | 1,0 % | 1 |
| WGGM | 782 | 0,6 % | 0 |
| WGK | 1.107 | 0,9 % | 1 |
| UR | 7.474 | 5,8 % | 3 |
| Andiel, Matthias | 316 | 0,2 % | 0 |

⁸ http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm, 28. Juni 2006. Folgende Wählergemeinschaften traten bei den Kommunalwahlen 2004 in Ostvorpommern an: die Unabhängige Wählergemeinschaft Bansin (UWG), die Wählergemeinschaft Gemeinde Murchin (WGGM), die Wählergemeinschaft Karlsburg (WGK) und der Usedomer Ring (UR).

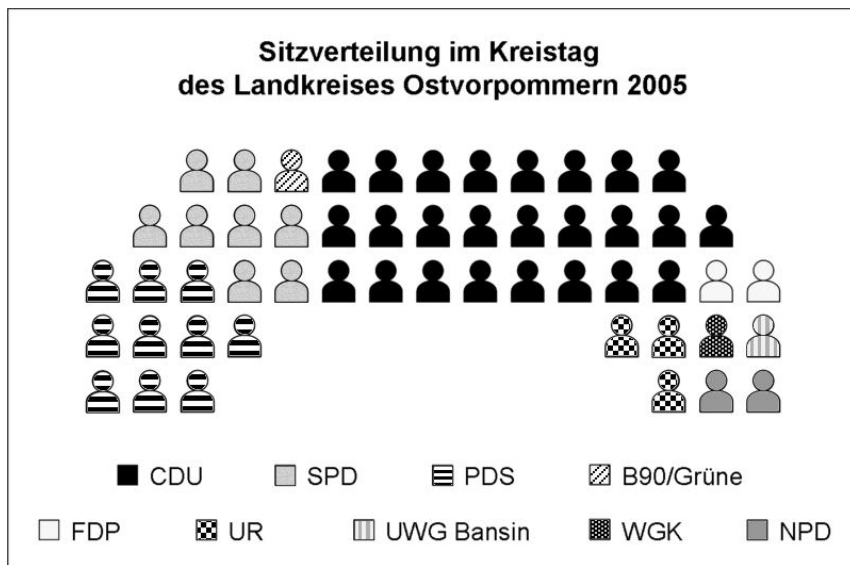
| | | | |
|------------------|-----|-------|---|
| Jassmann, Uwe | 451 | 0,3 % | 0 |
| Powils, Heinz-H. | 865 | 0,7 % | 0 |

Das höchste Wahlergebnis konnte die NPD mit 12,5 Prozent in Postlow erreichen. Aber nicht nur auf dem Land schnitt die Partei relativ gut ab, auch im städtischen Bereich, in Anklam, kam die NPD in acht von neun Wahlbezirken auf über neun Prozent. Die Kreisstadt birgt also das größte Wählerpotenzial für die rechtsextremistische Partei im Landkreis. Auch im Süden und Südosten des Landkreises findet sich eine relativ große Anhängerschaft, der Stimmenanteil lag hier zwischen sieben und knapp über zwölf Prozent. Ebenfalls erfolgreich schnitt die NPD in der Stadt Lassan (8,4 Prozent) und den angrenzenden Dörfern (Buggenhagen 9,1 Prozent, Murchin 6,4 Prozent, Ziethen 10,1 Prozent ab. Nur im Norden des Landkreises konnten die Rechtsextremisten dagegen kaum reüssieren. In den Wahlbezirken Liepen, Loissin I, Neetzow II, Melenthin und Wusterhusen II gab es gar keine Stimmen für die NPD.

2.4 Die politische Konstellation im Kreistag nach den Kommunalwahlen

Der Kreistag in Ostvorpommern verfügt über 53 zu vergebene Mandate, die nach der Wahl wie folgt verteilt waren. Den Löwenanteil (25 Sitze) konnte die CDU auf sich vereinigen. Die nächststärkste Fraktion ist die PDS, sie stellt zehn Abgeordnete, gefolgt von der SPD mit acht Sitzen. Es folgen der Usedomer Ring (UR) mit drei und die FDP mit zwei Sitzen. Ebenfalls zwei Mandate stellt die NPD. Anschließend folgen Bündnis90/Die Grünen, die Unabhängige Wählergemeinschaft Bansin (UWG) und die Wählergemeinschaft Karlsburg (WGK) mit jeweils einem Sitz im Kreistag. Die konservativen Kräfte (CDU, UR, UWG und FDP) können das Gremium also klar dominieren, so dass die NPD es schon von den Ausgangsbedingungen her schwer hat, politischen Einfluss – und sei es nur als „Zünglein an der Waage“ – zu nehmen.

Abbildung 1: Sitzverteilung im Kreistag nach den Kommunalwahlen 2004



Entsprechend den Mehrheitsverhältnissen erlangten im Kreistag zunächst sechs Parteien und Wählergemeinschaften einen Fraktionsstatus. Auch die NPD bildete anfangs eine eigene Fraktion. Ebenso wie der FDP wurde ihr der Fraktionsstatus jedoch wieder aberkannt, nachdem das Landesverfassungsgericht die Novellierung der Kommunalverfassung, wonach eine Fraktion eine Mindeststärke von vier Abgeordneten haben müsse, im Dezember 2004 für verfassungskonform erklärt hatte. Diese Entscheidung war für die Mandatsträger beider Parteien auch mit politischen und finanziellen Einbußen (weniger Informations- und Mitbestimmungsrechte, weniger Geldzuwendungen – 153,50 Euro im Monat plus einer Aufwandsentschädigung für den Fraktionsvorsitzenden von 220 Euro im Monat) verbunden. Der UR schloss sich hingegen kurzerhand mit dem Abgeordneten des WGK zusammen und sicherte seiner Wählergemeinschaft auf diese Weise weiterhin die Vorteile des Fraktionsstatus'.

Auf der konstituierenden Kreistagssitzung (19. Juli 2004) werden üblicherweise die Mitglieder der zehn Ausschüsse des Kreistages (Kreisausschuss; Finanzausschuss; Rechnungsprüfungsausschuss; Jugendhilfeausschuss; Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Bau- und Planungsausschuss; Umweltausschuss; Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Gleichstellungsfragen; Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und Denkmalpflege; Tourismusausschuss und Satzungs- und Geschäftsordnungsausschuss) nominiert; jedoch kandidierte die NPD we-

der für einen der Ausschüsse noch wurden NPDler von anderen Parteien für einen der Ausschüsse nominiert. Als Grund für das passive Verhalten seiner Partei bei der Kandidatenaufstellung gab der NPD-Abgeordnete Andrejewski an, dass die NPD ohnehin keine Stimmen aus anderen Parteien für sich hätte gewinnen können. Eine Unterstützung von NPD-Kandidaten sei vor allem deshalb nicht zu erwarten, weil die Abstimmung über die Sitzverteilung in den Ausschüssen öffentlich stattfindet und – wie Andrejewski vermutet – kein Kreistagsabgeordneter einer anderen Parteien aufgrund des politischen und gesellschaftlichen Drucks bereit gewesen wäre, für die NPD zu stimmen. Deshalb sei eine Kandidatur seiner Partei für einen der Ausschüsse von vornherein aussichtslos gewesen.

Anders hingegen verlief es bei der Wahl eines NPD-Vertreter in die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern. Der Regionale Planungsverband Vorpommern ist ein Zusammenschluss der Landkreise Nordvorpommern, Ostvorpommern, Rügen, Uecker-Randow und der kreisfreien Städte Greifswald und Stralsund.⁹ Die Verbandsversammlung kommt einmal im Jahr zusammen. Dort legt der Vorstand einen Rechenschaftsbericht über seine Arbeit ab und stellt neue Projekte für die Region vor. Die Verbandsversammlung hat die Aufgabe, den Vorstand für die Arbeit des vergangenen Jahres zu entlasten und für das kommende Jahr neu zu bestätigen. Für die Wahl der Vertreter zur Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands hatte die NPD eine eigene Vorschlagsliste mit ihren beiden Abgeordneten eingereicht (Vorlage 73/04). Auf ihren Antrag hin musste die Wahl der Verbandsversammlungsvertreter zudem mittels geheimer Abstimmung erfolgen. Die NPD erhielt bei dieser geheimen Wahl vier Voten und konnte damit einen Vertreter – Andrejewski (Stellvertreter: Kannenberg) – in die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern entsenden. Zu diesem Ergebnis kam es also nur, weil offensichtlich auch zwei Kreistagsabgeordnete aus anderen Parteien für die NPD gestimmt hatten. Aus den Kreistagsunterlagen ist nicht ersichtlich, dass auf die Wahl eines NPD-Mitglieds in die Verbandsversammlung ein Kreistagsabgeordneter etwa mit Empörung reagiert oder das Wort ergriffen hätte, um seinen Unmut über dieses Ergebnis zum Ausdruck zu bringen. Wie konnte es zu einem solchen Wahlerfolg der NPD im Kommunalparlament kommen? In der Presse

⁹ Nach dem Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LPIG M-V) gehören zu seinen Aufgaben: die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung und die Erstellung von Entwicklungskonzepten für die Region (z.B. Entwicklungskonzept ‚Guts- und Landhäuser in Vorpommern‘). Die Organe des Planungsverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorstand (§14 LPIG). Die Verbandsversammlung besteht aus den Landräten, den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und Verbandsvertretern, deren Anzahl sich nach der Einwohnerzahl der einzelnen Regionen richtet. Jeder Vertreter kann eine Stimme abgeben und ist nicht an Aufträge und Weisung gebunden.

wurden von Seiten der SPD Vorwürfe laut, dass die CDU heimlich Absprachen mit der NPD und FDP getroffen hätte, um eine stärkere personelle Besetzung der CDU in den Ausschüssen zu erreichen.¹⁰ Während dies von der CDU bestritten wird, hat Andrejewski im Interview behauptet, dass es eine solche Absprache gegeben hätte.¹¹

Weitere kommunale Arbeit leistet die NPD in der Arbeitsgruppe ‚Verwaltungsreform‘, eine Arbeit, die sie ihrem damaligen Fraktionsstatus verdankt. Mit Beschluss vom 13. Dezember 2004 wurde die Bildung dieser Arbeitsgruppe veranlasst, die sich aus der Landrätin, ein bis zwei Mitgliedern aus den Fraktionen und einem Vertreter des Städte- und Gemeindetages zusammensetzt.

2.5 Die kommunalparlamentarische Arbeit der NPD

Die nachfolgenden Angaben basieren auf einer Dokumentenanalyse der Kreistagsunterlagen, die zu den 13 Kreistagssitzungen zwischen Juli 2004 und März 2006 vorliegen, einer Auswertung der Lokalpresse sowie persönlichen Beobachtungen der Sitzungen des Kreistages und Interviews mit Mitarbeitern des Kreistages bzw. Kreistagsabgeordneten.

Fragt man nach dem Auftreten der beiden NPD Mandatsträger, so fällt zunächst auf, dass sie beide fast immer anwesend waren. Andrejewski nahm an allen 13 Kreistagssitzungen¹² teil und verließ auch keine der Sitzungen frühzeitig; Mario Kannenberg fehlte einmal, allerdings formgerecht entschuldigt (5. Sitzung/14. Februar 2005). Eklatante Vorfälle mit den beiden Abgeordneten gab es im Kreistag Ostvorpommern nicht zu vermelden. Im Gegenteil: Sowohl Andrejewski als auch Kannenberg werden von den befragten Angestellten und Mitarbeitern des Landkreises Ostvorpommern ohne Ausnahme als „ordentliche Abgeordnete“ bezeichnet. Sie gelten als höflich und aufgeschlossen, zeichneten sich durch pünktliches Erscheinen zu den Sitzungen aus, meldeten sich auf Rückfragen und würden bei Unklarheiten auch selbst Fragen stellen.

Während der Sitzungen hinterlassen die beiden Abgeordneten einen für Beobachter eher unscheinbaren Eindruck. Im Tagungsraum sitzen sie isoliert, suchen aber auch nicht das Gespräch mit den anderen Abgeordneten. Von ihrem Frage- und Rederecht machen Andrejewski und Kannenberg zwar Gebrauch, jedoch nicht in exorbitanter Häufigkeit. Aktiv werden sie vor allem dann, wenn ganz bestimmte Themenkomplexe (z.B. Sozialagentur Ostvorpommern, Haushalt, Verwaltungsgebietsreform) auf der Agenda stehen. Das Fragerecht wurde von ihnen in den untersuchten 18 Monaten bei insgesamt fünf Sitzungen wahrge-

¹⁰ Vgl. Ostsee-Zeitung vom 11. September 2004.

¹¹ Interview Andrejewski vom 14. November 2005.

¹² Sitzungen zwischen Juli 2004 und Abschluss des Beobachtungszeitraumes am 30. März 2006.

nommen, zweimal davon während der Einwohnerfragestunden. So legte Andrejewski der Landrätin in der dritten Sitzung gleich eine ganze Batterie an Fragen über die Probleme der Sozialagentur, über die Kreismulage, über das Zustandekommen des Haushaltes sowie über die Besetzung der neu entstehenden Stellen im Bereich der Sozialagentur vor.¹³ In der elften Sitzung fragte er konkret nach, „was die Sozialagentur bisher in Bezug auf Reha-Maßnahmen unternommen habe und was sie noch zu unternehmen gedenkt“.¹⁴ Bei diesen Ausführungen berief er sich beide Male explizit auf Bürger aus der Gemeinde, die mit ihren Sorgen persönlich an ihn herangetreten wären. Seinen direkten Kontakt zu den Menschen der Region unterstreicht Andrejewski mit Formulierungen wie „einige Bürger habe irritiert“ (dritte Sitzung) oder „[...]“, dass einige Leute doch eher schlechte Erfahrungen gemacht hätten“ (elfte Sitzung). Auch während der Beratungen des Kreistages stellte Andrejewski Fragen, inwieweit zum Beispiel bei den Möbeleinkäufen für die Sozialagentur ostdeutsche Produzenten berücksichtigt worden seien (vierte Sitzung).

In den Kreistagsunterlagen sind zudem einige Redebeiträge von Andrejewski zu finden. So sprach er sich in der zweiten Sitzung, auf der es unter anderem um den Antrag der Verwaltung ging, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen, gegen das Optionsmodell Ostvorpommern¹⁵ aus und begründete dies mit dem „Heimatschutz“. In diesem Zusammenhang wies er auch darauf hin, dass das zentrale Problem der Region nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Abwanderung der jungen Menschen sei. Laut Protokoll gab Andrejewski zu Bedenken: „Wenn die jetzt vorliegende Arbeitslosigkeit aus zwei Generationen bestehe, wäre man zwei Generationen lang arm. Wenn allerdings die Abwanderung weitergeht, gäbe es in zwei Generationen kein Ostvorpommern mehr, sondern nur noch Wildnis mit ein paar Altersheimen“.¹⁶

In einem anderen Redebeitrag sprach er sich gegen das Verwaltungsmodernisierungsvorhaben der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aus, weil die Voraussetzungen nicht stimmen würden. Des Weiteren beklagte er die Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung und sprach in diesem Zusammenhang von der Schaffung eines „kraftlosen Gebildes“ (zehnte Sitzung). Dieser Redebeitrag hatte einen ausgesprochen polemischen Charakter und wich in der Tonlage von den anderen Beiträgen ab. Den Anlass zu diesem verschärfen Auftreten gab vermutlich die Teilnahme von Prof. Dr. Jörn Ipsen (Universität Osnabrück), der auf dieser Kreistagssitzung sein Gutachten der Verwaltungsstrukturreform vorstellte. Es schien Andrejewski sehr wichtig zu sein, Prof. Dr. Jörn Ipsen nicht nur die Tatsache bewusst zu machen, dass die

¹³ Vgl. Kreistagsunterlagen der dritten Sitzung.

¹⁴ Vgl. Kreistagsunterlagen der elften Sitzung.

¹⁵ Der Landkreis Ostvorpommern nutzt das Hartz-IV-Optionsmodell und verwaltet seine Arbeitslosengeld-II-Empfänger selbstständig.

¹⁶ Vgl. Kreistagsunterlagen der zweiten Sitzung.

NPD im Kreistag Ostvorpommern sitzt, sondern ihm auch deutlich vor Augen zu führen, wie sie über die Gebietsreform denkt. Mit seinem provokativen Redebeitrag ist Andrejewski dies zweifellos gelungen.

Während der 13 Sitzungen des Kreistages zwischen Juli 2004 und März 2006 reichte die NPD zudem insgesamt acht Anträge ein. Obwohl alle form- und fristgerecht gestellt worden waren, wurden sie mit einer deutlichen Mehrheit von den anderen Parteien abgelehnt. Die acht Anträge sollen im Folgenden chronologisch aufgelistet und kurz vorgestellt werden.

- 1. *Antrag* (Vorlage 91/04) ‚Verweigerung eines Fraktionskontos durch die Sparkasse Vorpommern gegenüber der NPD-Fraktion im Kreistag Ostvorpommern‘ vom 30. August 2004:¹⁷ Die NPD führt zur Begründung dieses Antrages an, dass ihr durch diese Ablehnung seitens der Sparkasse Vorpommern Unrecht geschehen sei. Schließlich hätten 4,2 Prozent der Wähler für die NPD votiert, sie sei als Partei erlaubt und würde trotzdem in ihrer politischen Arbeit behindert und diskriminiert. Die Bank als Wirtschaftsmacht würde in die Politik eingreifen. Der von ihr angestrebte Beschluss sollte lauten: Der Kreistag verurteilt, dass die Sparkasse Vorpommern der frei gewählten NPD-Fraktion ein Fraktionskonto verweigert hat, da diese dadurch gegenüber den anderen Fraktionen diskriminiert würde und ihre Arbeitsfähigkeit gefährdet sei. Dieser Antrag wurde mit 13 zustimmenden und 21 negativen Voten sowie sechs Enthaltungen abgelehnt. Eine ganze Reihe von Abgeordneten aus anderen Fraktionen hatte also für diesen Antrag der NPD gestimmt; zum größten Teil sind sie der Auffassung gewesen, dass die Nichteröffnung des Fraktionskontos eine Benachteiligung der NPD sei, die – angesichts der Tatsache, dass die Partei demokratisch gewählt worden ist und sie damit die gleichen Rechte wie andere politische Gruppierungen hat – ungerecht sei.
- 2. *Antrag* (Vorlage 193/2004) ‚Austritt des Kreises aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania sowie der Deutsch-Polnischen Gesellschaft‘ vom 13. Dezember 2004:¹⁸ In ihrer Antragsbegründung führte die NPD an, dass sie eine verstärkte Einwanderung polnischer Bürger in die Region befürchte, die angesichts der zu beobachtenden Überalterung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Selbstaufgabe der deutschen Kultur führen könnte; daher sollte die Region aus diesem EU-geförderten regionalen Verbund austreten. Ein Abgeordneter der anderen Parteien reagierte entsprechend und legte dar,

¹⁷ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der zweiten Sitzung; damals hatte die Partei noch ihren Fraktionsstatus.

¹⁸ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der vierten Sitzung.

dass das von der NPD Vorgetragene an der Zielsetzung der Pomerania völlig vorbeigehe, weshalb Andrejewski sich bezüglich dieser erst einmal sachkundig machen solle, ehe er einen solchen Antrag stellt. Der Antrag wurde schließlich von der Kreistagsversammlung gegen die beiden befürwortenden Voten der NPDler und ohne Enthaltung vollständig abgelehnt.

- 3. *Antrag* (Vorlage 32/2005) ‚Privatisierung des Kreiskrankenhauses in Wolgast‘ vom 4. April 2005:¹⁹ Kannenberg forderte in seiner Rede die Abgeordneten auf, sich gegen das Vorhaben der Privatisierung des Krankenhauses Ostvorpommern auszusprechen. Er begründete seinen Antrag damit, dass die Privatisierung nur dazu diene, Geld für den maroden Haushalt zu erhalten, eine Privatisierung aber letztlich zum Zusammenbruch des Gesundheitssystems in der Region führen würde und dabei viele Arbeitsplätze vernichte. Auch dieser Antrag wurde mit 34 Gegenstimmen, zwei Zustimmungen und drei Enthaltungen abgelehnt.
- 4. *Antrag* (Vorlage 33/2005) ‚Arbeitsweise der Verwaltung, hier: Erlass von ‚Zwischenbescheiden‘ vom 4. April 2005:²⁰ Laut dieses Antrages der NPD sollte der Kreistag beschließen, dass die Sozialagentur in Zukunft „einfache Mitteilungen gegenüber den Bürgern nicht mehr als Zwischenbescheid zu bezeichnen“ habe und im Zusammenhang damit, die Adressaten nicht mehr auffordern müsse, „den abschließenden Bescheid abzuwarten“. In gewisser Weise kommen bei diesem Antrag die juristischen Interessen des Abgeordneten Andrejewski zum Vorschein, wenn er in seiner Begründung kritisiert, dass die derzeitigen Schreiben die Zuwendungsempfänger über ihr Recht hinwegtäuschten, vor dem Verwaltungsgericht Untätigkeitsklage zu erheben. Auch dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt, konnte aber dennoch vier positive Voten und acht Enthaltungen für sich verbuchen.
- 5. *Antrag* (Vorlage 44/2005) ‚Einstellungen bei der Sozialagentur‘ vom 9. Mai 2005:²¹ In diesem Antrag wurde von der NPD zum einem gefordert, dass in der Sozialagentur in Zukunft zur Hälfte Mitarbeiter eingestellt werden sollten, die nicht in einer Behörde beschäftigt seien und sich seit mindestens einem Jahr in der Arbeitslosigkeit befänden. Zum anderen verlangte sie die Erstellung eines detaillierten Berichts über die Modalitäten, nach denen die neuen Mitarbeiter der Sozialagentur eingestellt werden. Im Plenum reagierte ein Abgeordneter der demokratischen

¹⁹ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der siebten Sitzung.

²⁰ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der siebten Sitzung.

²¹ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der achten Sitzung.

Parteien darauf mit Empörung und meinte, dass eine solche Sachdarstellung offensichtlich impliziere, dass eine Bürgermeisterlobby überflüssige Verwaltungsmitarbeiter „entsorgen“ würde. Der Antrag wurde gegen die beiden NPD-Befürworter mit großer Mehrheit abgelehnt.

- 6. *Antrag* (Vorlage 85/2005) ‚Privatisierung des Kreiskrankenhauses in Wolgast‘ vom 5. September 2005:²² Mit dem Beschluss dieses Antrages sollte der Kreistag erklären, dass ein Bürgerentscheid hinsichtlich der Privatisierung des Kreiskrankenhauses Wolgast zulässig wäre. Mit einem solchen Votum sollte der Einwand außer Kraft gesetzt werden, dass ein Bürgerentscheid gemäß den gesetzlichen Bestimmungen deshalb nicht rechtmäßig sei, weil es um Angelegenheiten der Haushaltssicherung gehe. Nach Meinung der NPD handele es sich bei der Privatisierung allerdings um ein selbständiges Projekt, das deshalb nicht mehr unter der Maßgabe der Haushaltssicherung und der vorliegenden Gesetze betrachtet werden könne. „Es wäre auch undemokratisch, eine so gravierende Entscheidung unter Ausschluss des Volkes zu treffen“. Der stellvertretende Landrat nahm daraufhin ausführlich und in betont sachlicher Form Stellung zum Antrag der NPD. Er führte aus, dass die Privatisierung sehr wohl Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes sei und sich nicht zu einem selbständigen Projekt entwickelt hätte. Und selbst wenn es zu einer Empfehlung des Kreistages kommen würde, sei es rechtlich nicht möglich, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Der Antrag wurde gegen ein befürwortendes Votum der NPD (der zweite NPD-Abgeordnete Mario Kannenberg hatte die Sitzung bereits verlassen) abgelehnt.
- 7. *Antrag* (Vorlage 84/2005) ‚Sozialagentur‘ vom 5. September 2005:²³ Die Beschlussvorschlag sah vor, dass der Kreistag der Sozialagentur empfehlen sollte, eine Zufriedenheitsumfrage bei den Kunden durchzuführen. Zu diesem Zweck sollte ein Fragebogen ausgearbeitet und den „Kunden jeweils anlässlich ihrer Besuche bei ihren Fallmanagern überreicht werden.“ Der Antrag wurde von der NPD damit begründet, dass es nicht den Verantwortlichen im Landkreis überlassen werden könne, die Arbeit der Sozialagentur zu beurteilen. Der stellvertretende Landrat wandte gegen diesen Antrag ein, dass die Kreisverwaltung bereits ein eigenes Controllingsystem im Haushaltsbereich eingerichtet hätte, in dessen Rahmen auch die Zufriedenheit der Kunden erfragt werden könne. Der Antrag wurde gegen ein befürwortendes Votum des Antragstellers (auch hier war Kannenberg nicht mehr anwesend) und eine Enthaltung abgelehnt.

²² Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der zehnten Sitzung.

²³ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der zehnten Sitzung.

- 8. *Antrag* (Vorlage 129/2005) ‚Austritt des Kreises aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft‘ vom 12. Dezember 2005:²⁴ Der wiederholte Beschlussvorschlag der NPD zu diesem Thema lautete: „Der Landkreis Ostvorpommern tritt zum nächsten Zeitpunkt aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft aus.“ Zur Begründung wurde dieses Mal angeführt, dass dem Kreishaushalt ein Defizit drohe. Zur teilweisen Deckung sei bereits das Krankenhaus Wolgast verkauft worden. Infolgedessen sei es nicht länger vertretbar, die hohen Mitgliedsfelder für diese Organisationen zu bezahlen. „Außerdem schädigt es den Selbstbehauptungswillen des deutschen Landes Pommern, wenn ein abstraktes Projekt wie eine ‚Euroregion Pomerania‘ propagiert wird, in dem man deutsche, schwedische und im Augenblick polnisch besiedelte Gebiete wahllos zusammenwürfelt. Künstliche Verwaltungseinheiten dürfen nicht gewachsene historische und kulturelle Strukturen ersetzen.“ Nach der Verlesung dieses Antrages und seiner Begründung reagierten die Abgeordneten der anderen Parteien größtenteils entrüstet und ungehalten. Zwei Abgeordnete nahmen dann aber in sachlicher Form Stellung zu dem Gesagten. Der Antrag erhielt schließlich lediglich die beiden zustimmenden Voten der NPD und wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Soviel zu den acht Anträgen der NPD. Angesichts der Gesamtzahl von fast 220 Anträgen während des untersuchten Zeitraumes machen sie indessen noch nicht einmal fünf Prozent aller Beschlussvorlagen im Kreistag Ostvorpommern aus. Auch bestehen zwischen den Anträgen zum Teil erhebliche Zeitintervalle, während der die beiden NPDler überhaupt nicht aktiv in Erscheinung traten. Bezüglich des Inhalts der von ihnen eingebrachten Anträge ist festzustellen, dass in allen Anträgen versucht wird, Probleme oder wenigstens Spezifika der Region aufzugreifen.

2.6 Die Reaktionen der anderen Parteien auf die NPD

Um die Reaktionen der anderen Abgeordneten zu ermitteln, wurde außer der Beobachtung vor Ort allen 51 Kreistagsabgeordneten der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften ein anonymisierter Fragebogen zugeschickt. Parallel dazu fanden mit den einzelnen Fraktionsvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Gespräche statt, um mehr über ihre persönliche Einstellung zur NPD und ihrem Agieren im Kreistag zu erfahren. Zusätzlich ist unser Projekt während der Fraktionssitzungen der CDU und SPD vorgestellt worden; dies diente zum

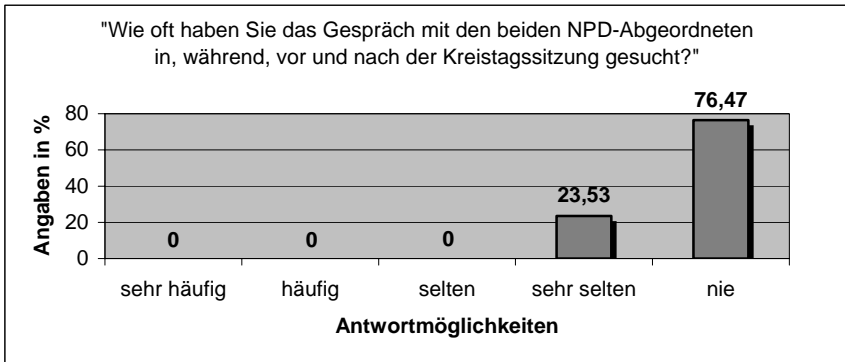
²⁴ Vgl. Niederschrift der Kreistagsunterlagen der zwölften Sitzung.

einen Informationszwecken, sollte sie zum anderen aber auch zur Unterstützung des Projektes ermuntern. Am Ende schickten jedoch nur 17 Kreistagsmitglieder ihren Fragebogen zurück, was einem Drittel der angeschriebenen Abgeordneten entspricht. Für diesen, aus unserer Sicht angesichts der umfassenden Vorbereitungen und begleitenden Gespräche, eher geringen Rücklauf ließen sich mehrere Gründe eruieren. Einige Abgeordnete meinten, dass der Fragebogen sie in ihrer politischen Meinung einengen würde. Andere vertraten die Auffassung, dass bereits mit der Ausfüllung eines Fragebogens zur NPD diese als eine „liebe Partei“ dargestellt und damit eine ‚Blanko-Legitimierung‘ durch die demokratischen Parteien erfahren würde. Schließlich gaben verschiedene Abgeordnete auch ihr Desinteresse an unseren Forschungen zu erkennen, indem sie darauf hinwiesen, dass es doch noch andere Probleme in Ostvorpommern gebe als die NPD.

Aufgrund der geringen Beteiligung ergibt sich für die Auswertung in Ostvorpommern das Problem, dass die Daten nicht das gesamte politische Spektrum abdecken. Ablehnungsbegründungen und Äußerungen einzelner Abgeordneter nähren den Verdacht, dass an der Befragung kaum Personen aus den linkorientierten Parteien teilgenommen haben. Wie bei den meisten Untersuchungen, die zur Datenerhebung auf Fragebögen setzen, kommt zudem das Problem hinzu, dass die Bögen von einigen Befragten nur unvollständig ausgefüllt worden sind. Die Auswertung der zurückgesendeten Fragebögen ergibt folgende Befunde:

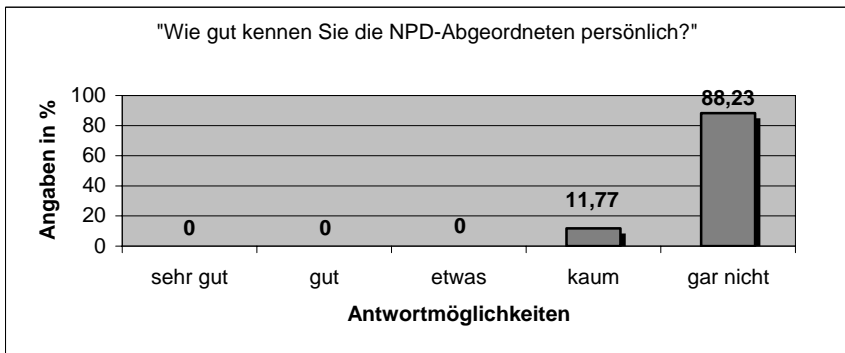
Die Antworten auf die Frage „Gibt es eine Strategie ihrer Partei/Wählergemeinschaft im Umgang mit der NPD“ lassen keine einheitliche Strategie der Parteien im politischen Umgang mit der NPD erkennen. Vielmehr hat die Befragung gezeigt, dass die Kreistagsabgeordneten mit der NPD politisch auf sehr unterschiedliche Art und Weise verfahren. Sechs Befragte lehnen jeden Kontakt mit den NPD-Abgeordneten ab und ignorieren sie. Zwei Personen gehen tolerant mit der NPD um und begründen dies damit, dass es sich bei Andrejewski und Kannenberg um gewählte Vertreter des Kreistages handele; eine Zusammenarbeit mit ihnen lehnen sie jedoch dennoch ab. Ein weiterer Abgeordneter setzt sich kritisch mit der NPD auseinander und ein Befragter lehnt sie völlig ab, indem er bei den Anträgen der NPD den Sitzungssaal verlässt. In einer Fraktion gab es hingegen einen Beschluss, dass über jede NPD-Vorlage beraten und danach versucht wird, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Bei der Frage „Wie oft haben Sie das Gespräch mit den beiden NPD-Abgeordneten in, während, vor und nach der Kreistagssitzung gesucht“, beantworteten 76,47 Prozent der Befragten die Frage mit „nie“ und 23,53 Prozent mit „sehr selten“.

Abbildung 2: Kontakt mit den NPD-Abgeordneten während der Sitzungen



Auf die Frage „Wie gut kennen Sie die NPD-Abgeordneten?“ äußerten 88,23 Prozent der Befragten, dass sie gar keinen persönlichen Kontakt zu den NPDlern hätten und 11,77 Prozent gaben an, sie kaum persönlich zu kennen.

Abbildung 3: Genereller Bekanntheitsgrad der NPD-Abgeordneten

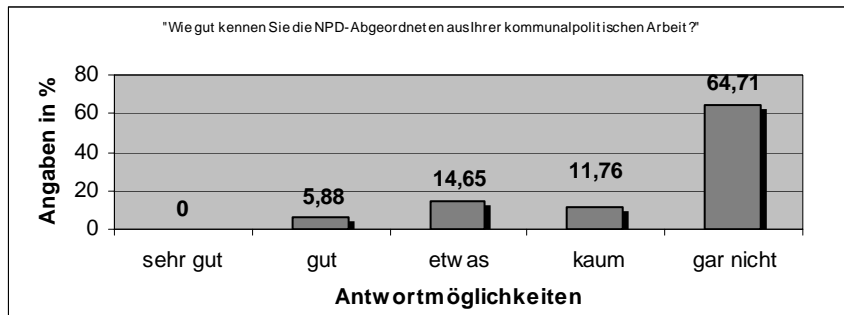


Die Ergebnisse der Befragung decken sich mit den Beobachtungen während der Kreistagssitzungen. Es werden kaum politische Gespräche zwischen den NPD-Abgeordneten und den Abgeordneten der anderen Parteien geführt. Die anderen Parteien ignorieren die NPD eher bzw. nehmen sie kaum zur Kenntnis.

Mit der folgenden Frage „Wie gut kennen Sie die NPD-Abgeordneten aus ihrer kommunalpolitischen Arbeit“ soll untersucht werden, wie hoch der Bekanntheitsgrad der NPD-Abgeordneten bei den

Abgeordneten der etablierten Parteien im Bereich der kommunalpolitischen Arbeit in Ostvorpommern ist.

Abbildung 4: Bekanntheitsgrad aus der kommunalpolitischen Arbeit



Fast drei Viertel (64,71 Prozent) der Befragten kennen die NPD-Abgeordneten aus ihrer kommunalpolitischen Arbeit gar nicht. Nur 5,88 Prozent der befragten Abgeordneten haben angegeben, die NPD-Mitglieder gut zu kennen. Die Vermutung, dass es sich bei diesen Befragten um Personen handelt, die in der Jugendarbeit tätig sind oder aktiv gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern kämpfen, ist dabei nicht ganz von der Hand zu weisen.

Mit den Fragen „Wie viele Anträge hat die NPD auf den letzten zwölf Kreistagssitzungen gestellt?“ und „Waren die Anträge form- und fristgerecht?“ soll ermittelt werden, inwieweit die Abgeordneten der demokratischen Parteien die Anträge der NPD zur Kenntnis nehmen. Die Ergebnisse der Befragung geben zu erkennen, dass sich die Kreistagsabgeordneten mit den Anträgen der NPD durchaus auseinander setzen. Dafür spricht, dass die Hälfte der Befragten völlig richtig lag, als es darum ging, die genaue Anzahl der eingebrachten NPD-Anträge anzugeben. Der Rest verschätzte sich und griff bei dieser quantitativen Bestimmung zu hoch. Bezüglich des NPD-Antrags-Portfolios erinnerten sich die demokratischen Kommunalpolitiker an verschiedene Themenschwerpunkte wie beispielsweise die Privatisierung des Krankenhauses Wolgast oder Inhalte im Zusammenhang mit der Sozialagentur Ostvorpommern. Über 80 Prozent der befragten Kreistagsabgeordneten sind zudem der Meinung, dass die Anträge der NPD einen kommunalpolitischen Bezug haben.

Von der Mehrheit der Kreistagsmitglieder werden die Anträge der NPD dennoch abgelehnt. Im Folgenden wurde daher nach den Gründen dafür gefragt. Als ein Motiv für das negative Bescheiden der Anträge wird angeführt, dass sie von der NPD stammen. Einige Befragte brachten zum Ausdruck, dass es nicht gesellschaftskonform sei, den Anträ-

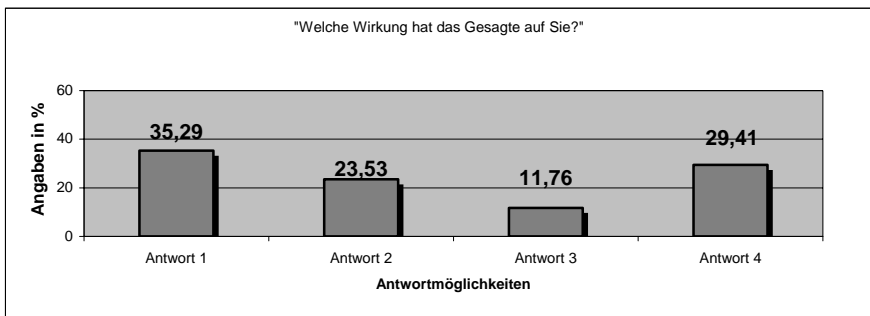
gen der NPD zuzustimmen, obwohl sie beschlussfähig wären. Andere Abgeordnete sind hingegen der Meinung, dass die Anträge der Rechtsextremisten nicht gesetzeskonform, falsch oder populistisch seien. Und schließlich wird der Standpunkt vertreten, dass man die NPD deshalb nicht unterstützen könne, weil sie für die Lösung der Probleme in der Region Ostvorpommern keine Alternative darstelle.

Einschätzung der Redebeiträge

Über 90 Prozent der Befragten schätzen, dass der NPD-Abgeordnete (Andrejewski) häufig von seinem Rederecht Gebrauch macht. In diesem Zusammenhang wurde den Befragten die Frage gestellt, welche Wirkung das Gesagte auf sie hat? Bei der Beantwortung dieser Frage wurden vier Alternativantworten vorgegeben:

1. „Das Gesagte ist inhaltlich nicht verständlich.“
2. „Es ist mir egal, was der NPD-Abgeordnete sagt.“
3. „Das Gesagte hat zur politischen Willensbildung beigetragen.“
4. „Das Gesagte hat mich nachdenklich gestimmt.“

Abbildung 5: Wirkung der NPD-Wortbeiträge auf die Abgeordneten



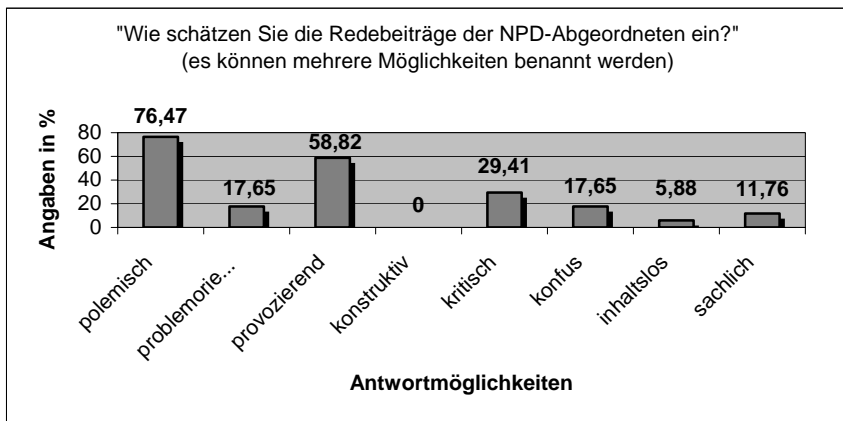
Den meisten befragten Abgeordneten (35,29 Prozent) kommt das, was die NPD-Vertreter im Kreistag vorbringen, inhaltlich unverständlich vor. Fast 30 Prozent geben bei der Befragung an, dass sie das Gesagte nachdenklich stimmt. Und über 23 Prozent der befragten Abgeordneten meinen, dass es ihnen egal ist, was die NPDler sagen würden.

Diese Antworten lassen darauf schließen, dass die Redebeiträge bei den Abgeordneten überwiegend auf Ablehnung stoßen. Die Befragung gibt zudem zu erkennen, dass einige Abgeordneten sich mit dem

Gesagten deshalb nicht auseinander setzen können, weil es inhaltlich schwer verständlich bleibt. Das liegt zum einen an der Vortragsweise Andrejewskis, der sehr schnell, abgehakt und undeutlich spricht und dessen Redebeiträge oftmals unstrukturiert wirken. Zum anderen liegt es an der Verwendung von Begriffen, die dem heute üblichen politischen Wortschatz fremd sind oder die eine historisch geprägte Bedeutung haben (z.B. ‚Heimatschutz‘, ‚Abwicklungsprogramme für den ländlichen Raum‘, ‚Umsiedlung der Polen‘).

Abschließend wurde gefragt, wie die Kreistagsabgeordneten selbst die Redebeiträge der NPD einschätzen würden. Es gab acht Antwortalternativen (1. polemisch, 2. problemorientiert, 3. provozierend, 4. konstruktiv, 5. kritisch, 6. konfus, 7. inhaltslos, 8. sachlich), wobei Mehrfachbenennungen möglich waren.

Abbildung 6: Einschätzung der Redebeiträge



Die Befragten schätzen die Redebeiträge als sehr stark ‚polemisch‘, stark ‚provozierend‘ aber auch als ‚kritisch‘ ein. Nur wenige finden, dass das Gesagte ‚sachlich‘ und ‚problemorientiert‘ ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die NPD-Abgeordneten von den anderen Parteivertretern wie Außenseiter wahrgenommen werden. Ihre Arbeit wird von den Kreistagsabgeordneten zwar wahr-, jedoch nicht ernst genommen. Eine Zusammenarbeit lehnen sie ab, was aufgrund der klaren Mehrheitsstrukturen im Kreistag auch praktikabel ist.

Wie hat die NPD ihrerseits auf die Reaktionen der anderen Parteien reagiert? Wie nimmt sie im Landkreis Ostvorpommern das Agieren der anderen Parteien wahr? Ein Interview mit dem NPD-Abgeordneten And-

rejewski ergab folgende Aussagen zu diesen Fragen:²⁵ Ihm zufolge fühle sich die NPD von den anderen Parteien und Wählergemeinschaften im Kreistag Ostvorpommern durchaus gerecht behandelt. Es gäbe aus Sicht der NPD kaum signifikante Benachteiligungen in der kommunalpolitischen Arbeit (Ausnahmen: das Nichtvorlesen der Anträge der NPD im Kreistag²⁶). Auch würde die NPD von der örtlichen Presse fair behandelt. Als Kreistagsabgeordnete gibt er aber auch seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, dass die anderen politischen Gruppierungen, wie z.B. die PDS, seines Erachtens nicht die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner Partei suchen würden.

Vor dem Hintergrund, dass die Kreistagsabgeordneten der etablierten Parteien und Gruppierungen gar nicht mit den NPD-Abgeordneten reden, sie kaum grüßen und sie auf jede mögliche Art und Weise ignorieren, sind diese Aussagen Andrejewskis durchaus erstaunlich. Dies umso mehr als auch die örtliche Presse keine Mitteilungen oder Berichte seitens der NPD veröffentlicht. Dagegen argumentiert Andrejewski, dass er das Verhalten der anderen Parteien und Wählergemeinschaften insofern als fair empfinden würde, da er selbst sie anders behandeln würde, wenn er die politische Macht hätte. Das Abstimmungsverhalten der NPD bei Anträgen der anderen Parteien würde sich an drei Leitideen der Partei ausrichten. Diese lauten: „Nationale Souveränität erhalten“, „Abschaffung der freien Marktwirtschaft“ und „Ausländerstopp in Deutschland“. Ziel der politischen Arbeit ist es nach Auskunft Andrejewskis, das „System zu kippen“. Dabei ist er von der Vorstellung überzeugt, dass sich der Staat weiter verschulden und eines Tages nicht mehr zahlungsfähig sein werde. In der Folge erwartet er einen Zusammenbruch des gesamten Wirtschafts- und Regierungssystems. Das damit entstehende politische Machtvakuum würde für die NPD dann die Chance eröffnen, die Macht im Rahmen des Grundgesetzes zu ergreifen. Die NPD arbeitet daran, entsprechende Netzwerke und Organisationen aufzubauen. Ihre jetzige Aufgabe sei es, die Grundsatzsubstanz zu erhalten (z.B. Schulen, Bibliotheken, ortsansässiges Gewerbe).

Nach Aussage des NPD-Mandatsträgers gibt es zwischen den demokratischen Gruppierungen und der NPD keine Zusammenarbeit. Anfänglich hätte es zwar Absprachen zwischen der CDU und der NPD bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen gegeben, doch Absprachen über das Abstimmungsverhalten der Anträge würden nicht vorkommen.

Die Bedeutung seiner Arbeit im Kreistag schätzt Andrejewski als nicht so wichtig ein. Für ihn ist der Kreistag in erster Linie ein „Ort der Profilierung von einzelnen Abgeordneten.“ Ein Grund für seine eher

²⁵ Die folgenden referierten Aussagen und wörtlichen Zitate stammen aus einem Interview mit Andrejewski am 14. November 2005.

²⁶ Nach den Aussagen des Kreistagsbüros von Ostvorpommern gibt es keinen Beschluss des Präsidiums oder des Kreistags, dass die Anträge der NPD nicht durch den Kreistagspräsidenten vorgelesen werden. Es liegt im Ermessen des Kreistagspräsidenten, ob er einen Antrag vorliest oder nicht. Dabei ist es unerheblich, von welcher Partei der Antrag gestellt wird.

gleichgültige Haltung könnte darin liegen, dass die von ihm gestellten Anträgen – obgleich sie seiner Auffassung nach gesetzeskonform und für die Region notwendig sind – allein deshalb abgelehnt werden, weil sie von einem Vertreter der NPD stammen.

Für Andrejewski stellt der Kreistag vor allem eine Informationsquelle dar, die ihn an Informationen gelangen lässt, die er als Bürger sonst nicht erhalten würde. Die erlangten Informationen, sowohl aus dem öffentlichen Teil als auch aus dem nichtöffentlichen Teil der Kreistagssitzungen, werden von ihm für den ‚Inselboten‘ und ‚Anklamer Boten‘ aufbereitet und veröffentlicht.

2.7 Die außerparlamentarische Arbeit der NPD

So aktiv die NPD in Ostvorpommern innerhalb des Kreistages agiert, umso schwächer zeigt sie sich darin, auch auf der Straße Menschen für ihre Inhalte gewinnen zu können. Zwar sucht Andrejewski auch außerhalb des Parlamentes Kontakt zu anderen Gruppen, um deren Probleme für sich im Kreistag nutzbar zu machen, hat sich darin aber bislang nur als bedingt erfolgreich erwiesen. Auch die innerhalb der Partei sonst so beliebten Infotische veranstaltet er selten bis gar nicht. Seine Auftritte hat er in erster Linie auf NPD-Kundgebungen zu Wahlkampfzeiten, wo er im ganzen Bundesland als Redner auftritt und dabei seine kommunalpolitische Arbeit als die einzige beschreibt, die den Menschen wirklich aus der Seele sprechen würde. Diese Beobachtungen passen zu der oben bereits ausgeführten These, dass die Partei Probleme hat, sich auch außerhalb des Kreistages gut zu vermarkten. Der ‚Kampf um die Straße‘ wird in Ostvorpommern allein von den Kameradschaften und deren Bündnissen geführt, die in dieser Disziplin ausgezeichnet reüssieren können, ohne dass die NPD dazu wirklich nötig wäre. Aus diesem Grund ist sie als Partei außerhalb des Parlamentes besonders massiv auf das Zweckbündnis mit den Kameradschaften angewiesen. Die bereits angesprochene Umorganisation der Kreisverbände gibt indessen einen Hinweis darauf, dass sie derzeit versucht, diese Abhängigkeit aufzubrechen, um in kleineren Territorien selbst mehr präsent sein zu können. Zugleich fällt auf, dass die Öffentlichkeitsarbeit der NPD in Ostvorpommern seit 2005 professioneller geworden ist. Der NPD-Kreisverband hat eine eigene Internetseite eingerichtet, die im Juni 2006 nochmals überarbeitet und den Bedürfnissen der NPD-Öffentlichkeitsarbeit angepasst wurde. Auf dieser Seite präsentieren sich die Mandatsträger nicht nur selbst, sondern versuchen zudem mit populistischen Mitteln, eine Kommunalpolitik zu verkaufen, für die es in der politischen Realität allerdings an praktischen Belegen fehlt. Durch das Medium Internet errichtet die NPD hinsichtlich ihrer Kommunalpolitik eine Scheinwelt, die dem Bürger suggerieren soll, dass die NPD besonders kompetent darin sei, Probleme der Region aufzugreifen und Lösungsansätze dafür zu su-

chen. Tatsächlich ist genau dies nicht der Fall. Dass die NPD diese Masquerade dennoch ohne große Anstrengungen aufrechtzuerhalten vermag, ergibt sich aus der Tatsache, dass sie als Mitgliedspartei des Kreistages eine Reihe an Informationsrechten besitzt, von denen sie bei ihrer außerparlamentarischen Selbstdarstellung bewusst profitiert. So nutzt die NPD die im Kreistag gewonnenen Informationen gezielt, um sie in der Öffentlichkeit zu verbreiten – vor allem im Internet, im ‚Inselboten‘ oder im ‚Anklamer Boten‘. Dabei scheut sie auch davor nicht zurück, Propaganda gegen den Kreistag oder einzelne Abgeordnete zu betreiben.

2.8 Schlussbemerkung

Hat die NPD den ‚Kampf um das Parlament‘ (Kreistag) in Ostvorpommern gewonnen oder wenigstens eine aus ihrer Sicht wichtige Etappe erreicht? Für diese These spricht wenig. Im Kreistag Ostvorpommern gibt es eine klare Dominanz der konservativen Kräfte (CDU, UR, UWG) und bei der Entscheidungsfindung spielen die Stimmen der NPD keine Rolle. Der NPD ist es nicht gelungen, zu einer wichtigen politischen Kraft im Kommunalparlament zu werden. Mit ihrem distanzierten Verhalten gegenüber der NPD bemühen sich die demokratischen Parteien darum, gar nicht erst den Eindruck einer politischen Zusammenarbeit mit dieser Partei aufkommen zu lassen.

3. Die Kleinstadt Anklam

3.1 Zur Struktur der Kleinstadt Anklam

Anklam, die Kreisstadt des Landkreises Ostvorpommern, liegt an der Peene, kurz vor ihrer Mündung in die Ostsee. Die Grundfläche von 41,3 Quadratkilometern teilen sich 14.477 Ankla­mer Bürger, das entspricht einer Einwohnerdichte von 357 Menschen je Quadratkilometer.¹ Zwar ist Anklam die größte Stadt des Landkreises Ostvorpommern, hat aber unter einer hohen Abwanderungstendenz zu leiden, die zu einem beträchtlichen Bevölkerungsverlust von über einem Viertel der ehemals 20.000 Einwohner im Jahr 1990 auf das heutige Niveau geführt hat. So haben im Jahr 2004 per Saldo 133 Bürger mehr die Stadt verlassen als zugezogen sind (Zuzug: 736/Fortzug: 869).²

Aufgrund der Tatsache, dass es für die Stadt Anklam keine separat geführte Statistik gibt, muss an dieser Stelle auf Daten aus dem Land­kreis Ostvorpommern zurückgegriffen werden. Das Statistische Jahrbuch 2005 des Statistischen Landesamtes gibt für diesen Kreis bezüglich der Altersverteilung der Bevölkerung ein deutliches Übergewicht der älteren Jahrgänge an. So sind ca. 70 Prozent der Menschen über 30 Jahre alt, ca. 40 Prozent sind älter als 50 Jahre. Die Gruppe der über 65-Jährigen macht einen Anteil von 19,5 Prozent aus, womit dieser Wert für Anklam um 0,8 Prozent über dem Landesdurchschnitt liegt. Die Wirtschaftsleistung im Kreis stagniert seit 1998 auf niedrigem Niveau. Lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 1998 noch bei 75,4 Prozent des Landeswertes so waren es 2001 nur noch 72,4 Prozent (neuere Daten liegen nicht vor). In Anklam ist einer von acht Seehäfen des Landes Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt. Hauptsächlich werden hier Düngemittel importiert und Getreide exportiert. Der größte Arbeitgeber in der Stadt ist die Danisco Sugar GmbH. Die Zuckerfabrik hat 155 Beschäftigte (in der Saison 175 Beschäftigte) und erzeugt weitere Beschäftigungsverhältnisse in ihrem Umfeld.³ So ist allein der ‚Anklamer Anbauerverband für Zuckerrüben e.V.‘ 564 Mitglieder stark und bestellt ca. 17.600 Hektar Ackerfläche mit Zuckerrüben (Stand 2002). Große Sorgen bereiteten in der letzten Zeit zum einen die erwarteten negativen Auswirkungen der neuen EU-Zuckermarktordnung auf die Zuckerfabrik und zum anderen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des in Anklam ebenfalls ansässigen Schlachthofes. Die Arbeitslosenquote stieg

¹ Vgl. Statistisches Landesamt 2005: Statistische Berichte. Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, 26 (Stand: 31. Dezember 2004).

² Vgl. Statistisches Landesamt 2005: Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, 39 (Stand: 31. Dezember 2004).

³ Vgl. Danisco Sugar 2002: Fabrikbroschüre Anklam, 2.

in den vergangenen Jahren stetig an und lag im Jahr 2004 bei 28 Prozent. Anklam gehört damit innerhalb des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern zu den strukturschwachen Problemregionen.

3.2 Die Strukturen der rechtsextremen Szene in Anklam

Die Ankla­mer NPD besitzt keine größere offizielle Parteistruktur. Es besteht zwar ein Ortsverband, der aber nach allem Anschein weniger als zehn Personen umfasst. Der Kreis der Sympathisanten speist sich im Wesentlichen aus den Mitgliedern der freien Kameradschaften sowie des ‚Sozialen und nationalen Bündnis Pommern‘ (SNBP), einem regionalen Dachverband der Kameradschaftsszene, der aber über ein erhebliches Mobilisierungspotenzial von ein- bis zweihundert Personen in ganz Vorpommern verfügt (vgl. Kap. 1.3). Die so genannte ‚freie Szene‘ in der Kleinstadt selbst prägt insbesondere der ‚Kameradschaftsbund Anklam‘ (KBA), der im Kern etwa 20 Mitglieder umfasst. Als besonders einflussreiche Personen innerhalb dieses Zirkels gelten der selbstständige Dachdecker Mirko Gudath sowie Markus Thielke. Er betreibt den Szeneladen ‚New Dawn‘, ein Treffpunkt nicht nur für KBA-Mitgliedern, sondern für Neonazis aus der gesamten Region. In direkter Nachbarschaft des ‚New Dawn‘ befindet sich, keine fünf Fußminuten vom Ankla­mer Markt­platz entfernt, das Tatoostudio ‚Blood&Pain‘, das ebenfalls in Thielkes Hand ist.

Nach den Greifswalder Nationalsozialisten (GNS), die sich bereits 1991 gründeten, aber bald wieder von der Bildfläche verschwanden, gilt der KBA als die älteste Kameradschaft im Nordosten der Bundesrepublik. Der Grundstein des KBA waren die Rechtsrock-Konzerte in der Gaststätte „Zur Linde“ in Klein Bünzow (Landkreis Ostvorpommern) zwischen Januar 1996 und August 1998. Das Konzertangebot trug in dieser Zeit maßgeblich zum Zusammenhalt der unorganisierten rechtsextremen Jugendkultur bei, wobei Mecklenburg-Vorpommern für die Neonazi-Szene, durch Partei- und Organisationsverbote in den 90er Jahren bundesweit stark geschwächt, ein ideales Rückzugsgebiet war. Während dieser zwei Jahre der ungestörten Musikabende in Klein Bünzow steigerte sich auch das Selbstbewusstsein der in der Region ansässigen Rechtsextremisten. Alle Voraussetzungen für den heutigen Stand der Dinge waren damit spätestens ab 1998 geschaffen. Von dem über die Musikveranstaltungen einsetzenden Idealisierungsschub profitierten vorrangig die freien Kameradschaften der Region. Ohne die Konzerte in der „Linde“ wäre es vermutlich gar nicht zur Gründung des Kameradschaftsbundes Anklam gekommen.⁴

⁴ Kleffner 2002: 222f.

Ehe diese Phase der rechten Rockabende vorüber war, hatte die Kameradschaft bereits ihre Vorreiterrolle in der Region gefestigt und setzte sich bis etwa 2001 öffentlichkeitswirksam für die politischen Belange der NPD ein. So unterstützte der KBA die Partei massiv beim Wahlkampf für die Bundes- und Landtagswahlen 1998 und schickte im Juni zuvor einen knapp 300 Mann starken Protestzug quer durch die Stadt. Der KBA verlor aber nach dem Wahldebakel⁵ rasch wieder das Interesse an der NPD und wendete sich eigenen Projekten zu. Allerdings ging wegen des damals begonnenen Verbotsverfahrens auch die NPD vorerst auf Abstand zur ‚freien Szene‘.

Im Gegensatz zu anderen, jüngeren Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern schottete sich der KBA ab 2003 wieder mehr von der Öffentlichkeit ab und schuf sich und seinen Sympathisanten stattdessen ein behagliches Landidyll in Salchow – einem kleinen Dorf wenige Kilometer vor den Toren Anklangs. Der Erwerb eigener Immobilien ist in der rechten Szene eine weit verbreitete Strategie, um ungestört Musik- und Großveranstaltungen abhalten zu können, was in den vergangenen Jahren zunehmend schwerer geworden ist. Besonders die Scheune neben dem großzügigen Wohnhaus war besonders ab 2003 oft Veranstaltungsort von Rechtsrock-Konzerten. Bereits mehrfach wurde das Objekt von der Polizei durchsucht, weil der Verdacht nahe lag, dort Musikalben indizierter rechtsextremer Bands in großen Stückzahlen zu finden.⁶ Nach Angaben von Insidern sei die Scheune so perfekt schallisoliert, dass während der rechten Liederabende kaum ein Ton nach draußen dringen würde.

3.3 Wahlkampf und Kommunalwahl 2004 in Anklam

Der Wahlkampf der Anklaamer NPD bestand im Wesentlichen aus einigen wenigen Infoständen und Flugblattaktionen. Eine für Anklam spezifische inhaltliche Ausrichtung ließ sich nicht nachweisen. Stattdessen nutzte die NPD Wahlkampfmaterialien aus den Beständen der Bundes- und Landespartei, die sich ohne konkreten Lokalbezug auf die Kritik an den am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz IV-Gesetzen konzentrierten.

Zur Wahl der Stadtvertretung trat die NPD in Anklam mit nur einem Kandidaten, dem aus dem Westteil der Bundesrepublik stammenden Michael Andrejewski, an. Da Andrejewski erst seit 2003 in Anklam wohnt, konnte seine Person im Wahlkampf der NPD noch keine größere Rolle spielen. Bei ihm handelte es sich damals noch um einen weitge-

⁵ Bei den Landtagswahlen 1998 erreichte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 1,1 Prozent der Zweitstimmen.

⁶ Vgl. Kleffner 2005: 147-162; vgl. auch Innenministerium 2006: Verfassungsschutzbericht 2005, Pressefassung, 44.

hend unbekannten Kandidaten, für den die NPD entsprechend auch keinen Personenwahlkampf führen konnte. Bei der Kommunalwahl erzielte die Partei der Rechtsextremisten dennoch einen deutlichen Wahlerfolg. Bei einer nur sehr geringen Wahlbeteiligung von 39,5 Prozent führt die Wahl im Einzelnen zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 1: Wahlergebnis der Kommunalwahlen 2004 in Anklam

Anzahl der Wahlberechtigten 12.567
 Anzahl der Wähler 4.959
 Wahlbeteiligung 39,5 %
 Stimmenzahl 14.159

| | Stimmenzahl im Wahlgebiet | Stimmenzahl | Sitzverteilung in der Stadtvertretung |
|---------|---------------------------|-------------|---------------------------------------|
| CDU | 5.371 | 37,9 % | 9 |
| SPD | 1.521 | 10,7 % | 3 |
| PDS | 2.192 | 15,5 % | 4 |
| FDP | 278 | 2,0 % | 0 |
| NPD | 1.133 | 8,0 % | 2 [1] |
| IfA | 2.204 | 15,6 % | 4 |
| UBL' 94 | 1.460 | 10,3 % | 3 |
| Gesamt | 14.159 | | 25 |
| | | | |

(Die Tabellenangaben basieren auf den offiziellen Angaben der Hansestadt Anklam⁷)

Als stärkste Fraktion hatte die CDU im Vergleich zum Ergebnis der Kommunalwahl von 1999 insgesamt 5,7 Prozentpunkte und zwei Sitze im Parlament verloren. Die SPD büßte sogar 11,4 Prozentpunkte ein und war infolgedessen mit nur noch drei statt sechs Abgeordneten in Anklam vertreten. Auch die PDS verlor sieben Prozentpunkte und musste verglichen mit ihrem Wahlergebnis von 1999 insgesamt zwei ihrer bisherigen sechs Sitze abgeben. Die FDP erreichte hingegen ein mit dem Ausgang der letzten Kommunalwahl vergleichbares Resultat, wobei die Zahl von 278 Stimmen allerdings auch dieses Mal nicht ausreichte, um in die Anklaer Stadtvertretung einzuziehen. Die NPD war indessen gleich mit acht Prozent erstmalig im Parlament der Stadt Anklam vertreten – nur 2,7 Prozentpunkte trennten sie dabei von der SPD. Konkret ergab die Berechnung für den Wahlvorschlag der NPD sogar mehr Sitze

⁷ www.anklam.de, 3. Juli 2006.

als Bewerber. Hätte die NPD also nicht lediglich Andrejewski als Kandidaten auf ihre Liste gesetzt, wäre sogar ein Einzug mit zwei Abgeordneten in das kommunale Parlament Anklangs möglich gewesen. Insofern die NPD von dieser Option im Vorfeld der Wahl keinen Gebrauch gemacht hat, bleibt der übrige Sitz bis zum Ablauf der Wahlperiode im Jahr 2009 unbesetzt. Gleich beim ersten Wahlantritt schnitt auch die neu gegründete Wählergruppe ‚Initiativen für Anklam‘ (IfA) erfolgreich ab: Sie gewann 15,6 Prozent der Wählerstimmen für sich und ist entsprechend mit vier Abgeordneten in der Stadtpolitik vertreten. Auf den Prozentpunkt genau erzielte die ‚Unabhängige Bürgerliste `94‘ (UBL `94) mit 10,3 Prozent das gleiche Ergebnis wie vor fünf Jahren. Bei der Kommunalwahl 2004 wirkte sich dieses Ergebnis allerdings mit drei Sitzen in der Stadtvertretung aus – also einem mehr als in der letzten Legislaturperiode.

3.4 Die politische Konstellation in der Stadtvertretung nach den Kommunalwahlen

Da die NPD nur ein Mandat wahrnehmen konnte, erübrigte sich die Frage nach dem Fraktionsstatus. Wie dem Wahlergebnis und der daraus resultierenden Sitzverteilung zu entnehmen ist, hat keine Fraktion eine eigene Mehrheit in der Stadtvertretung. Nicht ohne Reiz ist die Konstellation in Anklam deshalb, weil der Bürgermeister keiner Partei angehört und daher auf keine eigene Fraktion, also keine „Regierungsfraktion“ zurückgreifen kann. Das Stadtoberhaupt wurde direkt gewählt und trat die Nachfolge eines Bürgermeisters an, der diesen Posten für die CDU versah und sich jetzt als Mitglied der CDU-Fraktion mit seinem Nachfolger kritisch beschäftigt. Die Arbeit eines Verwaltungschefs ohne eigene Fraktion ist bereits kompliziert genug und wird eher noch komplizierter, wenn der Vorgänger im Amt als Ratsmitglied der stärksten Partei agiert. Die Mehrheiten in der Anklaamer Stadtvertretung wechseln ohnehin häufiger. Daher kann oftmals bereits eine Stimme – so im Prinzip auch die des Rechtsextremisten Michael Andrejewski – ausschlaggebend für eine Abstimmung der Kommunalparlamentarier sein.

3.5 Die parlamentarische Arbeit der NPD

Die parlamentarische Arbeit der NPD in Anklam wird von Michael Andrejewski als Einzelperson geleistet. Folglich erübrigen sich für ihn Absprachen mit Fraktionsmitgliedern, was ihn in seinem kommunalparlamentarischen Agieren sehr flexibel macht: Er kann spontan und unabhängig reagieren, ohne sich vor weiteren Mandatsträgern der eigenen Partei rechtfertigen zu müssen. Der parteiintern starken Stellung Andrejowskis

steht indessen hinsichtlich seiner kommunalparlamentarischen Verankerung ein informationstechnischer Nachteil gegenüber: Da er keinem Ausschuss angehört und die anderen Parteien durch Abstimmung verhindert haben, dass er einen Sitz im wichtigen Hauptausschuss erhalten konnte, sind seine Optionen zur Mitarbeit in der Anklaamer Stadtvertretung zwangsläufig beschränkt.

Ungeachtet dessen erscheint der NPD-Vertreter Andrejewski stets pünktlich und regelmäßig zu den Sitzungen. Aber nicht nur in den Versammlungen der Stadtvertretung ist er kontinuierlich anwesend, sondern er wohnt als nicht-stimmberechtigter Gast auch den Sitzungen des Hauptausschusses bei. Obgleich er diesem nicht selbst angehört, berechtigt ihn seine Mitgliedschaft in der Stadtvertretung, auch am nicht-öffentlichen Teil der Ausschusssitzungen teilzunehmen. Hinsichtlich seines äußeren Erscheinungsbildes tritt Andrejewski während der Sitzungen in der Stadtvertretung betont unauffällig auf. Er kleidet sich zurückhaltend, meist mit Lederweste, verzichtet auf Anzüge und sitzt diszipliniert auf seinem Platz neben einem CDU-Abgeordneten, ohne Zwischenrufe oder sonstige störende Einwürfe zu machen. Gelegentlich meldet er sich förmlich zu Wort. Seine Beiträge sind in der Regel kurz gehalten und werden in einer ruhigen, mittleren Sprechgeschwindigkeit vorgetragen – auffällig ist lediglich seine starre Körperhaltung. Die Vortragshaltung gleicht geradezu einer schultypischen Meldung.

Von seinem Abgeordnetenrecht, von Zeit zu Zeit Beschlussvorlagen einzubringen, macht Michael Andrejewski offensichtlich aktiv Gebrauch. Er versteht es dabei durchaus, sachliche Antragsbegründungen zu liefern. Alle von ihm gestellten Anträge erfüllen zudem sowohl die formalen als auch rechtlichen Bedingungen, um auf die Tagesordnung des Kommunalparlaments gesetzt werden zu können.

Bevor im Folgenden die Anträge im Einzelnen betrachtet werden, lässt sich vorwegnehmend bereits festhalten, dass es für die NPD in der Tat Erfolge bei Abstimmungen gab. Die Erfolgsschwelle ist in diesem Fall bereits dann überschritten, wenn die NPD einen Antrag stellt, der nicht abgelehnt wird oder eventuell nicht abgelehnt werden kann, und den Rechtsextremisten somit eine Möglichkeit bietet, sich als eine ernsthaft kommunalpolitisch arbeitende Partei darzustellen. Bemerkenswerterweise ist es Andrejewski sogar gelungen, Anträge zu stellen, denen Abgeordnete anderer Parteien ihre Zustimmung erteilten – dies wohl vor allem deshalb, weil sich die Anträge Themen widmeten, bei denen die kommunalparlamentarischen Vertreter eine Ablehnung nur um den Preis ihrer Diskreditierung in der Öffentlichkeit glaubten vornehmen zu können. Die NPD scheint dieses Verhalten der anderen Parteien bewusst für sich zu nutzen, indem Andrejewski beispielsweise versucht einige Themen, die ein breites Interesse vermuten lassen, schneller als die demokratischen Parteien in der Anklaamer Stadtvertretung aufzugreifen. Bei dieser gezielten Themenbesetzung profitiert er in gewisser Weise von der stellenweise zu beobachtenden Passivität der anderen Stadtvertreter. Das setzt natürlich einen gewissen politischen

„Instinkt“, Erfahrung und eine inhaltliche Stärke voraus. Obgleich sich der politische „Instinkt“ Andrejewskis nur schwer bewerten lässt, spricht die Art seines Agierens in der Ankla mer Stadtvertretung zumindest dafür, dass er über ausreichende Erfahrungen verfügt, um in der Kommunalpolitik kleinere Erfolge für die NPD zu erringen. Diese werden im nächsten Abschnitt nun ausführlicher beleuchtet.

Berücksichtigt wurden alle politisch relevanten Anträge und Stellungnahmen, die während des Untersuchungszeitraumes stattgefunden haben; verzichtet wurde lediglich auf solche Anträge, in denen Andrejewski kleinere Formulierungsänderungen ohne politische Konsequenzen und Kommentare anbrachte.⁸ Sämtliche von der NPD in die Ankla mer Stadtvertretung eingebrachten Stellungnahmen und Anträge, die im Folgenden vorgestellt werden, sind durch die Sichtung der offiziellen Sitzungsprotokolle nachweisbar und werden teilweise ergänzt durch persönliche Beobachtung und Protokollierung der Sitzungen seitens der Projektbeteiligten.⁹

- 28. Oktober 2004 und 11. November 2004 (Sitzung an zwei Terminen): Michael Andrejewski stellt folgenden Antrag: „Die Verwaltung erstellt eine Auflistung konkreter nachweisbarer ökonomischer Erfolge, die sich im Jahre 2004 aus den zum Zwecke der Anbahnung von Wirtschaftskontakten unternommenen Reisen des Bürgermeisters ergeben haben.“ Der Antrag wurde mit 14:1 Stimmen bei sieben Enthaltungen abgelehnt.
- 16. Dezember 2004: ‚Kino-Förderung‘. Die NPD reichte zur Stadtvertreterversammlung eine Beschlussvorlage zur Förderung eines Kinos ein. Der Beschlussvorschlag lautete: „Die Stadtvertretung erklärt ihre grundsätzliche Bereitschaft, im Jahr 2005 für den Fall, dass ein neues Kino in der Stadt eröffnet werden sollte, dieses in einem Ausmaß zu fördern, wie es dem durchschnittlichen Aufwand für die geplanten Events entspricht.“ Andrejewski führt in der Sachdarstellung dazu des Weiteren aus:

„In weiten Kreisen der Bevölkerung ist der Eindruck entstanden, die Stadt unterstütze nur Veranstaltungen mit Event-Charakter, vernachlässige aber die kulturelle Grundversorgung. Insbesondere unternehme sie nichts zur Erhaltung des

⁸ Als politisch nicht relevant gelten aus unserer Sicht die typischen „Straßenschilderfragen“, die in der Kommunalpolitik immer wieder eine Rolle spielen. Grundsätzlich beteiligt sich Andrejewski an solchen Debatten zu kleinteiligen, speziellen Themen. In diesem Zusammenhang lässt er auch die kleinen Alltagsfragen in seiner Arbeit als Abgeordneter nicht unberücksichtigt.

⁹ Die Anträge sind in den offiziellen Protokollen der Ankla mer Stadtvertretung 2004 bis 2006 nachlesbar. Das Datum des jeweiligen Antrages entspricht dem entsprechenden Protokoll. Des Weiteren sind alle Anträge durch Beiträge von Michael Andrejewski auf der Website der NPD und des SNBP kommentiert und publiziert.

Kinos. Es ist zwar klar, dass die Filmaufführungspolitik des Betreibers die negative Entwicklung der Besucherzahl bewirkt hat. Er scheint sich auch wenig Mühe gegeben zu haben, zusammen mit der Verwaltung nach Wegen zur Erhaltung des Standortes am Hafen zu suchen. Dennoch sollte von der Stadtvertretung ein Signal ausgehen, das vielleicht auch hilfreich hinsichtlich der Entscheidung für eine Wiedereröffnung an anderer Stelle sein könnte. Die Jugend in der Stadt zu halten, muss oberste Priorität haben, und dazu ist ein Kino eher nötig und imstande als manches Fest, das in Anklam gefeiert wird.“¹⁰

Diese Beschlussvorlage wurde von Andrejewski auf der Sitzung zurückgezogen. Es gab bereits eine Beschlussvorlage zur Förderung des Kinos seitens der Verwaltung.

- 16. Dezember 2004: ‚Informationen bei Auftragsvergaben‘. Die NPD versuchte folgenden Beschluss zu erwirken: „Bei der Auftragsvergabe informiert die Verwaltung die Stadtvertretung über Spenden, die die beteiligten Unternehmen im Jahr vor der Entscheidung über den Zuschlag an die Stadt geleistet haben.“ Der Antrag wurde mit 17:2 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.
- 27. Januar 2005: ‚Kinderbibliothek statt Anti-Wehrmachtszentrum.‘ Nach dem Vorschlag des Anklaer Bürgermeisters sollten für erste Renovierungsarbeiten in den Gebäuden der alten preußischen Kriegsschule und des ehemaligen Wehrmachtgefängnisses 33.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden. Ziel war die Einrichtung einer „Friedensschule“ sowie einer Gedenkstätte an die in dem Gebäudekomplex gefolterten und hingerichteten Opfer der Wehrmachtsjustiz. Andrejewski stellte den Antrag, den Betrag zu streichen und führte zur Begründung die angebliche Verunglimpfung der Wehrmacht durch dieses Vorhaben an. Gleichzeitig verwies er auf die geplante Schließung der Kinderbibliothek, bei der es um eine ähnliche Summe ginge, die in diesem Falle jedoch eingespart würde. Andrejewski drohte damit, der Bevölkerung diesen „Zusammenhang“ darzulegen. Die CDU reagierte darauf positiv, indem sie einen gleich lautenden Antrag stellte, der dann aus Gründen der Geschäftsordnung zuerst abgestimmt wurde und eine Mehrheit von neun zu sieben Stimmen bei fünf Enthaltungen fand. Die 33.000 Euro wurden folglich nicht für die Einrichtung einer Friedensschule in den Haushalt eingestellt.

¹⁰ Das Zitat wurde vom Verfasser auf der Sitzung am 16. Dezember 2004 selbst protokolliert.

- 27. Januar 2005: Mitgliedschaft in der Stiftung für Friedensarbeit ‚Otto-Lilienthal‘ der Hansestadt Anklam. Stellungnahme gegen den Antrag des Kulturausschusses. Mit 5.000 Euro soll Anklam durch die Beschlussvorlage des Kulturausschusses Mitglied in der Stiftung werden. Die Stadtvertretung hatte sich bereits zum Inhalt der Stiftung bekannt und stimmte dem Antrag mehrheitlich zu. Michael Andrejewski sprach sich mit folgenden Worten gegen die Mitgliedschaft in der Stiftung aus: „[...] die NPD sieht das nicht als Friedensprojekt, sondern als einseitiges Geschichtsprojekt, in dem die Wehrmacht und die gesamte deutsche Militärgeschichte kriminalisiert werden. Es wird zu Großdemonstrationen mit 1.000 Teilnehmern kommen. Ebenso muss mit linken Gegendemonstrationen gerechnet werden.“
- 19. Mai 2005: NPD-Beschlussvorlage zur Erhaltung des Kreisstadtstatus der Hansestadt Anklam. Im Wortlaut legt die NPD zu diesem Thema folgende Beschlussvorlage vor: „Die Stadtvertretung beschließt, dass die Hansestadt Anklam bei allen kommunalen Abgeordneten der Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow eine Unterschriftensammlung für Anklam als Kreisstadt eines möglichen neuen Großkreises durchführt und zu diesem Zwecke auch Anzeigen in den regionalen Zeitungen schaltet.“ Die Beschlussvorlage wird von den Abgeordneten der Anklamer Stadtvertretung einstimmig angenommen. Sowohl in inhaltlicher Hinsicht als auch von der Zielsetzung her, hätte ein derartiger Antrag nicht nur von der NPD, sondern ebenso von Stadtvertretern anderer parteipolitischer Couleur eingebracht werden können, zumal das Thema „Kreissitz“ bereits seit längerem im Zusammenhang mit der von der Landesregierung angestrebten Funktional- und Strukturreform diskutiert worden ist. Sollte im Zuge dieser Reform ein Großkreis Vorpommern entstehen, müsste Anklam unter Umständen den Status als Kreissitz an Greifswald abgeben. Da ein Anklamer Kommunalpolitiker sich in erster Linie für die Interessen seiner Stadt einsetzen soll, wäre der Verlust des Kreisstadtstatus äußerst problematisch für Anklam. Damit würde die Stadt wichtiger Verwaltungseinrichtungen beraubt, die sie infrastrukturell prägen, und zahlreiche Arbeitsplätze verlieren. Michael Andrejewski hatte diesen Sachverhalt erkannt und das Thema nicht nur erfolgreich, sondern auch schneller als die Vertreter anderer Parteien aufgegriffen.
- 9. Juni 2005: Positionierung der Hansestadt Anklam zum Vorhaben ‚Renaturierung Polder Schanzenberg‘ in Verbindung mit einem Verkauf stadteigener Flächen (Änderungsantrag NPD). In Lubmin ist der Bau eines Gas- und Dampfkraftwerkes geplant. Dieses Vorhaben wird das Boddenwasser aufheizen, als Ausgleichsmaßnahme benötigen die Betreiber den gefluteten Polder. Beim Gneveziner Damm, in der Nähe der Anklamer Zuckerfabrik,

sollte laut Beschlussvorlage ein größerer künstlicher See mit einer zusammenhängenden Wasserfläche von ca. 222 Hektar entstehen. Dazu müssten Wiesen und landwirtschaftliche Anbauflächen überflutet werden. In der Beschlussvorlage zum Thema hieß es: „Im Vorfeld ist durch den Vorhabensträger auf dessen Kosten eine Studie zu den Auswirkungen der Maßnahme zu erarbeiten.“ Andrejewski reagierte mit einem Änderungsantrag, der wie folgt lautete: „Im Vorfeld ist durch einen neutralen, durch die zuständige Fachbehörde der Stadt zu bestimmenden Gutachter auf Kosten des Vorhabensträgers eine Studie zu erarbeiten.“ Andrejewski machte in seiner Stellungnahme zum Vorhaben deutlich, dass er auf der Seite der Anwohner des Gebietes stehe, die um ihr Hab und Gut fürchten würden. Es sei unter anderem zu befürchten, dass eine Flutung den Grundwasserspiegel erhöhen werde und damit die Gefahr einer Überschwemmung der Keller bestünde. Schwerwiegende Bauschäden wären vorprogrammiert. Ein Gutachten, unabhängig von der das Vorhaben betreibenden Firma, sei angesichts dieser Sachlage folglich unabdingbar. Unter den Zuschauern im Sitzungssaal waren an diesem Tag die Anwohner der genannten Ausgleichsflächen. Der Änderungsantrag wurde dennoch mit einer knappen Mehrheit von zehn zu neun Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Andrejewski betonte wenige Tage nach der Sitzung, den von ihm geleisteten Einsatz für die Anwohner in einer Pressemitteilung, die auf der Website der SNBP erschien. Bezug nehmend auf die SPD-, PDS-, Ifa- und UBL-Abgeordneten, die im Gegensatz zu der CDU seinen Änderungsantrag ablehnten, konstatierte er:

„Offenbar überlassen sie die Bürger der eigenen Stadt lieber der nackten Gier rücksichtsloser Wirtschaftsinteressen, als dass sie noch einmal bereit wären, einem NPD-Antrag zuzustimmen. Juso-Chef Nico Jost muss sie ganz schön eingeschüchtert haben. Glücklicherweise war aber der Zuschauerraum voll von Anwohnern des Gneveziner Damms. Sie werden jetzt wissen, wer hier auf der Seite des Volkes steht, und wer nicht. [...] Sehr interessant waren die Ausführungen des Vorsitzenden des ‚Fördervereins Lebensraum Peenetal‘, der als Gegner des Vorhabens sprechen durfte. Er wies darauf hin, dass es unter der Losung ‚Amazonas des Nordens‘ Bestrebungen gibt, weite Flächen Pommerns aufzugeben, Siedlungen zu räumen und dort, wo heute noch Menschen leben, durch ‚Renaturierung‘ riesige Sumpf- und Moorareale zu schaffen. Land, das unsere Vorfahren vor Jahrhunderten kultivierten, soll wieder Wildnis werden. In Anklam fangen sie schon mal damit an, die Parteibonzen, die 1990 blühende Landschaften versprochen.“¹¹

¹¹ Vgl. Internet-Forum der NPD-Ostvorpommern, http://23784.forendienst.de/show_messages.php?mid=4540788, 30. Mai 2006.

Das Thema dieses Antrages wurde von Andrejewski auch in einem, im Rahmen dieser Untersuchung mit ihm geführten Interview aufgegriffen. Dabei machte er deutlich, dass die anderen politischen Akteure ihre Position für das Anliegen überdenken müssten, da die NPD dieses Thema ansonsten für sich nutzen würde, um unter den Anwohnern der betroffenen Flächen neue potenzielle Wähler zu gewinnen, die den anderen Parteien dann entsprechend verloren gingen.

- 15. September 2005: ‚Aufruf zur Mitgliedschaft in der Stadtbibliothek‘. Andrejewski formulierte folgenden Beschlussvorschlag: „Die Stadtvertreterversammlung beschließt, dass der Anklamer Stadtkurier in seiner nächsten Ausgabe an prominenter Stelle einen Aufruf veröffentlicht, Mitglied der Stadtbibliothek zu werden.“ Der Antrag wurde mit elf Enthaltungen, sechs Nein-Stimmen und einer Ja-Stimme abgelehnt. Die drohende Schließung der Kinderbibliothek hatte Andrejewski bereits im Januar 2005 zum Thema gemacht, als es um die Finanzierung einer Gedenkstätte für die Opfer von Wehrmachtverbrechen ging. Damals setzte sich Andrejewski dafür ein, stattdessen lieber die Kinderbibliothek finanziell besser auszustatten.
- 6. Oktober 2005: Stellungnahme in der Einwohnerfragestunde. In der Einwohnerfragestunde erkundigte sich ein Bürger unter anderem nach der Begehung des Gedenkens an die Opfer der Bombardierung Anklangs während des Zweiten Weltkrieges. Dabei machte er auf den, seiner Meinung nach, sehr schlechten Zustand des „Bombenfriedhofs“ (Friedhof für die Opfer der Bombardierung) aufmerksam. Andrejewski nutzte daraufhin die Gelegenheit, um folgendes Statement abzugeben: „[...] wenn man schon bereit ist, 95.000 Euro für das Ehrenmal der Roten Armee auszugeben, so sollte es möglich sein wenigstens 50 oder 100 Euro für einen Kranz für die deutschen Opfer auf dem Bombenfriedhof auszugeben.“¹² Unter den Zuschauern und in Teilen der CDU-Fraktion gab es heftigen Applaus in Reaktion auf diese Ausführungen Andrejewskis. Durch diesen Zuspruch sich offensichtlich bestätigt fühlend griff dieser das Thema in der Folgezeit wiederholt auf, so zum Beispiel in der vierten Ausgabe des ‚Anklamer Boten‘ von 2005 und schließlich in einer Beschlussvorlage, die im Folgenden vorgestellt wird.
- 19. Dezember 2005: ‚Stellungnahme der NPD zum weiteren Schicksal der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts-GmbH Anklam (GWA)‘. Der Bürgermeister plante, die Grundstücks- und Wohnungswirtschafts-GmbH Anklam (GWA) zu veräußern. Ge-

¹² Das Zitat wurde vom Verfasser auf der Sitzung am 6. Oktober 2005 selbst protokolliert.

plant war, dass die Anklamer Wohnungsgenossenschaft (AWG) das Unternehmen im Wege einer Verschmelzung übernehmen sollte. Andrejewski sprach sich wie auch die CDU und die PDS-Fraktion dagegen aus. Er formulierte seine Position wie folgt:

„Internationale Fondsgesellschaften haben in den letzten 5 Jahren in Deutschland 600.000 Wohnungen aus kommunalen Beständen aufgekauft. Für diese Investoren, von denen man die meisten mit Müntefering mit Recht als ‚Heuschrecken‘ bezeichnen kann, ist das ein glänzendes Geschäft. In der Regel begleichen sie nur einen kleinen Teil des Kaufpreises aus ihrem Fondsvermögen. Für den Löwenanteil nehmen sie Bankkredite auf, die sie dann aus den Mieteinnahmen bedienen. Solange die Rendite aus den Mieteinnahmen höher ist als die Kreditzinsen, ist die Sache lukrativ. Erhöhen lassen sich die Profite noch, indem man die aufgekauften Unternehmen ausschachtet und die Filetstücke versilbert. Je weniger in den Erhalt der Gebäude investiert wird, desto mehr lässt sich verdienen. Wenn die Fonds nach einigen Jahren auslaufen, landen die Wohnungen samt Mieter wieder auf dem freien Markt, und der nächste Ausschächter kann sich ans Werk machen. So etwas darf in Anklam nicht geschehen. Der sicherste Weg, eine derartige Entwicklung zu verhindern, besteht darin, die GWA in die Genossenschaft zu verschmelzen. Die GWA-Mieter würden in den Status von Genossenschaftsmitgliedern aufrücken und ein Verkauf großer Wohnungsbestände wäre gegen die Mehrheit der Genossen nicht möglich. Das neue Gesamtunternehmen wäre in der Hand von Anklamer Bürgern. Diese soziale und demokratische Lösung findet die Unterstützung der NPD.“

Bislang konnte das Vorhaben einer Veräußerung der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts- GmbH in der Stadtvertretung nicht durchgesetzt werden. Die NPD spielt mit ihrer Ablehnung dieses Vorhabens allerdings keineswegs eine Außenseiterrolle.

- 19. Dezember 2005: Stellungnahme der NPD zum Anklamer Haushaltsentwurf für das Jahr 2006. Während der ersten Lesung des Haushalts legte der NPD-Abgeordnete Andrejewski seine Position zur kommunalen Haushaltspolitik dar:

„Wenn der Haushalt ausgeglichen ist, kann man daraus nicht automatisch auf eine solide Finanzierung schließen. Man darf nicht vergessen, dass Mitteldeutschland seit der Wende von so genannten ‚Westtransfergeldern‘ in einer jährlichen Höhe von Netto 80 Milliarden Euro über Wasser gehalten wird. Etwas weniger als ein Tausendstel davon entfällt auf Anklam. Das sind knapp 80 Millionen Euro pro Jahr oder annähernd 1 Milliarde Euro seit 1990. Diese Gelder fließen auf den verschiedensten Wegen in die Stadt, sie verteilen sich auf die verschiedensten Haushalte, und sie sind komplett gepumpt. Das ist das wahre Ausmaß der Anklamer Verschuldung, und

es gibt 1.000 Ankrams in Mittel- und sicher schon einige Dutzend in Westdeutschland. Die Ursache für diese verheerende Entwicklung liegt in dem Kardinalfehler der Einheit. Man hat der Wirtschaft damals erlaubt, für den neuen Markt, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dort zu produzieren, wo sie wollte. Dieses Angebot haben die Bosse dankend angenommen. Zuerst holten sie die Produktion nach Westdeutschland, worauf die mitteldeutsche Wirtschaft zusammenbrach. Von wenigen Oasen abgesehen, verwandelten sich 5 Bundesländer in wirtschaftlich tote Zonen ohne Arbeit und Produktion, deren Unterhalt sich auf 1.000 Milliarden Euro alle 15 Jahre beläuft. Jetzt wird die Industrie aus Westdeutschland in Billigländer transferiert. Für die ökonomisch ruinierten Regionen in der Alt-BRD werden weitere Milliarden fällig.

Diese enormen Summen kann der Staat nicht weitere 15 Jahre in voller Höhe aufbringen. Er steuert auf den sicheren Zusammenbruch zu. Daraus ergibt sich für uns die Frage: Was für eine Haushaltspolitik machen wir auf dem Weg in den unabwendbaren Kollaps? Wir versuchen nicht krampfhaft, den Haushalt auszugleichen, wenn wir damit die Substanz der Stadt zerstören. Sondern wir sollten uns umgekehrt bemühen, so viel Substanz wie möglich zu erhalten, damit eine notwendige, völlig neue Politik etwas hat, auf dem sie aufbauen kann. Wir befinden uns in der Lage eines hypothetischen DDR-Kommunalpolitikers kurz vor der Wende. Man stelle sich vor, in der DDR sei eine auch SED-kritische Kommunalpolitik möglich gewesen, während die große Politik allein in der Hand des Politbüros gelegen hätte. Als Stadtverordneter hätte man weder den Kollaps der Kommune noch den des Staates verhindern können. Man konnte sich nur auf den Substanzerhalt konzentrieren und ansonsten hoffen, dass Honecker weg war, bevor man die Stadt nicht mehr als solche bezeichnen konnte. Genauso hofft die NPD, dass die BRD-Politik am Ende sein wird, so lange von Anklam noch etwas übrig ist. Für die Zeit danach hätten wir schon Ideen.“

Diese Stellungnahme zum Ankramer Haushaltsentwurf nutzt Andrejewski ganz offensichtlich zur Systemkritik. Besonders deutlich macht dies sein Gedankenspiel am Ende der zuvor zitierten Stellungnahme. Der NPD-Abgeordnete behauptet, dass das System der Bundesrepublik im Grunde am Ende sei und er als Kommunalpolitiker von der NPD eigentlich nur noch versuchen würde, möglichst viel für ein neues System, das in Zukunft dann kommen müsste, zu retten. Andrejewski machte in dem mit ihm geführten Interview zudem deutlich, dass er gezielt versuchen würde, die allgemeine Systemkritik mit kommunalpolitisch relevanten Beispielen zu verknüpfen. Die Stellungnahme zum Haushalt 2006 folgt somit einem gewissen Muster, das sich auch in anderen Erklärungen Andrejewskis während dieser Legislaturperiode – beispielsweise seiner Stellungnahme zum Haushalts sicherungskonzept am 10. März 2005 – wieder findet. Es

handelt sich hier also um eine Standardäußerung, die er zu verschiedenen Zeitpunkten und Sachverhalten wiederholt einsetzt.

Lässt man diese Anträge und Stellungnahmen Revue passieren, dann lassen sie sich inhaltlich zu mehreren Themengruppen zusammenfassen. Zu einer ersten Gruppe gehören Anträge, die zwar auf einer ideologischen Basis fußen, aber von der NPD derart mit konkreten Problemen der Stadt Anklam verbunden werden, dass die ideologische Botschaft primär über ein lokales, sozialpolitisches Anliegen transportiert wird, so zum Beispiel am 9. Februar 2005, als der Ankla­mer NPD-Abgeordnete Andrejewski sich für den Erhalt der Kinderbibliothek statt der Einrichtung eines „Anti-Wehrmachtszentrums“ ausspricht. Die zweite Gruppe der von der NPD gestellten Anträge beansprucht, die Interessen der ‚kleinen Leute‘ gegen die großen Kapitalinteressen zu vertreten. Michael Andrejewski geriert sich in diesem Zusammenhang als Anwalt der ‚kleinen Leute‘ und als Mahner gegen die großen Kapitalinteressen. Dieses Verhaltensmuster zeigt sich besonders deutlich bei seinem Auftritt vom 9. Juni 2005, als er zum Vorhaben „Renaturierung Polder Schanzenberg“ Position bezieht. Mit dem Stichwort ‚Kapitalismuskritik‘ kann eine dritte Gruppe von Anträgen überschrieben werden. Andrejewski verbindet seine Antragsbegründungen häufig mit einer generellen Kritik am Wirtschaftssystem. Seine Kapitalismuskritik bezieht sich meist auf die so genannten großen privaten Kapitalinteressen neoliberaler Couleur. Die im Parteiprogramm der NPD angedeuteten Vorstellungen eines deutschen, nationalen Wirtschaftssystems frei von Globalisierungseinflüssen¹³ scheinen von Andrejewski durchaus auf die konkrete ökonomische Situation der Stadt Anklam angewendet zu werden. Als Beispiel dafür mag hier die Stellungnahme der NPD vom 19. Dezember 2005 zum weiteren Schicksal der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts-GmbH Anklam gelten. Dennoch lässt sich diese Form von Kapitalismuskritik, wie Andrejewski sie zur Begründung seiner Anträge anbringt, nicht als spezifisch „nationaldemokratisch“ einstufen, da ähnliche Äußerungen durchaus auch von Politikern anderer Parteien in Anklam zu vernehmen sind. Zu einer vierten Gruppe gehören Anträge, mit denen die NPD auf eine generelle Systemkritik abhebt. So wird die schlechte finanzielle Lage der Hansestadt Anklam von Andrejewski mit einem grundsätzlich fehlerhaften politischen und ökonomischen System in Verbindung gebracht, wie seine Stellungnahme vom 19. Dezember 2005 zum Ankla­mer Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 belegt. Ebenfalls unter diese Rubrik fallen aber auch die Redebeiträge vom 28. Oktober und 11. November 2004 zur Effizienz der Dienstreisen des Bürgermeisters hinsichtlich der Etablierung neuer Wirtschaftskontakte sowie die vom 16. Dezember 2004 stammende Bitte der NPD, Informationen über Auftragsvergaben zu erlangen. Unter Gruppe fünf lässt sich – zumindest aus NPD-Sicht – ihr Antrag ‚Einsatz für die deutschen Opfer

¹³ Vgl. Parteiprogramm NPD.

des Zweiten Weltkrieges' rubrizieren. Insofern der Zweite Weltkrieg und sein Folgen in der Kommunalpolitik gemeinhin nicht allzu häufig thematisiert werden, bietet sich für die NPD daher in diesem Kontext nur selten die Gelegenheit, ihre Ansichten zu diesem Thema offenzulegen. Wie das Statement Andrejewskis in der Einwohnerfragestunde vom 6. Oktober 2005 bzw. seine Beschlussvorlage zur Umgestaltung des sowjetischen Soldatenfriedhofes vom 24. Januar 2006 zeigen, finden solche Äußerungen letzten Endes nur im Zusammenhang mit Gedenktagen und deren offizieller Begehung einen thematischen Anknüpfungspunkt. Die sechste Kategorie der von der NPD in die Anklamer Stadtvertretung eingebrachten Anträge ist nicht über ein spezifisches inhaltliches Merkmal charakterisiert, sondern umfasst solche Anträge, die die NPD schneller als andere Ratsmitglieder stellen konnte. Auf diesem Wege gelang es Michael Andrejewski, einen größeren Abstimmungserfolg zu erringen. Für dieses Bemühen um eine rechtzeitige Themenaufgreifung ist der Antrag vom 21. Mai 2005 einschlägig, in dem sich die NPD für den Erhalt des Kreisstadtstatus von Anklam engagierte und bei dem mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass diesem Anliegen auch die Vertreter anderer Parteien zustimmen würden.

Aus den bisherigen Beschreibungen geht hervor, dass der Abgeordnete Andrejewski nicht nur für die NPD auf Landkreisebene unabkömmlich ist, sondern mit seinen vielfältigen Aktivitäten auch das Bild der NPD in der Stadt Anklam prägt. Wie schätzt er selbst seine Arbeit ein? Welche Ziele verbindet er damit? Wie beurteilt er die Aktivitäten auf Seiten seiner demokratischen Gegenspieler in den Kommunalparlamenten?

Exkurs: Interview mit dem NPD-Stadtvertreter Michael Andrejewski

In zwei getrennt geführten Interviews wurde Michael Andrejewski ausgiebig über seine politischen Aktivitäten und sein Agieren in der Anklamer Stadtvertretung befragt. Darüber aufgeklärt, dass diese Befragung im Rahmen einer Forschungsarbeit über die Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern stattfindet, gab Andrejewski seine Zustimmung zu diesen Interviews bereitwillig. Ob und inwieweit sich darin jedoch seine wahren Überzeugungen widerspiegeln, ist schwer zu ermitteln; die Gesprächssituationen und -atmosphären sowie die inhaltliche Konsistenz der beiden Interviews lassen jedoch ein gewisses Maß an Authentizität vermuten, weshalb Andrejewskis Auskünfte im Folgenden möglichst wortgetreu referiert werden sollen.¹⁴ Insgesamt wurde er als Mandatsträger der NPD zu zehn Themenkomplexen befragt. An die-

¹⁴ Die folgenden Angaben und wörtlichen Zitate basieren auf dem Interview mit Michael Andrejewski am 20. Januar 2006.

ser Stelle sollen drei besonders prägnante exemplarisch herausgegriffen werden.

1. Die Selbstdarstellung Michael Andrejewskis bezüglich seiner Rolle in der Kommunalpolitik und seines politischen Engagements

Michael Andrejewski bewertet sein politisches Engagement insgesamt als lohnend. Er gibt an, durchaus das Gefühl und die Gewissheit zu haben, etwas bewegen zu können. Dafür sprechen aus seiner Sicht einige konkrete Erfolge, die er während seiner Tätigkeit als Kommunalpolitiker bisher erzielen konnte. Als Beispiel führt er zum Beispiel die verhinderte Erhöhung der Gewerbesteuer an. Zudem konnte Andrejewski nach eigener Auskunft bei einer anderen Abstimmung das „Zünglein an der Waage“ spielen. Das heißt mit (s)einer Stimme kam eine Mehrheit zustande, die eine Erhöhung der Gewerbesteuer abwenden konnte. Die politische Konstellation in der Anklamer Stadtvertretung begünstigt derartig knappe Abstimmungsergebnisse, da erstens keine Fraktion eine eigene Mehrheit vorweisen kann und zweitens ein Fraktionszwang in der Kommunalpolitik erfahrungsgemäß besonders schwer durchzusetzen ist. Aus den genannten Gründen ist es daher durchaus wahrscheinlich, dass der NPD noch des Öfteren die Rolle des „Züngleins an der Waage“ zufällt. Die Partei schlägt daraus insofern politisches Kapital, als ihr auf diesem Wege mehr Einfluss zukommt, als es ihr mit ihrem einen Abgeordneten an sich zustände und sie diesen Bedeutungszuwachs zudem auch öffentlich zu vermarkten weiß. Dass sich Andrejewski der politischen Potenziale bewusst ist, die ein solches Agieren der NPD als „Mehrheitsbeschaffer“ birgt, gibt er in dem Interview deutlich zu erkennen.

Einen weiteren Abstimmungserfolg konnte die NPD mit ihrer Resolution ‚Erhalt des Kreisstadtstatus‘ erzielen. Andrejewski führt diesen Erfolg auf seine Unabhängigkeit als einziger Mandatsträger der Rechtsextremisten zurück, insofern er im Gegensatz zu den anderen Abgeordneten keine Rücksichten nehmen müsse, weder auf die Partei noch auf andere Interessengruppen. Andrejewski stellt sich als Außenseiter dar, der zwar nicht geächtet, aber auch nicht gezielt einbezogen wird. So weist er darauf hin, dass ihm trotz eines dafür sprechenden Wahlergebnisses eine Beteiligung im Hauptausschuss verwehrt wurde und er in interne Absprachen, die vor den Sitzungen stattfinden, von den Vertretern anderer Parteien nicht einbezogen wird. Den konkreten Umgang mit ihm als Person, wenn es um Formen der Höflichkeit geht – sei es der Handschlag oder der übliche Small Talk in den Sitzungspausen –, stuft Andrejewski als „zivilisiert“ und normal ein.

Bemerkenswert ist Andrejewskis Einschätzung bezüglich des Drohpotenzials seiner Partei. Ausgehend von der Überzeugung, dass teilweise bereits das schlichte Vorhandensein der NPD etwas bewegen könne, unterstellt er den anderen politischen Akteuren, sich durch die Anwesenheit der Rechtsextremisten beeinflussen zu lassen. Zudem nutzen

einige Bürger die NPD laut Andrejewski ganz bewusst als Protestpartei und führt als Beispiel dafür den Verein ‚Lebensraum Peenetal e.V.‘ an. Die Relevanz seiner konkreten politischen Gremienarbeit im Kreistag von Ostvorpommern und in der Anklamer Stadtvertretung schätzt Andrejewski im Vergleich dazu geringer ein; allerdings macht diese aus seiner Sicht auch nur einen kleinen Teil der insgesamt umfassenderen kommunalen Arbeit der NPD aus. Von größerem Gewicht ist, wie er vermutet, seine publizistische Arbeit in den so genannten ‚Boten‘.¹⁵ Tatsächlich sind Aktionen, wie die Verteilung der ‚Boten‘ oder von Flugblättern sowie das Aufstellen von Infoständen nach Einschätzung Andrejewskis von mindestens genauso großer Bedeutung wie das Agieren der NPD in den Kommunalparlamenten. Mehr noch: Die parlamentarische Arbeit spielt aus seiner Sicht letzten Endes nur eine unterstützende Rolle für die sonstigen Aktivitäten der NPD. Dies lässt den Schluss zu, dass Andrejewski die Ratsarbeit primär dazu nutzt, um sich über das politische Geschehen in der Kommune zu informieren und damit Wissen zu erwerben versucht, das sich im außerparlamentarischen Agieren seiner Partei gezielt einsetzen lässt.

2. Zur Reichweite und Rolle der Kommunalpolitik

Andrejewski macht die übergeordneten Politikebenen für die problematische Situation der Kommunen verantwortlich. Insofern er die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik als ausreichend erachtet, ist eine kommunale Selbstverwaltung aus seiner Sicht in weiten Teilen möglich. Die verfehlte Wirtschaftspolitik, die zu Massenarbeitslosigkeit, „Entindustrialisierung“ und Abwanderung führt, schwächt laut Andrejewski jedoch viele Regionen. Es sei in einer solchen Situation nicht möglich, auf der kommunalen Ebene ernsthaft etwas zu bewegen. Zumindest könne man gegen die auf höherer Ebene angestoßenen strukturellen Entwicklungen nichts ausrichten. Selbst wenn die fähigsten Köpfe Kommunalpolitik machten – Andrejewski nennt interessanterweise Bismarck und Ludwig Erhard als Beispiele – würde sich vor Ort nichts Wesentliches ändern. Kommunalpolitik habe demnach allenfalls die Aufgabe, eine Basis „für eine größere Art von Politik“ zu errichten. Vor diesem Hintergrund sieht Andrejewski die kommunalpolitische Funktion der NPD entsprechend darin, möglichst viel von der Substanz der Kommune Anklam über die Zeit bis zum Zusammenbruch des alten Systems zu retten. Andrejewski spricht in diesem Zusammenhang von „Rückzugspolitik“ und meint damit das Anliegen der NPD, wenigstens soviel Substanz des alten Systems zu bewahren, um auf dessen Trümmern ihr eigenes leichter aufbauen zu können. Bemerkenswert ist das Gedankenspiel, das Andrejewski in diesem Zusammenhang anstellt:

¹⁵ Bei den ‚Boten‘ handelt es sich um Informationsblätter, welche die NPD in der Region in Umlauf bringt. Der ‚Anklamer Bote‘ wird von Andrejewski persönlich im Stadtgebiet verteilt. Inhaltlich geht es um Themen der Kommunalpolitik, dargestellt aus NPD-Perspektive (vgl. Kap. 3.7).

„[...] Nehmen wir mal an, in der DDR wäre (kritische) Kommunalpolitik möglich gewesen. [...] Hätte ich verhindern können, dass Anklam zu Grunde geht? Nein, ich hätte mir gesagt in den Achtzigern, das geht sowieso schief, das System bricht sowieso zusammen. Also sehe ich zu, dass ich in Anklam möglichst viel erhalte in der Hoffnung, dass das System weg ist, bevor die Stadt in ihrer Substanz weg ist, so dass ich dann aufbauen kann. Genauso machen wir das hier auch. Wir hoffen, dass die Stadtbücherei noch da ist, wenn das System kippt und deshalb erhalten wir sie, aber wir glauben nicht, dass wir damit hier irgendetwas ändern können.“

3. Konflikte in Deutschland und die Zukunft der Region

Andrejewski rechnet grundsätzlich mit einer Zuspitzung der politischen und sozialen Lage in Deutschland. So werde die Arbeitslosigkeit weiter steigen und die demographische Entwicklung könnte dem System sogar „das Genick brechen“. Sogar Unruhen, die sich zum Beispiel in der Erstürmung von Arbeitsämtern etc. entladen könnten bzw. schwere Auseinandersetzungen in den Vorstädten zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, sind laut Andrejewski denkbar. Diese Konflikte würden zudem, wie er vermutet, nicht nur zwischen verschiedenen Ausländergruppen, sondern auch mit Deutschen ausgetragen. Insgesamt sieht Andrejewski also Anzeichen für eine weitere Desintegration und eine gesellschaftliche Segmentierung, die das System insgesamt langfristig destabilisieren könnten. In der Ankla mer Region macht er darüber hinaus ein massives Abwanderungsproblem aus. Obgleich er einräumt, dass alle Bevölkerungsgruppen einen Schwund zu verzeichnen haben, treffe die Abwanderung dennoch weniger die NPD und ihre Sympathisanten als vielmehr die anderen Parteien und die sie unterstützenden Gruppierungen. Andrejewski begründet diesen Trend damit, dass die eigenen jungen Leute derart heimatverwurzelt seien, dass sie selbst im Falle der Arbeitslosigkeit die Region nicht verlassen würden. Letztlich handelt es sich bei dieser demographischen Entwicklung aus seiner Sicht sogar um einen positiven Fingerzeig für die politische und gesellschaftliche Zukunft der NPD:

„[...] Und das bedeutet, dass die Demographie für uns arbeitet.“ Zugleich unterstellt er der so genannten „Nationalen Szene“ eine überdurchschnittliche Geburtenrate sowie ein überdurchschnittliches politisches Engagement. So würden 200 bis 300 junge Leute aus der nationalen Szene in Ostvorpommern und Uecker-Randow aktiv sein, während die anderen Parteien nur einen Bruchteil dessen vorweisen könnten. Anklam könnte in seinen Augen eines Tages „[...] eine Art Anti-Kreuzberg... so eine Art nationale Heimstadt“ darstellen. Als Beispiel führt Andrejewski die USA an, wo es seiner Ansicht nach menschenleere Regionen gäbe, in denen sich nationale Milizen ausgebreitet hätten, die dort die eigentliche Herrschaft ausüben würden. In der rechten Szene hat sich dafür auch der Begriff der „National Befreiten Zone“ etabliert. Andrejewski

spricht hier jedoch alternativ von „inoffiziellen nationalen Freistädten“.

Offen bleibt im Interview jedoch, ob es tatsächlich gezielte, strategische Vorbereitungen oder Versuche seitens der NPD bzw. der sie unterstützenden Gruppierungen gibt, dieses Ziel zu erreichen. Andrejewski gibt lediglich an, mit einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren zu rechnen: „[...] wir müssen eigentlich nur warten.“ Die Zeit arbeitet aus seiner Sicht unweigerlich für die ‚Nationale Szene‘, die daher früher oder später die dominierende Kraft in der Region stellen werde. Was Deutschland als Ganzes anbetrifft rechnet Andrejewski mit einer vorübergehenden Koexistenz von ausländischen – beispielsweise türkischen – und den ebenen genannten deutsch-nationalen Kommunen. Welche Gestalt das gesellschaftliche Zusammenleben danach annehmen sollte, bleibt in dem Interview offen und scheint vorerst auch nicht Andrejewskis Thema zu sein.

Der hier vorgestellte dritte Abschnitt des Gesprächs ist offensichtlich der aussagekräftigste Teil innerhalb des gesamten Interviews, da Andrejewski darin stärker als in den zwei zuvor referierten Themenkomplexen eine konkrete Zielvorstellung formuliert. Zugleich ist der propagandistische Charakter seiner Antworten hier am deutlichsten. So fehlt es der von ihm für die nationale Szene behaupteten hohen Geburtenrate beispielsweise an empirischer Evidenz. Aufhorchen lässt jedoch vor allem der Vergleich mit rechtsgerichteten amerikanischen antiföderalistischen Milizen. Selbst bei einer wohlwollend-mildernden Interpretation lässt sich daraus keine Unterstützung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik ableiten. Andrejewski sagt sogar, dass er es „witzig“ fände zu sehen, wie der Staat mit so einer Situation umgehen würde. Da zu bezweifeln ist, dass eine Region wie Ostvorpommern, die hauptsächlich vom Tourismus lebt, von einer „Nationalen Freistadt“ im Sinne der rechtsextremistischen Propaganda profitieren würde, darf eine politische Reaktion auf eine solche Zielstellung der NPD – ganz gleich wie realistisch diese Vorstellungen überhaupt sind – von Seiten der demokratischen Parteien nicht ausbleiben.

Fassen wir zusammen: Andrejewski verzichtet zwar weitestgehend auf Formulierungen, die ihn in Konflikt mit Strafgesetzen bringen könnten, aus seiner fundamentalen Ablehnung des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik macht er aber dennoch an keiner Stelle einen Hehl. Eher vage bleiben indessen seine Aussagen über die konkreten Vorstellungen der NPD, wie ein alternatives, besseres System aussehen könnte. In weiten Teilen handelt es sich bei Andrejewskis Kritik zudem um eine dem Mainstream folgende Kapitalismusschelte, die keineswegs als NPD-spezifisch angesehen werden kann. Vielmehr belässt er es bei allgemeinen Erklärungen, Gedanken- und Beispielen, die belegen sollen, dass die Bundesrepublik kein wahrhaft demokratisches System, sondern ein autoritäres System, das auf Täuschung basiere, sei. Insofern sei es – wie Andrejewski mehrfach betont – nur eine Frage

der Zeit, bis das derzeitige System aufgrund seiner immanenten Fehler und Irrtümer kollabieren würde.

3.6 Die Reaktionen der anderen Parteien auf die NPD

Bereits in den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, dass die Abgeordneten der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften sich zwar weder mit dem Mandatsträger der NPD verbrüdernd, Andrejewski aber ebenso wenig eine spürbare Front aus Ignoranz oder gar Ablehnung entgegenschlägt. Am besten noch lässt sich das gegenseitige Verhältnis als das einer distanzierten Akzeptanz beschreiben. Die Abstimmungsergebnisse der Anträge Andrejewskis zeigen deutlich, dass die von ihm darin aufgegriffenen Themen hin und wieder auch den Nerv anderer Parteivertreter zu treffen scheinen. Versuche, ihm öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten oder ihn in gewisser Weise zu entlarven, werden in der Ankla mer Stadtvertretung offensichtlich nicht unternommen. Auch der Idee, kreative Wege zu entwickeln, um Andrejewski im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ausgrenzen zu können, scheinen die Stadtvertreter nicht allzu viel abgewinnen zu können.

Um neben diesen Beobachtungen einen möglichst unverfälschten Eindruck zu erhalten, wie der NPD-Repräsentant Andrejewski von den anderen Abgeordneten wahrgenommen und wie seine Arbeit von ihnen bewertet wird, ging jedem Fraktionsvorsitzenden eine entsprechende Anzahl an Fragebögen zu – mit Ausnahme von Andrejewski selbst. Der Bogen konnte anonym beantwortet und zurückgesendet werden. Die Rücklaufquote aus der Ankla mer Stadtvertretung fiel allerdings äußerst gering aus. Von den insgesamt 23 verschickten Fragebögen kamen lediglich sechs zurück, so dass die Ergebnisse dieser Befragung kaum als repräsentativ für das vollständige Gremium gelten können. Um gar nicht erst den Eindruck zu erwecken, dass die Auswertung auf den Füßen einer statistisch einwandfreien Grundgesamtheit steht, haben wir uns im Fall von Anklam ausnahmsweise dafür entschieden auf eine graphische Auswertung der Umfrage zu verzichten. Stattdessen soll im Folgenden mit Hilfe einiger herausgehobener Zitate zumindest näherungsweise ein Eindruck vermittelt werden, wie die NPD von den Ankla mer Stadtvertretern bewertet wird. Die Abhandlung nach den folgenden Rubriken folgt dem Aufbau des Fragebogens.¹⁶

Politischer Umgang mit den NPD-Abgeordneten

Eine einheitliche Strategie der Parteien im politischen Umgang mit der NPD lässt die Auswertung der eingegangenen Fragebögen nicht erken-

¹⁶ Der Fragebogen ist im Anhang dieses Buches abgedruckt.

nen; ganz offensichtlich hat jeder der Abgeordneten ganz eigene Vorstellungen davon, wie mit der NPD am besten umzugehen ist.

Das Spektrum der Antworten auf die Frage „Wie geht Ihre Partei/Wählergemeinschaft mit dem NPD-Stadtratsabgeordneten um?“ reicht von „Abneigung“ bis zu der Feststellung: „Die Tätigkeit des SV der NPD ist zu akzeptieren. Die Legitimation durch die Wahl ist gegeben. Es sollte eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen. Eine Ablehnung von Anträgen, nur weil sie von der NPD kommen, lehnen wir ab.“ Das Gespräch mit dem NPD-Abgeordneten wird dennoch „nie“ gesucht und eine persönliche Bekanntschaft ist „kaum“ ausgeprägt. Etwas ausgebildeter ist die Bekanntschaft mit dem NPD-Abgeordneten indessen in der kommunalpolitischen Arbeit. Hier gibt es zumindest zwei Kommunalparlamentarier, die angeben ihn „etwas“ zu kennen; einer kennt ihn sogar „gut“, bzw. „sehr gut“. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der NPD-Abgeordnete Andrejewski eher als Außenseiter in der Ankla mer Stadtvertretung wahrgenommen wird, zu dem keiner der Befragten engere Beziehungen unterhält oder mit ihm auch nur Gespräche führt.

Bedeutung der NPD-Anträge

Bei der Beurteilung der Anträge, die von Seiten der NPD zur Abstimmung vorgelegt wurden, geben die Befragten ein weitgehend einheitliches Bild zu erkennen. Die Frage nach dem kommunalpolitischen Bezug der NPD-Anträge wurde zweimal mit „teilweise“, in den übrigen Fällen mit „ja“ (im Sinne von vorhanden) angekreuzt. Als Beispiele nannten die Abgeordneten die Kreisgebietsreform, Haushaltsfragen, die Stadtbibliothek und den Ankla mer Soldatenfriedhof. Hinreichende Gründe, um Sachanträge der NPD abzulehnen, sind nach Auskunft der befragten Stadtvertreter erstens deutlich wahrnehmbare populistische Tendenzen und zweitens demagogische Inhalte. Die von der rechtsextremistischen Partei gestellten Anträge waren nach Meinung der Befragten sowohl form- und fristgerecht als auch inhaltlich verständlich und wiesen einen Bezug zur Kommunalpolitik auf.

Einschätzung der Redebeiträge

Die Befragten geben übereinstimmend an, dass Andrejewski „häufig“ bzw. „sehr häufig“ von seinem Rederecht Gebrauch macht. Befragt nach der Wirkung, die das Gesagte habe, hat niemand eine der vier vorgegebenen Antwortmöglichkeiten angekreuzt.¹⁷ Eine Person empfin-

¹⁷ Welche Wirkung hat das Gesagte auf Sie? a) hat keine Wirkung, denn das Gesagte ist für mich inhaltlich nicht verständlich; b) hat keine Wirkung, denn es ist mir egal, was der Abgeordnete sagt; c) hat zur politischen Meinungsbildung beigetragen; d) hat mich nachdenklich gestimmt.

det die Fragestellung als unverständlich, eine andere gibt an, aus den Wortbeiträgen Andrejewskis zumindest persönlich Kapital ziehen zu können, insofern seine Äußerungen ihr bei der politischen Meinungsbildung behilflich wären. Zwei weitere Abgeordnete bekennen dagegen, dass es ihnen egal sei, was der Abgeordnete sage. Der Rest fühlt sich durch die Worte des Rechtsextremisten nachdenklich gestimmt. Bei der Bewertung der Redebeiträge Andrejewskis reicht die Skala der Antworten von „sachlich“ (zweimal angekreuzt) über „polemisch“, „kritisch“ und „provokierend“ bis hin zu „problemorientiert“. Insgesamt ergibt sich daraus ein diffuses Bild, das allenfalls eine gewisse Tendenz bei den Befragten erkennen lässt, der kommunalpolitischen Arbeit der NPD eine Orientierung an für die Stadt Anklam relevanten Sachthemen zu bescheinigen.

Der NPD-Abgeordnete in den Ausschüssen

Obwohl der NPD-Abgeordnete Andrejewski in keinem Ausschuss vertreten ist, nimmt er nach Auskunft der Befragten als Stadtvertreter ohne Rederecht „meistens“ an den Sitzungen des Hauptausschusses, aber „selten“ an denen des Sozialausschusses teil.

Die Öffentlichkeitsarbeit der NPD

Einig sind sich die Befragten darin, dass die NPD eine deutlich wahrnehmbare Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Während der Erfolg dieser Arbeit von zwei Abgeordneten sogar als „groß“ eingeschätzt wird, entschieden sich die anderen für die Antwortoption „mittel“. Den thematischen Schwerpunkt legt die NPD aus Sicht der Befragten vor allem auf den Protest gegen Hartz IV. Die von der Partei dazu unter anderem genutzten Informationsmedien wie der ‚Anklamer Bote‘ und diverse Flyer sind den Abgeordneten offensichtlich nicht unbekannt.

3.7 Die außerparlamentarische Arbeit der NPD

So aktiv sich die NPD in der Anklamer Stadtvertretung gibt, so inaktiv erscheint sie jedoch zumeist außerhalb des Rathauses. Zwar sucht Andrejewski durchaus Kontakt zu Bürgern und interessiert sich für deren Probleme, allerdings scheint sein ganz persönlicher Habitus bei der Akquise von Alltagsproblemen, die er für die NPD im Parlament in Form von Sachanträgen und Anfragen nutzbar machen möchte, dabei nicht unbedingt förderlich zu sein. Andrejewski sieht nicht aus wie jemand, der auf der Straße offen auf Menschen zugeht. Höchstens am Rande von Demonstrationen, wenn er mit einem Stapel ‚Anklamer Boten‘ be-

waffnet Zaungäste für seine Publikation erwärmen will, was dennoch relativ wortkarg vonstatten geht. Seine Tätigkeiten außerhalb der Stadtvertretung beschränken sich daher darauf, nach Themen für die Formulierung neuer kommunalpolitischer Initiativen zu suchen oder Artikel für Druckerzeugnisse sowie Internetseiten der rechten Szene zu verfassen.

Ihre Öffentlichkeitsarbeit wickelt die NPD über den ‚Anklamer Bote‘ und vergleichsweise professionelle Websites, wie etwa der des ‚Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern‘ (SNBP), ab. Obgleich die Partei zu diesem Zweck vor allem Verbreitungsmedien nutzt, die nicht in ihrem Besitz sind, geht der Großteil der veröffentlichten Texte auf Andrejewski zurück. Im Juni 2006 überarbeitete die Landes-NPD ihren eigenen Internetauftritt komplett, um – vor den Landtagswahlen – verstärkt Nachrichten aus parteieigener Perspektive, z.B. über die kommunalpolitischen Aktivitäten der eigenen Mandatsträger verbreiten zu können. Auch der ‚Anklamer Bote‘, herausgegeben vom ‚Nationalen Medienverbund‘, wird inhaltlich im Wesentlichen von Andrejewski geprägt und widmet sich in jeder Ausgabe aktuellen Themen aus der Anklamer Kommunalpolitik. In inhaltlicher Hinsicht decken sich die Beiträge des ‚Boten‘ in hohem Maße mit den in den Stadtvertretersitzungen gestellten Anträgen. Sogar die Distribution der Publikationen übernimmt Andrejewski im Stadtgebiet größtenteils persönlich oder lässt sich gegebenenfalls vom KBA unterstützen.¹⁸ Auch Flugblätter, noch immer ein Hauptinstrument der NPD im Wahlkampf, verteilt Andrejewski meistens selbst.¹⁹

3.8 Fazit

Die vorliegende Fallstudie untersuchte die kommunalpolitische Arbeit der NPD in der Anklamer Stadtvertretung mit ihrem Abgeordneten Michael Andrejewski. Es handelt sich bei ihm eindeutig um die aktivste parlamentarisch arbeitende Kraft der NPD in Mecklenburg-Vorpommern.²⁰ Andrejewski leistet konzentrierte kommunalpolitische Arbeit, wobei eine entscheidende Erkenntnis dieser Studie darin besteht, dass bereits ein einzelner Abgeordneter in einer Stadt von der Größe Ankams in der Lage sein kann, eine Partei relativ effektiv zu vertreten. Die Außenseiterrolle, die Michael Andrejewski sich selbst zuschreibt, lässt sich vor dem Hintergrund dieser Untersuchung damit keineswegs bestätigen. Vielmehr agiert er wie andere Abgeordnete auch und wird

¹⁸ Interview mit Michael Andrejewski am 20. Januar 2006.

¹⁹ Zur Struktur der rechtsextremen Szene in Ostvorpommern insgesamt vgl. auch Kap. 1.3.

²⁰ Diese Wertung basiert auf der Anzahl der gestellten Anträge und der Wortbeiträge sowie sonstigen parlamentarischen Aktivitäten, die durch die offiziellen Sitzungsprotokolle nachvollzogen werden können.

von ihnen keineswegs als der Außenseiter behandelt, für den er sich selber hält.

Tatsächlich nutzt er seine Rechte als Kommunalpolitiker regelmäßig. Mag er auch in der Stadtvertretung ein Einzelkämpfer sein, gelingt ihm dennoch, sich dort deutlich wahrnehmbar zu beteiligen und darüber hinaus, Teile seiner Arbeit nach außen zu kommunizieren. Andrejewskis Engagement beschränkt sich nicht auf die reine Kommentierung von Beschlüssen bzw. Beschlussvorhaben, vielmehr bringt er gelegentlich selbst welche ein oder versucht bei der Meinungsbildung und der Diskussion von Vorhaben, mitzuwirken. Die Auswahl seiner „Arbeitsbeiträge“ – als solche möchten wir die von ihm vorgebrachten Anträge und Statements begrifflich zusammenfassen – erweckt keinesfalls den Eindruck von Zufälligkeit, sondern wirkt durchaus überlegt und zur politischen Grundhaltung seiner Person passend. Andrejewskis politische Grundüberzeugungen – zumindest die Ansichten, die er in der Öffentlichkeit zu erkennen gibt – sind im Rahmen des mit ihm geführten qualitativen Interview deutlich geworden: Andrejewski äußert allgemeine Kritik am Kapitalismus und an der Performanz des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Es scheint ihm darum zu gehen, an konkreten regionalspezifischen Beispielen die aus seiner Sicht bestehende Fehlerhaftigkeit der Bundesrepublik zu demonstrieren.

Besonders aussagekräftig sind Andrejewskis Äußerungen zum grundlegenden Sinn und Ziel der NPD-Kommunalpolitik. Er geht davon aus, dass es im Grunde nicht möglich sei, innerhalb des Systems, wie es momentan faktisch besteht, viel zu erreichen. Tatsächlich sei es bereits zum Untergang verurteilt; offen bleibt für ihn in diesem Zusammenhang lediglich die Frage, wann konkret auch die Bundesrepublik untergehen werde. Statt auf aktive Systemveränderung zu setzen, sollte die NPD laut Andrejewski daher wenigstens versuchen, das zu retten, was sie für die Errichtung des kommenden Systems notwendigerweise brauche. In Anklam sei dies zum Beispiel die Stadtbibliothek, die unbedingt auch dann noch da sein müsse, wenn das „alte System“ bereits zerfallen sei.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Andrejewskis relativierende Einschätzung des Stellenwertes, den die Arbeit in der Stadtvertretung aus Sicht der NPD hat. Im Interview macht er deutlich, dass ein Engagement in diesem Gremium in erster Linie eine unterstützende Funktion bei der öffentlichen Präsentation der Partei hätte. Das, was auf der Straße geschähe, wie etwa Infostände oder die Verteilung der NPD-Publikationen, sei hingegen mindestens genauso wichtig. Die NPD bemüht sich in Anklam sichtlich darum, sowohl in der Öffentlichkeit als auch von den Vertretern anderer Parteien als eine ernsthaft kommunalpolitisch arbeitende Partei wahrgenommen zu werden: Sie positioniert sich mit sozial relevanten Themen, ohne dabei allzu aggressiv zu agieren. Die NPD nutzt ihre Rechte in der Stadtvertretung überwiegend für eine Mischung aus Sacharbeit und gelegentlich eingebrachtem (Rechts-)

Populismus. Sie geriert sich dabei als „kritische“ Partei, die Schwächen der jetzigen Gesellschaftsordnung aufzeigt und in dieser ungünstigen Situation Politik für die Bürger machen muss. Die Nutzung der NPD als Protestpartei scheint in Anklam daher eine gewisse Akzeptanz der Rechtsextremisten als eine im Grunde ganz normale, politische Kraft innerhalb des Parteienspektrums zu begünstigen.

Wie lässt sich das zukünftige Potenzial der AnklaMER NPD einschätzen? Was die Arbeit in der Stadtvertretung und den eigentlichen kommunalpolitischen Arbeitsbereichen anbelangt, bleibt Michael Andrejewski ein zugereister Einzelkämpfer. Weder hat er eine familiäre und zumindest noch keine eigenständige ökonomische Verwurzelung in der Region vorzuweisen. Obgleich er für eine Einzelperson im Kommunalparlament durchaus relevante und effektive Arbeit leistet, reicht dies für eine nachhaltige Verankerung der NPD keinesfalls aus. Dazu bedarf es einer wesentlich umfangreicheren Personalpolitik, d.h. die NPD müsste aus ihrem zweifelsohne vorhandenen Sympathisantenkreis weitere Personen aktivieren, die eine Unterstützung und langfristig gesehen auch eine Nachfolge Andrejewskis sicherstellen könnten. Zwar mag es in Anklam eine nicht zu unterschätzende Kameradschaftsszene geben, solange sich diese jedoch auf interne Aktionen und einige Demonstrationen beschränkt, wird die NPD keine nachhaltig erfolgreiche Kommunalpolitik betreiben können. Bislang fehlt es zumindest an überzeugenden Hinweisen dafür, dass ihr dies in nächster Zeit glücken könnte. Michael Andrejewski sollte dennoch nicht unterschätzt werden. So könnte es ihm durchaus gelingen, durch eine stetige öffentlichkeitswirksame Arbeit die Akzeptanz der NPD zu erhöhen. Tatsächlich scheint es in einer Stadt, die auch bei optimistischen Prognosen eher bescheidene Zukunftschancen hat, keineswegs unmöglich, dass ein Rechtsextremist, der die bundesdeutsche Gesellschaft pointiert für alles Negative verantwortlich macht, die Unterstützung quantitativ relevanter Bevölkerungsgruppen für sich gewinnen könnte.

4. Der Landkreis Ludwigslust

4.1 Zur Struktur des Landkreises Ludwigslust

Der Landkreis Ludwigslust liegt im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns und entstand nach der Gebietsreform 1994 aus den Landkreisen Hagenow und Ludwigslust sowie den Ämtern Rastow und Stralendorf. Mit einer Fläche von 2.517 Quadratkilometern ist er nicht nur der flächenstärkste, sondern mit 129.421 Einwohnern zugleich auch der bevölkerungsreichste Kreis Mecklenburg-Vorpommerns. Dass dennoch durchschnittlich nur 51 Menschen auf einem Quadratmeter leben, ist zugleich typisch für dieses Bundesland. Sein flächenstärkster Landkreis ist somit ein vergleichsweise dünn besiedeltes Gebiet und besteht größtenteils aus ländlichen Gebieten mit kleinen Gemeinden; die größte Stadt Ludwigslust hat lediglich 12.057 Einwohner.¹ Weitere Kleinstädte der Region sind Boizenburg, Hagenow, Neustadt-Glewe, Grabow, Zarrentin, Wittenburg und Lübbtheen. Mit insgesamt 93 Gemeinden (Stand 2004) weist der Landkreis Ludwigslust nach wie vor die dritthöchste Gemeindenzahl des Bundeslandes auf, obgleich im Jahr 1999 sogar noch 115 Gemeinden bestanden. Diese Verringerung ist ein Indiz für die in Angriff genommene Reform der Gemeindestrukturen.

Auch leidet der Landkreis Ludwigslust wie fast alle Regionen Mecklenburg-Vorpommerns unter einer negativen Bevölkerungsentwicklung. Die Statistik des Jahres 2004 zeigt auf, dass 189 Menschen mehr starben als geboren wurden. Im selben Jahr verließen zudem 9.028 Menschen den Landkreis, aber nur 8.538 zogen neu hinzu, was einen Verlust von 853 Einwohnern ausmacht. Diese Zahlen schreiben eine langfristige Entwicklung fort; optimistisch stimmt dabei allerdings, dass das Statistische Landesamt die vorläufige Talsohle der Abwanderung für das Jahr 2007 prognostiziert.²

Tabelle 1: Bevölkerungsverlust Landkreis Ludwigslust

| Jahr | lebend Geborene | Gestorbene | Zugezogene | Fortgezogene | Bevölkerung am 31.12.2004 |
|------|-----------------|------------|------------|--------------|---------------------------|
| 2004 | 1.081 | 1.270 | 8.175 | 9.028 | 129.421 |

(Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern)³

¹ Vgl. Statistisches Landesamt 2005: Bevölkerungsentwicklung der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, 20.

² Vgl. Statistisches Landesamt 2005: Bevölkerungsentwicklung bis 2020 Landkreis Ludwigslust, 2.

³ Vgl. Statistisches Landesamt 2005: Bevölkerungsentwicklung der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, 4.

Ein weiteres Problem des Landkreises stellt die zunehmende Überalterung dar. Die Altersgruppe der 30- bis 65-Jährigen bildet den größten Anteil in der Bevölkerung, ohne dass man die über 65-Jährigen (17,5 Prozent) hinzurechnet. Die jüngeren Jahrgänge sind im Landkreis im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet deutlich schwächer vertreten; sie stellen zudem den Großteil der Abwandernden.

Tabelle 2: Bevölkerung in Altersgruppen

| Altersgruppe | bis 30 Jahre | ab 30-65 Jahre | über 65 Jahre |
|-------------------|--------------|----------------|---------------|
| Anteil in Prozent | 31,6 | 50,7 | 17,5 |

(Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Stand: 31. Dezember 2004)⁴

Der Ausländeranteil im Landkreis stagniert seit 1999 bei 1,9 Prozent⁵ und ist damit zwar durchaus typisch für Mecklenburg-Vorpommern, liegt aber dennoch weit unter dem Bundesdurchschnitt (8,8 Prozent⁶).

Verkehrstechnisch gesehen liegt der Landkreis Ludwigslust zwischen den Großräumen Hamburg und Berlin für die Verhältnisse des Bundeslandes relativ günstig. Gute Anbindungen bestehen etwa durch die ICE-Strecke Hamburg-Berlin, diverse Bundesstraßen und die Autobahnen A20 und A24 (in Zukunft komplettiert durch die A14 nach Magdeburg). Aufgrund dieses Standortvorteils verwundert es nicht, dass sich in den letzten Jahren neben logistisch ausgerichteten Dienstleistern auch einige namhafte Firmen des produzierenden Gewerbes (insbesondere aus der Lebensmittel verarbeitenden Industrie) in der Region angesiedelt haben.⁷ Das produzierende Gewerbe beschäftigt den größten Anteil an Erwerbstätigen des Kreises, gefolgt von öffentlichen und privaten Dienstleistern und Handel, dem Gastgewerbe und Verkehr. Vor allem deshalb liegt die Arbeitslosenquote für das Jahr 2004 mit 15,3 Prozent weit unter dem Landesdurchschnitt von 23,3 Prozent.

Fassen wir zusammen: Zwar hat auch der Landkreis Ludwigslust mit Überalterung und Wegzug seiner Bevölkerung zu kämpfen. Seine logistisch attraktive Lage macht ihn allerdings zu einem vergleichsweise prosperierenden Wirtschaftsstandort in Mecklenburg-Vorpommern.

⁴ Vgl. Statistisches Landesamt 2004: Bevölkerung nach Alter und Geschlecht in Mecklenburg-Vorpommern, 19.

⁵ <http://www.kreis-lwl.de:80/ludwigslust/CMSDocs?querymask=EJWIFVC51NJI3N&download=Bev%C3%B6lkerung.pdf>, 12. Juli 2006.

⁶ <http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab4.php>, 21. Februar 2006.

⁷ Als Beispiele seien die Firmen Dr. Oetker, Danone, Fruchtsquell und Alete genannt.

4.2 Rechtsextremismus im Landkreis

Die Strukturen des Rechtsextremismus im Landkreis Ludwigslust sind vor allem durch eine enge Vernetzung zwischen den so genannten ‚freien Kräften‘ und der NPD gekennzeichnet. Im Landkreis gibt es einen NPD-Kreisverband, der im Vergleich zu anderen als vitalster des Bundeslandes erscheint. Kreisvorsitzender ist Andreas Theißen, Kreisgeschäftsführer und zugleich Chef der Landespartei ist Stefan Köster. Auch die Ortsverbände Wismar, Parchim und die Landeshauptstadt Schwerin wurden diesem Kreisverband angegliedert, da sie als zu personenschwach galten, um selbständig agieren zu können. Das Parteibüro befindet sich in Boizenburg, in denselben Büroräumen, in denen früher auch die Landesgeschäftsstelle untergebracht war. Seit Sommer 2006 gibt die NPD davon abweichend auf ihrer Homepage eine neue Postfachadresse in Hagenow an. Zahlenmäßig dürften etwa 30 bis 40 aktive Mitglieder vorhanden sein; das schätzen zumindest Beobachter wie die Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt bzw. das in Schwerin ansässige Mobile Beratungsteam. Wie im gesamten Bundesland hatte die NPD auch im Landkreis Ludwigslust 2005 einen deutlichen Mitgliedererfolg zu verzeichnen. Im Kreistag wird die NPD seit den Kommunalwahlen 2004 von Stefan Köster und Klaus Bärthel vertreten. Letzterer nimmt zudem einen Sitz der NPD in der Stadtvertretung von Ludwigslust wahr. Beide sind seit längerer Zeit in der Neonazi-Szene aktiv und vergleichsweise prominent.

Der 1940 in Hamburg geborene Klaus Bärthel zog erst im Jahr 2000 zusammen mit einigen anderen Neonazis nach Südwestmecklenburg und lebt seitdem mit seiner Frau in Ludwigslust. Bekanntheit erlangte Bärthel vor allem durch das in seinem ‚Wolf-Verlag‘ erschienene Blatt ‚Zentralorgan‘, kurz ‚Zorg‘ genannt. Das ‚Zentralorgan‘ richtete sich mit seinen Beiträgen über die Wehrmachtsausstellung, Interviews mit international bekannten Rechtsextremisten wie etwa William Pierce oder dem Holocaust-Leugner David Irving und diversen Terminhinweisen auf Rechtsrockkonzerte ausschließlich an rechtsextreme Leser und erschien bundesweit zwei- bis dreimal jährlich. Die letzte Ausgabe wurde 2001 publiziert. Im Rahmen eines Verfahrens wegen Volksverhetzung wurden die Publikationsbeteiligten, neben Bärthel noch Dirk Sukol, Thomas Wulff und Tobias Thiessen, zu Geldstrafen verurteilt. Der konkrete Grund dafür war der Slogan „Juden raus – aus Österreich“⁸ auf dem Deckblatt der letzten Ausgabe. Bärthel ist mittlerweile mehrfach vorbestraft. Seine publizistischen Aktivitäten setzte er zunächst auf seiner Internetplattform ‚Ludwigsluster-Beobachter‘ fort, auf der er das aktuelle politische Geschehen aus seiner eigenen rechtsextremen Weltsicht heraus kommentierte. Das Projekt wurde allerdings wieder aufgegeben; momentan steht die Domain zum Verkauf. Gegenwärtig beschränken sich Bärthels Internet-Aktivitäten auf regelmäßige State-

⁸ http://lexikon.idgr.de/z/z_e/zentralorgan/zentralorgan.php

ments in dem von Axel Möller von Stralsund aus betriebenen ‚Störtebeker-Netz‘ sowie den Veröffentlichungen des NPD-Landes- und Kreisverbandes. Außerhalb seiner parlamentarischen Arbeit engagiert er sich als Organisator von Aufmärschen und Demonstrationen im rechts-extremistischen Spektrum.

Inwieweit der Rentner Bärthel tatsächlich noch in die gewaltbereite rechtsextremistische Szene im Land involviert ist, lässt sich nur schwer beurteilen. Auf der Seite des ‚Informationsdienst gegen Rechtsextremismus‘ wird er zwar als einer der Anführer der Kameradschaft ‚Ludwigslust 88‘⁹ genannt; nach Angaben des Mobilien Beratungsteams in Schwerin existiert diese allerdings gar nicht mehr. Unklar war bisher auch, ob Bärthel, der sich lange Zeit von der NPD fern hielt, inzwischen offiziell der Partei beigetreten ist oder nicht. Einen Hinweis, dass er mittlerweile einen Parteiausweis besitzt, gibt indessen die szeninterne Debatte um das verbotene rechtsextreme Pfingsttreffen in Gammelin. Das ‚Störtebeker-Netz‘ dichtete der NPD im Nachgang eine Beteiligung an der Organisation dieses Pfingsttreffens an, weil Bärthel persönlich in die Vorbereitungen involviert gewesen sei.¹⁰ Die Partei wehrte sich im Folgenden dagegen und stellte klar: „Dass unser Parteikamerad Klaus Bärthel sich in die Vorbereitungen des Festes einbrachte, heißt nicht, dass es eine Parteiveranstaltung geworden wäre.“¹¹

Wie Bärthel stammt auch der zweite NPD-Abgeordnete im Ludwigsluster Kreistag, Stefan Köster (Jahrgang 1973), nicht aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern ist aus Dortmund zugezogen. Der gelernte Betriebswirt und Versicherungskaufmann lebt mit seiner Frau und seinem Sohn in Lübtheen bei Ludwigslust. Seine Karriere in der NPD begann in den 90er Jahren als Pressesprecher des NPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Nach dem Tod des vorherigen Landesvorsitzenden Hans-Günter Eisenecker im Jahre 2003 übernahm Köster Anfang 2004 dessen Amt und avancierte zudem zum Bundesgeschäftsführer der NPD, womit er auch in den Bundesvorstand aufrückte. Wie Bärthel agiert auch Köster als Organisator und Anmelder von rechtsextremen Demonstrationen und Aufmärschen. Zudem zeichnete er zwischenzeitlich für die Publikation ‚Kreisreporter‘ des NPD-Kreisverbandes Ludwigslust, die mittlerweile wieder eingestellt worden ist, verantwortlich.

Kösters prominenten Stellenwert innerhalb der NPD belegen nicht nur sein Amt als Geschäftsführer der Partei auf Bundesebene, sondern auch seine zahlreichen Redebeiträge auf Veranstaltung der NPD sowie die Tatsache, dass er als Direktkandidat für die Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis 13 (Schwerin-Ludwigslust) aufgestellt wurde. Zur Land-

⁹ http://lexikon.idgr.de/b/b_a/baerthel-klaus/baerthel-klaus.php

¹⁰ <http://www.stoertebeker.net/blo/pivot/entry.php?id=171#body>; 13. Juni 2006.

¹¹ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=37&cmsint_id=1&detail=650; 13. Juni 2006.

tagswahl 2006 verzichtete Köster anfänglich aus taktischen Gründen auf die Spitzenkandidatur. Wegen eines gegen ihn anhängigen Verfahrens musste er diesen Platz seinem Ludwigsluster Parteikollegen Udo Pastörs überlassen. Gegen Köster lief eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung. Im Anschluss an eine NPD-Wahlkampfveranstaltung im schleswig-holsteinischen Steinburg im Dezember 2004 hatte Köster eine Gegendemonstrantin tätlich angegriffen und war dabei von einem Fernsighteam gefilmt worden. Obwohl er dafür mittlerweile im Mai 2006 rechtskräftig verurteilt worden ist,¹² rangiert er nun doch auf Platz vier der Landesliste – einem Platz, den die NPD unter Verweis auf die so genannte ‚Volksfront von rechts‘ eigentlich für einen Kandidaten der DVU freihalten wollte, die das Angebot jedoch nicht annahm.

Die im Landkreis bestehende enge Zusammenarbeit der NPD mit der Kameradschaftsszene ist fast schon als traditionell zu bezeichnen. Insbesondere Bärthel dürfte aufgrund seiner doppelten Verbundenheit – zum einen in der ‚freien Szene‘, zum anderen als Mandatsträger der NPD – ein persönliches Interesse an diesen Verbindungen haben. Auch Thomas Wulff, der selbst erst Ende 2005 im Zuge der Eintrittswelle von Kameradschaftsmitgliedern in die NPD eintrat, galt und gilt heute noch als eine der Galionsfiguren innerhalb der außerparteilichen rechtsextremen Szene. Nicht nur NPD-Mitglieder zogen während der 90er Jahre in den Landkreis Ludwigslust, auch ungebundene Rechtsextremisten aus dem Raum Hamburg und Lübeck fühlten sich dort rasch wohl.

Der rechtsextremistischen Szene ist es in diesem Landkreis gelungen, eine personell gut organisierte Basis zu schaffen, die zudem auch über eine solide finanzielle Grundlage verfügt. So befinden sich unter den Parteimitgliedern mehrere selbständige Unternehmer: Spitzenkandidat Pastörs berät abseits seines Parteiengagements in seinem Juweliergeschäft junge Paare bei der Wahl des passenden Trauringes, während Thomas Mutscher in seinem Tattoo-Studio ‚Walhalla‘ für bleibenden Körperschmuck sorgt. Zudem kauften ansässige Neonazis wie Wulff und Michael Grewe 2001 ein Gutshaus im Landkreis, genauer in der Gemeinde Amholz, das nicht selten Austragungsort szenointerner Freizeitveranstaltungen ist. Grewe, der wie Wulff aus den alten Bundesländern zuzog, betrieb zuvor kurzzeitig einen Devotionalienladen für die rechtsextremistische Klientel in Lüneburg. Geplant war, das gemeinsam erworbene Gutshaus in ein Schulungszentrum für die Szene umzufunktionieren. Bis jetzt beschränken sich die Aktivitäten in Amholz allerdings auf gelegentliche Osterfeuer, Sommer- und Wintersonnwendfeiern. Wulff, der sich in Anlehnung an den SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Felix Steiner den Beinamen ‚Steiner‘ gegeben hat, ist alles andere als ein kleiner Fisch im rechtsextremistischen Spektrum Norddeutschlands. Er war Mitbegründer der mittlerweile verbotenen

¹² http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5443778_REF1,00.html, 12. Juli 2006.

‚Nationalen Liste‘,¹³ Mitglied zahlreicher anderer rechtsextremistischer Organisationen, ist derzeit NPD-Bundessekretär und gilt zugleich als einer der Führerfiguren in der freien Kameradschaftsszene. 1994 gründete er zusammen mit seinem langjährigen Weggefährten Christian Worch das bis heute existierende ‚Aktionsbüro Norddeutschland‘, das die freien Kameradschaften im Norden der Republik miteinander vernetzt. Aufgrund seines nicht unbeträchtlichen Status hatte Wulffs NPD-Eintritt innerhalb der freien Szene eine nicht zu unterschätzende Vorbildfunktion und damit großen Anteil an der Eintrittswelle im Herbst und Winter 2005, in deren Zuge die NPD ihre Mitgliederzahl im Land von 100 Personen auf 200 verdoppeln konnte.

Regional besonders hervorzuheben sind die Orte Boizenburg und Lübtheen, die sich in den letzten Jahren deshalb zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremistischen Szene entwickelten, weil Führungsfiguren wie Köster, Wulff, Pastörs und Grewe dort ansässig geworden sind. Ein weiterer wichtiger Anlaufpunkt der rechten Szene ist das bereits genannte Tattoo-Studio ‚Walhalla‘ in Ludwigslust, das 2001 von dem überregional bekannten Neonazi Thomas Mutscher gegründet wurde. Bereits 2002 eröffnete er zusätzlich den Musik- und Buchladen ‚Wotan‘. Schon die Namen beider Geschäfte wirken auf Rechtsextremisten wie ein Magnet. ‚Walhalla‘ und ‚Wotan‘ entstammen der germanisch-heidnischen Mythologie und finden im Zusammenhang mit dem gruppenintern betriebenen Germanenkult unter Neonazis reichlich Anklang. Zudem steht ‚Wotan‘ auch als Abkürzung für ‚Will of The Arian Nation‘ und lässt sich damit als ein Symbol rechtsextremistischer Gesinnung einsetzen.

Aufmärsche, Informationsstände und Wahlwerbung organisieren NPD und Kameradschaften meistens gemeinsam. Konzerte, Partys, Wochenendlager und Sportfeste sind zusätzlich zu den schon erwähnten Feiern in Amholz fester Bestandteil der Zusammenarbeit rechtsextremistischer Kräfte in der Region. Darüber hinaus ist es auf Seiten der Rechten üblich geworden, regelmäßig gemeinsam Veranstaltungen demokratischer Parteien und antifaschistischer Gruppen aufzusuchen und im Sinne der von der NPD ausgegebenen ‚Wortergreifungsstrategie‘ kräftig zu stören. Selbst vor dem Landtag machten Köster, Wulff und Pastörs nicht Halt und saßen am Tag der offenen Tür im Juni 2006, der unter das Motto ‚Demokratie und Toleranz‘ gestellt war, schon mal Probe im Schweriner Schloss. Allerdings störten sie die im Büro einer PDS-Abgeordneten stattfindende Veranstaltung des Mobilien Beratungsteams derart massiv, dass sie des Raumes verwiesen wurden.¹⁴

Für die Aktivität der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Ludwigslust sprechen zudem die seit Mitte Dezember 2005 zu beobachtenden Anzeichen einer Revitalisierung der Kameradschaftsszene. Die Kameradschaft ‚Elbsturm Boizenburg‘ gibt auf ihrer Internetpräsenz an,

¹³ http://lexikon.idgr.de/w/w_u/wulff-thomas/wulff-thomas.php

¹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 13. Juni 2006, 6.

eng mit Thomas Wulff zusammenzuarbeiten, z.B. bei Unterschriftensammlungen und Protestaktionen gegen die geplante Schulreform des Bundeslandes. Selbst als Köster, Wulff und Pastörs im Juni 2006 im Plenarsaal des Landtags das Wort ergriffen, wurden sie an diesem Tag von einigen Kameradschaftsmitgliedern begleitet.¹⁵

4.3 Der Wahlkampf und die Ergebnisse der Kreistagswahl 2004

Der Wahlkampf zur Kommunalwahl 2004 wurde von der NPD im Landkreis Ludwigslust vergleichsweise aktiv betrieben; es gab eine ganze Reihe an Informationsständen, Flugblattaktionen,¹⁶ Plakaten und Lautsprecherfahrten. Bei diesen Aktivitäten erhielt die NPD offensichtlich starke Unterstützung von anderen Angehörigen der rechtsextremistischen Szene in der Region – wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil Klaus Bärthel als ehemaliger Kameradschaftsanführer ein Mandat anstrebte. Eine spezifische Ausrichtung des Kommunalwahlkampfes auf lokal relevante Themen fand dabei allerdings nicht statt. Stattdessen konzentrierten sich die Aussagen und das Wahlkampfmaterial auf Standardthemen wie ‚Nein zu Hartz IV‘, Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei und die massive Überfremdung Deutschlands – klassische Themen also, mit denen die NPD generell, d.h. jenseits regionaler Interessenlagen Wahlkampf betreibt.

Am Wahltag konnte die CDU mit 39,1 Prozent erneut die stärkste Fraktion des Landkreises stellen. Sie ist mit insgesamt 21 Sitzen im Kreistag vertreten. Als nächststärkere Fraktionen folgen SPD mit 14 Sitzen und die PDS mit acht Sitzen – beide verloren jeweils drei Sitze im Vergleich zur vorherigen Wahlperiode. Stimmten bei der Kommunalwahl von 1999 noch 2.572 Wählerinnen und Wähler für die NPD (das entspricht einem Prozentsatz von 1,6 Prozent) konnte sie ihr Wahlergebnis im Jahr 2004 auf 5.367 Stimmen (3,4 Prozent) mehr als verdoppeln. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Wahl zur Stadtvertretung der Gemeinde Teldau. Mit 7,6 Prozent der Stimmen erreichte der dort auch ansässige NPD-Kandidat Michael Grewe den zweithöchsten Wahlerfolg für die Partei im gesamten Bundesland.¹⁷

¹⁵ <http://www.elbsturm.de.vu>, 12. Juli 2006.

¹⁶ Laut NPD wurden landesweit ca. 50.000 Flugblätter verteilt.

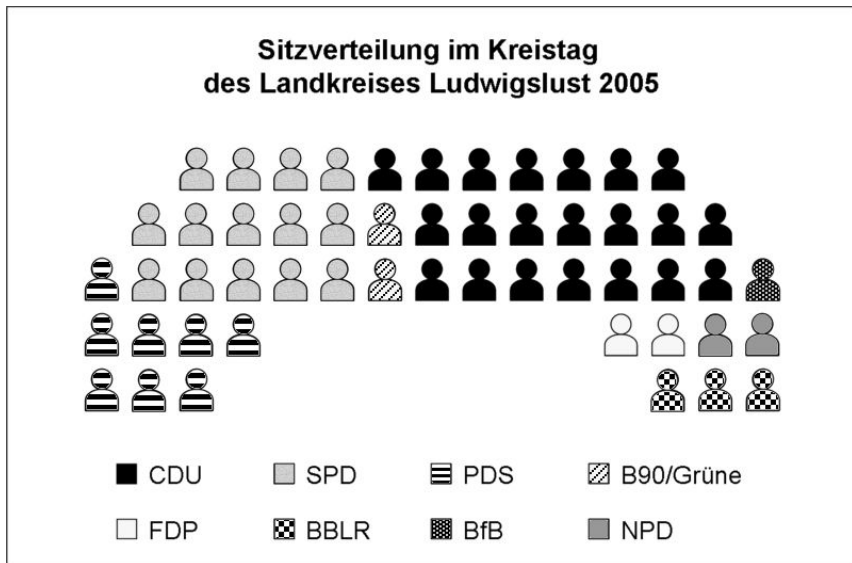
¹⁷ Lediglich bei der Stadtvertreterwahl in Anklam erreichte die NPD mit acht Prozent ein höheres Ergebnis.

| Wahlvorschlag | absolute Stimmen | Prozent | Sitze |
|------------------|------------------|---------|-------|
| CDU | 61.806 | 39,1 | 21 |
| SPD | 41.246 | 26,1 | 14 |
| PDS | 23.645 | 15,0 | 8 |
| FDP | 7.329 | 4,7 | 2 |
| Bündnis 90/Grüne | 6.003 | 3,8 | 2 |
| BBLR | 9.343 | 5,9 | 3 |
| NPD | 5.373 | 3,4 | 2 |
| BfB | 1.446 | 0,9 | 1 |
| PBC | 596 | 0,4 | - |
| Linow, Hartmut | 1.260 | 0,8 | - |
| Wahlbeteiligung | 56.250 | 51,2 | |

4.4 Die politische Konstellation im Kreistag nach den Kommunalwahlen

Der Kreistag Ludwigslust setzt sich aus insgesamt 53 Mitgliedern zusammen; der derzeitige Landrat Rolf Christiansen ist Mitglied der SPD. Die für die NPD abgegebenen Stimmen von 3,4 Prozent entsprechen zwei Sitzen im Kreistag. Dabei profitierte die NPD wie auch die anderen kleineren Parteien bzw. Wahlverbünde vom erstmaligen Wegfall der Fünf-Prozent-Klausel bei Kommunalwahlen im Land. Somit sind neben dem Wählerbündnis ‚Bund Bauern ländlicher Raum‘ (BBLR) mit drei Vertretern auch Bündnis 90/Die Grünen und die FDP mit jeweils zwei Mandatsträgern sowie die Liste ‚Bürger für Boizenburg‘ (BfB) mit einem Abgeordneten im Kreistag präsent. Aufgrund dieser relativ breit gestreuten Mandatsverteilung kommt den Stimmen der kleinen Parteien ein besonderes Gewicht bei Entscheidungen zu.

Abbildung 1: Sitzverteilung nach den Kommunalwahlen 2004



Mit der Entscheidung des Landtages vom Februar 2004, auf kommunaler Ebene die Fraktionsmindeststärke von zwei auf vier Mandatsträger zu erhöhen, verlor die NPD indessen ihren Fraktionsstatus. Eine einstweilige Verfügung des Landesverfassungsgerichts gegen diese Entscheidung hatte jedoch zur Folge, dass die NPD ebenso wie die anderen kleineren Parteien zumindest kurzfristig als Fraktion bestehen blieb. Am 19. Juli 2004 konstituierten die beiden NPD-Abgeordneten ihre Fraktion, ehe sie dann im Dezember desselben Jahres aufgrund der mittlerweile vom Landesverfassungsgericht bestätigten Neuregelung, die seitdem ihren festen Platz in der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg Vorpommern hat, wieder aufgelöst werden musste.

Der Kreistag hat insgesamt sieben Ausschüsse (Kreisausschuss, Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport, Soziales und Gesundheit, Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, Ausschuss für Wirtschaft, Bau und ländlichen Raum, Haushalts- und Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss). Die beiden NPD-Abgeordneten Klaus Bärthel und Stefan Köster sind in keinem dieser Ausschüsse Mitglied. Allerdings vertritt Köster die NPD im Regionalen Planungsverband Westmecklenburg. Diese Nominierung ist auf den bis zum Sommer 2006 einzigen Antrag der NPD vom 8. Juli 2004 zurückzuführen, in dem Köster mittels eines Einspruches unter Berufung auf die Geschäftsordnung seine Delegierung in dieses Gremium erreichen konnte. Seine bisherige Arbeit im Planungsverband wird von seinen Kollegen indessen als unauffällig beschrieben, insofern er sich so gut wie gar nicht einbringt.

4.5 Die parlamentarische Arbeit der NPD

Unabhängig von der Einschätzung durch die Vertreter anderer Parteien wollen wir an dieser Stelle zunächst die Frage klären, wie die beiden NPD-Abgeordneten im Kreistag von Ludwigslust konkret auftreten und agieren. Auffällig ist, dass sie, obgleich sie zu den Kreistagssitzungen stets anwesend sind, sich nicht oft zu Wort melden. Während der Hauptanteil der Wortbeiträge von Köster geleistet wird, konzentriert sich Klaus Bärthel mit seinen Redebeiträgen eher auf sein zweites Wahlamt als Stadtvertreter in Ludwigslust.¹⁸

Aufgrund der schon angesprochenen schwierigen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag Ludwigslust ist es der NPD-Vertretung während des Untersuchungszeitraumes zumindest einmal gelungen, für sich zu reklamieren, sie sei bei einer wichtigen Abstimmung das Zünglein an der Waage gewesen – zumindest brüsten sich beide Abgeordneten auf der Homepage des Kreisverbandes damit, dass es ihre Stimmen gewesen seien, die die Wahl der Kreistagspräsidentin entschieden hätten.¹⁹ Dabei unterlag die seit zehn Jahren amtierende Präsidentin des Kreistages, Gisela Schwarz (SPD), mit nur einer Stimme Differenz (26 zu 27 Stimmen) Maika Friemann-Jennert von der CDU.

In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig zu betonen, dass es weder bei dieser Wahl noch bei folgenden Abstimmungen Absprachen zwischen den Abgeordneten anderer Parteien und der NPD gegeben hat. Auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD findet im Kreistag nicht statt. Landrat Rolf Christiansen beschreibt Anfang 2006 in seiner Rede zum Neujahrsempfang die Situation im Landkreis Ludwigslust folgendermaßen: „Mangels inhaltlicher Masse ist leider eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der NPD im Kreistag nicht möglich.“ Zwar gebe sich die NPD im Internet und auf Flugblättern wortgewaltig und erwecke den Eindruck, sich für die Belange der Menschen einzusetzen, zitiert ihn die Schweriner Volkszeitung weiter. „In der praktischen Politik bleibt die NPD aber stumm – verständlicherweise, denn die wahren Absichten würden ja schnell deutlich.“²⁰ Diese Aussage verrät weniger den Unwillen oder die Unfähigkeit der demokratischen Parteien, sich mit der NPD im Kreistag inhaltlich zu befassen, sondern ist vielmehr Ausdruck der fehlenden parlamentarischen Aktivität der NPD, weshalb sie den anderen Parteivertretern kaum Ansatzpunkte für eine sachliche Auseinandersetzung bietet. Bis auf den bereits erwähnten Antrag Kösters, die Wahl der Mitglieder für den Planungsausschuss zu wiederholen, hat die NPD im Kreistag Ludwigslust während des 18-monatigen Untersuchungszeitraumes zwischen Juni 2004 bis Dezember 2005 nicht einen einzigen Antrag zur Abstimmung ge-

¹⁸ Seit dem 12. Juni 2006 hat sich Bärthel vollkommen aus dem Kreistag zurückgezogen und sein Mandat an Michael Grewe übergeben, der bisher nur in der Gemeindevertretung seines Wohnortes Teldau vertreten war.

¹⁹ <http://www.npd-mv.net/lwl/bilder/archiv2004.html>

²⁰ Schweriner Volkszeitung, Lokalausgabe Hagenow, 24. Januar 2006.

stellt.²¹ Ebenso wenig haben ihre beiden Mandatsträger von anderen parlamentarischen Aktionsformen Gebrauch gemacht. Ihre Arbeit im Kreistag beschränkt sich somit auf einige Redebeiträge und Anfragen, diese werden dann jedoch im Nachgang von der NPD als Grundlage für ihre außerparlamentarische Öffentlichkeitsarbeit instrumentalisiert.

Insofern die NPD im Landkreis Ludwigslust keine Anträge gestellt hat, die sich im Rahmen unserer Untersuchung inhaltlich auswerten lassen, sollen im Folgenden wenigstens ihre sonstigen Aktivitäten näher skizziert werden. Angesichts der Tatsache, dass auch längere zusammenhängende Redebeiträge der beiden NPD-Abgeordneten im Kreistag ausgesprochenen Seltenheitswert besitzen, konzentrieren wir uns nachfolgend in chronologischer Reihenfolge auf die längsten und wichtigsten Beiträge im Parlamentsalltag während dieser Zeit. Als Bewertungskriterium wird auch die Sicht der NPD herangezogen, d.h. in unserer Untersuchung werden vor allem solche Statements berücksichtigt, von denen die NPD in ihrer Präsentation im Internet selbst nachweislich behauptet, dass es sich um Beiträge von größerer Bedeutung handelt.²² Der zusätzlich von uns vorgenommene Abgleich mit den Protokollen der Landtagssitzungen ergab einige weitere, jedoch sehr kurz gehaltene Wortmeldungen der beiden NPD-Vertreter, weshalb sie das Gesamtbild weder qualitativ noch quantitativ zu verändern vermögen.

- 15. September 2005: Zunächst beklagt sich Stefan Köster in Form einer mündlichen Anfrage über die Arbeit des Mahn- und Gedenkstätten-Vereins. Der Verein wurde vom Kreistag und den betroffenen Stadt- und Gemeindevertretungen gegründet, um die Gedenkstätten des Kreises zu verwalten und zu pflegen. Grund für die Beschwerde der NPD war, dass eine von Bärthel organisierte Gedenkfeier anlässlich des Todestages von Theodor Körner²³ nicht genehmigt worden war. Seit 1965 wird auf dem Gelände der Theodor-Körner-Gedenkstätte auch den Opfern des ehemaligen KZs Wöbbelin gedacht. Aufgrund negativer Erfahrungen mit der rechten Szene wurde die Veranstaltung verboten, da zu befürchten stand, dass diese dem Anliegen der Gedenkstätte schaden würde. Gegen dieses Verbot wendet sich Köster, indem er den ‚Systemparteien‘ vorwirft, mit dem Verbot der Veranstaltung selbst gegen Recht und Gesetz und damit undemokratisch zu handeln:

„Herr Christiansen, Sie können sich Ihren öffentlich-rechtlichen Pflichten nicht entziehen, indem Sie öffentli-

²¹ Auch nach dem Untersuchungszeitraum setzte die NPD bis Juni 2006 nicht einen einzigen Sachantrag auf die Tagesordnung.

²² Die wörtlichen Zitate stammen also folgerichtig von der Partei selbst.

²³ Theodor Körner (1791-1813) war einer der bekanntesten deutschen Dichter während der Kriege gegen Napoleon. Er wird von der rechten Szene aufgrund seiner nationalistischen Dichtungen und seines Todes als Soldat verehrt.

che Einrichtungen auf ‚private‘ Träger verlagern. Eine ‚Flucht ins Privatrecht‘ ist nach absolut herrschender Meinung unzulässig. Alle Bürger haben immer noch einen öffentlich-rechtlichen Verschaffungsanspruch gegen die Kommune auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen. Herr Landrat, auch Sie müssen sich an Recht und Gesetz halten und können, auch nicht durch diesen Verein, eine Gesinnungsdiktatur einführen. Entweder halten Sie sich in Zukunft an bestehende Gesetze, oder wir werden Sie auf dem Rechtswege wieder dazu zwingen müssen.“²⁴

Im weiteren Verlauf der Sitzung äußerte er sich zudem zur Verwaltungsreform, die vor allem ein Problem darstellt, da sie, so Köster, mit einem Identitätsverlust der Menschen mit ihrer Umgebung einhergehen könne. Ihm bereiten also weniger die Folgen auf administrativer Ebene Sorgen, sondern dass damit die von der NPD proklamierte deutsche Volksgemeinschaft mit einem entsprechenden Heimatverständnis in Gefahr sein könnte. Deshalb würden die Menschen über kurz oder lang ihre Anbindung an die lokale Umgebung verlieren und damit Heimatgefühle preisgeben. Die Sitzungsniederschrift fasst den Beitrag folgendermaßen zusammen:

„Herr Köster charakterisierte aus seiner Sichtweise die derzeitige gesellschaftliche Situation, in der das Land M-V eine Verwaltungsreform durchführen will. Während gegen die Funktionalreform I und II seitens der Partei kaum Einwände bestehen, wird massiv kritisiert, dass bei einer Kreisgebietsreform von der Politik nicht im Sinne der Gemeinschaft, sondern aus kurzfristigem Denken heraus taktiert wird. Hinsichtlich einer flexibleren Bearbeitung von Bürgeranliegen wurde am Beispiel von Stellen- und Personaleinsparungen sowie deren Folgen in der öffentlichen Verwaltung die Frage nach Vorteilen einer solchen Kreisgebietsreform gestellt. Es besteht die Meinung, dass ein Identitätsverlust der Menschen mit ihrer Umgebung eintritt. Selbst wenn im Rahmen von Volksbegehren und Volksbefragungen Anteilnahme und Engagement an der Demokratie für die Lösung von Problemen vorhanden und möglich sind, wird befürchtet, dass die Ausprägung aufgrund der nicht vorhandenen persönlichen Betroffenheit nicht mehr in dem Maße gegeben sein wird. Als Beispiele wurden der Braunkohleabbau in der Griesen Gegend sowie der Bau von Starkstromleitungen angeführt. Es wird angenommen, dass es zu einem Abbau auf sozialem Gebiet aufgrund großer Entfernungen kommen wird. Die NPD lehnt deshalb eine Kreisgebietsreform ab.“²⁵

²⁴ <http://www.npd-mv.net/lwl/bilder/archiv2005.html>

²⁵ Vgl. Niederschrift zur Sitzung vom 15. September 2005.

- 8. Dezember 2005: In dieser Sitzung wurde über den Haushaltsplan 2006 beraten, ein Thema, das die NPD seit jeher als Sprungbrett zur Systemkritik nutzt. Köster echauffierte sich vor allem über eine darin vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage, d.h. die Gemeinden des Landkreises müssten künftig mehr an den Kreis abgeben. Als Begründung führte Köster die steigenden Ausgaben der Gemeinden durch das Arbeitslosengeld II und sinkende Einnahmen an. Als Finanzierungsalternative schlug er vor, dass bei den Zuwendungen der Fraktionsvorsitzenden und beim Fuhrpark der Kreisverwaltung Einsparungen vorgenommen werden sollten. Seine Ausführungen lassen sich im Protokoll der Sitzung folgendermaßen nachlesen:

„Herr Köster äußerte sich in seinem Diskussionsbeitrag zum Problem der steigenden Ausgaben (z. B. für Aufwendungen ALG II) und ständig sinkenden Einnahmen in den Kommunen sowie dadurch entstehende Auswirkungen für Infrastruktur (Straßen), für Einrichtungen von Kultur und Bildung (Bibliotheken, Schulen) und Jugend. Durch die Folgen dieser Haushaltspolitik sind Kommunen, u. a. Hagenow und Lübtheen, bereits an ihre finanziellen Grenzen gekommen und damit werden auch Abwanderungen aus M-V in Verbindung gebracht. In dieser Situation die Kreisumlage erhöhen zu wollen, würde die Situation der Kommunen noch weiter belasten und wird deshalb von der NPD abgelehnt. Einsparungen sollten ansetzen bei Ausgaben, wie z. B. bei Zuwendungen für Fraktionsvorsitzende (Verantwortungsträger sollten Vorbild sein), sowie beim Fuhrpark der Kreisverwaltung.“²⁶

Landrat Rolf Christiansen reagierte recht geschickt auf diesen Einwand und erinnerte daran, dass die NPD-Vertreter sich aufgrund der damals noch geltenden Rechtslage kurz nach den Kommunalwahlen 2004 mit nur zwei Personen zu einer Fraktion zusammengeschlossen hatten. Die mit dem Fraktionsstatus verbundenen finanziellen Zuschüsse hätte auch die NPD sofort in vollem Umfang in Anspruch genommen.²⁷

- In derselben Sitzung stand als weiteres Thema der geplante Braunkohleabbau in der Nähe von Kösters Heimatgemeinde Lübtheen auf der Tagesordnung. Zur besseren Einordnung seines Beitrags ist ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte dieser Kreistagssitzung erforderlich: Nach jahrelangen Probebohrungen und Voruntersuchungen plant die MIBRAG mbH den Abbau der Braunkohlevorkommen im Großraum Lübtheen. Im Mai 2005 gründete sich im Protest gegen dieses Vorhaben die ‚Bürger-

²⁶ Vgl. Niederschrift zur Sitzung vom 8. Dezember 2005.

²⁷ Vgl. Niederschrift zur Sitzung vom 8. Dezember 2005.

bewegung Braunkohle-Nein'. Köster wie auch sein Parteikollege Udo Pastörs waren seit Sommer 2005 mehrfach als Redner bei Veranstaltungen der Bürgerinitiative aufgetreten und der NPD-Kreisverband begann, aktuelle Nachrichten zum Thema Braunkohleabbau mit der Seite des Kreisverbandes der NPD im Netz zu verlinken. Bereits im Juni 2005 brachte die CDU einen Sachantrag gegen den geplanten Kohleabbau ein, dem sich die NPD öffentlich anschloss. Der Versuch der NPD sich mit der Bürgerinitiative zu verbünden, hat den Braunkohlegegnern in der Öffentlichkeit freilich mehr geschadet als genützt, so dass sie sich von der NPD und dem Vorwurf einer Unterwanderung von Rechts in offenen Briefen und Presseerklärungen zu distanzieren versuchten. Vor diesem Hintergrund hatte Köster für die Kreistagssitzung im Dezember 2005 einen ausführlichen Redebeitrag zum Thema vorbereitet, den er jedoch nicht halten konnte, da die Diskussion im Kreistag über dieses Thema unter Berufung auf die fortgeschrittene Uhrzeit beendet wurde, ehe er zum Zuge kam. Köster sah darin die Absicht der anderen Parteien, ihn nicht zu Wort kommen lassen zu wollen (ein „defakto-Redeverbot“²⁸) und veröffentlichte seine Rede im Internet. In dem Beitrag ging er insbesondere auf den Vorwurf der Unterwanderung der Bürgerinitiative ein:

„Hierin eine ‚rechte‘ Unterwanderung zu sehen bzw. diese zu beschreiben, ist aus meiner Sicht Zeichen für eine medial induzierte Wahrnehmungsstörung. Oder, hat man beispielsweise Herrn Kay Hagen, als Vereinsvorsitzenden und CDU-Kreisvorstandsmitglied, bereits öffentlich vorgeworfen, daß er eine CDU-Unterwanderung des Vereins anstrebt oder vollzieht?“²⁹

Außerdem nutzte er auch diesen Beitrag, um Landrat Christiansen und das politische System der Bundesrepublik generell als undemokratisch darzustellen:

„Sie haben in der Haushaltsdebatte schön betont, wie undemokratisch die NPD sei und wie toll demokratisch Sie sind. Sie sind so sehr demokratisch, daß Sie eine, vom Bundesamt für Verfassungsschutz als kommunistisch eingestufte Vereinigung tatkräftig unterstützen. Vielleicht hätten Sie lieber schweigen sollen. So gebe ich Ihnen noch eine Aussage des renommierten Staatsrechtlers Prof. Dr. von Arnim mit auf den Weg, der in seinem Buch ‚Staat ohne Diener‘ folgendes feststellte: Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, daß sie keine

²⁸ <http://www.npd-mv.net/lwl/bilder/archiv2005.html>, 27. Dezember 2005 (nicht mehr erreichbar).

²⁹ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=41&cmsint_id=1&detail=468, 12. Juli 2006.

ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wahrheit nichts zu sagen.“³⁰

Unübersehbar ist bei allen vier Redebeiträgen, dass sie weniger daran orientiert sind, die anderen Parteivertreter argumentativ zu beeindrucken oder gar konstruktiv nach einer gemeinsamen Problemlösung zu suchen, sondern dass sie vor allem Stoff für die Öffentlichkeitsarbeit der NPD liefern sollen. Dieses Handlungsmuster wird noch deutlicher, wenn man den Blick etwas ausweitet und abweichend vom eigentlichen Untersuchungszeitraum noch die erste Kreistagssitzung im Jahr 2006 mit einbezieht.

- 26. Januar 2006: Diesmal kann sich sogar Klaus Bärthel durchringen unter dem obligatorischem Tagesordnungspunkt ‚Anfragen der Kreistagsmitglieder aus aktuellem Anlass‘ zwei verschiedene Themen anzusprechen, zu denen er vom Landrat eine Stellungnahme erwartet. Zuerst nimmt er Bezug auf einen Zeitungsartikel in der Schweriner Volkszeitung. Der Artikel soll zum besseren Verständnis an dieser Stelle auszugsweise zitiert werden:

„Mit der NPD im Kreistag sei das nicht zu machen. ‚Mangels inhaltlicher Masse ist leider eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der NPD im Kreistag nicht möglich‘, sagte der Verwaltungschef. Zwar gebe sich die NPD im Internet und auf Flugblättern wortgewaltig und erwecke den Eindruck, sich für die Belange der Menschen einzusetzen. ‚In der praktischen Politik bleibt die NPD aber stumm – verständlicherweise, denn die wahren Absichten würden ja schnell deutlich.‘ Wenn etwa der NPD-Bundesvorsitzende die Bundesrepublik als Unrechtsstaat bezeichne und dessen Abschaffung fordere, dann sei das als Aufruf zur Einführung einer neuen Diktatur zu werten, sagte Landrat Christiansen. Und wenn auf einem Landesparteitag der NPD sinngemäß vom Erhalt des deutschen Volkes oder dessen ‚Wiederherstellung in biologischer und geistig-kultureller Hinsicht‘ die Rede gewesen sei, dann grenze dies an den Rassenwahn der Nazidiktatur. [...] Die Strategie der NPD sei mit Blick auf die Landtagswahl nur allzu durchsichtig, sagte Christiansen: ‚Man gibt sich als Biedermann, und das ist nichts anderes als der Wolf im Schafspelz.‘“³¹

Mit einer sachpolitischen Frage als Reaktion auf den Artikel kann Bärthel indes nicht aufwarten, ihm geht es darum, dass der

³⁰ http://www.npd-mv.de/index.php?sek=0&pfad_id=41&cmsint_id=1&detail=468, 12. Juli 2006.

³¹ Schweriner Volkszeitung, Lokalausgabe Hagenow, 24. Januar 2006.

Landrat nochmals in Gegenwart der beiden NPDler zu dem Text Stellung nehmen soll. Auf ihrer Internetseite gesteht die Partei dies sogar offen ein, wenn es dort heißt:

„In dem bereits oben erwähnten Artikel sollen Sie sich zur NPD wie folgt geäußert haben: ‚Man gibt sich als Biedermann und ist nichts anderes als der Wolf im Schafspelz.‘ Frage: Wenn sie schon in die Märchenkiste greifen, dann sollten Sie auch erklären können, wie denn so ein ‚Biedermann‘ und ein ‚Wolf im Schafspelz‘ nach Ihrer Vorstellung aussehen. Das hätten wir gern mal gewusst, weil unsere Vorstellungen da sicher weit auseinander gehen.“³²

Zudem mokiert sich Bärthel über den Dienstwagen des Landrates und stellt Nachfragen zu Modell, Anschaffungskosten, eventueller Privatnutzung, allgemeinen Instandsetzungs- und Benzinkosten.³³ Dies wird folgendermaßen begründet: „Ich benötige die Angaben um zu erfahren, ob Sie – als Leiter der Verwaltung – Ihrer Vorbildfunktion gerecht werden sowie wie stark Ihr soziales Gewissen ausgeprägt ist.“³⁴

- Ein anderes Thema, zu dem sich Köster äußert, ist die Fusion der Sparkassen des Landkreise Ludwigslust und der Stadt Schwerin. Während der Diskussion betont er, dass die NPD dieser Fusion nicht zustimmen wird, weil man befürchte, dass danach Geschäftsstellen geschlossen und Mitarbeiter entlassen würden. Diese Wirtschaftstransaktion gedeihe langfristig nicht zum Vorteil der Menschen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die NPD ihre Redebeiträge und Anfragen fast ausschließlich zur Formulierung von Vorwürfen an die ‚Systemparteien‘ nutzt sowie zur Stilisierung der eigenen Partei als Opfer dieser Parteien. Thematische Bezugspunkte sind zum einen soziale Fragen (Erhalt von Arbeitsplätzen), zum anderen Themen mit einem regionalen Protestbezug (Braunkohleabbau, Verwaltungsreform), vor allem aber Gegenstände, die für Rechtsextremisten eine hohe identitätspolitische Bedeutung haben (Gedenkfeier anlässlich des Todestages von Theodor Körner). Die Anfragen und Reden der NPD-Abgeordneten sind ausgesprochen polemisch formuliert – entweder in einem entlarvenden oder in einem hämischen Duktus – und sind vor allem auf die Nutzung im außerparlamentarischen Raum ausgerichtet. Mit ihrer Veröffentli-

³² http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=41&cmsint_id=1&detail=588.

³³ Vgl. Sitzungsniederschrift zur Sitzung vom 26. Januar 2006.

³⁴ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=41&cmsint_id=1&detail=588.

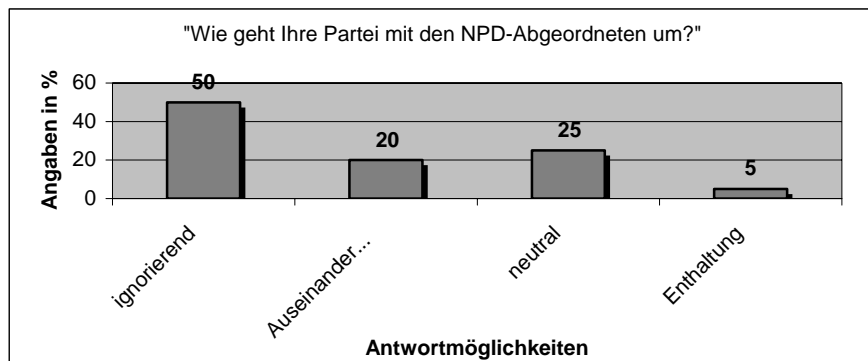
chung im Internet wenden sich diese Beiträge ganz offensichtlich an die eigene rechtsextremistische Klientel als ein Publikum, das sich diese Beiträge gezielt darin anschaut und sich gegebenenfalls darüber amüsiert. Die Selbstdarstellung der NPD im Netz folgt dabei dem immer gleichen Muster: Die Vertreter der anderen Parteien werden als volksferne „Versagerparteien“³⁵ dargestellt, während Köster und Bärthel als diejenigen Vertreter im Kreistag ausgewiesen werden, die die richtigen Positionen verfechten, dafür jedoch von den anderen, undemokratisch agierenden Parteien ausgeschlossen werden.

4.6 Die Reaktionen der anderen Parteien

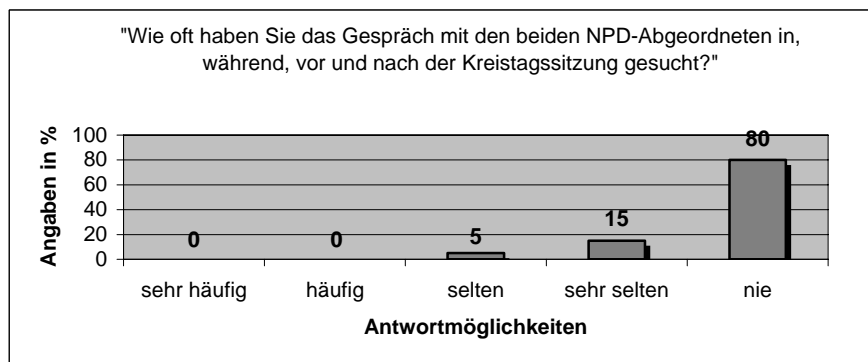
Während bislang vor allem das Auftreten der NPD-Abgeordneten im Ludwigsluster Kommunalparlament sowie das daran geknüpfte Selbstverständnis der Partei dargestellt worden sind, geht es nunmehr um die Frage, wie die Abgeordneten der anderen Parteien die Arbeit der beiden NPD-Mandatsträger konkret einschätzen. Um diese Frage zu beantworten zu können, wurde ein Fragebogen an alle 51 Kreistagsmitglieder der anderen Parteien im Kreistag versandt. Von den 51 Bögen wurden 20 beantwortet zurückgeschickt, was einer Rücklaufquote von 39,22 Prozent entspricht.

Die Auswertung der Fragebögen hat bei der Hälfte der Befragten ergeben, dass ihre Partei die NPD-Abgeordneten ignoriert, eine aktive Auseinandersetzung können hingegen nur 20 Prozent feststellen. Ein neutraler Umgang schlägt mit 25 Prozent zu Buche und wurde unter anderem damit begründet, dass sich mit Hilfe der NPD Mehrheitsverhältnisse herstellen lassen.

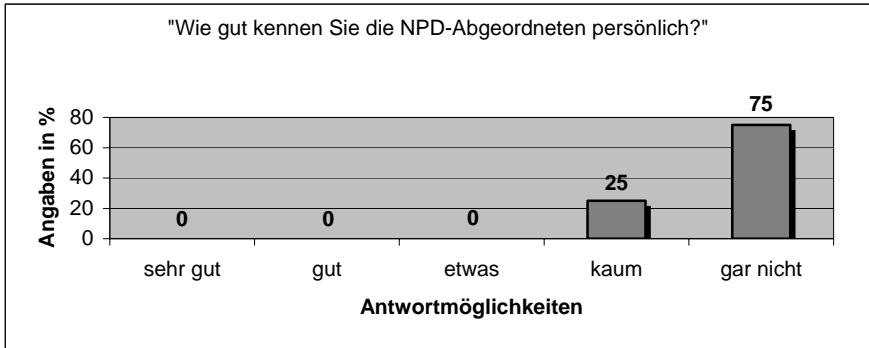
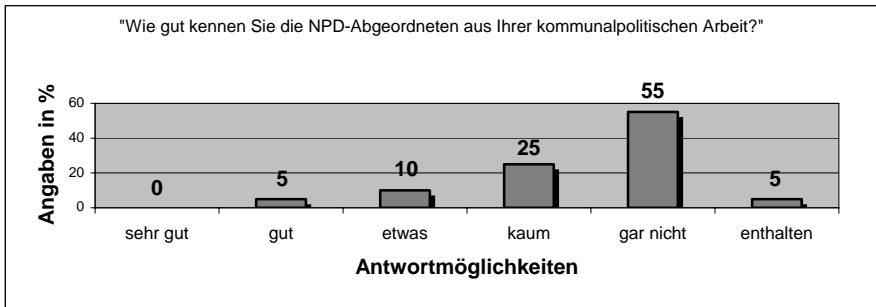
³⁵ <http://www.npd-mv.net/lwl/bilder/archiv2005.html>, 13. Januar 2006.

Abbildung 2: Politischer Umgang mit den Abgeordneten

Dass eine klare Mehrheit von 80 Prozent der Befragten angab, mit den Abgeordneten der NPD „nie“ das Gespräch zu suchen, deckt sich mit der von den anderen Parteien mehrheitlich verfolgten Strategie des Ignorierens.

Abbildung 3: Wie oft finden Gespräche mit den NPD-Abgeordneten statt

Auch die Antworten auf die Fragen „Wie gut kennen Sie die NPD-Abgeordneten persönlich?“ bzw. „...aus Ihrer kommunalen Arbeit?“ ergeben ein ähnliches Bild. Selbst die drei befragten Abgeordneten, die mit Stefan Köster zusammen im „Regionalen Planungsverband Westmecklenburg“ sitzen, kennen ihn sowohl persönlich als auch auf politischer Ebene kaum bis gar nicht.

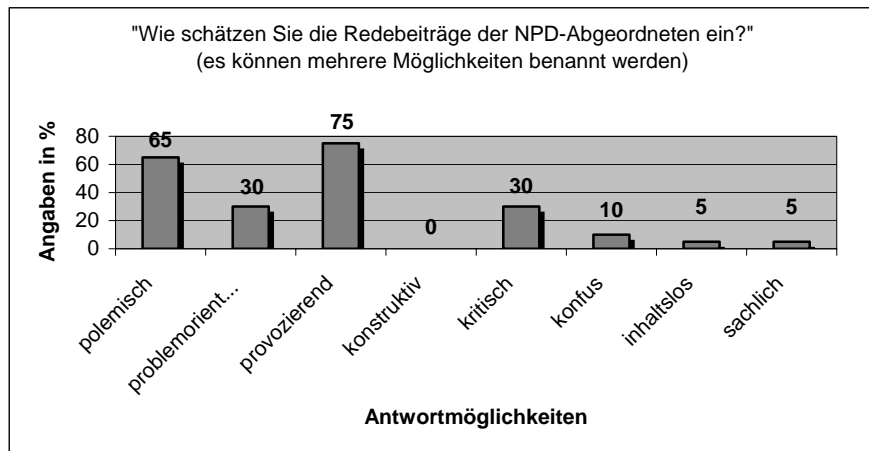
Abbildung 4: Persönliche Bekanntheit der NPD-Abgeordneten**Abbildung 5:** Bekanntheit aus der kommunalpolitischen Arbeit

Die Frage, ob die Abgeordneten mit dem von ihnen beschriebenen Verhalten ihrer Partei gegenüber der NPD zufrieden wären, beantwortet der Großteil (zwölf Personen, also 60 Prozent) mit „ja“. Allerdings fällt auf, dass besonders diejenigen Abgeordneten, deren Partei die NPD gewöhnlich ignoriert, eine aktivere Auseinandersetzung als wünschenswert erachten. Dahinter steht die Befürchtung, dass eine von Ignoranz geprägte Haltung gegenüber der NPD dieser letztlich mehr Spielraum für ihre Selbstdarstellungen bietet, weshalb eine aktive Auseinandersetzung aus Sicht einiger kommunalpolitischer Mandatsträger besser geeignet ist, um den Einfluss der Rechtsextremen zu beschränken.

Bezüglich der Einschätzung der Redebeiträge der beiden NPD-Abgeordneten lässt sich unter den kommunalpolitischen Vertretern der anderen Parteien eine gewisse Uneinigkeit erkennen. Generell bescheinigt zwar eine Mehrheit von 60 Prozent der befragten Abgeordneten Köster und Bärthel, eher selten Gebrauch von ihrem Rederecht zu ma-

chen, allerdings sind immerhin 30 Prozent der Meinung, dass deren Redebeiträge durchaus einen gewissen Häufigkeitscharakter hätten.³⁶

Abbildung 6: Einschätzung der Redebeiträge



Aus der Grafik geht hervor, dass der Großteil der Abgeordneten die Redebeiträge von Köster und Bärthel überwiegend für „polemisch“ und „provozierend“ hält. Gleichwohl beurteilen 30 Prozent deren verbale Auftritte auch als „kritisch“ und „problemorientiert“. Diese positivere Einschätzung wird jedoch dadurch relativiert, dass im Gegenzug dazu keiner der Befragten die Redebeiträge der NPD-Abgeordneten als „konstruktiv“ bewertet. Sofern man unter „problemorientiert“ die Vorbereitung der NPD auf die jeweiligen Themen versteht, gibt eine Analyse der öffentlich zugänglichen Protokolle zu ihren Redebeiträgen sowie die Internetseite der Partei Anhaltspunkte dafür, dass zumindest zu den für die NPD interessanten Themen eine solide Vorarbeit geleistet wurde. Dass daraus keine konstruktive, parlamentarische Arbeit entsteht, lässt sich indessen nur damit erklären, dass dies aus Sicht der Partei auch gar nicht der Zweck ihrer kommunalpolitischen Redebeiträge ist.

Betrachtet man die Antworten in den Fragebögen, Stellungnahmen in der Presse und vor allem die Sitzungsprotokolle, wird die Strategie der Kreistagsmitglieder im Umgang mit den NPD-Vertretern deutlich. Insgesamt wird versucht, ihnen so wenig Beachtung wie möglich zu schenken und den Raum für ihre Selbstdarstellung so stark wie möglich einzuschränken. Um der NPD auch bei Wahlkampfveranstaltungen und Podiumsdiskussionen keine Gelegenheit zur Selbstdarstellung zu bieten,

³⁶ Fünf Prozent wählten „sehr häufig“, die restlichen fünf Prozent „sehr selten“.

lädt man sie schlicht und einfach nicht ein (allerdings befinden sich dann Vertreter der NPD in der Regel im Publikum).

Eine direkte politische Auseinandersetzung mit den beiden Ludwigsluster NPD-Vertretern findet nicht statt. Dem lässt sich hinzufügen, dass selbst wenn den Abgeordneten der anderen Parteien daran gelegen wäre, eine politische Beschäftigung mit der NPD letztlich dadurch verhindert wird, dass Köster und Bärthel an inhaltlicher Arbeit augenscheinlich kein Interesse zeigen.

Veränderungen in diesem Bild haben sich erst in den letzten Monaten – vermutlich auch im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen – ergeben. So beziehen die anderen Kreistagsparteien immer häufiger öffentlich Stellung gegen die NPD. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem die Redebeiträge des Landrates und der Kreistagsvorsitzenden, die in dieser Hinsicht ein starkes Engagement zeigen. Auch die regelmäßig erscheinende Publikation ‚Kreistagsbote‘ wird ausführlich genutzt, um die Ablehnung der NPD deutlich zum Ausdruck zu bringen.

4.7 Die außerparlamentarische Arbeit der NPD

Wie zuvor bereits herausgestellt worden ist, setzen die beiden NPD-Vertreter die kommunalparlamentarische Arbeit im Kreistag von Ludwigslust in erster Linie für ihre Darstellung im außerparlamentarischen Raum ein. Zu dieser strategischen ‚Vermarktung‘ gehört auch ein Agieren, das parteioffiziell mit dem martialisch klingenden Begriff ‚Wortergreifung‘ bezeichnet und verschiedentlich in Ludwigslust, aber auch über den Landkreis hinaus, betrieben wird. Konkret bedeutet ‚Wortergreifung‘, dass Rechtsextremisten öffentliche Veranstaltungen anderer Parteien und Initiativen in Gruppenstärke besuchen und dann versuchen, aus der Gruppe heraus mit Redebeiträgen die Veranstaltung in ihrem Sinne zu ‚kippen‘ – so beispielsweise am 1. März 2006, als eine Gruppe von NPDLern aus dem Landkreis bei einer Veranstaltung in der Aula des Robert-Stock-Gymnasiums in Hagenow zu Erscheinungsformen des Rechtsextremismus die überwiegend jungen Zuhörer rasch für sich gewinnen kann und statt des Referenten allein die Rechtsextremisten im Mittelpunkt stehen.³⁷

Zur außerparlamentarischen Ausrichtung der Partei gehört des Weiteren, dass sie gezielt versucht, im Landkreis Ludwigslust existierende Bürgerinitiativen zu unterstützen und in diesen Fuß zu fassen, um sich damit den Anschein der Volksnähe und des lokalen Engagements geben zu können. Im Folgenden soll vor allem auf diese zweite Facette der außerparlamentarischen Arbeit der NPD eingegangen werden, da diese neben den üblichen Aktivitäten wie Flugblätterverteilung und In-

³⁷ Vgl. Schweriner Volkszeitung, Lokalausgabe Hagenow, 3. März 2006.

formationsständen im Landkreis eine besondere Bedeutung besitzt. Als aktuelle Beispiele für den Versuch der NPD, sich innerhalb von Bürgerinitiativen zu verankern, lassen sich im Zeitraum von 2004 bis 2006 die Unterstützung der NPD bei einer Unterschriftensammlung des Landeselternrates sowie die bereits erwähnte Lübtheener Bürgerinitiative ‚Braunkohle-Nein‘ anführen. In beiden Fällen war diese Strategie der NPD – selbst aus eigener Sicht – nur mäßig erfolgreich. Der Spitzenkandidat für die Landtagswahlen 2006, Udo Pastörs, ist zwar Gründungsmitglied des Vereins „Braunkohle-Nein“ und trat zusammen mit Parteikollege Köster als Redner bei Veranstaltungen und Versammlungen zum Thema auf. Nachdem der Verein jedoch versuchte, sich öffentlich von der NPD-Unterstützung bzw. -Unterwanderung zu distanzieren, stehen die Chancen eher schlecht, dass etwa auch Köster, der bislang kein Mitglied von ‚Braunkohle-Nein‘³⁸ ist, noch Aufnahme darin findet. Die Abgrenzung war bisher jedoch nicht deutlich genug, so dass er und andere Mitglieder aus dem rechten Spektrum weiter an Protestaktionen der Bürgerinitiative teilnehmen und für das von ihr vertretene Anliegen werben. Köster engagiert sich für das Thema allerdings nicht nur in dem oben erwähnten (virtuellen) Redebeitrag im Kreistag, sondern thematisiert es auch in Briefsendungen, Flyern, an Ständen der NPD und auf ihrer Internetseite. Dass das Thema mit zuletzt über 4.000 Unterschriften gegen den Abbau von Braunkohle innerhalb der NPD nach wie vor große Aufmerksamkeit genießt, hat seine Ursache womöglich darin, dass die anderen Parteien aus wirtschaftspolitischen Gründen in dieser Frage keine klare Gegenposition beziehen wollen. Hinzu kommt, dass sowohl Pastörs als auch Köster im betroffenen Gebiet wohnen und sich damit besonders überzeugend und wirkungsvoll als besorgte Bürger gerieren können. Aus diesem Grund hat die NPD auch nach der klaren Distanzierung der ‚Braunkohle-Nein‘-Initiative von den Rechtsextremisten nichts unversucht gelassen, um mit diesem Thema weiter zu punkten und sich als eine Partei darzustellen, die als Fürsprecher heimatverbundener Menschen gegen großkapitalistische Willkür kämpfe.

Das zweite Thema, mit dem sich die NPD im Rahmen ihrer außerparlamentarischen Arbeit im Landkreis Ludwigslust auf Bürgerinitiativen zubewegt hat, ist die Bildungspolitik. Dabei konzentriert sie sich insbesondere auf die im Zuge des demographischen Wandels im Bundesland geplanten Änderungen von Schulklassenfrequenzen und Schulstandorten. Gegen die Pläne der rot-roten Landesregierung hat der Landeselternrat seit dem 1. Februar 2006 begonnen, Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Er setzt sich darin für eine maximale Zahl von 18 Schülern pro Lehrer an Grundschulen bzw. 20 an weiterführenden Schulen sowie für Schulwege von höchstens 40 bis 60 Minuten ein. Für eine erfolgreiche Durchführung des Volksbegehrens müssen mindestens 140.000 Unterschriften im Land gesammelt werden, was Beb-

³⁸ <http://www.bnr.de/archiv/meldungsarchiv/meldungen0905/jagdszeneinluebtheen>, 14. Juni 2006.

achter aufgrund bestehender bürokratischer Hürden seitens der Landesregierung für eine nicht ganz einfache Aufgabe halten. Um die benötigte Zahl an Unterschriften zu erhalten ist der Landeselternrat damit notwendigerweise auf vielfältige Unterstützung angewiesen. Die NPD im Landkreis hat diese Hilfe angeboten und sich für das Thema seitdem engagiert. Thomas Wulff, Familienvater in Boizenburg, hat indessen nicht nur die Unterstützung der NPD, sondern auch die der regionalen Kameradschaftsszene gewinnen können. So hat die Kameradschaft ‚Elbsturm Boizenburg‘ etwa dadurch einen Beitrag zur Unterschriftensammlung geleistet, indem sie thematisch passende Protestaktionen mit Banner („Helft unseren Kindern“) und Infostände durchführt hat.

Auf öffentliche Ablehnung stieß das Engagement von Wulff und seinen Unterstützern in dieser Sache erst als sich herausstellte, dass Wulff im Kreiselternrat von Ludwigslust mitarbeitete. Als Reaktion darauf hat auch in diesem Fall die Bürgerinitiative mittlerweile einen klaren Trennungsstrich zu den Rechtsextremisten gezogen. Dabei hat sich der Landeselternrat nicht nur mittels offener Briefe ausdrücklich von einer Unterstützung durch das rechte Spektrum distanziert, sondern auch durch seinen Eintritt in das ‚Bündnis gegen Rechts‘. Schließlich musste Wulff auch sein Mandat im Kreiselternrat aufgeben, nachdem ein Formfehler bemerkt worden war: Die Satzung schreibt vor, dass derjenige, der einen Platz im Kreiselternrat einnehmen will, mindestens in einem Klassen- und Schulelternrat tätig sein muss und dann als Vorsitzender gewählt oder in das Kreisgremium delegiert werden kann. Insofern Wulff diese beiden Bedingungen nicht erfüllte, sondern nur deshalb in den Kreiselternrat gelangt war, weil er einfach zu einer Sitzung des Gremiums erschienen war, ohne dass einer der anderen Teilnehmer seinen Status nachgeprüft hätte, ließ sich sein Ausschluss aus dem Kreiselternrat leicht rechtfertigen.³⁹ In der Folge wurde Wulff aus dem offiziellen Verteiler entfernt und nahm auch nicht mehr an Sitzungen teil. Dessen ungeachtet versucht die NPD, das Thema ‚Volksbegehren gegen die Schulreform‘ weiterhin für ihre Zwecke zu nutzen. Auf dem Landesparteitag der NPD in Greifswald am 5. Februar 2006 wurde es daher ganz oben auf die Agenda der Themen für den bevorstehenden Landtagswahlkampf gesetzt.

4.8 Fazit

Die Arbeit der beiden Kommunalparlamentarier Stefan Köster und Klaus Bärthel im Ludwigsluster Kreistag folgt einem klar erkennbaren strategischen Muster: Auf Anträge verzichten sie nahezu vollständig, das Rede- und Fragerecht benutzen sie hingegen lediglich als Selbstdarstel-

³⁹ Vgl. Die Tageszeitung (taz), Braune Prominenz schleicht sich in Elternrat, 18. Februar 2006.

lungsplattform, mit dem Ziel, die eigene Position in konfrontativer Abgrenzung zu den demokratischen Parteien zu definieren und deren angeblich undemokratischen Umgang mit der NPD und ihren Vertretern zu denunzieren. Mit diesem Verhalten agiert die NPD im Ludwigsluster Kreistag in Übereinstimmung mit einer spezifischen Auslegung der parteioffiziellen ‚Drei-Säulen-Strategie‘, indem sie die parlamentarische Arbeit zum einen eng mit ihren außerparlamentarischen Aktivitäten verknüpft und ihr Handeln im Kommunalparlament zum anderen überwiegend von den Zielen und Bedürfnissen ihrer außerparlamentarischen Aktivitäten her definiert.

In gewisser Weise lässt sich das Verhalten der Abgeordneten demokratischer Parteien als komplementär dazu sehen. In dem Wissen, dass eine öffentliche politische Auseinandersetzung mit den Vertretern der rechtsextremen Partei in den NPD-Medien entweder verzerrt wiedergegeben oder aber zur Provokation missbraucht würde, versuchen sie, die Beiträge der NPD so gut es geht zu ignorieren oder während der Sitzungen kaum zu berücksichtigen. Dass die anderen Parteien der NPD mit dieser Strategie ernsthaft schaden können, ist deshalb zu bezweifeln. Die Präsentation ihrer wenigen Redebeiträge und Anfragen erfolgt lediglich für potentiell Interessierte auf den Internetseiten des Landes- und Kreisverbandes der NPD. Auf diese Weise werden kaum neue Wählerschichten (oder gar unentschlossene Wähler) erreicht; der zynische und hämische Duktus ihrer Texte im Netz lässt vielmehr den Schluss zu, dass sich die Präsentation der Arbeit von Köster und Bärthel in den Kommunalparlamenten primär an den eigenen Sympathisantenkreis richtet. Ändern könnte sich dies, wenn es der NPD gelingt, mit ihrer Wahlkampfzeitung, die im Juni 2006 erstmalig erschien, bei der Landtagswahl ein breiteres Publikation zu erreichen.⁴⁰

Abschließend bleibt festzuhalten, dass trotz diverser Aktivitäten von Pastörs, Köster, Bärthel und Wulff als störende ‚Wortergreifer‘ und trotz ihres Bemühens, an Aktivitäten von Bürgerinitiativen anzuknüpfen, es der NPD im Landkreis nicht gelungen ist, über ihr bisheriges Milieu hinaus größere politische Geländegewinne zu erzielen. So hat beispielsweise der Landeselternrat einen klaren Trennungsstrich zur NPD gezogen. Innerhalb des Landkreises Ludwigslust verfügt die NPD allerdings inzwischen über einen respektablen Sympathisantenkreis. Sie wird dort zunehmend akzeptiert. Es bleibt also abzuwarten, inwieweit sich ihre kommunalpolitische Strategie in den nächsten beiden Jahren ändern und sie sich aktiver im Kreistag beteiligen wird.

⁴⁰ Laut Parteiangaben beträgt die Auflage der ersten Ausgabe der Wahlkampfpustille ‚Es reicht!‘ 550.000 Exemplare. Allerdings handelt es sich inhaltlich nicht um eine auf regionale Themen zugeschnittene Publikation. Sie erscheint unter gleichem Titel, nur mit anderen Fotos und Namen der NPD-Kader beispielsweise auch in Sachsen und anderen Regionen. Die Texte sind ansonsten durch die üblichen symbolpolitischen NPD-Themen geprägt.

5. Die Hansestadt Stralsund

5.1 Die Struktur der Hansestadt Stralsund

Die historische Hansestadt liegt am Strelasund im Norden Mecklenburg-Vorpommerns und besitzt den einzigen Zugang, der die Insel Rügen mit dem Festland verbindet. Stralsund wird seit der Kreisgebietsreform von 1994 vollständig vom Landkreis Nordvorpommern eingeschlossen. Aus acht größeren Stadtgebieten bestehend und eine Fläche von knapp 39 Quadratkilometern umfassend zählt die Stadt heute 58.708 Einwohner.¹ Ebenso wie der ländliche Bereich hat auch die Stadt Stralsund mit einer relativ hohen Abwanderung zu kämpfen. Noch 1988 hatte die Stadt 75.498 Einwohner, was bis 2005 einen Verlust von rund 17.000 Einwohnern ausmacht. Im Jahr 2004 beispielsweise betrug das Negativsaldo zwischen lebend Geborenen und Gestorbenen -177. Die Differenz von Zu- und Fortgezogenen ist mit -133 ebenfalls negativ.

Tabelle 1: Bevölkerungsverluste in Stralsund (2004)

| Jahr | lebend Geborene | Gestorbene | Zugezogene | Fortgezogene | Bevölkerungsstand 31. Dezember 2004 |
|------|-----------------|------------|------------|--------------|-------------------------------------|
| 2004 | 450 | 627 | 2.832 | 2.965 | 58.847 |

(Quelle: Statistikstelle der Hansestadt Stralsund)²

Es ist nicht allein die Abwanderung, die ein Problem für Stralsunds Einwohnerentwicklung darstellt. Vor allem die zunehmende Überalterung der Stadt bringt über kurz oder lang wirtschaftliche Probleme mit sich.³ Den größten Teil der Bevölkerung machen mit etwa 41 Prozent die über 50-Jährigen aus. Der Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen beträgt im Vergleich dazu nur 14 Prozent. Verschärfend wirkt sich ein seit 1996 andauernder Geburtenknick aus.⁴ Der Ausländeranteil ist in Stralsund

¹ Statistisches Landesamt 2005: Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung der Kreise und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, S.4

² In der Statistikstelle der Hansestadt Stralsund werden Daten aus der amtlichen Statistik des Statistischen Landesamtes, aus den Geschäftsstatistiken der Ämter der Stadtverwaltung und von einigen Institutionen und Unternehmen erfasst, aufbereitet, fortgeschrieben und für andere Nutzer bereitgestellt; im Internet: http://www.stralsund.de/hst01/content.nsf/docname/Webseite_BE26DAAC95964232C1256E4B004A6840?OpenDocument; 19. März 2006.

³ Dazu gehören steigende Kosten für Renten, Gesundheitsversorgung und nachlassende Kaufkraft unter der älteren Bevölkerung und auf der anderen Seite weniger Arbeitnehmer.

⁴ Dabei handelt es sich um einen ungefähren Wert, der sich aus Betrachtung der Zahlen von der Statistikstelle Stralsund ergibt.

wie generell in Ostdeutschland vergleichsweise gering und beträgt 1,7 Prozent. Im Bundesdurchschnitt machen ausländische Mitbürger etwa neun Prozent der Gesamtbevölkerung aus.⁵

Der wichtigste Industriebetrieb vor Ort ist die Volkswerft GmbH. Von 22.142 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern arbeiteten 2004 allein 46 Prozent im Dienstleistungssektor. Rund 14 Prozent sind in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt, erst an vierter und fünfter Stelle folgen Arbeitnehmer im Bereich Handel von Gebrauchsgütern (13 Prozent) und verarbeitendem Gewerbe (neun Prozent). Eher einen peripheren Status haben Baugewerbe (sechs Prozent), Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (sechs Prozent) und das Gastgewerbe (drei Prozent).

Tabelle 2: Kaufkraft – Vergleich zwischen der Hansestadt Stralsund und dem Landkreis Ostvorpommern

| Ort | Kaufkraft 2004 pro Kopf | Kaufkraft im Vergleich zum Bundesdurchschnitt | Platz auf Rangliste Ostdeutschland | Platz auf Rangliste BRD |
|---------------|-------------------------|---|------------------------------------|-------------------------|
| Stralsund | 13.744 Euro | 79,9 % | 38 | 365 |
| Ostvorpommern | 12.235 Euro | 71,2 % | 106 | 433 |

(Quelle: Michael Bauer Research, Nürnberg)⁶

Um eine Aussage über die wirtschaftliche Lage der Bewohner Stralsunds treffen zu können, soll exemplarisch die Kaufkraft als Maß herangezogen werden. Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, wurden im Jahr 2004 durchschnittlich 13.744 Euro von Privathaushalten für den Konsum ausgegeben. Zwar erreicht Stralsund mit diesem Betrag lediglich 79,9 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Jedoch landet die Hansestadt im Vergleich zu 112 anderen ostdeutschen Städten auf Platz 38 und liegt damit über der durchschnittlichen ostdeutschen Kaufkraft. Im Vergleich dazu befindet sich der Landkreis Ostvorpommern nur auf dem sechstletzten Rang. Nichtsdestotrotz hat Stralsund seit Jahren mit einer sehr hohen Arbeitslosenquote zu kämpfen. Allein in den Jahren 2000 bis 2004 stieg die Arbeitslosenquote um fünf Prozentpunkte an. Im Vergleich zu den anderen kreisfreien Städten und Landkreisen Mecklen-

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt; <http://www.destatis.de/basis/d/bevoe/bevoetab4.php>, 21. Februar 2006.

⁶ In der Aufstellung von Michael Bauer wurden 112 ostdeutsche und insgesamt 439 deutsche Städte sowie Regionen (inkl. Landkreise) untersucht; vgl.: <http://www.mdr.de/DL/1466901.pdf>, 22. Februar 2006.

burg-Vorpommerns belegt die Hansestadt in dieser Kategorie von jeher einen der hinteren Ränge.

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit in Stralsund

| Jahr | Arbeitslose insgesamt | Arbeitslosenquote |
|------|-----------------------|-------------------|
| 2000 | 6.237 | 21,4 % |
| 2004 | 7.130 | 26,4 % |

(Quelle: Statistikstelle der Hansestadt Stralsund)

Zusammenfassend betrachtet lässt lediglich die Kaufkraft einen positiven Trend in der Hansestadt erkennen. Typischerweise hat Stralsund also, genauso wie andere Städte und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, mit hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung und folglich mit einer steigenden Überalterung der Bevölkerung zu kämpfen.

5.2 Die Strukturen des Rechtsextremismus in Stralsund

Ganz offensichtlich ist eine gut organisierte und funktionierende rechte Szene davon abhängig, ob es charismatische Führungspersonlichkeiten vor Ort gibt. Dafür sprechen nicht nur die rechtsextremen Strukturen in Stralsund; symptomatisch ist diese Beobachtung auch für andere Regionen in Mecklenburg-Vorpommern, wo NPD, Kameradschaften und weitere so genannte ‚freie Kräfte‘ der rechtsextremen Szene Einfluss ausüben. Stralsund kennzeichnet in diesem Zusammenhang einzig und allein die Besonderheit, dass gleich drei Personen erhebliches Ansehen innerhalb der rechten Szene genießen. Dirk Arendt auf Seiten der NPD, Robert Rupprecht als Kameradschaftsführer sowie Axel Möller, der sich nach seinem NPD-Austritt als „freier Nationalist“ bezeichnet und als Urheber des ‚Störtebeker-Netzes‘ aktiv ist. Der starke Einfluss dieser drei Personen macht sich dahingehend bemerkbar, dass, wenn es zwischen ihnen zu Konflikten kommt, die rechtsextremen Strukturen in der Hansestadt weitgehend lahm gelegt sind. Aufgrund der guten Wahlergebnisse der NPD und deshalb mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen versteht sich dieses Trio jedoch derzeit ausgesprochen gut, abgesehen von einigen kritischen Kommentaren Möllers über die kommunalpolitischen Leistungen der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft.

Bei den Kommunalwahlen 2004 erreichte die NPD 3,9 Prozent (2.304 Stimmen) und konnte damit ihr Ergebnis aus dem Jahr 1999 (1,5 Prozent/992 Stimmen) mehr als verdoppeln. Bei der zeitgleich stattfindenden Europawahl votierten zahlenmäßig zwar sehr viel weniger Bürger für die Partei, dennoch gelang es ihr aber im Vergleich zu 1999 – die NPD erhielt damals 196 Stimmen – dreimal so viele Stimmen (670) auf sich zu vereinen. In seiner heutigen Form existiert der

NPD-Kreisverband erst seit Juli 2001, als Dirk Arendt, damals 25-jährig, zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt worden ist.⁷ Zu diesem Zeitpunkt zählte die NPD am Sund gerade noch zehn Neonazis mit Parteiausweis – ein extremer Einbruch ihrer Anhängerzahlen, wenn man bedenkt, dass Ende der 90er Jahre die Mitgliederliste der Partei mehr als fünfmal so lang war. Faktisch stand die NPD 2001 damit vor einem personellen und strukturellen Neuanfang. Vorausgegangen war dem die Enttarnung des vormaligen Kreisvorsitzenden und stellvertretenden Landeschefs der Partei, Matthias Meier, als V-Mann beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Von 1998 bis 2000 war Meier für die Behörde tätig gewesen und hatte über NPD, DVU und die Skinheadszone berichtet.⁸ Als die Vorwürfe bekannt wurden, gestand Meier den Kontakt ein, beantragte im März 2000 beim NPD-Kreisverband gegen sich selbst ein Parteiverfahren und trat von allen seinen Ämtern zurück. Aus der Partei ausgeschlossen wurde er jedoch nicht. Seinem damaligen Szene-Kompagnon Axel Möller reichte jedoch der Rücktritt von den Ämtern allein nicht aus, weshalb er der NPD daraufhin den Rücken kehrte. „Der Meier hat mich bespitzelt, mir Briefe geklaut“, begründete er damals seinen Schritt.⁹ Einem Bericht des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel‘ zufolge war die Tragweite dieses Falls indessen nicht auf die rechtsextremistische Szene in Stralsund begrenzt, sondern hatte über die regionale Wirkung hinaus einen maßgeblichen Anteil am Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens. Meier gehörte zu den fünf Parteimitgliedern, deren antisemitische und antidemokratische Äußerungen im Verbotsantrag zitiert waren, die aber gleichzeitig auch auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes standen. Im Antrag tauchte er konkret mit mehreren Zitaten aus der Postille des NPD-Landesverbandes ‚Der Kamerad‘ auf. Unmittelbar nachdem er sich selbst als Spitzel enttarnt hatte, wurde Meier vom Verfassungsschutz abgeschaltet.¹⁰

Meiers Nachfolger auf dem Posten des Stralsunder NPD-Kreisvorsitzenden wurde Dirk Arendt, der zuvor bei der NPD-Jugendabteilung ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN) aktiv war.¹¹ Seine Ausbildung als Schiffbauer absolvierte Arendt auf der Volkswerft in Stralsund. Bernd Flotow, neben Arendt der zweite Mandatsträger in der Bürgerschaft, betreibt hin und wieder vor einem Einkaufsmarkt eine Würstchenbude. Weder parteiintern noch in der Bürgerschaft konnte er bislang aus dem Schatten von Arendt hervortreten. Vermutet wird, dass Flotow vor seinem Engagement bei der NPD Mitglied der REPublikaner gewesen ist. Zumindest wird sein Name als Kandidat bei den Landtagswahlen 1994 noch in Zusammenhang mit den REPublikanern gebracht.

⁷ Vgl. Blick nach rechts, Neuer NPD-Kreisverband Stralsund, Ausgabe 15/2001.

⁸ Vgl. Gössner 2003: 224, 242.

⁹ Vgl. Ostsee-Zeitung, Stralsunder NPD-Aktivist schnüffelte für Geheimdienst, 12. Juli 2000.

¹⁰ Vgl. Der Spiegel, Rabulistik für Richter, Ausgabe 7/2002, 9. Februar 2002.

¹¹ Vgl. Blick nach rechts, Neuer NPD-Kreisverband Stralsund, Ausgabe 15/2001.

Vier Jahre später vermeldete ‚Der Kamerad‘ die Absicht des NPD-Kreisverbandes Stralsund, sich als alleinige rechtsextreme Partei zu etablieren.¹² Flotow könnte also im Zuge der dadurch in Gang gesetzten Verdrängung der REPublikaner aus dem lokalen Parteienspektrum zur NPD übergetreten sein. Das würde zugleich der Strategie entsprechen, rechtsextremes Wählerpotenzial nicht noch untereinander aufteilen zu müssen, sondern in einer ‚Volksfront von Rechts‘, in die später auch die Kameradschaften eingeschlossen werden, zu einen.

In Stralsund hat die Vernetzung der verschiedenen rechtsextremen Kräfte ohnehin schon seit einiger Zeit gut funktioniert. Dafür spricht, dass im Dezember 2005 auch der Herausgeber der rechtsextremen Schülerzeitung ‚Avanti‘, Robert Rupprecht, zusammen mit etwa zehn anderen Neonazis aus der Region in die Partei eintrat.¹³ Rupprecht nimmt seine neue Parteizugehörigkeit augenscheinlich ernst. Bereits in der ersten Sitzung der Stralsunder Bürgerschaft, nachdem er „konvertiert“ war, verfolgte er im Januar 2006 auf einem der Gästeplätze, flankiert von zwei noch kindlich wirkenden Nachwuchskameraden, das Geschehen, blätterte währenddessen in der linken Wochenzeitung ‚Jungle World‘ und verließ die Sitzung als die Anfragen von Arendt und Flotow auf der Tagesordnung abgearbeitet waren. Wenn wir im Folgenden auf einige gruppendynamische Interna der Szene näher eingehen, dann weniger wegen ihres anekdotischen Wertes, sondern um die Rolle, die die NPD und ihre beiden Kommunalparlamentarier darin spielen, genauer bewerten zu können.

Neben der NPD wird die rechtsextremistische Szene in Stralsund vorwiegend durch die Kameradschaft Stralsund geprägt, die sich 2005 in ‚Freundeskreis Avanti‘ umbenannt hat. Als Kopf und Herausgeber einer gleichnamigen Schülerzeitung fungiert der oben schon genannte Robert Rupprecht. Das Verhältnis zwischen Partei und Kameradschaft war jahrelang von persönlichen Querelen zwischen Arendt und Rupprecht geprägt.¹⁴ Für das neue Zweckbündnis im Namen der ‚Volksfront von Rechts‘ dürfte neben dem erhofften Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen 2006 gleichfalls verantwortlich sein, dass auch Rupprecht im rechtsextremen Lager mit der ‚Avanti‘ als sehr erfolgreich in Stralsund und Umgebung gilt. So wurde das Blättchen mehrfach an verschiedenen Schulen in Stralsund verteilt. Zum ersten Mal wurde ‚Avanti‘ am 15. Januar 2003 an einer Realschule im Stadtteil Andershof auffällig. Fast genau zwei Jahre später, am 18. Januar 2005, musste sich Rupprecht auf Grund eines Textes in der ersten Ausgabe wegen Volksverhetzung vor dem Amtsgericht Stralsund verantworten und wurde zu einer Geldstrafe von 800 Euro verurteilt. Rupprecht hatte in dem Artikel über Anne Frank behauptet, das jüdische Mädchen sei 1945 kein Opfer

¹² Vgl. Der Kamerad, Ausgabe 1/1998.

¹³ Vgl. Hamburger Abendblatt, Rechte Volksfront auf dem Vormarsch, 19, 4. Januar 2006.

¹⁴ Vgl. Mobiles Beratungsteam MV 2005: MBT-Lagebilder 2005, 42.

der NS-Verfolgung geworden, sondern im KZ Bergen-Belsen an Typhus gestorben.¹⁵ Über die Gesinnung von Kameradschaftsführer Rupprecht gibt auch die Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 Auskunft, die über ihn Folgendes berichtete: „Seine heutigen politischen Aktivitäten sind das Schreiben für die Internet-Zeitschrift ‚Störtebeker-Netz‘ und die Briefpartnerschaften der HNG. Weiterhin ist davon auszugehen, dass er Demonstrationen und andere Aktionen organisiert“. Der wegen Körperverletzung vorbestrafte Rechtsextremist kommt in der Shell-Jugendstudie 2002 sogar persönlich ausführlich zu Wort:

„Im Prinzip ist das Störtebeker-Netz die einzige politische Aktivität, die wirklich Sinn macht. [...] Außerdem bin ich in der ‚Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener‘ (HNG). Die haben mich während meiner Haftzeit damals betreut, also mach ich das auch. [...] Demokratie ist nun mal ziemlich schwer. Ich bevorzuge im Prinzip auch eine Staatsform, wie wir sie im Dritten Reich hatten. Da gab es große Staatsmänner, die waren nicht korrupt, die haben die deutsche Volksgemeinschaft zusammengeschweißt. [...] Die zwölf Jahre des Nationalsozialismus waren aus meiner Sicht die beste Zeit, die es in Deutschland je gegeben hat.“¹⁶

Ferner existiert auch in Stralsund eine Abordnung des ‚Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern‘ (SNBP). Dessen Chef ist Enrico Döpner, der sich jedoch sowohl mit Arendt, Rupprecht als auch dem Betreiber des rechtsextremen ‚Störtebeker-Netzes‘, Axel Möller, gründlich überworfen hat. Der Hauptgrund dürfte sein, dass dem SNBP in Stralsund nicht der Einfluss gewährt wird, den diese Dachorganisation mehrerer Kameradschaften in anderen Regionen Vorpommerns genießt. Während in Ostvorpommern und Uecker-Randow die komplette Zusammenarbeit zwischen NPD, den verschiedenen Kameradschaften und Initiativen über das SNBP als Dachorganisation der ‚freien Kräfte‘ abgewickelt wird, erweist sich das SNBP in Stralsund, wo Kameradschaft und Partei bereits von sich aus vielfach zusammen arbeiten, hingegen schlichtweg als überflüssig. Die Ursachen dafür liegen primär in den personellen Strukturen der rechtsextremen Szene Stralsunds begründet. Da es sich bei Arendt, Rupprecht und Möller – im Unterschied zu einigen rechtsextremen Akteuren im Landkreis Ludwigslust oder Ostvorpommern – nicht um „Westimporte“ handelt, sind diese grundsätzlich weniger auf „externe Amtshilfe“ seitens des SNBP zum Zweck ihrer regionalen Vernetzung angewiesen. Darüber hinaus kennen sich Arendt und Rupprecht bereits seit langem und sind zudem auch in der Hansestadt aufgewachsen. Aufgrund dieser engen Verbindungen unter den örtlichen rechtsextremen Kräften akzeptiert es der ‚Freundeskreis Avanti‘ nicht, als eine Kameradschaft unterhalb des SNBP eingeordnet zu werden. Ebenso wenig legt Rupprecht Wert darauf, sich dem SNBP-Chef Döpner zu unterwerfen. Zum öffentlichen Eklat kam es schließlich, als das SNBP Rupprecht

¹⁵ Vgl. Ostsee-Zeitung, Volksverhetzung an Schulen, 19. Januar 2005.

¹⁶ Deutsche Shell 2002: 332-442.

das Rederecht auf einer von NPD und SNBP gemeinsam organisierten Wahlkampf-Demonstration im Juli 2005 entzog. Rupprecht erschien daraufhin kurz auf der Kundgebung, um seinen Allerwertesten zu zeigen. Arendt selbst hätte dem Kameradschaftsboss indessen durchaus ein paar Minuten am Rednerpult eingeräumt. Zudem versucht das SNBP Axel Möller und sein ‚Störtebeker-Netz‘ von der übrigen rechten Szene zu isolieren; selbst die NPD wird angehalten, keine Informationen mehr an Möller weiterzugeben. Den Angaben des ‚Störtebeker-Netzes‘ selbst zufolge sind Mitglieder der rechtsextremen Internetplattform sogar persönlich von Döpner bedroht worden.¹⁷

Neben den Kameradschaften und der NPD ist in Stralsund Axel Möller, der sich selbst als ‚freier Nationalist‘ bezeichnet, aktiv. Der Vierzigjährige betreibt in seiner Dachwohnung am Rande der Altstadt das bereits mehrfach erwähnte ‚Störtebeker-Netz‘. Möllers politische Karriere begann, abgesehen von seinem Engagement bei der FDJ, erst nach der Wende. Zunächst bei den REPublikanern aktiv wechselte er schließlich in die NPD über.¹⁸ Nachdem der Stralsunder NPD-Kreisvorsitzende Matthias Meier sich selbst als Spitzel des Verfassungsschutzes outete, trat Möller jedoch aus der Partei aus. Das ‚Störtebeker-Netz‘ hatte er zu dieser Zeit bereits gegründet und konzentriert sein politisches Engagement seitdem fast ausschließlich auf dieses Medium. Möller verfasst den größten Teil der antisemitisch und rassistisch gefärbten Veröffentlichungen, die das politische Weltgeschehen täglich neu aus rechtsextremer Perspektive kommentieren, selbst, wird dabei aber auch von einer Reihe anderer Rechtsextremisten unterstützt. Wie zuvor schon erwähnt, ist unter anderem auch der Kameradschaftsführer Robert Rupprecht als Autor für das ‚Störtebeker-Netz‘ tätig. Die darin erscheinenden Beiträge sind durchgehend in einem zynischen und hämischen Duktus gehalten. Zugleich leistet Möller mit dem ‚Störtebeker-Netz‘ Anti-Antifa-Arbeit, wenn er Telefonnummern, Adressen und Fotos von Menschen veröffentlicht, die sich auf verschiedenste Art und Weise mit dem Phänomen Rechtsextremismus beschäftigen.¹⁹ Mit drei bis vier Millionen Zugriffen pro Jahr aus aller Welt wird die Internetplattform zu den wichtigsten Informationsquellen der bundesweiten Neonazi-Szene gerechnet. Täglich greifen mindestens 15.000 User auf die Internetseite zu, in Spitzenzeiten sogar bis zu 33.000 – wobei der Ruf des ‚Störtebeker-Netzes‘ mittlerweile so weit reicht, dass regelmäßig auch Mitarbeiter der Landeskriminalämter, des Verfassungsschutzes und viele Gegner der Rechtsextremen auf diese Seite zur täglichen Information zugreifen. Der Server, über den Möllers Texte ins Internet transferiert werden,

¹⁷ http://de.altermedia.info/general/zeig-erst-deine-pfote-stralsunder-snbp-hauptling-gebardet-sich-als-mochtegern-little-nero-071105_3999.html, 7. November 2005.

¹⁸ Vgl. Frankfurter Rundschau, Propaganda aus der Dachstube, 11. Dezember 2003.

¹⁹ Vgl. Mobiles Beratungsteam 2005: 43.

steht in den USA und damit in Sicherheit vor einer Abschaltung durch bundesdeutsche Behörden.²⁰

Im August 2002 musste sich Möller, der im Übrigen sehr darauf achtet, dass seine Formulierungen noch in der Grauzone des rechtlich nicht Belangbaren angesiedelt sind, trotzdem vor Gericht verantworten. Er hatte im Internet und auf einem Flugblatt die Existenz der Gaskammer im Konzentrationslager Ravensbrück öffentlich geleugnet, die dort Ermordeten verunglimpft sowie Mitarbeiter der Gedenkstätte Ravensbrück beleidigt. Das Gericht verurteilte ihn daraufhin zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten, die jedoch zur Bewährung ausgesetzt wurde.²¹

5.3 Der Wahlkampf und die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004 in Stralsund

Der Wahlkampf der NPD

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2004 fiel die Stralsunder NPD nicht durch einen besonderen Wahlkampf auf. Die Partei nutzte lediglich ihre üblichen Info-Tische und das inzwischen schon traditionelle NPD-Kinderfest, um darauf aufmerksam zu machen, dass Arendt und Flotow um den Einzug in die Stralsunder Bürgerschaft kämpften. Plakate wurden zwar ausgehängt, statt eines lokalen Bezugs enthielten sie jedoch lediglich die üblichen Forderungen der Bundespartei. Eine Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD gab es erst nach deren Einzug ins Rathaus.

²⁰ Vgl. Frankfurter Rundschau, Propaganda aus der Dachstube, 11. Dezember 2003.

²¹ Vgl. Ostsee-Zeitung, Ehemaliges NPD-Mitglied zu Bewährung verurteilt, 24./25. August 2002.

Nach den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 ergab sich in Stralsund folgendes Bild:

Wahlberechtigte: 50.676
 Wähler: 20.584
 Wahlbeteiligung: 40,6 %
 ungültige Stimmen: 1.658
 gültige Stimmen: 58.873²²
Wahlergebnis:

| Partei | absolut | Stimmanteil |
|---------------------|---------|-------------|
| CDU | 17.560 | 29,8 % |
| SPD | 7.562 | 12,8 % |
| PDS | 13.129 | 22,3 % |
| FDP | 2.044 | 3,5 % |
| NPD | 2.304 | 3,9 % |
| BfS | 6.215 | 10,6 % |
| Forum | 6.402 | 10,6 % |
| Einzel- bewerber | 2.602 | 4,4 % |
| Sonstige | 1.055 | 1,8 % |

(Quelle: Statistikstelle Stralsund)

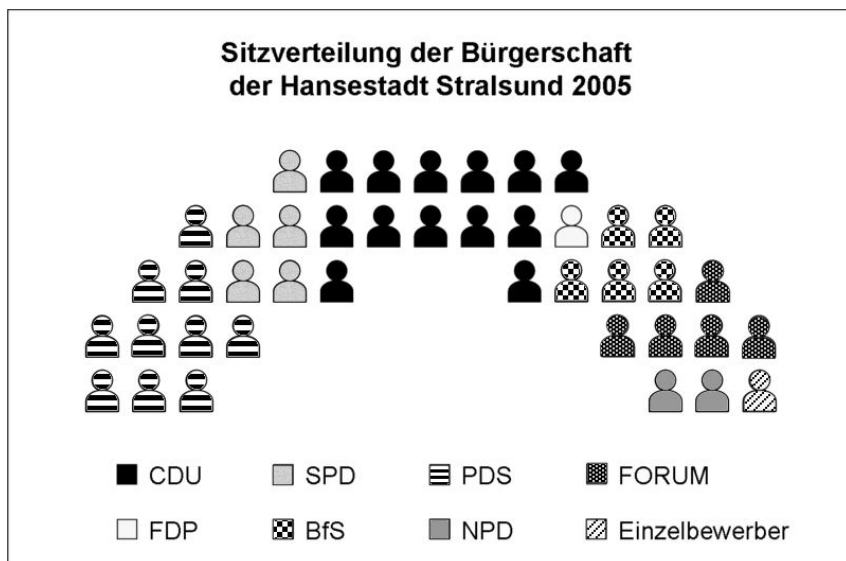
Nach der Wahl entfielen von den 42 Sitzen²³ in der Bürgerschaft zwei Mandate auf Dirk Arendt und Bernd Flotow als Kandidaten der NPD. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft verteilt sich im Einzelnen auf folgende Parteien und Wählergemeinschaften:²⁴

²² Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern besitzt jeder Wähler jeweils drei Stimmen. In den kreisfreien Städten gilt dies genauso (vgl. §3 und 73 im Kommunalwahlgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern – KWG M-V).

²³ Eigentlich wären zwei Sitze auf den Einzelkandidaten Michael Adomeit entfallen, der natürlich nur einen einnehmen kann. Daher sind in dieser Legislaturperiode statt 43 Sitzen nur 42 in der Stralsunder Bürgerschaft vergeben worden.

²⁴ Das ‚Forum Kommunalpolitik‘ wurde in Stralsund 2001 als eine unabhängige Wählergemeinschaft mit offener Liste von Bündnis90/Die Grünen initiiert.

Abbildung 1: Sitzverteilung in der Stralsunder Bürgerschaft



5.4 Die politische Konstellation im Stadtrat nach den Kommunalwahlen 2004

In ihrer konstituierenden Sitzung am 22. Juli 2004 zählte die Stralsunder Bürgerschaft zunächst sechs Fraktionen – CDU (13 Sitze), Linkspartei.PDS (zehn Sitze), SPD (fünf Sitze), Bürger für Stralsund (BfS; fünf Sitze), ‚Forum Kommunalpolitik‘ (Grüne; fünf Sitze) und NPD (zwei Sitze). Dass auch die NPD mit nur zwei Abgeordneten eine Fraktion bilden konnte, hat sie indirekt dem Engagement der Grünen zu verdanken, die gegen die Änderung der Kommunalverfassung Organklage beim Landesverfassungsgericht (LVG) in Greifswald eingereicht hatten. Danach wären in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern nunmehr vier statt nur zwei Abgeordnete einer Partei bzw. Vereinigung vonnöten, um eine Fraktion bilden zu können. Die Entscheidung des Gerichts stand im Sommer 2004 noch aus, weshalb die Richter zunächst per Einstweiliger Verfügung dem Einwand der Grünen entsprachen und festlegten, dass nicht vier sondern zwei Abgeordnete in einem Kommunalparlament als Fraktion gelten. Zuvor war bereits die Fünf-Prozent-Hürde für Kommunalwahlen gekippt worden.

Direkt im Anschluss an diese vorläufige Entscheidung schlossen sich auch die NPD-Vertreter in der Stralsunder Bürgerschaft zu einer Fraktion zusammen. Dieser Schritt sei nötig „um mehr Bürgernähe in der Hansestadt zu gewährleisten“, erklärte der damals gerade sein Amt

antretende NPD-Fraktionsvorsitzende Dirk Arendt.²⁵ Die beiden gewählten Volksvertreter kamen so auch in den Genuss eines eigenen computerausgestatteten Büros im Rathaus sowie zusätzlicher Zuwendungen in Höhe von 153 Euro Fraktionsgeld, plus fünf Euro pro Mitglied. Arendt als Fraktionsvorsitzender erhielt zusätzlich eine Aufwandsentschädigung von 220 Euro pro Monat. Auf die Konstituierung als Fraktion seitens der NPD reagierte die Bürgerschaft unmittelbar, um zumindest einen Einzug der Partei ins Bürgerschaftspräsidium zu verhindern. Noch während der konstituierenden Sitzung wurde die Geschäftsordnung dahingehend verändert, dass generell nicht mehr alle Fraktionen im Präsidium der Bürgerschaft vertreten sind. Zuvor konnten alle Parteien einen Repräsentanten dorthin entsenden. Diese Kann-Bestimmung wurde verworfen und gegen eine rigidere Regelung ausgetauscht. Nun sitzt nur noch ein Vertreter der drei größten Fraktionen im Präsidium. Neben der NPD gingen damit auch die SPD und das ‚Forum Kommunalpolitik‘ leer aus. Beide Parteien legten gegen diese Veränderung aber keinen Widerspruch ein – auch um keine Sogwirkung zu erzeugen, die am Ende noch den Rechtsextremisten dabei behilflich sein könnte, sich ebenfalls einen Platz am Tisch des Präsidenten der Bürgerschaft zu erstreiten. Ferner blieb es den NPD-Abgeordneten verwehrt, den Namen ihrer Partei im Foyer des Rathauses anzuschlagen. Bis zu den Kommunalwahlen war es in Stralsund üblich, sämtliche Fraktionen und Parteien der Bürgerschaft schon im Eingangsbereich auf Metallschildchen abzubilden. Um zu verhindern, dass die NPD auf diese Weise ebenfalls im Foyer namentlich ausgestellt würde, verzichteten alle anderen Parteien auf diese Präsentation und beschlossen die Abschaffung dieser Schilder. Nachdem die Änderung der Kommunalverfassung, die die Mindestgröße der Fraktionen neu regelt, dann im Dezember 2004 durch das LVG endgültig bestätigt und die Einstweilige Verfügung unwirksam geworden war, verlor die NPD nach nur fünf Monaten ihren Fraktionsstatus bereits wieder. Dies hatte neben finanziellen Einbußen auch zur Folge, dass die Partei ihr Fraktionsbüro im Rathaus wieder aufgeben musste.

Zusammenfassend betrachtet lässt sich also festhalten, dass die Stralsunder Bürgerschaft rasch und mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versucht hat, aus ihrer Sicht insofern Schadensbegrenzung zu betreiben, als sie die NPD-Abgeordneten nicht in die Normalität entließ. Besucher des Rathauses sollten lieber von gar keinem Parteinaamen empfangen werden, als schon im Foyer drauf aufmerksam gemacht zu werden, sich in einem Rathaus zu befinden, in das die NPD gewählt worden ist. Auch mit der Veränderung der Geschäftsordnung, die dafür sorgte, dass die Rechtsextremisten trotz Fraktionsstatus keinen Zutritt zum Präsidium erhielten, wurden Arendt und Flotow Grenzen gesetzt. Andere Kommunalparlamente in Mecklenburg-Vorpommern waren bei der Ausnutzung ihrer Kompetenzen im Umgang mit NPD-Vertretern weitaus schwerfälliger.

²⁵ Vgl. Blick nach rechts, Rechtsextreme Volksvertreter, 16/2004.

Die Stralsunder Bürgerschaft hat folgende Ausschüsse: den beschließenden Ausschuss (Hauptausschuss); beratende Ausschüsse (Finanzen und Vergabe; Umwelt und Stadtentwicklung; Wirtschaft und Bau; Kultur, Schule und Sport; Soziales und Gesundheit; Familie, Sicherheit und Gleichstellung; Gesellschafteraufgaben) und gesetzliche Pflichtausschüsse (Rechnungsprüfung; Jugendhilfe; Widerspruch; Patientenbeschwerde; Stadtkleingarten; Betriebsausschuss) sowie einen Begleitausschuss Sparkasse. In keinem dieser Ausschüsse ist die NPD vertreten. Bei der Besetzung der Aufsichtsräte gelang es ihr aber einmal, als Zünglein an der Waage die entscheidenden Stimmen abzugeben, womit sie der CDU zu einem dritten Sitz in den Aufsichtsräten der Wohnungsbau- und Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft verhalf.²⁶

5.5 Die parlamentarische Arbeit der NPD

Nach dem Einzug der NPD in die Stralsunder Bürgerschaft fielen die Abgeordneten zunächst weniger durch ihre parlamentarische Arbeit als vielmehr durch Protest gegen die neue Einrichtung des Bürgerschaftssaales auf. Seit der Renovierung des Sitzungssaales im Rathaus lehnten Arendt und Flotow es ab, auf den neuen, nach ihrer Meinung überkauften Stühlen (Stückpreis ca. 500 Euro) Platz zu nehmen. Seither bringen sie zu jeder Sitzung eigene rote Klappstühle mit, auf die sie sich setzen, um ihre Ablehnung der „Bonzensessel“ zu demonstrieren. Die Öffentlichkeit hat von diesem demonstrativen Akt, der zumindest bei langen Sitzungen mit einigen Ungemütlichkeiten verbunden sein dürfte, allerdings bislang kaum Notiz genommen.

Wie treten die beiden NPD-Politiker ansonsten in der Bürgerschaft auf? Arendt und Flotow waren seit der konstituierenden Sitzung bei jeder Sitzung anwesend, fielen in der Regel aber nicht weiter auf. Die Situationen, in denen sie zwischen Sommer 2004 und Frühjahr 2006 Aufmerksamkeit erregten, sei es durch Wortmeldungen oder Anfragen auf der offiziellen Tagesordnung, lassen sich an einer Hand abzählen. Zwar erscheinen Flotow und Arendt pünktlich, verfallen dann aber während der Sitzungen in Teilnahmslosigkeit. Selbst das rechtsextreme ‚Störtebeker-Netz‘ registrierte die Passivität der zwei Lokalparlamentarier und höhnte, dass es eigentlich keine Erfolgsmeldungen gebe, „außer zwei gut gemeinten, aber leider missglückten Anträgen, die es in der Vergangenheit noch nicht einmal auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gebracht haben. Eine Angelegenheit, die umso peinlicher ist, da die NPD diese bereits etliche Tage zuvor mit dem ihr eigenen Pomp veröffentlicht hatte.“²⁷ Im Verlauf der Bürgerschaftssitzung erwecken die

²⁶ Vgl. Ostsee-Zeitung, Eklat bei Aufsichtsrats-Besetzung, 4. September 2004.

²⁷ Vgl. Störtebeker-Netz, Aus dem Vereinsleben – Demokratie eigens für NPD in Ludwigslust abgeschafft? Und anderes; <http://de.altermedia.info/general/a>

beiden Mandatsträger jedoch immerhin den Eindruck, dass sie sich im Vorfeld der Sitzungen in irgendeiner Form mit den ihnen zugesandten Unterlagen beschäftigt haben – zumindest sind die Kuverts meistens aufgerissen.

Flotows und Arendts Abstimmungsverhalten ist offensichtlich ganz danach ausgerichtet, für wie sinnvoll sie die jeweils zur Debatte stehenden Anträge halten. Eine deutliche Präferenz, mit ihren Stimmen immer die gleichen Fraktionen zu unterstützen, lässt sich nicht feststellen. Zwar gibt es knappe Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft, der NPD ist es aber bei so gut wie keinem Sachantrag gelungen, mit ihrem Votum gleichsam als Zünglein an der Waage die entscheidenden Stimmen beizutragen. Laut den Beobachtungen und Einschätzungen von Bürgerschaftsmitgliedern lässt sich allenfalls eine leichte Tendenz feststellen, sich am Abstimmungsverhalten der CDU zu orientieren, wobei der damalige Fraktionsvorsitzende der Union betont, dass seine Partei zur Durchsetzung ihrer Vorhaben weder mit diesen Stimmen rechne, noch – was nach Auswertung der Sitzungen eine zutreffende Aussage ist – auf diese angewiesen ist.²⁸ Als es sich die Neonazis im November 2005 zu ihrer eigenen Überraschung doch einmal in der Rolle der Mehrheitsbeschaffer wieder fanden, handelte es sich um einen Sachantrag der PDS-Fraktion, der mit nur zwei Stimmen Mehrheit beschlossen wurde. Gleichsam davon beflügelt, wenigstens einmal den Ausschlag für das Gelingen eines Antrag gegeben zu haben, wurde dieser eher passive Beitrag szenieintern so umgedeutet, als hätten Arendt und Flotow einen nicht hinnehmbaren Missstand selbst erkannt und aktiv kommunalpolitisches Engagement gezeigt. „Nationale Aktivisten haben entschieden, [...] wie es in Stralsund weitergeht“, hieß es hinterher auf der Website des SNBP.²⁹

Tatsächlich hatten Wortmeldungen von Arendt oder Flotow im Untersuchungszeitraum³⁰ absoluten Seltenheitswert. Zum ersten Eklat in der Bürgerschaft kam es im September 2004, als die Verabschiedung einer Erklärung gegen Rechtsextremismus und Fremdeindlichkeit, die vom ‚Forum Kommunalpolitik‘ beantragt worden war, zur Abstimmung stand. Zwar wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt, jedoch erst nachdem auf Betreiben der CDU-Fraktion hin die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „rechtsextremistisch“ durch die Worte „Extremismus“ und „extremistisch“ ersetzt wurden. Bereits zuvor hatten, während ein Mitglied des ‚Forums Kommunalpolitik‘ den Antrag ausführlich erläuterte, zwei Abgeordnete aus den Reihen der CDU demonstrativ den Raum verlassen, um dagegen zu protestieren, dass Stralsund im Zuge dieser

us-dem-vereinsleben-demokratie-eigens-fur-npd-in-ludwigslust-abgeschafft-und-anderes-121205_4200.html, 12. Dezember 2005.

²⁸ Gespräch mit CDU-Fraktionsvorsitzenden am 16. Dezember 2005.

²⁹ http://www.snbp.info/index.php?option=com_content&task=view&id=119&Itemid=43, 4. Januar 2006.

³⁰ Juli 2004 bis Dezember 2005.

Ausführungen als Hort des Rechtsextremismus dargestellt werde. Arendt griff ebenfalls in die Debatte ein und ließ keine Zweifel daran, welche Form von Extremismus er und sein Kollege Flotow verkörpern. „Multikulti ist und bleibt Völkermord“³¹, sagte er wortwörtlich, auch wenn der Protokollauszug zu dieser Sitzung lediglich nüchtern festhält:

„Herr Arendt äußert, dass im Antrag von einer offenen und toleranten Stadt gesprochen wird. Diese Toleranz scheint ihm mit zweierlei Maß gemessen. Es wird nur die eigene Meinung toleriert und nicht die Meinung derer, die hiermit nicht übereinstimmen. Herr Arendt geht in seinen weiteren Ausführungen auf im Antrag genannte Beispiele für soziales Leben; eigene Kultur der Stadt; antidemokratische, rechtsextremistische und rassistische, menschenverachtende Parolen ein. Herr Arendt spricht den Sinn und Zweck der Demokratie, der Volksherrschaft, aus seiner Sicht an. Er betont, dass ihm dabei die Meinungsfreiheit des Volkes besonders wichtig ist. In früheren wichtigen Entscheidungen der Stadt fehlte ihm eine Volksbefragung.“³²

Kritik am Verhalten der CDU in dieser Debatte kam später auch aus den Reihen der SPD, als Fraktionsmitglied Kurt Pagels hervorhob, dass es in Stralsund keinen anderen Extremismus gebe, weshalb man das Problem auch so benennen sollte.³³ Dieser Vorfall zeigt deutlich, dass die demokratischen Parteien in der Stralsunder Bürgerschaft sowohl im Umgang als auch bei der Bewertung des Phänomens Rechtsextremismus unterschiedliche Positionen vertreten.

Fast ein halbes Jahr verging, ehe einer der beiden Abgeordneten den Weg zum Rednerpult fand, um sich zu einem kommunalpolitisch relevanten Sachverhalt zu äußern. In diesem Fall war es sogar Flotow, der sich sonst noch mehr im Hintergrund hält als Arendt. Im März 2005 mischte er sich in die Diskussion um die Fusion der Sparkasse Hansestadt Stralsund mit der Sparkasse Vorpommern ein – ein Thema, das in der Stadt zum diesem Zeitpunkt hohe Wellen schlug und auch von der überregionalen Presse intensiv beobachtet wurde. Flotow merkte an, die Stadt könne es sich nicht erlauben, von anderen Kreditinstituten abhängig zu sein.

Von der Möglichkeit, Anfragen und Anträge zu stellen, konnten Arendt und Flotow während der ersten eineinhalb Jahre nach den Kommunalwahlen nicht ein einziges Mal erfolgreich Gebrauch machen. Das Agieren der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft kann daher nur als dilettantisch bezeichnet werden. Die ersten beiden Versuche der NPD, Anträge in die Bürgerschaft einzubringen, stammen vom August 2004. Beide Anträge wurden jedoch wegen Formfehlern gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt.

³¹ Vgl. Ostsee-Zeitung, Bürgerschaft machte eine traurige Figur, 1. Oktober 2004.

³² Vgl. Protokollauszug zu TOP 8.12, Bürgerschaftssitzung, 5. Oktober 2004.

³³ Vgl. Ostsee-Zeitung, Bürgerschaft machte eine traurige Figur, 1. Oktober 2004.

- Als erstes wurde ein Sachantrag zurückgewiesen, der die Stadt dazu aufforderte, ein Begrüßungsgeld für deutsche Babys von 500 Euro auszus zahlen. Insofern der Antrag jedoch keine finanzielle Deckungsquelle vorsah, fand er auf der Tagessordnung der Bürgerschaft keinen Platz.
- Indessen scheint die NPD aus diesem Formfehler keine Konsequenzen für zukünftige Anträge zu ziehen. Nur so lässt sich erklären, dass ihr im August erneut ein ganz ähnlicher Fauxpas unterläuft, als Arendt und Flotow versuchen, einen Dringlichkeitsantrag für einen ‚Gedenkstein für die Opfer der angloamerikanischen Luftangriffe auf Stralsund‘ anzusetzen. Dringend ist dieser Antrag deshalb, weil die Abgeordneten der NPD den Gedenkstein gern an einem Tag mit symbolischer Bedeutung – zum 60. Jahrestag der Luftangriffe auf Stralsund am 6. Oktober 2004 – einweihen würden. Unter Punkt 3.b Finanzierung steht diesmal geschrieben: „Da nur noch wenig Zeit verbleibt, sollte die Hansestadt Stralsund in Vorkasse gehen. Die nachhaltige Finanzierung des Gedenksteins sollte durch Spendenaufrufe bzw. Spendenveranstaltungen erfolgen, welche so die entstandenen Kosten durch die Stadt ausgleichen.“³⁴ Abgesehen von der missverständlichen Formulierung, wer bei wem welche Kosten ausgleichen soll, konnte das Präsidium auch in diesem Schriftstück keine Deckungsquelle entdecken und ließ den Antrag zur Behandlung in der Bürgerschaft deshalb erneut nicht zu.
- Nach diesen beiden Antragsversuchen im August 2004 pausierten die beiden NPD-Abgeordneten bezüglich eigener Anträge für fast ein Jahr, ehe sie im Juni 2005 dazu einen erneuten Anlauf unternahmen. Zunächst formulierten sie eine Anfrage an den Wirtschaftssenator, in der sie sich erkundigten, warum die Volkswerft GmbH Stralsund 30 Gastarbeiter aus Kroatien mit befristeten Arbeitsverträgen über zwei Jahre beschäftigt. Weiterhin wurde gefragt, warum diese Arbeitsplätze nicht mit einheimischen Fachkräften besetzt würden. Diese Anfrage wurde von den Rechtsextremisten kurz darauf wieder zurückgezogen und noch im Juni in einen Sachantrag umformuliert. Darin forderte Arendt: „Die Bürgerschaft möge beschließen: Das [sic!] der Bürgermeister der Hansestadt Stralsund die Volkswerft GmbH öffentlich auffordert, künftige Neueinstellungen nur im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung vorzunehmen und dabei einheimische deutsche Fachkräfte zu bevorzugen um

³⁴ Dringlichkeitsantrag (NPD): Gedenkstein für die Opfer der angloamerikanischen Luftangriffe; am 24. August 2004 zurückgewiesen.

diese aus der Arbeitslosigkeit zu holen.“³⁵ Auch dieser Antrag wurde in der Bürgerschaft nicht behandelt – in diesem Fall mangels Zuständigkeit: Da es sich bei der Volkswerft um ein Unternehmen der freien Wirtschaft handelt, ist die Bürgerschaft überhaupt nicht dazu bevollmächtigt, der Geschäftsführung Vorschriften über die Einstellungsmodalitäten zu machen.

Spätestens bei diesem Antrag wird zweierlei deutlich: Zum einen zeigt sich, dass die Bürgerschaft bei der Ablehnung von NPD-Anträgen in einer gewissen Grauzone agiert, wenn sie diese aus formellen Gründen gar nicht erst auf die Tagesordnung setzt. Zum anderen dokumentiert das Scheitern der genannten Anträge aber auch, dass die beiden NPD-Abgeordneten offensichtlich unfähig sind, formale Ablehnungsgründe mittels geschickter Formulierungen oder – wie in den ersten beiden Fällen – mit Hinweisen auf die finanzielle Deckung so zu versehen, dass eine Behandlung ihrer Anträge in der Bürgerschaft aus diesen Gründen nicht unterbunden werden kann. So hätte die Partei beispielsweise auch juristisch gegen eine Aussortierung ihrer Anträge vorgehen können. Insofern von dieser Option kein Gebrauch gemacht wurde, hat es die NPD der Stralsunder Bürgerschaft letztlich ausgesprochen leicht gemacht, den politischen Einfluss ihrer Abgeordneten zu beschränken.

Dies hat sich erst nach Abschluss unseres Untersuchungszeitraums geändert. Denn seit Anfang 2006 werden die beiden Stralsunder Parteikader bei der Formulierung von Anfragen und Anträgen von Michael Andrejewski, dem NPD-Kreistagsmitglied in Ostvorpommern und Mitglied in der Stadtvertretung Anklam unterstützt.³⁶ Grund für diese Unterstützung sind ganz offensichtlich die anstehenden Landtagswahlen im Herbst 2006, für die die NPD auch auf kommunaler Ebene in Stralsund Aktivitäten nachweisen möchte. Erst seitdem sie Unterstützung von Andrejewski erhalten, gelingt es den beiden Stralsunder NPD-Abgeordneten, ihre Politikinhalte im Rahmen der bürokratischen Vorgaben zu formulieren.

- So ließ Arendt in der Januarsitzung 2006 anfragen, wann eine Sanierung der Reiferbahn (Frankenvorstadt) geplant sei. Er erhielt die Antwort, dass daran in den nächsten vier bis fünf Jahren nicht zu denken sei. Arendt dankte freundlich und hatte zu dem Thema keine weiteren Nachfragen.
- Sein Parteikollege Flotow formulierte in derselben Sitzung ebenfalls eine Anfrage, die der Erhöhung der Strompreise galt. Der Geschäftsführer der Stadtwerke nutzte die Frage

³⁵ Sachantrag (NPD): Beschluss über die zukünftige Vergabe von Arbeitsplätzen auf der Volkswerft GmbH Stralsund; Sitzungsdatum: 23. Juni 2005; zuvor Kleine Anfrage vom 2. Juni 2005.

³⁶ Zu Andrejewski vgl. die ausführlichen Darstellungen in den Kapiteln über Anklam und Ostvorpommern.

weidlich aus, um allen Abgeordneten die Erhöhung detailliert zu begründen und darzulegen, dass die Strompreise in Stralsund im Verhältnis zu anderen Städten in Mecklenburg-Vorpommern trotzdem noch vergleichsweise günstig seien. Mit dieser Ausführlichkeit stieß der Geschäftsführer der Stadtwerke nicht nur auf Gegenliebe, sondern handelte sich von der PDS den Zwischenruf ein, er solle sich kürzer fassen und doch bitte daran denken, von welcher Partei diese Anfrage stamme. Auch nach dieser Antwort auf ihre Anfrage gab es keine weiteren Rückfragen seitens der NPD.

- Im Februar 2006 monierte Arendt dann im Rahmen einer weiteren Kleinen Anfrage einen Rodelberg in Grünhufe, der ein Gefahrenpotenzial berge, da er zu nahe an einer stark befahrenen Straße aufgeschüttet worden sei.
- Im Juni 2006 sind die Rechtsextremisten schließlich gleich viermal auf der Tagesordnung präsent. Zunächst kann Arendt am 8. Juni endlich seinen ersten formgerechten Sachantrag vorweisen, in dem er die Erarbeitung eines Graffiti-Konzeptes für die Stadt fordert.³⁷ Bereits im April war diesem Antrag eine Kleine Anfrage der NPD zum gleichen Thema vorausgegangen, die Arendt scheinbar benötigte, um erst einmal an entsprechende Informationen für die Formulierung des Antrages zu gelangen. Zwei Monate später taucht die Problematik zwar unter der Rubrik Sachanträge auf der Tagesordnung auf, wird aber ohne lange Debatte zur Bearbeitung in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen, so dass die Bürgerschaft gar nicht erst darüber abstimmt. Auch den Besuch von US-Präsident George W. Bush im Juli 2006 versucht Arendt zum Thema für die NPD zu machen. Seine Kleine Anfrage verschwindet jedoch im Schatten der Großen Anfrage des Forums Kommunalpolitik. Beide Tagesordnungspunkte widmeten sich den zu erwartenden Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch die scharfen Sicherheitsmaßnahmen sowie den Kosten, die der hohe Besuch am Sund verursacht. Der Oberbürgermeister geht in seiner Antwort vorrangig auf die Anfrage des Forums Kommunalpolitik ein – mit dem kurzen Verweis, dass damit das Anliegen der NPD gleich mitbeantwortet sein dürfte.³⁸ Ein Dringlichkeitsantrag der NPD, der weitere Ein-

³⁷ Sachantrag (NPD): Erarbeitung eines Graffiti-Konzeptes; Sitzungsdatum: 8. Juni 2006.

³⁸ Große Anfrage („Forum Kommunalpolitik“): Besuch des amerikanischen Präsident George W. Bush in Stralsund; Kleine Anfrage (NPD): Besuch des amerikanischen Präsident George W. Bush in Stralsund; Sitzungsdatum beider Anfragen: 8. Juni 2006.

schränkungen durch den Bush-Besuch aufgreift, wird in der Sitzung abgewiesen. Arendt führt dazu kurz aus, dass er durch die Lektüre der Ostsee-Zeitung erfahren habe, von welchen Einschränkungen die gastronomischen Betriebe rund ums Rathaus bedroht seien. Wörtlich heißt es:

„Ziel des Antrags ist es, den Gastronomen am Markt das Einrichten von Freisitzen unverzüglich zu genehmigen. Die Stadt hatte in einem Schreiben an die Betreiber der Lokale, mit Hinweis auf den Besuch von US-Präsident George W. Bush, darauf hingewiesen, dass für den einmonatigen Zeitraum vom 23. Juni bis einschließlich 24. Juli keine Genehmigungen zur Aufstellung von Freisitzen erteilt wird. Die Lokalbetreiber bangen nun um ihre Existenz.“³⁹

Nachdem das Thema in der Sitzung zum Teil abgearbeitet bzw. abgewiesen worden ist, dankt Arendt trotzdem höflich.

- In einer weiteren Sitzung, am 22. Juni, stellt auch Bernd Flotow seinen ersten Sachantrag. Er setzt sich dafür ein, eine Umfrage unter ALG-I- und ALG-II-Empfängern zu starten, um deren Zufriedenheit mit der Betreuung durch die Stralsunder ARGE zu eruieren. Der zuständige Senator sucht offensiv die sachpolitische Auseinandersetzung mit der NPD und bezeichnet den Antrag des Rechtsextremisten als einen rein polemischen. Schließlich sei doch, so der Senator, schon vorher klar, dass Empfänger nach SGB II nicht gerade zufrieden mit ihrer Situation sein werden. Das Ergebnis stehe also bereits im Vorfeld fest, die Umfrage sei deshalb unnötig. Da der Antragsteller selbst ausgerechnet an diesem Tag nicht anwesend ist, muss sein Parteikollege Arendt für ihn in die Bresche springen. Er fügt den Aussagen des Senators aber lediglich hinzu, dass es beispielsweise nicht zumutbar sei, wenn die Menschen im Amt lange warten müssten. Derartige Missstände wolle die NPD mit der Umfrage aufdecken. Bis auf die Stimme von Arendt wurde der Antrag einstimmig von der Bürgerschaft abgelehnt. Die Idee dazu war übrigens nicht neu, einen fast gleich lautenden Antrag hatte die Partei bereits im September 2005 in den Kreistag von Ostvorpommern eingebracht und zwar vom gleichen Abgeordneten, der nun der NPD in Stralsund kommunalpolitische Schützenhilfe gibt.⁴⁰

³⁹ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=661, 13. Juni 2006.

⁴⁰ Sachantrag (NPD): Umfrage bei ALG-I und ALG II-Empfängern; Sitzungsdatum: 22. Juni 2006.

Fassen wir zusammen: Für die ersten eineinhalb Jahre ihrer Präsenz in der Stralsunder Bürgerschaft kann den beiden NPD-Verordneten weder kommunalpolitische Sachkompetenz noch besondere Aktivität bescheinigt werden. Die ersten wenigstens formal korrekten Anfragen verdanken sie allein der Unterstützung eines Kommunalpolitikers, der aus einem anderen Kreistag stammt. Allerdings deutet sich mit der Aktivität von Andrejewski zugleich ein gewisser Strategiewechsel der NPD in Stralsund an. Die Partei sieht sich offensichtlich gezwungen, vor der Landtagswahl auch im Stralsunder Kommunalparlament so zu agieren, dass sich ihre Aktivitäten nach außen besser darstellen lassen.

Zu dieser besseren Darstellung gehört offensichtlich auch eine thematische Umorientierung. Während die ersten drei aus formalen Gründen gescheiterten Anträge der beiden Abgeordneten eher als parteitypische Symbolpolitik zu verstehen sind, wird nunmehr versucht, Themenfelder, die im NPD-Parteiprogramm besonders hervorstechen, auch in der Stralsunder Bürgerschaft zu besetzen. Zu diesem Themenkomplex gehören u.a. der Schutz der ‚deutschen Familie‘, ‚Arbeit zuerst für Deutsche‘, ein besonders im Osten zur Schau gestellter Antikapitalismus sowie die Stilisierung der Deutschen als Opfer der alliierten Luftangriffe – alles Themen, denen sich die NPD generell verschrieben hat und die bereits in ihrem Bundestagswahlkampf 2005 leitend waren. Dafür, sich zusätzlich zu diesen propagandistischen klassischen Themen der NPD auf die Besonderheiten der Stralsunder Kommune, in der sie agieren, einzustellen, fehlten sowohl Arendt als auch Flotow offensichtlich die Kompetenzen. Andrejewski hingegen hatte schon in Ostvorpommern versucht, der NPD dadurch Einfluss zu verschaffen, indem er regelrecht nach Themen und Missständen suchte, die bislang von den anderen Parteien übersehen wurden. Dabei konnte er kommunalpolitisch einige Male damit punkten, dass er zu den von ihm ausgemachten unbesetzten Themen eine Kleine Anfrage oder einen Antrag formulierte.

Zu einer ganz ähnlichen Strategie versuchte er offensichtlich auch die beiden Stralsunder NPDler zu instruieren – etwa wenn er sie Bedenken bezüglich der Sicherheit eines Rodelberges vortragen lässt, gegenüber denen sich die anderen Parteien der Bürgerschaft kaum verschließen können. In gewisser Weise scheint diese neue Strategie sogar aufzugehen: Der Unmut über die Strompreisdebatte, die Flotow mit seiner Kleinen Anfrage zwar nicht allein angestoßen, aber mit seiner Anfrage zumindest forciert hatte, war in der Hansestadt noch über mehrere Tage ein Thema. Misslich für die NPD war in diesem Zusammenhang lediglich, dass sie nicht geschickt genug war, sich öffentlich als Urheber dieser Diskussion zu präsentieren.

5.6 Die Reaktionen der anderen Parteien auf die NPD

Über die Reaktionen der anderen Parteien auf die NPD wurde bereits Einiges gesagt: So wurde der zwischenzeitlich existierenden NPD-Fraktion per Änderung der Geschäftsordnung der Sitz im Präsidium der Bürgerschaft aberkannt; alle Parteien verzichteten auf ihre Nennung im Foyer des Rathauses, um der NPD dort keine Möglichkeit der öffentlichen Darstellung zu geben; mehrere Anträge der NPD wurde als formal mangelhaft eingestuft und gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt; und schließlich wurde eine gemeinsame Erklärung in der Bürgerschaft gegen Extremismus (rechter und linker Couleur) beschlossen.

Auch die Redebeiträge der NPD führten nicht dazu, dass sich die anderen Parteien der Stralsunder Bürgerschaft während des untersuchten Zeitraumes überhaupt auf eine Auseinandersetzung – auch nicht sachpolitischen Inhalts – mit den beiden rechtsextremen Abgeordneten einließen. Insofern deren rhetorische Beiträge ohnehin Seltenheitswert hatten, sahen die anderen Abgeordneten offensichtlich keinen Grund dafür, sich in Reden und Wortmeldungen auf die beiden gewählten Rechtsextremisten einzulassen. Eine direkte verbale Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Neonazis gab es in der Hansestadt bisher nicht. Wenn einer der der NPD-Abgeordneten redete, wurde dies von der Bürgerschaft geduldig ausgehalten, allerdings ohne dass jemand im Anschluss darauf einging.

Ähnlich einig in der Auseinandersetzung mit der NPD zeigten sich die demokratischen Parteien in Stralsund auch, als es den Landespartei-tag der Rechtsextremisten im eigenen Rathaus zu verhindern galt, den die NPD für den 17. Juli 2005 anberaumt hatte. Zu Untermauerung ihres Anspruchs verwies die NPD darauf, dass auch Angela Merkel im Februar des vorangegangenen Jahres ihren Neujahrsempfang im Löw'schen Saal des Rathauses hatte abhalten dürfen. Oberbürgermeister Harald Lastovka hatte dies der späteren Bundeskanzlerin zugebilligt. Die Konsequenzen dieser Entscheidung vorausahnend, befürchtete SPD-Fraktionschef Hans-Walter Westphal schon damals, dass man den Rechten damit sprichwörtlich Tür und Tor öffnen würde. So war in diesem Zusammenhang in der Ostsee-Zeitung zu lesen: „Rechte Aufmärsche? Mit der Überlassung des Saales an Angela Merkel – unstrittig eine Parteiveranstaltung – hat Lastovka der Stadt einen Bärendienst erwiesen.“⁴¹ Westphal befürchtete, die NPD könne sich nun für die Durchführung eigener Veranstaltungen in das Rathaus einklagen. Genau das versuchte die Partei fünf Monate später. SPD und ‚Forum Kommunalpolitik‘ reagierten indessen rasch, indem sie im Hauptausschuss einen Dringlichkeitsantrag vorlegten, mit dem parteipolitische Veranstaltun-

⁴¹ Vgl. Ostsee-Zeitung, NPD will sich ins Stralsunder Rathaus klagen, 8. Juli 2005, 4.

gen in Zukunft generell unterbunden werden sollten.⁴² Zu dieser Zeit hatte die NPD bereits einen Eilantrag auf Einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht Greifswald gestellt, um die Nutzung des Rathauses zu erzwingen, nachdem die Stadtverwaltung die erste Anfrage der Partei zurückgewiesen hatte. Aber auch das Gericht beschied den Antrag der NPD abschlägig. Um solche Zitterpartien künftig zu vermeiden, trat die Bürgerschaft am 15. Juli, also zwei Tage vor dem geplanten Landesparteitag der NPD, zu einer Sondersitzung zusammen und änderte Punkt 11 der Hausordnung dahingehend, dass Veranstaltungen von Parteien und Wählergemeinschaften grundsätzlich nicht mehr in den Räumen des Rathauses abgehalten werden dürfen. 2006 veranstaltete damit auch Angela Merkel ihren Neujahrsempfang statt im Rathaus wieder in der Alten Brauerei.

Die parteiübergreifende Passiv-Strategie wird jedoch brüchig, wenn es um die Entwicklung expliziter Gegenstrategien zum Phänomen Rechtsextremismus in der Stadt an sich geht. Das zeigt vor allem ein Sachantrag der Fraktionen von ‚Forum Kommunalpolitik‘ und SPD vom April 2005 zur Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus in Stralsund. Darin fordern die Antragssteller nicht nur, wie noch im Oktober 2004, gut gemeinte Erklärungen gegen rechts abzugeben, sondern diese rhetorischen Bekundungen auch in der städtischen Jugendarbeit umzusetzen und finanziell zu untermauern. Bis zu 8.000 Euro mehr als bisher pro Jahr waren im Antrag vorgeschlagen, der jedoch mehrheitlich mit 14 Zustimmung zu 24 Gegenstimmen abgelehnt wurde.⁴³ Während SPD und ‚Forum Kommunalpolitik‘ zu den Parteien in der Bürgerschaft zählen, die eine aktivere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fordern, verweist die CDU auf bereits laufende pädagogische Projekte und hält das Thema damit für ausreichend berücksichtigt.

Mit den vorangegangenen Ausführungen ist indessen noch nicht geklärt, wie die NPD von den Abgeordneten der anderen Parteien und Wählergemeinschaften konkret wahrgenommen wird. Um diese Frage zu beantworten, wurden zunächst die Fraktionsvorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien um eine Einschätzung bezüglich der Mandatsträgerschaft der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft gebeten. Dabei kristallisierte sich heraus, dass sowohl das ‚Forum Kommunalpolitik‘ als auch die SPD der Meinung sind, man müsse sich aktiv mit der NPD und dem Thema Rechtsextremismus auseinander setzen. Beide Parteien unterstützen außerparlamentarisch auch das Forum gegen Rechtsextremismus. Im Gegensatz dazu meinen CDU und ‚Bürger für Stralsund‘ (BfS), dass jegliche politische Auseinandersetzung der NPD nur eine Plattform für die Verbreitung ihrer Ideologie abgäbe und daher

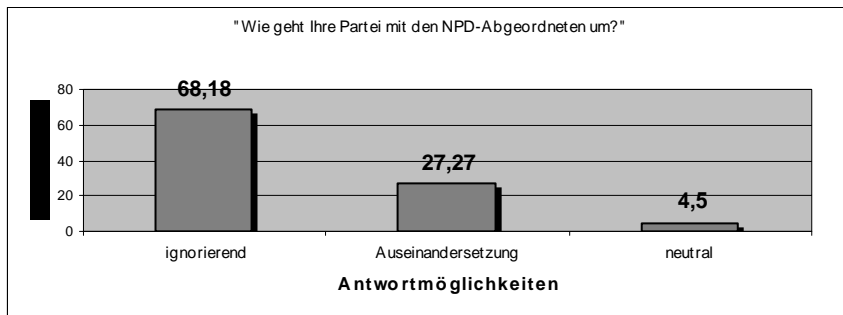
⁴² Vgl. Ostsee-Zeitung, Landes-NPD soll nicht im Rathaus tagen, 11. Juli 2005, 13.

⁴³ Änderungsantrag (‚Forum Kommunalpolitik‘/SPD): Förderung von Projekten zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus; Sitzungsdatum: 7. April 2005.

schlichtes Ignorieren der geeignete Weg im Umgang mit dieser Partei sei. Die PDS verhält sich in dieser Frage hingegen indifferent, zumindest scheint es unter ihren Abgeordneten keine eindeutige Haltung im Umgang mit der NPD zu geben. Zwar betont die Partei, sich gegen Rechts zu engagieren, ein darüber hinausgehendes deutliches Engagement, so wie von ‚Forum Kommunalpolitik‘ oder SPD, lassen die Sozialisten jedoch vermissen.

Um die Wahrnehmung und Sicht der NPD durch die Abgeordneten der anderen Parteien genauer zu erfassen, wurde zusätzlich zu diesen ersten Interviews und Hintergrundgesprächen ein Fragebogen ausgeteilt. Vor der Verteilung der Fragebögen wurden diese bei den Fraktionsvorsitzenden vorgestellt⁴⁴ und anschließend an alle 40 Mitglieder der Bürgerschaft (exklusive der beiden NPD-Abgeordneten) verschickt. Die Rücklaufquote betrug 55 Prozent und fiel damit im Vergleich zu den anderen von uns untersuchten Kommunen am höchsten aus. Als Antwort auf die Frage, wie die eigene Partei jeweils mit der NPD umgehe, ergibt sich folgendes Bild:

Abbildung 2: Umgang der Abgeordneten mit der NPD

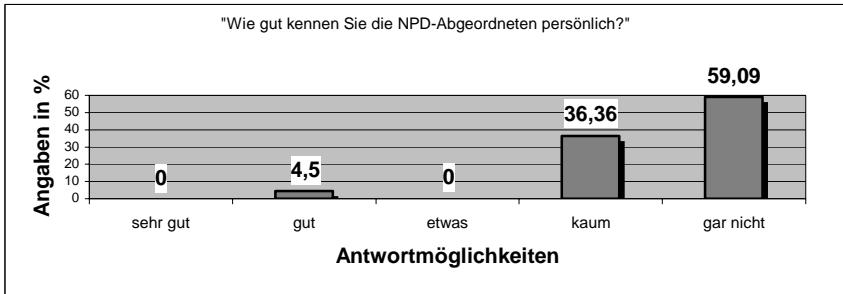


Demnach stimmt ein Großteil der Abgeordneten (68 Prozent) der Beobachtung zu, dass ihre Partei die NPD ignoriere (was im Grundsatz der Einstellung von CDU und BfS entspricht), ein gutes Viertel sieht die eigene Partei in aktiver Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus stehend (Einstellung SPD und ‚Forum Kommunalpolitik‘) und eine Minderheit sieht sich der NPD gegenüber neutral eingestellt. Eine Folgefrage ergab, dass 90 Prozent der Befragten mit dem Vorgehen ihrer Partei zufrieden sind. Lediglich eine Person äußerte explizit, dass sie einen anderen (nämlich statt eines ignorierenden einen aktiven) Umgang mit der NPD wünsche. Zudem ergab die Auswertung der Fragebö-

⁴⁴ Ein Fraktionsvorsitzender wurde auch nach mehrmaligen Kontaktversuchen nicht erreicht.

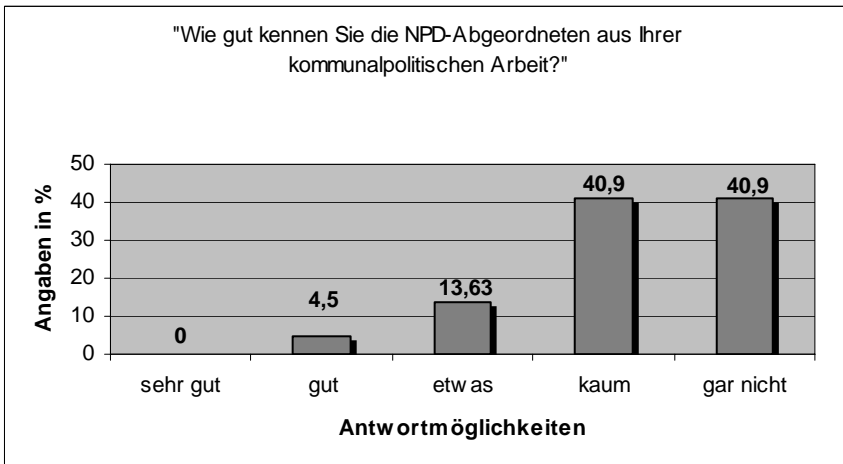
gen, das 60 Prozent der Befragten, die Abgeordneten Arendt und Flotow persönlich gar nicht bzw. kaum (36,4 Prozent) kennen.

Abbildung 3: Generelle Bekanntheit der NPD-Abgeordneten



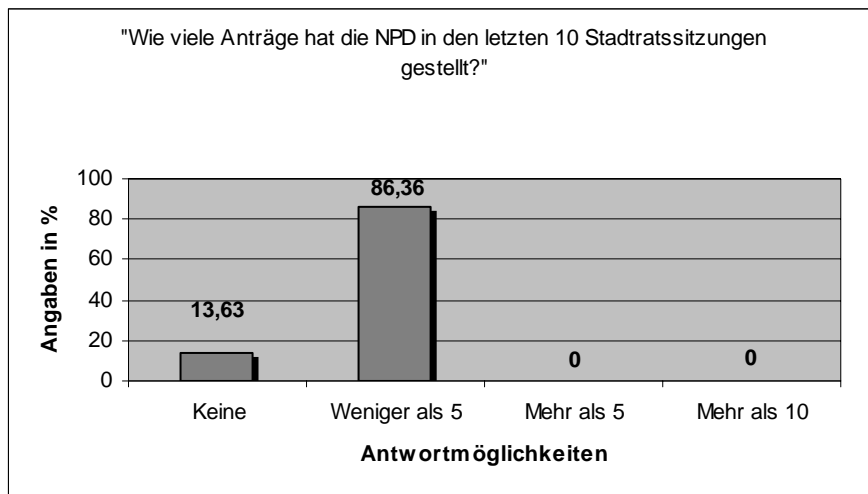
Dass die NPD-Abgeordneten im kommunalpolitischen Bereich nicht durch Sachverstand glänzen, ist bereits im Kapitel, das sich mit den Anfragen und Anträgen der Partei beschäftigt, deutlich geworden. Auf die Frage „Wie gut kennen Sie die Abgeordneten der NPD aus Ihrer kommunalpolitischen Arbeit?“ lauten die Antworten von 40,9 Prozent der Befragten „gar nicht“ und von ebenfalls 40,9 Prozent „kaum“, was ein deutliches Indiz für die Passivität der beiden NPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft ist.

Abbildung 4: Bekanntheitsgrad aus der kommunalpolitischen Arbeit



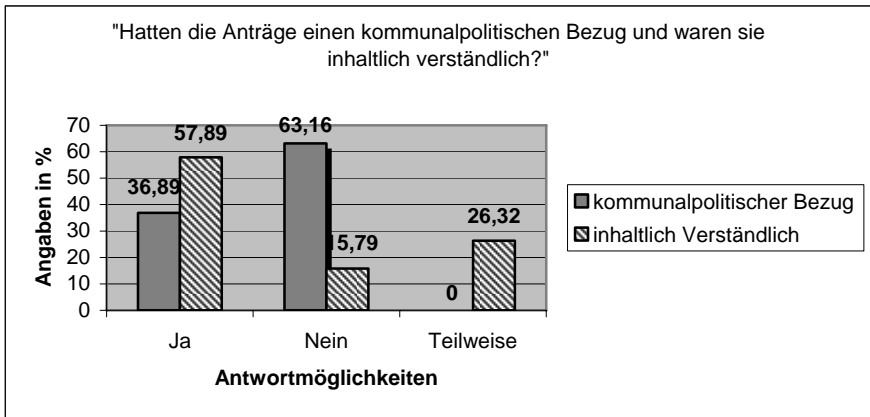
Zum Zeitpunkt der Verteilung der Fragebögen war es der NPD nicht gelungen, auch nur einen einzigen Antrag in die Bürgerschaft einzubringen. Die Bürgerschaftsmitglieder haben diesbezüglich allerdings eine ganz andere Wahrnehmung. So gaben 87,4 Prozent der Befragten an, dass die NPD weniger als fünf Anträge gestellt habe; nur drei Abgeordnete (13,53 Prozent) waren sich der Tatsache bewusst, dass Arendt und Flotow in Wahrheit keinen einzigen Antrag in ihrer bisherigen einhalbjährigen Tätigkeit als Abgeordnete zustande gebracht hatten.

Abbildung 5: Anzahl der NPD-Anträge laut der Befragten



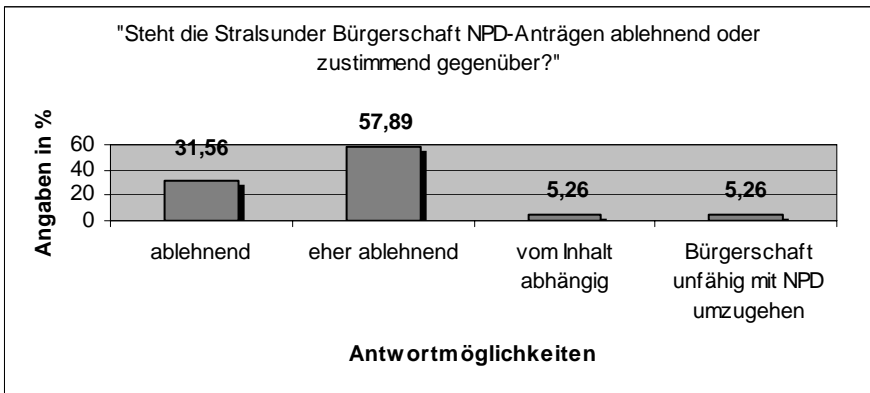
Diese Diskrepanz in der Wahrnehmung der NPD seitens der anderen Parteien ist wahrscheinlich auf die Auseinandersetzung in der Bürgerschaft über den Antrag der NPD zur Beschäftigungsfrage auf der Volkswerft zurückzuführen; einigen Abgeordneten war möglicherweise nicht mehr präsent, dass der Versuch der beiden rechtsextremistischen Abgeordneten, dies zum Thema eines Antrages zu machen, in der Bürgerschaft gar nicht erst zugelassen worden war.

Vor dem Hintergrund dieses Umfrageergebnisses und angesichts der Tatsache, dass es in Stralsund – anders als in den übrigen Kommunen – im untersuchten Zeitraum nie Anträge seitens der NPD gegeben hat, scheint die folgende Frage nach der kommunalpolitischen Relevanz und der inhaltlichen Verständlichkeit der NPD-Anträge für die Bürgerschaft genau genommen ohne Belang zu sein. Dessen ungeachtet machten die Abgeordneten zu den vermeintlichen Anträgen der NPD folgende Aussagen:

Abbildung 6: Kommunalpolitischer Bezug der Anträge

Auch dieser Befund ist weniger irrational als er auf den ersten Blick erscheint. Offensichtlich erinnerten sich die Abgeordneten bei ihren Antworten noch an die Gespräche untereinander über nicht zugelassene Anträge oder die NPD allgemein und weniger daran, ob diese Anträge nun tatsächlich in der Bürgerschaft besprochen wurden oder nicht.

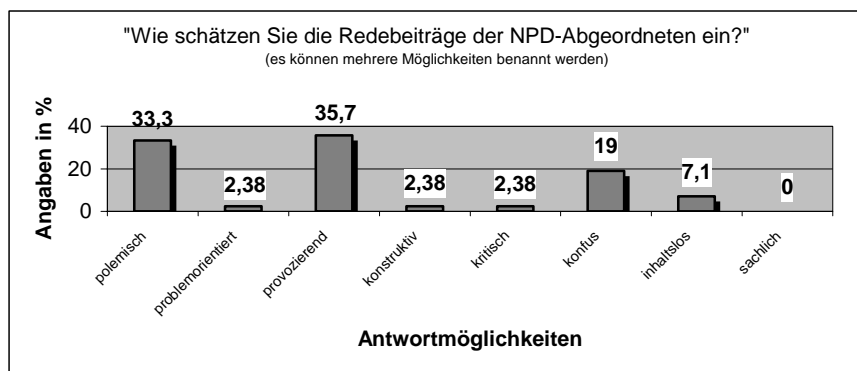
Auf die Frage, ob die Stralsunder Bürgerschaft den NPD-Anträgen gegenüber eher ablehnend oder zustimmend eingestellt sei, ergab sich folgendes Bild:

Abbildung 7: Wie steht die Bürgerschaft den Anträgen gegenüber?

Auch wenn bis dato kein Antrag der NPD in der Bürgerschaft auf der Tagesordnung stand, verhalten sich insgesamt rund 90 Prozent der Abgeordneten den Anträgen der NPD gegenüber ablehnend. Nur eine Person äußerte, dass das konkrete Verhalten der Bürgerschaft vom Inhalt des Antrages abhängig gemacht werden müsste und eine weitere meinte, dass die Bürgerschaft an sich unfähig sei überhaupt mit der NPD umzugehen (jeweils 5,26 Prozent).

Das Nichtwissen um die tatsächlich zur Debatte stehenden Anträge der NPD lässt nur eines vermuten: Die Abgeordneten in der Bürgerschaft sind sich zwar diffus der Anwesenheit der NPD und ihrer politischen Ziele bewusst, beachten diese aber letztlich so wenig, dass sie nicht einmal in der Lage sind, zutreffende Angaben über deren konkretes Agieren zu machen. Die wenigen Redebeiträge von Arendt und Flotow werden von den befragten Abgeordneten indessen wie folgt eingeschätzt:

Abbildung 8: Einschätzung der Redebeiträge und Wortmeldungen der NPD



Demnach waren 33,3 Prozent bzw. 35,7 Prozent der Befragten der Meinung die Redebeiträge Arendts und Flotows seien polemisch und provozierend und nur eine verschwindend geringe Zahl der Stralsunder Abgeordneten vermochten in den Beiträgen der NPD den Versuch problemorientierten, konstruktiven oder gar kritischen Agierens zu erkennen (jeweils 2,38 Prozent).

5.7 Die außerparlamentarische Arbeit der NPD

Auch wenn die NPD in der Stralsunder Bürgerschaft bis zum Anfang des Jahres 2006 so passiv wie dilettantisch agierte – in ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellt sie dies völlig anders da. Vor allem versucht die Stralsunder NPD, ihre (angebliche) Arbeit im Kommunalparlament mit einfallsreichen außerparlamentarischen Aktionen zu beschönigen, sowohl um den Stralsunder Bürgern die NPD näher zu bringen als auch um Berührungängste abzubauen. Arendt genießt für seine diesbezüglichen Fähigkeiten in der gesamten rechtsextremistischen Szene von Mecklenburg-Vorpommern hohes Ansehen. Mit seinen Aktionen will er schwerpunktmäßig Familien – genau genommen: deutsche Familien im Sinne des Rechtsextremismus – ansprechen⁴⁵ und organisiert zu diesem Zweck seit mehreren Jahren Veranstaltungen, bei denen die Hemmschwelle, diese zu besuchen, entsprechend niedrig liegt. Dazu zählt beispielsweise ein seit 2002 inzwischen jährlich stattfindendes Kinderfest mit kostenlosen Bratwürsten sowie Mal- und Bastelstraßen. Anfang Juni 2005 veranstaltete die NPD in der Stralsunder Brunnenau, einer Parkanlage am Rand der Altstadt, dieses bereits zum vierten Mal. Nach eigenen Angaben der Partei haben allein zwischen 12 und 18 Uhr mehr als 600 Menschen das Kinderfest besucht, wobei die Zahlen allerdings reichlich hoch gegriffen sein dürften.⁴⁶ Der NPD-Kreisverband Stralsund veröffentlichte auf seiner Website Fotos des Festes, um den Eindruck zu vermitteln, rechtsextremistische Kinderfeste seien in Stralsund gesellschaftsfähig geworden. Dies ist vielleicht sogar nicht ganz unzutreffend, denn als im vergangenen Jahr zeitgleich zum NPD-Kinderfest mehrere Gegenveranstaltungen angeboten wurden, waren diese kaum besser besucht als das Fest der NPD.

Mit besonderem Ehrgeiz richtet die NPD in Stralsund zudem mehrmals im Jahr ihre Info-Tische aus. Versucht wird, diese öffentlichen Aktionen bestimmten Anlässen anzupassen. So gratulierte die Partei am 8. März 2005 „allen deutschen Frauen und Mädchen“⁴⁷ zum Frauentag und überreichte jeder Dame eine rote Rose; der Standort des Info-Tisches war das Stralsunder Gebäude der Agentur für Arbeit. Zu solchen Aktionen gehörte auch, dass im Dezember 2005 ein als Weihnachtsmann verkleideter NPD-Aktivist vor einem Einkaufscenter im

⁴⁵ Unter Punkt zwei im Parteiprogramm der NPD heißt es entsprechend: „Die Familie ist lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen. In ihr werden die Muttersprache gelehrt und Kultur und Gebräuche vermittelt. Die Familie ist Träger des biologischen Erbes. Ein Volk, das tatenlos zusieht, wie die Familie zerstört wird oder ihre Kraft verliert, wird untergehen, weil es ohne gesunde Familien kein gesundes Volk gibt.“ NPD-Programm, Stand: 9. November 2005, 1.

⁴⁶ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=511, 26. Juni 2006.

⁴⁷ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=511, 26. Juni 2006.

Stadtteil Knieper West herumließ, um bei Familien mit Kindern Interesse für den Infotisch der Partei zu wecken.⁴⁸ In Reaktion auf einen kritischen Leserbrief in der Ostsee-Zeitung, in dem ein Stralsunder seine Abscheu vor dieser Art von Propaganda zum Ausdruck gebracht hatte, erklärte Arendt das Ansinnen, das hinter Kinderfesten, roten Rosen und dem Weihnachtsmann für die NPD steht, ohne Umschweife:

„Die NPD [...] verteilt jedes Jahr regelmäßig Weihnachtskarten, Muttertags- und auch Frauentagsgrüße, um nur einige Aktionen zu nennen. Für Sie mag es eklig sein und als Missbrauch verstanden werden, aber für uns und viele Stralsunder ist dieses eine kleine und ehrlich gemeinte Aufmerksamkeit. Außerdem wird von der NPD jedes Jahr in der Brunnenau ein sich immer größerer Beliebtheit erfreuendes kostenloses Kinderfest ausgerichtet. Im Gegenzug veranstalteten dieses Jahr örtliche Vereine "Bezahlkinderfeste". (Trotz Hartz IV- erstaunlich!) Für uns als NPD ist selbstverständlich, daß wir für die Zukunft unseres Landes alles tun werden, und diese fängt mit den Kindern an. Dazu gehören selbstverständlich auch der Erhalt und die Vermittlung deutscher Werte und Traditionen. Denn die Zukunft gehört unseren Kindern, also kümmern wir uns darum!“⁴⁹

Arendt und Flotow nutzen diese Info-Tische nicht zuletzt, um dort über ihre kommunalparlamentarische Arbeit zu berichten und darauf hinzuweisen, dass diese Früchte tragen würde. Für den Umstand, dass die öffentliche Wahrnehmung der NPD-Kommunalpolitik von der Selbsteinschätzung der Abgeordneten abweicht, bieten Arendt und Flotow laut einem Internet-Bericht über ihre Info-Tische folgende Erklärung an:

„So erhielten die Stralsunder Bürger vor Ort die Gelegenheit, beide anwesenden NPD Bürgerschaftsabgeordneten, Dirk Arendt und Bernd Flotow, über ihre parlamentarische Arbeit im Stralsunder Rathaus Fragen zu stellen. Dadurch konnten sich die Bürger ein eigenes Bild von der Arbeit der NPD verschaffen. Nach dem Gespräch waren die Bürger sehr erbost über Presse und Medien, welche die NPD bei ihrer einseitigen Berichterstattung gänzlich totschweigt.“ [sic!]⁵⁰

5.8 Fazit

Die Präsenz der beiden NPD-Politiker in der Stralsunder Bürgerschaft steht der vielfach geäußerten Annahme entgegen, die Partei werde ausschließlich im ländlichen Raum akzeptiert und gewählt. Auch wenn Stralsund keine Großstadt ist – mit seiner historischen Altstadt, die zum offiziellen Weltkulturerbe der UNESCO erhoben wurde, seiner Fachhoch-

⁴⁸ Vgl. Ostsee-Zeitung, Brauner Mann im roten Mantel, 15. Dezember 2005.

⁴⁹ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=504, 13. Juni 2006.

⁵⁰ http://www.npd-mv.net/mvneu/index.php?sek=0&pfad_id=50&cmsint_id=1&detail=513, 13. Juni 2006.

schule und dem Tourismus gehört es doch eindeutig zu den eher urbanen Zentren in Mecklenburg-Vorpommern. Die üblichen Ursachen, die vor allem in den Landkreisen für das starke Abschneiden der NPD bei den Kommunalwahlen angeführt werden (Arbeitslosenquoten von fast 30 Prozent, mangelnde Freizeitangebote für Jugendliche, fehlendes zivilgesellschaftliches Engagement) sind hier deutlich weniger ausgeprägt. Woran mag es dann liegen, dass die NPD in die Bürgerschaft einziehen konnte?

Es sind wohl vor allem zwei Gründe: Zum einen lässt sich von dem Umstand, dass die für den Wahlerfolg rechtsextremer Parteien gewöhnlich angeführten Gründe in Stralsund weniger augenscheinlich sind als beispielsweise im Landkreis Ostvorpommern nicht automatisch darauf schließen, dass sie als Erklärungsgrundlage für das Abschneiden der NPD völlig ausscheiden. Denn in den Plattenbauvierteln wie Knieper West und Grünhufe kann die Partei durchaus soziale Verunsicherung und daraus resultierende Deprivationsgefühle für sich nutzbar machen. Info-Tische und Protestaktionen gegen Hartz IV stoßen dort auf größere Resonanz als in der relativ saturierten Altstadt. Arendt wohnt mittlerweile selbst in Grünhufe und ist in diesem Umfeld fest verwurzelt. Auch in Stralsund hat die NPD, ähnlich wie in den ländlichen Regionen, also Gebiete gefunden, in denen sie mit ihren Inhalten, ihrer Rhetorik und ihrer sozial-nationalen Strategie auf Sympathien stößt. Der andere Grund besteht wohl in der Tatsache, dass Stralsund über eine relativ breit gefächerte und gut organisierte rechte Szene verfügt. Neben der NPD sind vor Ort der ‚Freundeskreis Avanti‘ von Robert Rupprecht, Herausgeber der neonazistischen Schülerzeitung ‚Avanti‘, sowie – wenn auch mit geringerem Einfluss als in anderen Regionen – das ‚Soziale und nationale Bündnis Pommern‘ (SNBP) aktiv. Zusätzlich hat Axel Möller, Betreiber des rechtsextremen ‚Störtebeker-Netzes‘, seinen Wohnsitz in Stralsund und ist mit verschiedenen Partei- und Kameradschaftskadern eng verbunden. Während Flotow verhältnismäßig unauffällig agiert, hat sich Arendt zu einer charismatischen Führungspersonlichkeit dieses Netzwerkes entwickelt.

Wie unsere Untersuchung gezeigt hat, verhielten sich die beiden NPD-Vertreter während der Bürgerschaftssitzungen bis Ende 2005 in der Regel unauffällig bis inaktiv. Auch war es den Abgeordneten nicht gelungen, sich anderweitig in den Parlamentsalltag einzubringen. Sachanträge, die sie stellten, schafften es nicht auf die Tagesordnung oder wurden, wie in einem Fall, kurzerhand wieder gestrichen, weil die Bürgerschaft sich dafür als nicht zuständig erklärte. Zweifelsohne mangelt es den beiden Rechtsextremisten am nötigen kommunalpolitischen Handwerkszeug, so dass die demokratischen Parteien bisher auch kaum gezwungen waren, sich ernsthaft mit ihnen auseinander zu setzen. Eine wirkliche Auseinandersetzung zwischen NPD und den demokratischen Parteien steht in Stralsund deshalb erst noch bevor.

In der Bürgerschaft stößt die NPD insgesamt auf eine breite Ablehnungsfront. Sie steht geschlossen zusammen, wenn es, wie oben ex-

emplarisch dargestellt, darum geht, das Rathaus gegen die Nutzung durch die NPD zu verteidigen. Eher beschneiden sich die demokratischen Parteien in ihren eigenen Nutzungsrechten, als die NPD daran Anteil haben zu lassen. Während der Bürgerschaftssitzungen werden die beiden NPD-Abgeordneten weitgehend ignoriert und auch außerhalb der Sitzungen werden alle Möglichkeiten, die NPD vom alltäglichen Rathausleben so weit wie möglich auszuschließen, genutzt. So ließ man im Foyer alle Tafeln entfernen, auf denen die Namen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien notiert sind. Lieber sollte gar kein Parteikürzel die Gäste empfangen, als dass darunter auch das der NPD auszumachen gewesen wäre. Eine Veränderung der Geschäftsordnung sorgte zudem dafür, dass die Rechtsextremisten nicht im Präsidium der Bürgerschaft vertreten sind.

Hinter diesem Verhalten steckt weniger eine bis ins letzte Detail gemeinsam entwickelte Strategie im Umgang mit der NPD, sondern eher ein latent vorhandener Konsens, dass Rechtsextremisten wie Dirk Arendt und Bernd Flotow nichts im Löw'schen Saal verloren haben. Bei aller Fortune, die die Abgeordneten bisher mit ihrer sitzungsinternen Ignoranz hatten, darf sie daher nicht als geglückte Umsetzung einer Strategie des Totschweigens bezüglich des Rechtsextremismus gelten. Denn es ist vor allem der Passivität und mangelnden Kompetenz der beiden NPD-Vertreter zu verdanken, dass diese Haltung bis Ende 2005 genügte, um die NPD während der Sitzungen politisch auszuschalten.

Die bisherige Geschlossenheit im Umgang mit der NPD im Rathaus ist also prekär und primär der Unfähigkeit der NPD geschuldet. Die Differenzen zwischen den Parteien werden deutlich, wenn es man sich ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen des Phänomens Rechtsextremismus in Stralsund vor Augen hält. Während die Fraktionen von SPD und ‚Forum Kommunalpolitik‘ für eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Stralsund plädieren, verhält sich die CDU deutlich zurückhaltender und verweist auf bereits bestehende Strukturen, z.B. in der Jugendarbeit, die genügen, um angemessen auf die Situation zu reagieren. Die Ablehnung der Union gegen weitere Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus ging an einem Punkt sogar so weit, dass CDU-Vertreter den Sitzungssaal verließen, als eine Erklärung gegen Rechtsextremismus des ‚Forum Kommunalpolitik‘ zur Debatte und Abstimmung stand.⁵¹ Die PDS tendiert zwar allgemein eher in Richtung Aktiv-Strategie, verteidigt diese aber zumindest in Form von eindeutigen Initiativen gegen Rechts innerhalb des Parlamentes längst nicht so entschieden wie SPD und ‚Forum Kommunalpolitik‘. Im Gespräch mit der Fraktionsspitze stellt sich die PDS im Kampf gegen Rechtsextremismus indessen wesentlich aktiver dar.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen: Auch wenn zwischen den demokratischen Parteien wesentliche Differenzen über die beste Form der Auseinandersetzung bestehen, nutzt die Bürgerschaft in Stralsund

⁵¹ Vgl. Ostsee-Zeitung, Bürgerschaft machte traurige Figur, 1. Oktober 2004.

konsequent die Mittel, die sie zur Verfügung hat, um Spielraum und Einfluss der NPD möglichst klein zu halten und die beiden Rechtsextremisten im kommunalparlamentarischen Alltag auszugrenzen.⁵² Auch wenn die Unfähigkeit der beiden NPD-Abgeordneten es der Bürgerschaft bislang relativ leicht gemacht hat – in Städten von der Größe Stralsunds ist es für die NPD offensichtlich sehr viel schwerer, sich über ihre Arbeit in den Kommunalparlamenten zu profilieren, als in rein ländlichen oder kleinstädtischen Regionen.

⁵² Zu Strategien im Umgang mit rechtsextremen Parteien in Parlamenten vgl. Kap. 6.2.

6. Zusammenfassung und Ergebnisse

Welche Ergebnisse und Schlussfolgerungen lassen sich aus den vier skizzierten Fallstudien gewinnen? Die Stadt Anklam, der Landkreis Ostvorpommern, der Kreis Ludwigslust und die Hansestadt Stralsund sind einander in vielerlei Hinsicht sehr ähnlich. Ungeachtet dieser Gemeinsamkeiten dürfen die nichtsdestotrotz bestehenden Unterschiede zwischen ihnen nicht unterschlagen werden. Aus Sicht neuerer sozialwissenschaftlicher Erklärungsmodelle für die Wahl rechtsextremistischer Parteien handelt es sich dabei um Differenzen, die nicht ganz in das dort skizzierte Bild passen wollen. Zwar gehören alle vier Städte und Kreise im weitesten Sinne zur ‚Problemregion im Osten Deutschlands‘, aber nicht alle entsprechen dem speziellen Typus der ländlichen Krisenregionen in Ostdeutschland in gleicher Weise. Gegen eine solche kollektive Rubrizierung spricht erstens die vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis Ludwigslust und der vom Tourismus profitierenden Insel Usedom; gegen eine solche Deutung spricht zweitens, dass die NPD ihren Wahlerfolg nicht nur auf dem „flachen Land“ und in Kleinstädten, sondern auch in der Hansestadt Stralsund verbuchen konnte. Es sind offensichtlich nicht allein die demographischen und sozioökonomischen Daten, mit denen sich das erfolgreiche Abschneiden der NPD bei den Kommunalwahlen erklären lässt, sondern hier spielt noch eine Reihe weiterer Faktoren eine Rolle.

Zu diesen Faktoren zählen die lokalen Schattierungen in der politischen Kultur ebenso wie Schattierungen in der lokalen Präsenz demokratischer Kräfte. Beide Faktoren sind nur schwer empirisch zu messen, da sie sich aus einer ganzen Reihe alltagspraktischer und informeller Momente zusammensetzen – ihnen nachzuspüren, wäre Aufgabe von politischen Regionalanalysen im Rahmen eines größeren sozialwissenschaftlichen Projekts. Den vier Fallstudien war aber noch ein weiteres Phänomen gemeinsam, das zumindest auf indirekte Weise Auskunft über das Kolorit in den jeweiligen lokalen politischen Kulturen gibt: In allen vier Kommunen unserer Fallstudien – für Teldau, die Stadt Ludwigslust und den Landkreis Müritz gilt dies im Übrigen genauso – gab es unabhängig von der Kommunalwahl bereits stark ausgeprägte Strukturen rechtsextremistischer Aktivitäten. Entweder war die NPD – wie in Stralsund und Ludwigslust – schon vor der Wahl als organisierte Kraft vor Ort existent oder es existierte – wie in Anklam und in den sonstigen Teilen des Landkreises Ostvorpommern – eine starke Kameradschaftsszene, die anlässlich der Wahlen den engen Schulterschluss mit der NPD suchte. Die NPD hatte bei der Kommunalwahl insgesamt nur in acht Gemeinden Kandidaten aufgestellt und zwar ausnahmslos dort, wo sie sich aufgrund der bestehenden Stärke von rechtsextremistischen Kräften vor Ort eine realistische Chance für den Wahlerfolg ausgerechnet hatte. In sieben von acht Gemeinden ging das Kalkül auf. Den takti-

schen Grundsatz, nur dort zu kandidieren, wo es halbwegs realistische Wahlchancen gibt, hatte die NPD das erste Mal nach der verlorenen Bundestagswahl 1969 verkündet, in den 80er Jahren wieder entdeckt¹ und seit Ende der 90er Jahre in Sachsen konsequent angewendet.²

Wie aber sieht nach gut zwei Jahren das Gesamtbild aus, das die NPD in den Kommunalparlamenten von Mecklenburg-Vorpommern bietet? Nimmt man die vier Fallstudien zusammen in den Blick, wird als allererstes deutlich, dass sich die Aktivitäten der NPD in den vier Kommunen doch recht unterschiedlich darstellen und es schwer machen, ein durchgängiges Muster zu erkennen. Worin bestehen diese Unterschiede und an welchen Punkten lassen sich eventuell dennoch Gemeinsamkeiten finden? Und vor allem: Wie lassen sich die Aktivitäten der NPD in ihrer kommunalpolitischen Arbeit abschließend bewerten? Inwieweit lässt sich von Erfolgen im kommunalpolitischen Wirken der NPD in Mecklenburg-Vorpommern sprechen? Um diese Fragen zu beantworten, fassen wir zunächst einige der wichtigsten Einzelbefunde aus den Kapiteln zwei bis fünf noch einmal vergleichend zusammen und stellen sie in Bezug zu Befunden über die Kommunalpolitik der NPD in Hessen und Baden-Württemberg. Etwas genauer möchten wir dabei auch auf die Wahrnehmung der NPD von den Vertretern der anderen Parteien eingehen und deren Reaktionen und Umgang mit der NPD in den vier Kommunen skizzieren (6.1). Fast zwangsläufig schließt sich daran eine demokratiepolitische Folgefrage an: Gibt es so etwas wie eine demokratische *best practice* im Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten und wenn ja, wie müsste diese umrissen werden (6.2)?

6.1 Die NPD in den vier Kommunalparlamenten

Wie geschildert, muss die NPD sich in den vier kommunalen Parlamenten fast ausschließlich auf die Plenumssitzungen von Stadtvertretung, Bürgerschaft bzw. Kreistagen beschränken, da die Partei in keiner der vier Kommunen Abgeordnete in die regulären Ausschüsse entsenden konnte. Allerdings rechnete die NPD offensichtlich auch gar nicht damit, von den anderen Parteien oder den Wählergemeinschaften Stimmen für Ausschusskandidaturen zu erhalten, denn sie verzichtete in allen vier Kommunen auf entsprechende Kandidaturen.

Der NPD ist somit eine zentrale Möglichkeit der kommunalen Mitarbeit versperrt geblieben. Denn viele wesentliche Entscheidungen werden in den Ausschüssen von kommunalen Abgeordneten zusammen mit den Zuständigen aus der Verwaltung vorgeklärt und meist bereits auch vorentschieden. Ausnahmen davon gibt es lediglich insofern, als dass die NPD in Anklam von ihrem Gastrecht (ohne Stimmrecht) bei den Sit-

¹ Vgl. Wagner 1992: 50.

² Vgl. Steglich 2005: 39, 41, 43.

zungen des Hauptausschusses Gebrauch macht. Zudem ist die NPD sowohl in Ostvorpommern als auch in Ludwigslust in den jeweiligen Regionalen Planungsverbänden (Vorpommern und Westmecklenburg) vertreten. Der potentielle Aktivitätsradius der NPDler in ihrer kommunalen Tätigkeit ist also von vorneherein schon sehr beschränkt und stellt die Partei vor die taktische Frage, ob sie ihre fehlende Präsenz in den Ausschüssen durch entsprechende Aktivitäten in den Plena kompensieren oder ob sie sich der detaillierten Sacharbeit konsequent enthalten will. Da die Entscheidungen formell im Plenum getroffen werden und jede Partei dadurch die Möglichkeit hat, nicht nur symbolische Politik zu betreiben, sondern mit eigenen Initiativen und Vorschlägen im Plenum Mehrheiten zu gewinnen, spricht einiges für die erstere Option. Indessen zeigte sich in dem von uns vorgenommenen Vergleich der vier Kommunen, dass die NPD-Abgeordneten bei der Nutzung der kommunalen Parlamente recht unterschiedliche Wege gehen.

Das soziale Profil der Mandatsträger

Beginnen wir die vergleichende Zusammenfassung aber zunächst mit einem Profil der Personen, die für die NPD in den Kommunen vertreten sind. Wir haben dafür nicht nur die Kommunalpolitiker, auf die sich die NPD-Mandate in den vier Fallstudien verteilen, aufgenommen, sondern auch die Vertreter in Teldau und im Müritzkreis.

Die erste Aussage, die über die Liste der acht Mandatsträger getroffen werden kann, mag aus Sicht anderer Parteien lächerlich klingen, berührt einen aus Sicht der NPD aber durchaus nicht ungewöhnlichen Punkt. Die NPD-Mandatsträger sind nicht miteinander verwandt oder verschwägert. In den Kandidatenlisten Hessens und Baden-Württembergs tauchten demgegenüber häufig dieselben Familiennamen bei der NPD auf.³ Bei der NPD ließ sich dort eine mit religiösen Sekten vergleichbare soziale Vernetzungsstruktur beobachten: Lokale Kerne der Partei bestanden aus Ehepaaren, auch Kinder und Schwiegersöhne nahmen häufig Mandate in den Kommunalparlamenten wahr.

Die insgesamt acht Personen, die im Bundesland für die NPD in Kommunalparlamenten sitzen, weisen einige signifikante Gemeinsamkeiten aber ebenso signifikante Unterschiede auf. Das soziale Profil der acht Mandatsträger lässt sich in einer tabellarischen Übersicht folgendermaßen darstellen:

³ Vgl. Staud 2005: 138 mit Beispielen.

Tabelle 1: Das soziale Profil der NPD-Mandatsträger

| Mandats-träger | Ge-schlecht | Alter⁴ | Her-kunft | berufliche Tätigkeit | politische Bio-graphie |
|---|--------------------|--------------------------|------------------|---|--|
| Michael Andre-jewski Stadt Anklam + Kreistag OVP | männlich | 44 Jahre | West | Jurist (Hartz-IV- Empfänger) | 1994 in die NPD eingetreten, zu- vor Mitglied der HLA |
| Dirk Arendt Bürger-schaft Stralsund | männlich | 27 Jahre | Ost | Werftarbeiter (zzt. wahr-scheinlich ar-beitslos) | seit mehreren Jahren in Stral-sund in der NPD aktiv |
| Klaus Bärthel⁵ Stadt LWL + Kreistag LWL | männlich | 65 Jahre | West | keine Angaben | erst kurzzeitig NPD-Mitglied |
| Bernd Flo-tow Bürger-schaft Stralsund | männlich | 51 Jahre | Ost | betreibt hin- und wieder ei-nen Grillstand | war bis Mitte der 90er-Jahre bei den REPubli-kanern aktiv, dann NPD |
| Michael Grewe Gemeinde Teldau | männlich | 35 Jahre | West | betrieb mehre-re Jahre einen Neonazi-Laden in Lüneburg | in der freien Szene um Wulff sozialisiert; NPD- Mitgliedschaft unklar |
| Mario Kannen-berg Kreistag OVP | männlich | 26 Jahre | Ost | Maler/ Lackierer | NPD- Mitglied (unklar wie lange) |

⁴ Zum Zeitpunkt der Kommunalwahl 2004.⁵ Der Sitz von Klaus Bärthel im Kreistag Ludwigslust wird seit Mitte Juni 2006 von Michael Grewe eingenommen.

| | | | | | |
|---|----------|-------------|------|-----------------|---|
| Stefan Köster Kreistag LWL | männlich | 31 Jahre | West | Bürokaufmann | NPD- Landesvorsitz; Mitglied im Bundesvorstand |
| Sven Kuschne- reit⁶ Kreistag Müritz | männlich | 26 Jahre | Ost | Tiefbauarbeiter | keine Angaben |

Auch wenn rechtsextremistische Einstellungen bei Frauen mittlerweile auf einem fast gleich hohen Niveau wie bei Männern anzutreffen sind, ist der Rechtsextremismus sowohl in seinem äußeren Erscheinungsbild als auch in der öffentlichen Wahrnehmung ein männlich dominiertes Phänomen.⁷ Markant wird dies vor allem hinsichtlich des Wahlverhaltens und der organisatorischen Verbundenheit, denn Frauen treten deutlich weniger als rechtsextreme Wähler und noch weniger als aktive Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen in Erscheinung. Seit kurzem häufen sich Hinweise, dass es zumindest im subkulturellen Bereich der Kameradschaften zu einer Neudefinition klassischer Geschlechterrollen kommt.⁸ Schlägt sich dieser Trend auch bei den Mandatsträgern der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nieder? Die Antwort darauf lautet eindeutig ‚Nein‘, denn alle acht gewählten Personen sind männlich und auch die eine vergebliche Kandidatur in Züssow wurde von einem Mann angetreten. Diese männliche Dominanz deckt sich im Übrigen mit Sachsen, auch wenn dort wenigstens 13 Prozent der Parteiämter von Frauen wahrgenommen werden.⁹ Deutliche Unterschiede bestehen dagegen im Vergleich zu Hessen, wo in den 90er Jahren genau ein Drittel der 48 NPD-Kandidaten zu den Kommunalwahlen Frauen waren.¹⁰

Wie sieht es aus mit dem zweiten Indikator, dem Lebensalter? In ihrer Gründungsphase galt die NPD lange Zeit als Partei der ‚alten Generation‘¹¹; dieses Image verstärkte sich noch in den 70er und 80er Jahren.¹² Heute wirbt die NPD hingegen damit, die „Partei der Jugend“ zu sein und beruft sich unter anderem auf ihre Zustimmungsraten unter Erstwählern. Wie sieht die Alterstruktur der acht Mandatsträger in Mecklenburg-Vorpommern aus? Ihr Durchschnittsalter lag am Wahltag bei 38,1 Jahren. Fünf der Mandatsträger waren zum Zeitpunkt ihrer

⁶ Der Sitz im Kreistag des Landkreises Müritz wird seit Mitte 2006 von Karsten Häußner eingenommen.

⁷ Vgl. zu diesen Befunden Rommelsbacher 2000: 199ff. und Stöss 2005: 66.

⁸ Vgl. Röpke/Speit 2004.

⁹ Vgl. Steglich 2005: 84.

¹⁰ Vgl. Hafeneger 1997: 28.

¹¹ Vgl. Niethammer 1969: 76f.

¹² Vgl. Schmollinger 1986: 1928f.

Wahl zwischen 26 und 35 Jahre alt, zwei von ihnen in der Kohorte zwischen 44 und 51 und nur ein Mandatsträger hatte das Rentenalter bereits überschritten.¹³ Damit ist das NPD-Personal vergleichsweise jung. Zwar entsprachen auch die hessischen Kommunalabgeordneten schon nicht mehr dem Klischee der ‚alten Männer‘, sie verteilten sich aber noch ungefähr gleichmäßig über drei Alterskohorten zwischen 25-65 Jahren.¹⁴

Unter den acht Abgeordneten sind fünf gelernte und angelernte Arbeiter (Maler, Werftarbeiter, Tiefbau), die teilweise jedoch arbeitslos sind, ein gelernter Versicherungskaufmann, ein arbeitsloser Jurist und ein Rentner. Die NPD rekrutiert sich damit aus den unteren sozialen Schichten. Oder, um es aus Sicht der NPD positiver auszudrücken: Anders als bei den Parteien der Linken gehören die Mandatsträger der NPD zu dem sozialen Milieu, das auch von ihrer Propaganda angesprochen werden soll. Für die alltägliche Politik ist die geringe Zahl an Facharbeitern und Akademikern allerdings eine Belastung für die Partei. Der geschilderte soziale Befund deckt sich übrigens im Wesentlichen mit dem aus Hessen,¹⁵ wohingegen die Mandatsträger in Sachsen einen etwas höheren sozialen Status zu haben scheinen und die Zahl der Selbständigen unter ihnen mit 15 Prozent (Hessen zwei Prozent) deutlich höher liegt.¹⁶

Da die Partei in keinem der Kommunalparlamente mit mehr als zwei Abgeordneten vertreten ist, in vier Kommunen gar mit nur einer Person, ist es wenig ergiebig, die Frage nach der internen Interaktionsstruktur aufzuwerfen. Grundsätzlich ist die Frage aber deshalb interessant, weil sich die NPD-Fraktionen in solchen Gemeindeparlamenten, in denen die Partei mit mehreren Abgeordneten vertreten war (und ist), in der Regel nach dem Prinzip einer ‚Führerpartei‘ sortiert, d.h. einer unter den Abgeordneten kann eine besondere Autorität für sich reklamieren. Auf die von solchen Strukturen produzierten lebhaften gruppendynamischen Prozesse soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.¹⁷ Von Interesse ist in unserem Zusammenhang lediglich die Frage, ob es auf Landesebene eine Person gibt, die die Kommunalpolitik der NPD dominiert oder wenigstens anleitet. Unsere Recherchen und Interviews haben indessen eindeutig ergeben, dass es eine solche Figur nicht gibt. Ebenso wenig werden ‚Weisungen‘ oder andere unterstützende Materialien von der Parteispitze ausgegeben. Die in der ‚Deutschen Stimme‘ 2003 mit großem Pomp begründete ‚Kommunalpolitische Vereinigung‘

¹³ Für einen Mandatsträger – Michael Grewe aus Teldau – konnten wir das genaue Lebensalter nicht ermitteln und haben es geschätzt.

¹⁴ Vgl. zur NPD Hafener 1997: 28, vgl. zu den REPublikanern Hafener 2000: 31.

¹⁵ Vgl. Hafener 1997: 28.

¹⁶ Vgl. Steglich 2005: 89-91.

¹⁷ Einblicke in die zwischenmenschlichen Untiefen solcher Beziehungen bietet für Baden-Württemberg Wagner 1997. In Königstein (Sachsen) übt derzeit Uwe Leichenring die Rolle einer Führerfigur aus.

der NPD ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht existent. Tatsächlich gibt es nicht einmal eine Koordination zwischen den Kommunalparlamentariern. So bleibt die von Andrejewski seit Beginn 2006 in Stralsund geleistete ‚Amtshilfe‘ die einzige Form der Zusammenarbeit unter den Kommunalparlamentariern, die wir beobachten konnten.

Kommen wir abschließend zu zwei weiteren Aspekten im Personenprofil der acht Mandatsträger, die in den bisherigen Analysen zu Hessen und Sachsen noch nicht thematisiert worden sind: Woher stammen eigentlich die NPD-Abgeordneten und welche politischen Biographien haben sie? Nach der Wende entstand schnell die These, dass westliche Kader die NPD im Osten aufgebaut hätten. Mittlerweile ist sie von einer zweiten These abgelöst worden, die lautet, dass die NPD im Kern eine Partei des Ostens ist. Der Blick auf die acht Akteure in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt bzw. widerlegt beide Thesen. Vier der Abgeordneten sind ehemalige DDR-Bürger (drei von ihnen gehören zu den jüngsten Abgeordneten). Die anderen vier stammen aus dem Westen und sind nicht zufällig in den neuen Bundesländern gelandet, sondern erst in den letzten Jahren, primär aus politischen Motiven, in die Region gezogen. Alle vier aus Westdeutschland Zugezogenen sind seit Jahren bzw. seit Jahrzehnten in der rechtsextremistischen Szene aktiv und zum Teil wegen Körperverletzung und Volksverhetzung verurteilt.¹⁸ Bei ihnen handelt es sich um fanatische Überzeugungstäter, die sich von ihrem Wechsel in den Osten einen größeren politischen Wirkungskreis erhofft haben. Bundespolitisch spielt in der Partei allerdings nur einer von ihnen eine Rolle: Stefan Köster als Mitglied im Bundesvorstand der NPD. Von den vier aus der ehemaligen DDR stammenden Mandatsträgern sind die beiden Jüngsten unter ihnen absolut unbeschriebene Blätter. Lediglich die beiden Stralsunder Abgeordneten sind seit mehr als einem Jahrzehnt feste Größen in der örtlichen NPD.

Die parlamentarischen Aktivitätsformen

Soviel zu den Personen. Setzen wir die vergleichende Zusammenfassung nun mit der Frage nach den Aktivitätsformen der NPD-Kommunalparlamentarier in den Plenarsitzungen fort. Spektakuläre Aktivitäten legten die sechs Mandatsträger in keinem der vier untersuchten Kommunalparlamente an den Tag. Es gab keine Prügeleien, keine Uniformierungen oder andere Verkleidungsaktionen, keine rabiaten Unterbrechungsversuche, keine Verhinderungsversuche von Abstimmungen durch Dauerreden (Filibuster) – alles Aktionsformen, die sich nicht selten bei Rechtsextremisten in den Parlamenten anderer Länder beobachten lassen und die angesichts der politischen Biographien der acht Mandatsträger zumindest nicht völlig aus der Luft gegriffen wären.

¹⁸ Zu den Biographien der acht Mandatsträger vgl. die Angaben im Anhang.

Doch davon keine Spur. Die deutlichste Form abweichenden Verhaltens praktizieren noch die beiden Stralsunder NPDler, wenn sie aus Protest gegen die aus ihrer Sicht zu kostspielige neue Möblierung des Bürgerschaftssaals demonstrativ ihre roten Klappstühle mitbringen und während der gesamten Sitzungszeit darauf ausharren. Nicht einmal demonstrative „Auszüge unter Protest“ unternahmen die Rechtsextremisten. Die NPD-Abgeordneten werden daher auch von den befragten Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen im direkten Umgang als ruhig, freundlich und höflich beschrieben.

Auch die zuweilen hohe Kunst der Zwischenrufe gehört nicht zum Verhaltensrepertoire der NPDler. Sie verhalten sich während der Sitzungen durchgängig still und leise. Sie nehmen nicht einmal dann, wenn im Publikum Unterstützer von ihnen sitzen, demonstrativ Kontakt zu ihnen auf oder versuchen, sich vor ihrer Kulisse besonders zu produzieren. Überhaupt ließ sich beobachten, dass die NPD darauf verzichtet hat, in größer angelegten Aktionen unterstützendes Publikum zu bestimmten Sitzungen oder Themen zu mobilisieren. Bis auf das regelmäßige Mitschleppen von zwei Klappstühlen in Stralsund bewegten sich damit sämtliche Aktivitätsformen der NPD in den Plenarsitzungen der Kommunalparlamente im Rahmen des konventionellen kommunalparlamentarischen Verhaltens. Darunter fallen das stille Zuhören und Abstimmen, die Rede vor dem Plenum, die Anfrage an die Verwaltung und – als am meisten ambitionierte Aktivitätsform – der Antrag oder die Beschlussvorlage vor dem Plenum.

Die kommunalparlamentarische Aktivitätsintensität

Der Modus parlamentarischer Aktivitäten ist die eine Komponente, um das Verhalten der NPDler zu bewerten; eine zweite stellt die Intensität ihrer Aktivitäten, also die Häufigkeit, mit der die Abgeordneten die kommunalparlamentarischen Partizipationsmöglichkeiten nutzen, dar.

Hier gibt es einige Befunde, die auf den ersten Blick trivial klingen mögen. Vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen mit kommunalpolitischen Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen eignen sich diese jedoch durchaus als Maßstab, um der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ganz klar einen Erfolg zu attestieren: So sind alle acht Abgeordneten der Partei bislang dabei geblieben, d.h. keiner von ihnen hat in den ersten achtzehn Monaten sein Mandat wieder zurückgegeben! Auch hat sich keine der drei Zweiergruppen in Mecklenburg-Vorpommern in der Öffentlichkeit zerstritten, es wurden keine gegenseitigen Vorwürfe von Computerdiebstählen oder Hundevergiftungen erhoben; ebenso wenig gab es bekannt gewordene Prügeleien, Morddrohungen oder Rangeleien zwischen den NPDlern im Land.¹⁹ Als weite-

¹⁹ Dass solche rabiaten Auseinandersetzungen unter Parlamentariern im rechtsradikalen und rechtsextremen Lager durchaus keine Seltenheit sind, illustrie-

rer Erfolg ist aus Sicht der NPD die Tatsache zu verbuchen, dass ihre Abgeordneten fast durchgehend bei allen Sitzungen anwesend waren und auch bis zum jeweiligen Sitzungsende blieben.

Um angesichts dieser Befunde von einem Erfolg der NPD sprechen zu können, ohne sich dabei dem Verdacht der Ironie auszusetzen, soll hier der Hinweis auf die REPublikaner, DVU und NPD in Hessen genügen, die 1994, nach nur einem Jahr ihrer Mandatsträgerschaft, jedes sechste errungene Mandat infolge von Rücktritten aufgaben.²⁰ Auf Bundesebene war der Zerfallsprozess sogar noch evidenter: Von den bundesweit 136 bestehenden Gemeinde- und Kreistagsfraktionen waren 1993 knapp die Hälfte entweder völlig auseinander gebrochen oder hatten sich so stark dezimiert, dass sie ihren Fraktionsstatus verloren.²¹ Dass solche Bilanzen weiter Aktualität genießen, illustriert derzeit Sachsen. Seit Ende 2005 ist die sächsische Landtagsfraktion arg ramponiert und überziehen sich die ehemaligen Fraktionskollegen mit juristischen Klageschriften. Zudem haben in Sachsen seit 2004 mehrere kommunale Mandatsträger der NPD ihr Mandat wieder zurückgegeben.

Mit dieser ersten Bilanz ist die Aktivitätsintensität in einigen der untersuchten Kommunen dann aber fast schon vollständig beschrieben. In Stralsund dauerte es fast ein halbes Jahr, bis einer der beiden NPD-Abgeordneten überhaupt einmal den Weg zum Redepult fand. Im gesamten Zeitraum zwischen Juni 2004 und Dezember 2005 gab es weniger als fünf Redebeiträge der NPD. Anfragen wurden keine gestellt und Anträge von ihnen konnten im Plenum ebenfalls nicht behandelt wer-

ren Lepsy/Veen 1994, Griese/Niermann 1997 und Hoffmann 2000. Für die Penetranz derartiger Umgangsformen untereinander gibt es im Übrigen eine recht plausible Erklärung, die mit dem autoritären Politikverständnis der Rechtsextremen im Zusammenhang steht. Während demokratische Parteien im Laufe ihrer Geschichte eine Kultur oder wenigstens Tradition der demokratischen innerparteilichen Konfliktlösung gelernt haben, werden Differenzen und Konflikte in rechtsextremistischen Parteien lange verleugnet, weil der Rechtsextremismus in Konflikten und Pluralismus etwas Negatives sieht. Erst dann, wenn sich die schwelenden Konflikte nicht länger verbergen lassen, entscheidet die Parteiführung die Differenzen per Diktat und mittels des Parteiausschlusses. Die ideologiebedingte Unfähigkeit, innerparteiliche Konflikte auszutragen, ist eine nicht unerhebliche Belastung für jede rechtsextremistische Parteiführung und hat bislang nach 1945 noch jede rechte Parteiformation in Deutschland Scheitern lassen. Vgl. dazu die Überlegungen von Neubacher 1996: 92ff.

²⁰ Vgl. Hafenegger 1995: 7.

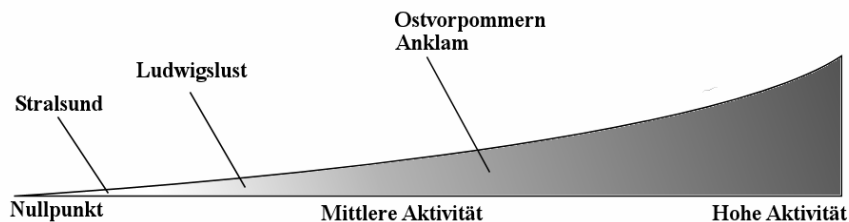
²¹ Pointiert fasste Leggewie das Agieren der Rechtsextremisten in den Kommunalparlamenten folgendermaßen zusammen: „Die Bilanz der praktisch-parlamentarischen Arbeit rechtsradikaler Fraktionen ist selbst bei wohlwollender Betrachtung katastrophal. REP- wie DVU-Parlamentarier fielen vor allem durch Sektierer- und Querulantentum, Untätigkeit, Faulheit und finanzielle Unregelmäßigkeiten auf. Ausgerechnet die Parteien, die als Kritiker des ‚Bonner Filzes‘ und der ‚Altparteien‘ angetreten sind, waren in kürzester Zeit weit unter deren Niveau und übertrafen alle Phänomene der Inkompetenz, Korruption und Bürgerferne“ (Leggewie 1994: XII).

den. Dies alles hat sich erst geändert, seit im Frühjahr 2006 der Anklamer NPDler Michael Andrejewski seine beiden Parteikameraden unter seine Fittiche nahm. Für unseren Untersuchungszeitraum aber gilt: Die Aktivitätsintensität der beiden NPD-Abgeordneten in Stralsund liegt nahe am Nullpunkt. In Ludwigslust war die NPD nicht sehr viel aktiver. Redebeiträge und Anfragen konnten nur gelegentlich protokolliert werden. Der einzige und inhaltlich nicht relevante Antrag bestand darin, auf eine Wiederholung der Wahl für die Mitglieder des regionalen Planungsverbandes zu drängen, damit Köster ebenfalls einen Sitz darin erhalten konnte. Die Wortbeiträge trägt meistens Stefan Köster vor. Klaus Bärthel hält sich noch mehr zurück. Beide wurden aber kurz vor den Landtagswahlen 2006, also ebenfalls erst nach Abschluss des Untersuchungszeitraumes, etwas aktiver darin, sich hin und wieder zu Wort zu melden.

Sehr viel intensiver ist demgegenüber die Aktivität des Einzelabgeordneten Andrejewski in Stadtrat von Anklam. Nachdem er im ersten halben Jahr noch keine Anträge stellte, änderte sich dies ab Februar 2005. Seitdem hat er mehrere Anträgen gestellt und ausführlich begründet. Sein Arbeitseifer ist sogar so ausgeprägt, dass er erfolgreich nach Themen für Beschlussvorlagen sucht, bei denen die anderen Parteien etwas übersehen oder bei denen sie nicht schnell genug reagiert haben. Im Ergebnis bescherte ihm dies sogar einige Male die unverhohlene Anerkennung seitens der anderen kommunalen Abgeordneten sowie deren Zustimmung zu seinen Anträgen.

Genauso intensiv ist die Aktivität Andrejewskis im Kreistag von Ostvorpommern, wohingegen der andere Mandatsträger Mario Kannenberg völlig passiv ist. Andrejewski hat im Kreistag acht Anträge zur Abstimmung gestellt und sie im Plenum verteidigt. Wie im Stadtrat von Anklam ist es auch im Kreistag seine Ambition, Themen für Beschlussvorlagen ausfindig zu machen, bei denen die anderen Parteien etwas übersehen haben. Seine insgesamt acht Anträge machen einen Anteil von knapp vier Prozent unter den insgesamt fast 220 Anträgen aus, die im Untersuchungszeitraum registriert wurden. Andrejewski agiert im Kreistag als eine Art ‚Quartalsbeantragter‘: Der erste Antrag stammt vom August 2004, der nächste erst wieder vom Dezember 2004, es folgen dann zwei Anträge im April 2005 und nach einer längeren Pause drei Anträge im September 2005 und dann wieder ein Antrag im Dezember 2005. Das ist insgesamt zwar keine extrem hohe, aber doch eine deutlich bemerkbare Aktivitätsintensität. Wie die folgende Übersicht zeigt, differieren die vier NPD-Vertretungen also ganz erheblich in ihrer parlamentarischen Aktivitätsintensität:

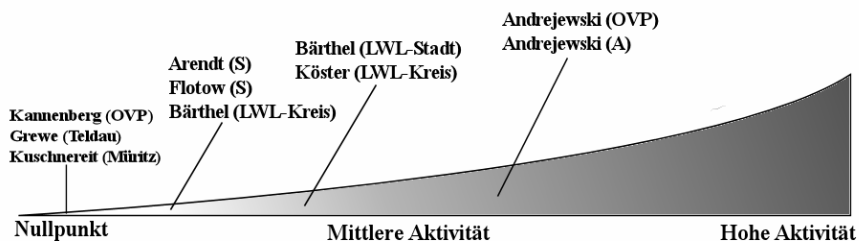
Abbildung 1: Aktivitätsintensität der NPD in den vier Kommunalparlamenten zwischen Juni 2004 und Dezember 2005



Noch markanter werden diese Differenzen, wenn man sie hinsichtlich der einzelnen Mandatsträger aufschlüsselt. Um das Ergebnis der nachfolgenden Aufschlüsselung richtig zu pointieren: Letztlich ist es von den sechs näher beobachteten kommunalen Mandatsträgern der NPD nur der Abgeordnete Michael Andrejewski, der den Ansprüchen an ein gewisses Engagement und eine gewisse Intensität bei seiner Arbeit im Kommunalparlament gerecht wird. Die Kontraste in diesem Gesamtbild werden noch schärfer, wenn man zu den vier Fallstudien ausnahmsweise auch die Aktivitätsintensität der NPD in den anderen drei Kommunalparlamenten – Gemeindevertretung Teldau, Kreistages Mürzitz sowie die Stadtvertretung Ludwigslust – hinzunimmt. Die beiden NPD-Vertreter, in der Gemeindevertretung Teldau Michael Grewe und im Kreistag Mürzitz Sven Kuschnereit, sind so gut wie nicht wahrnehmbar. Lediglich Klaus Bärthel macht neben seinem Kreistagsengagement auch in der Stadtvertretung von Ludwigslust hin und wieder durch die eine oder andere Bemerkung auf sich aufmerksam.

In einer Übersichtsskala ergibt das Profil der Aktivitätsintensität der einzelnen NPD-Abgeordneten eine Aufteilung in zwei Gruppen: Die eine Gruppe besteht aus der Einzelperson Andrejewski, der eine mittlere Aktivitätsintensität zeigt; die andere Gruppe besteht aus den verbleibenden NPD-Mandatsträgern, die in den Kommunalparlamenten entweder lediglich körperliche Anwesenheit zeigen oder als seltene Gelegenheitsaktivisten in Erscheinung treten, wobei ihre Zahl an Redebeiträgen und andere Interventionen sich während der untersuchten 18 Monate an einer Hand abzählen lässt.

Abbildung 2: Aktivitätsintensität der NPD-Mandatsträger in den Kommunalparlamenten



Bis auf Andrejewski legen die NPD-Abgeordneten in den Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns damit eine aus Sicht der NPD geradezu an Renitenz grenzende Passivität an den Tag. Dieser Befund steht im eklatanten Widerspruch zu dem Bild, das die NPD in ihren parteieigenen Veröffentlichungen über ihre kommunalen Aktivitäten zeichnet. Sehr viel besser passt diese Politikabstinenz hingegen zu dem Bild, das schon seit längerem in der politikwissenschaftlichen Forschung über die Kommunalpolitik von rechtsextremen Parteien dominiert. So gab es von NPD und REPUBLIKANERN in den meisten der von Hafener Mitte der 90er Jahre ausgewerteten hessischen kommunalen Parlamente ebenfalls keine parlamentarischen Aktivitäten und Initiativen zu vermelden, was den beiden Parteien den spöttischen Ruf der „Schweigeparteien“ einbrachte.²²

Dieser Befund gibt aber auch noch etwas anderes zu erkennen: nämlich die erstaunliche Fähigkeit der Partei, mit einer ausgesprochen dünnen Personaldecke in der medialen Öffentlichkeit dennoch vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit zu erlangen²³. Insoweit die NPD damit ein Kalkül verfolgen sollte, geht es glänzend auf: Letztlich genügt einem Kamerateam der ‚Tagesthemen‘ ein einziger Flugblätter verteilender Michael Andrejewski vor einem Supermarkt im Gespräch mit zwei Alkoholikern, um dem Rest der Republik den dokumentarischen Beleg dafür zu liefern, dass die NPD in Ostvorpommern mit ihrer Kommunalpolitik „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei.²⁴

Für die NPD gilt also in besonderer Weise: *persons do matter!* Das Erscheinungsbild der Partei, ihre Stärke oder Schwäche hängt an den Personen, die für sie aktiv sind. In Mecklenburg-Vorpommern bestätigt sich ein seit drei Jahrzehnten wiederkehrendes soziales Muster in der Kommunalpolitik der NPD, wonach es ganz wenige Einzelpersonen sind,

²² Vgl. Hafener 1995: 46.

²³ In dieser Hinsicht ganz ähnlich war die Situation in Baden-Württemberg in den 70er Jahren, vgl. Wagner 1992: 91.

²⁴ Vgl. Bericht über Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern In: Tages-
themen, Montag, 21. Mai 2006.

auf denen die tägliche Politik lastet.²⁵ Die Schattenseite dieser starken Rolle von Einzelpersonen in der NPD ist dann allerdings, dass die lokalen Parteistrukturen kollabieren, sobald die Führungsfigur sich – sei es aus Altersgründen, Streit mit der Parteispitze oder einer rechtskräftigen Verurteilung – aus der Kommunalpolitik verabschiedet; zumindest waren dies die Gründe, die in Baden-Württemberg den Niedergang der rechtsextremen Hochburgen in Gang setzten.

Die Themen der NPD in den vier Kommunalparlamenten

Welche Themen sind es, mit denen die NPD in den vier kommunalen Parlamenten zu punkten versucht? In den 80er und 90er Jahren galt die NPD bei vielen Beobachtern als eine ‚Ein-Themen-Partei‘, die sowohl in ihrem Wahlkampf als auch in ihrer Kommunalpolitik fast nur einen Themenkomplex zu kennen schien: die Asyl-, Ausländer- und Einwanderungspolitik.²⁶ Genauere empirische Untersuchungen ihrer kommunalpolitischen Arbeit in Hessen zeigten dann aber, dass dieser Themenkomplex zwar durchaus eine zentrale Rolle spielte,²⁷ er allerdings schon Mitte der 90er Jahre vom Themenkomplex ‚soziale Fragen‘ überlagert wurde.²⁸ Vermerkt wurde auch eine durchgehend hohe Bedeutung der Themen ‚Sicherheit und Ordnung‘, ‚Behördenkritik‘ sowie ‚Umwelt und Natur‘. Wie ist es aktuell in Mecklenburg-Vorpommern? Gibt es besondere Schwerpunkte, ergibt sich aus den Anträgen der NPD ein spezifisches thematisches Profil? Zu den relevanten Fragen gehört in diesem Zusammenhang auch, ob und inwieweit sich die Partei darum bemüht, die spezifischen kommunalen Belange vor Ort zu thematisieren oder ob ihre Aktivitäten doch eher an den groben programmatischen Vorgaben der Partei ohne echte Ortsbezüge orientiert sind, wie es häufig bei ihrer Kommunalpolitik in Baden-Württemberg und Hessen der Fall war.²⁹

Angesichts der registrierten Passivität der meisten Abgeordneten ist das Material, dass sich in den 18 Monaten für eine Inhaltsanalyse der Beiträge der NPD in den Kommunalparlamenten von MV finden lässt, ausgesprochen dürftig. Wie soll man angesichts einer derartig schmalen Datenbasis eine seriösen Ansprüchen genügende vergleichende Inhaltsanalyse von Themenschwerpunkten vornehmen? Nimmt man lediglich die Anträge, die innerhalb dieses Zeitraums von der NPD in den vier kommunalen Parlamenten gestellt wurden als Materialbasis, so kommt man auf eine Summe von nur 16 Anträgen. Diese Anträge stammen sämtlich aus Ostvorpommern und Anklam und damit aus der Feder von

²⁵ Vgl. für Baden-Württemberg Wagner 1997: 202-226.

²⁶ Vgl. Lepszy/Veen 1994: 67f.

²⁷ Vgl. Wagner 1992: 9f1, Hafenerger 1995: 18ff., Wagner 1997: 43f. und 193ff.

²⁸ Vgl. Hafenerger 1992: 16-32. ‚Soziale Fragen‘ werden von Hafenerger sehr umfassend verstanden: Arbeitslosigkeit, Wohnungspolitik, Sozialhilfe, Jugendpolitik, Familie, Frauen, Vereine und Gesundheit.

²⁹ Vgl. Wagner 1997: 201 und Hafenerger 1995: 42 ff.

Andrejewski. Auch wenn man hilfsweise, um das Sample der auszuwertenden Analyseeinheiten zu vergrößern, noch die drei aus formellen Gründen gescheiterten Anträge aus Stralsund und den einen Antrag vom Januar 2006 in Anklam mit einbezieht, bleibt die Gesamtzahl der Anträge mit 20 äußerst gering. Daher haben wir das inhaltsanalytische Netz noch etwas weiter ausgeworfen und aus Anklam zusätzlich eine Rede während der Einwohnersprechstunde und längere Stellungnahmen (3), sowie aus Ludwigslust die Anfragen (3) und weitere Redebeiträge (4) inklusive Januar 2006 berücksichtigt. Für Stralsund wurde das Sample zusätzlich zu den erwähnten formal nicht zugelassenen Anträgen um zwei Anfragen, die ebenfalls erst im Januar 2006 gestellt wurden, erweitert. Insgesamt kommt man infolge dieser kontrollierten Erweiterung der Datenbasis auf ein Sample von 34 Analyseeinheiten – insgesamt immer noch eine geringe Zahl im Vergleich zu den 468 ausgewerteten Anträgen und Anfragen in Hafenegers Studie.³⁰

Methodologisch ist unsere Erweiterung natürlich nicht ganz unproblematisch und man könnte hier nicht nur den Einwand einer gewissen Beliebigkeit an uns richten, sondern auch die Vergleichbarkeit der auf diese Weise erhobenen Befunde mit den Studien von Wagner und Hafener in Zweifel ziehen. Solche Einwände sind völlig berechtigt. Es gilt aber, die Stärke dieser Einwände gegen die Einseitigkeit abzuwägen, die entstünde, wenn wir lediglich die formell korrekten Anträge aus dem Untersuchungszeitraum in die Auswertung aufnehmen würden. Als Ergebnis hätten wir dann tatsächlich nichts anderes als das Profil der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen eines einzelnen Abgeordneten.

Angesichts der Dürftigkeit der NPD-Aktivitäten in den Kommunalparlamenten stellt die von uns vorgenommene Erweiterung einen forschungspragmatischen Kompromiss dar, um überhaupt zu einem groben Bild der inhaltlichen Themenschwerpunkte der NPD auf kommunaler Ebene in Mecklenburg-Vorpommern zu gelangen. Um unsere Zuordnungen allerdings so transparent wie möglich zu machen, werden die Analyseeinheiten im Folgenden möglichst genau bezeichnet. Schauen wir uns in einem ersten Schritt die Sample-Einträge noch einmal – sortiert nach ihrer lokalen Herkunft – im Überblick an:

Übersicht: Die aus den Fallstudien aufgenommenen 34 kommunalparlamentarischen Aktivitäten

Landkreis Ostvorpommern (8)

- Antrag gegen Verweigerung eines Fraktionskontos für die NPD bei der Sparkasse (30. August 2004)
- Antrag für Austritt des Landkreises aus ‚Pomerania‘ und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (13. Dezember 2004)

³⁰ Vgl. Hafener 1995: 16.

- Antrag gegen Privatisierung des Kreiskrankenhauses Wolgast (4. April 2005)
- Antrag auf Erlass von ‚Zwischenbescheiden‘ (4. April 2005)
- Antrag für Personaleinstellungen bei Sozialagentur (9. Mai 2005)
- Antrag erneut gegen Privatisierung des Kreiskrankenhauses Wolgast (5. September 2005)
- Antrag für Umfrage über Sozialagentur (5. September 2005)
- Antrag erneut für Austritt des Landkreises aus Pomerania sowie der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (12. Dezember 2005)

Stadtvertretung Anklam (12)

- Antrag zu Dienstreisen (28. Oktober 2004)
- Antrag für Kinoförderung (16. Dezember 2004)
- Antrag zu Auftragsvergaben (16. Dezember 2004)
- Antrag gegen Friedensschule und für Kinderbibliothek (9. Februar 2005)
- Antrag für Erhalt des ‚Kreisstadtstatus‘ von Anklam (21. Mai 2005)
- Antrag gegen Renaturierung Polder Schanzenberg (9. Juni 2005)
- Antrag zu Mitgliedschaft Stadtbibliothek (15. September 2005)
- Antrag gegen städtischen Wohnungsverkauf (19. Dezember 2005)
- Antrag gegen Renovierung des sowjetischen Soldatenfriedhofs (24. Januar 2006)
- Stellungnahme gegen Friedensstiftung (27. Januar 2005)
- Stellungnahme während Einwohnerfragestunde: für Pflege des deutschen Soldatenfriedhofs (6. Oktober 2005)
- Stellungnahme gegen Haushaltsentwurf der Stadt Anklam (19. Dezember 2005)

Landkreis Ludwigslust (7)

- Anfrage zum Verbot von Gedenkfeier auf Gedenkstätte (15. September 2005)
- Anfrage zu Aussagen des Landesrates über die NPD in der Schweriner Volkszeitung (26. Januar 2006)

- Anfrage über Größe und Nutzung des Dienstwagens des Landrates (26. Januar 2006)
- Wortbeitrag über Folgen des Verwaltungsreform (15. September 2005)
- Diskussionsbeitrag zum Haushaltsplan (8. Dezember 2005)
- vorbereitete Rede zur Rolle der NPD bei der Initiative ‚Braunkohle-Nein‘ (8. Dezember 2005)
- Redebeitrag gegen Fusionspläne der Sparkasse (26. Januar 2006)

Bürgerschaft Stralsund (7)

- versuchter Antrag für ‚Begrüßungsgeld für deutsche Babys‘ (August 2004)
- versuchter Antrag für Gedenkstein der Opfer alliierter Luftangriffe (August 2004)
- versuchter Antrag für Neuanstellungen nur für Deutsche bei Volkswerft (23. Juni 2005)
- Anfrage zur Sanierung der Straße Reiferbahn (26. Januar 2006)
- Anfrage über Erhöhung der Strompreise (26. Januar 2006)
- Redebeitrag gegen Sparkassenfusion (3. März 2005)
- Redebeitrag gegen Anti-Rechtsextremismus-Erklärung der Bürgerschaft (30. September 2004)

Welche inhaltlichen Schwerpunkte lassen sich in diesem Material erkennen? Zunächst fällt auf, dass eines der klassischen Themen des Rechtsextremismus – ‚Kriminalität, Sicherheit und Ordnung‘³¹ –, das traditionell auch in der Kommunalpolitik der NPD von zentraler Bedeutung ist, in Mecklenburg-Vorpommern keine große Rolle spielt.³² Auch das Thema ‚Umwelt und Natur‘, mit dem die NPD in den 80er Jahren die Verbindung zur Ökologiebewegung suchte,³³ findet sich nur noch am Rande.³⁴

In Anschluss an die verschiedenen Kategorisierungen, die bislang für die kommunalpolitischen Aktivitäten von rechtsradikalen und

³¹ Vgl. zu Hessen: Hafener 1995: 24f., zu Baden-Württemberg: Wagner 1992: 34f.

³² Die Anfrage zum Rodelberg in Stralsund könnte auch hier rubriziert werden.

³³ Vgl. zu Hessen: Hafener 1995: 16, zu Baden-Württemberg: Wagner 1992: 101.

³⁴ Der Antrag aus Anklam zu den geplanten Renaturierungsmaßnahmen an der Peene könnte hier noch am ehesten rubriziert werden.

rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien in der Bundesrepublik in mehr oder weniger elaborierter Form verwendet wurden,³⁵ lassen sich die (zur besseren Übersicht an dieser Stelle mit Kurztiteln versehenen) 34 Analyseeinheiten nun folgenden sechs Kategorien zuordnen: (1) Sozial- und Wirtschaftspolitik (inklusive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik), (2) Selbstthematisierungen (wenn das Thema NPD oder die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von den Rechtsextremisten selbst explizit thematisiert wird), (3) Geschichtspolitik (inklusive Denkstätten und Museen), (4) Ausländer- und ‚Deutschtums‘politik (immanent im Sinne der völkischen NPD-Ideologie), (5) Behördenkritik (Kritik am „bürokratischen Wasserkopf“ der kommunalen Behörden) sowie (6) eine Rubrik, die wir mit der Überschrift ‚schneller und besser als die anderen‘ versehen haben, und die solche Aktivitäten seitens der NPD umfassen soll, die einen unmittelbar praktischen kommunalpolitischen Bezug haben, inhaltlich aber auch von jeder anderen Partei stammen könnten. Damit verfolgt die NPD das Ziel, schneller als die anderen Parteien auf einen Missstand aufmerksam zu machen bzw. schneller als die anderen Parteien einen Antrag zu formulieren, dem diese dann aus rein sachlichen Erwägungen eigentlich zustimmen müssten.

Thema (1): Sozial- und Wirtschaftspolitik (10 Einträge)

- OVP: Antrag gegen Privatisierung des Kreiskrankenhauses Wolgast (4. April 2005)
- OVP: Antrag für Personaleinstellungen bei Sozialagentur (9. Mai 2005)
- OVP: Antrag erneut gegen Privatisierung des Kreiskrankenhauses Wolgast (5. September 2005)
- A: Antrag für Kinoförderung (16. Dezember 2004)
- A: Antrag gegen Renaturierung Polder Schanzenberg (9. Juni 2005)
- A: Antrag gegen städtischen Wohnungsverkauf (19. Dezember 2005)
- A: Antrag gegen Haushaltsentwurf der Stadt Anklam (19. Dezember 2005)
- LWL: Redebeitrag gegen Fusionspläne der Sparkasse (26. Januar 2006)
- S: Anfrage über Erhöhung der Strompreise (26. Januar 2006)
- S: Redebeitrag gegen Sparkassenfusion (3. März 2005)

³⁵ Vgl. Wagner 1992: 32ff., Hafener 1995: 16ff.; Wagner 1997: 143f., Griesse/Niermann 1997: 160ff., Butterwegge 1999, Hafener 2000: 90f., Erb 2002.

Thema (2): Selbstthematisierung (4 Einträge)

- OVP: Antrag gegen Verweigerung eines Fraktionskontos für die NPD bei der Sparkasse (30. August 2004).
LWL: Anfrage zu Aussagen des Landesrates über die NPD in der Schweriner Volkszeitung (26. Januar 2006)
LWL: vorbereitete Rede über Rolle der NPD bei Bürgerinitiative gegen Braunkohleabbau (8. Dezember 2005)
S: Rede gegen Anti-Rechtsextremismus-Erklärung der Bürgerschaft (30. September 2006)

Thema (3): Geschichtspolitik (6 Einträge)

- A: Stellungnahme gegen Friedensstiftung (27. Januar 2005)
A: Antrag gegen Friedensschule und für Kinderbibliothek (9. Februar 2005)
A: Antrag gegen Renovierung des sowjetischen Soldatenfriedhofs (24. Januar 2006)
A: Rede während Einwohnerfragestunde: für Pflege des deutschen Soldatenfriedhofs (6. Oktober 2005)
LWL: Rede gegen Verbot von Gedenkfeier auf Gedenkstätte (15. September 2005)
S: versuchter Antrag für Gedenkstein der Opfer alliierter Luftangriffe (August 2004)

Thema (4): Ausländerpolitik/,Deutschtums'politik (4 Einträge)

- OVP: Antrag für Austritt des Landkreises aus ‚Pomerania‘ und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft (13. Dezember 2004)
OVP: Antrag erneut für Austritt des Landkreises aus ‚Pomerania‘ und der ‚Deutsch-Polnischen Gesellschaft‘ (12. Dezember 2005)
S: versuchter Antrag für ‚Begrüßungsgeld für deutsche Babys‘ (August 2004)
S: versuchter Antrag für Neuanstellungen nur für Deutsche bei Volkswerft (23. Juni 2005)

Thema (5): Behördenkritik (7 Einträge)

- A: Antrag zu Dienstreisen (28. Oktober 2004)
A: Antrag zu Auftragsvergaben (16. Dezember 2004)
OVP: Antrag gegen Erlass von ‚Zwischenbescheiden‘ der Verwaltung (4. April 2005)
OVP: Antrag für Umfrage über Sozialagentur (5. September 2005)
LWL: Diskussionsbeitrag zum Haushaltsplan (8. Dezember 2005)

- LWL: Anfrage über Größe und Nutzung des Dienstwagens des Landrates (26. Januar 2006)
 LWL: Wortbeitrag über Folgen der Verwaltungsreform (15. September 2005)

Thema (6): ‚Schneller‘ oder ‚besser‘ als die anderen Parteien sein (3 Einträge)

- A: Antrag für Erhalt des Kreisstadtstatus‘ von Anklam (21. Mai 2005)
 A: Antrag zu Mitgliedschaft Stadtbibliothek (15. September 2005)
 S: Anfrage über Sanierungspläne der Reiferbahn (26. Januar 2006)

Ganz klar dominieren nach dieser Liste mit fast einem Drittel aller Einträge die sozial- und wirtschaftspolitischen Themen die Arbeit der NPD in den Kommunalparlamenten. Dieser Wert dürfte insofern nicht überraschen, als die NPD seit dem Amtsantritt ihres Parteivorsitzenden Udo Voigt und mit Blick auf ihr erhofftes Entwicklungspotenzial im Osten die ‚soziale Frage‘ in den Vordergrund gerückt hat. So hat sich die Partei im Dezember 1996 ein neues, kapitalismuskritisches Programm gegeben, das großes Gewicht auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen legt und diese mit völkischem Gedankengut kombiniert („Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit“).³⁶ Seitdem bezeichnet sich die NPD in ihren eignen Veröffentlichungen als „sozialistisch und revolutionär“ – Selbstbeschreibungen, die für die NPD der 60er Jahre undenkbar gewesen wären. Und war im Parteiprogramm von 1967 noch zu lesen: „Eine moderne, hoch entwickelte Volkswirtschaft bedarf der Produkte aus aller Welt, ebenso ist sie auf weltweite Absatzmärkte für ihre Waren angewiesen. Sie braucht Verflechtung mit anderen Volkswirtschaften“,³⁷ so richtet sich das neue ‚Aktionsprogramm‘ gegen jede Form von Globalisierung: „Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Krankheit. [...] Es gibt keine gerechte Globalisierung.“³⁸

Als Gegenmodell beruft sich die NPD auf eine „raumorientierte Volkswirtschaft“, die am „heimischen Lebensraum des Menschen“ orientiert ist und sich gegen alle Einflüsse von außen abschottet.³⁹ Nimmt man die Bedeutung der ‚sozialen Frage‘ in der Programmatik und Taktik der NPD zum Maßstab, ist es indessen erstaunlich, dass der Anteil dieses Themas in der Kommunalpolitik nicht noch viel höher ausfällt. Zu-

³⁶ Vgl. zur programmatischen Wende der NPD hin zu einem ‚deutschen Sozialismus‘ Brodtkorb 2003: 87ff., Stöss 2005: 132f. und Staud 2005: 89ff.

³⁷ Programm der NPD von 1967, Abschnitt V, 12. (zit. nach Flechtheim 1970).

³⁸ Aktionsprogramm der NPD: 16f.

³⁹ Aktionsprogramm der NPD: 17.

dem fällt ins Auge, dass der Zahlenwert von neun Einträgen vor allem aufgrund der Aktivitäten von Andrejewski in Anklam und Ostvorpommern (und dann im Rahmen seiner ‚Amtshilfe‘ auch in Stralsund) zustande kommt. Offensichtlich fällt es der NPD nicht leicht, ihre Kritik am globalen Kapitalismus in kommunalpolitische Anträge zu übersetzen. Im Zentrum der Kritik, die sich in den Reden, Anfragen und Anträgen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik findet, stehen die Hartz IV-Gesetzgebung, die Arbeitsagenturen, die Sparkassenfusion und die Privatisierung von Krankenhäusern und Wohnungsbaugesellschaften sowie der Strompreis. In den vier Fallsstudien wurde ausführlicher geschildert, welche zentrale Rolle die Kritik am globalen Kapitalismus in den Argumentationsmustern der NPD spielt. Entsprechend versucht sich die NPD als eine politische Kraft zu präsentieren, die die Sorgen und Nöte des ‚kleinen Mannes‘ ernst nimmt und sie gegen die großen Kapitalinteressen verteidigt.

Auf dem zweiten Platz in der Häufigkeitsliste liegt die Rubrik ‚Behördenkritik‘ mit sieben Einträgen. Dabei handelt es sich um ein Thematisierungsmuster, das insbesondere im Baden-Württemberg der 70er Jahre im Zentrum ihrer kommunalpolitischen Arbeit stand.⁴⁰ Insofern ist es vielleicht kein Zufall, dass ausgerechnet der aus Baden-Württemberg stammende Andrejewski dieses Thema für seine Partei in Anklam (mit einem Antrag zu ‚Dienstreisen‘ und ‚Auftragsvergaben‘) und in Ostvorpommern (mit einem Antrag gegen den Erlass von ‚Zwischenbescheiden‘ der Verwaltung und mit der Beantragung einer Umfrage über die Qualität der Arbeit einer örtlichen Behörde) entdeckt hat. Alle vier Anträge sind nach dem gleichen Muster konzipiert: Ein abgehobener ‚bürokratischer Wasserkopf‘ muss von der NPD zur Raison gebracht werden, damit die Interessen des ‚kleinen Mannes‘ in den Behörden nicht völlig aus dem Blick geraten. Ebenfalls zur Behördenkritik, aber mit einer stärkeren Polemik gegen das gesamte politische System der Bundesrepublik, sind besonders zwei Beiträge aus Ludwigslust zu rechnen. Dass die NPD den demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik unmissverständlich und kompromisslos ablehnt, wurde bereits im ersten Kapitel über das Verhältnis der Partei zum Parlamentarismus klar erkennbar. Deutlich wird diese Haltung auch in den Redebeiträgen zu anderen Themen, in denen sich durchgängig fundamentale Seitenhiebe gegen das politische System der Bundesrepublik finden. Auch das in einem Exkurs im dritten Kapitel referierte Interview mit Andrejewski ist in dieser Sache völlig eindeutig: Er lehnt das politische System der BRD grundsätzlich ab und wähnt es in einer Krise, die der des realen Sozialismus Mitte der 80er Jahre bereits stark ähnelt. Zu einem exklusiven Thema wird die Kritik am politischen System der Bundesrepublik auf der kommunalen Ebene aber nicht gemacht. Genau genommen kommt es nur einmal vor, dass sich die NPD in Ludwigslust diesem Thema in klarer Ausschließlichkeit widmet. Sie setzt am politischen Personal an und erkundigt sich nach allen Details des vom Land-

⁴⁰ Vgl. Wagner 1997: 43f.

rat gefahrenen Dienstwagens. Beim zweiten Eintrag in dieser Rubrik handelt es sich um eine Rede aus Ludwigslust, in der die NPD im Rahmen der Haushaltsdebatte eine Erhöhung der Kreisumlage ablehnt und als Finanzierungsalternative Kürzungen im Fuhrpark der Kreisverwaltung sowie Einsparungen bei den Zuwendungen für die Fraktionsvorsitzenden vorschlägt. In beiden Fällen übt sich die NPD in ihrer Kritik nicht an bestimmten institutionellen Arrangements des politischen Systems der Bundesrepublik, sondern zielt auf das politische Personal, indem sie suggeriert, es sei korrupt.

Am dritthäufigsten ist die ‚Geschichtspolitik‘ mit sechs Einträgen zu nennen. Der hohe Stellenwert für die geschichtspolitisch geprägten Initiativen verwundert etwas, denn mit der programmatischen Orientierung auf die ‚soziale Frage‘ war von Voigt zugleich die Parole ausgegeben worden, geschichtsrevisionistische Kampagnen etwas zurückzustellen.⁴¹ Bei allen Gelegenheiten geht es jeweils um eine einzige Epoche in der deutschen Geschichte: die zwölf Jahre des NS-Regimes. Sei es, dass die NPD in Anklam sich gegen die Initiative wehrt, das bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges militärisch genutzte Gebäude der alten preußischen Militärschule in ein internationales Friedenszentrum umzuwandeln, sei es ihre Ablehnung der Renovierung eines sowjetischen Soldatenfriedhofs und ihre Forderung, stattdessen den deutschen Soldatenfriedhof intensiver zu pflegen, sei es ihr Vorschlag für einen Gedenkstein für die Opfer alliierter Luftangriffe in Stralsund oder die Idee in Ludwigslust, das Gedenken an die Opfer des KZ in Wöbbelin mit einer von den Kameradschaften organisierten Gedenkfeier für Theodor Körner zu flankieren – in jedem dieser sieben Fälle will die NPD insofern Geschichtspolitik betreiben, als dass sie versucht, den heute weitgehend erreichten Konsens in der Ablehnung des damaligen NS-Regimes in Frage zu stellen. Während Andrejewski dies in Anklam und Ostvorpommern in eher moderater Form betreibt, setzt die NPD in Stralsund und Ludwigslust stärker auf eine polemische geschichtspolitische Provokation, wie sie auf Landtagesebene von der NPD in Sachsen praktiziert wird.

Dass sich die NPD in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt so stark des Themenfeldes Geschichtsrevisionismus verschrieben hat, wirft im Übrigen auch ein besonderes Licht auf ihr Personal in den Kommunalparlamenten. Aus der empirischen Forschung der letzten Jahre wissen wir, dass die Relativierung des NS-Regimes bei den Bürgern Ostdeutschlands auf sehr viel geringere Resonanz stößt, als bei denen im Westen des Landes.⁴² Interessanterweise gehen denn auch die geschichtsrevisionistischen Aktivitäten in den Kommunalparlamenten auf das Konto der ideologisch hart gesottenen NDP-Mandatsträger, die (bis auf eine Ausnahme) aus dem Westen stammen und aus politischen Gründen nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen sind. Eine ähnliche

⁴¹ Vgl. Stöss 2005: 132.

⁴² Vgl. Stöss 2005: 41.

Konstellation führte Ende 2005 zum Bruch in der sächsischen Landtagsfraktion, als drei der zwölf Abgeordneten, die alle drei aus dem Osten stammen, aus Protest gegen die offenen Anleihen ihrer Fraktionskollegen aus dem NS-Regime die Fraktion verließen. Anders als bei der Sozial- und Wirtschaftspolitik kann die NPD beim Thema Geschichtsrevisionismus im Osten auf keiner populistischen Welle mitschwimmen, sondern stößt mit diesem Thema selbst bei solchen Menschen, die ansonsten rechtsextreme Einstellungen vertreten, auf starke Ablehnung. Offensichtlich ist die ideologische Nähe zum Nationalsozialismus für die politische Identität der NPD-Kader aus dem Westen jedoch derart prägend, dass sie selbst um den Preis des Ansehensverlustes nicht auf dieses Thema verzichten möchten.

Auf Rang vier folgen zwei Themen gleichzeitig – ‚Selbstthematisierung‘ und die ‚Ausländer- bzw. Deutschtumspolitik‘. Ersterem sind zwei Beobachtungen hinzuzufügen. Erstens: zwei der vier Beiträge stammen allein aus dem Kreistag von Ludwigslust, wobei dessen zwei NPD-Vertreter im Gegenzug nur ein einziges sozialpolitisches Thema auf die Agenda setzen. Ganz offensichtlich werden die Ludwigsluster Rechtsextremisten in der Kommunalpolitik erst dann aktiv, wenn es um das Thema Rechtsextremismus selbst geht. Zweitens: Zum Teil wird das Thema den Rechtsextremisten von den anderen Parteien regelrecht aufgedrängt: Sei es, dass der zeitweiligen NPD-Fraktion in Ostvorpommern von der örtlichen Sparkasse das Fraktionskonto verweigert worden war; sei es, dass die anderen Parteien die kommunalpolitische Repräsentanz der NPD zum Anlass einer Ausstellung oder einer Resolution gegen Rechtsextremismus genommen haben; oder sei es, dass einzelne Politiker oder die lokalen Medien den Rassismus der NPD schlicht beim Namen genannt und sich in Bürgerinitiativen gegen ihre Beteiligung verwahrt haben. Vor allem die NPD in Ludwigslust reagiert auf derartige Ereignisse wie der sprichwörtliche Pawlowsche Hund und versucht, sich angesichts demokratischer Kritik und Gegenaktivitäten wortreich als verfolgte Unschuld zu stilisieren: Die NPD wolle doch nur von den ihr zustehenden demokratischen Rechten Gebrauch machen, wohingegen die anderen Parteien die einzig authentische Stimme des Volkes in totalitärer Manier unterdrückten. Diese Behauptung wird dann in einem zweiten Schritt als Beleg dafür genutzt, dass die Bundesrepublik gar keine Demokratie sei und deshalb abgeschafft gehöre. Auch wenn der auf Entlarvung zielende Duktus dieser Anti-Kritik bis in die Wortwahl dem Auftreten der NPD im sächsischen Landtag ähnelt, hat er eine viel längere Tradition und geht zurück bis in die 70er Jahre. Schon in ihren wenigen verbliebenen kommunalen Hochburgen in Baden-Württemberg gelang es der Partei zwischenzeitlich immer wieder, sich als Märtyrer darzustellen, und sei es auch nur, weil andere Parteivertreter sich weigerten, an einer Podiumsdiskussion mit der NPD teilzunehmen.⁴³

⁴³ Vgl. Wagner 1992: 91.

Auch das Thema ‚Ausländer‘ gehört spätestens seit den 80er Jahren zu den zentralen Themen der NPD-Agitation. Zwischenzeitlich war es unter der demagogischen Formel ‚Asylantenschwemme‘ in den 90er Jahren sogar zu dem Thema geworden, mit dem die extreme Rechte sich am stärksten profilieren konnte. Aufgrund des großen öffentlichen Drucks gegen das politische Asylrecht des Grundgesetzes, den auch führende Vertreter der etablierten demokratischen Parteien mit ausländerfeindlichen Parolen schürten, wurde Artikel 16 des Grundgesetzes im Jahre 1993 einschneidend verändert. Seitdem ist es zu einem massiven Rückgang der Asylbewerberzahlen gekommen. Das Thema ‚Ausländer‘ hat in der ‚Deutschen Stimme‘ und in anderen Presseorganen der Rechtsextremisten aber seitdem nichts von seiner Spitzenstellung eingebüßt, sondern wird unter der Formel ‚Kampf der multikulturellen Gesellschaft‘ weiterverfolgt. Für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern wäre das Attribut multikulturell allerdings sehr hoch gegriffen: Mit einem Ausländeranteil zwischen 1,7 bis 1,9 Prozent in den vier untersuchten Regionen liegt das Bundesland weit unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 8,8 Prozent. Angesichts derartiger Zahlen ist es nur vor dem Hintergrund, dass dieses Thema in der völkischen Ideologie der Rechtsextremisten insgesamt eine überragende Bedeutung hat, zu verstehen, warum das Ausländerthema bei der NPD in Mecklenburg-Vorpommern überhaupt mit vier Einträgen den Weg in die Kommunalpolitik finden konnte. Tatsächlich bot das Thema ‚Asyl‘ in keiner der vier Kommunen direkte Agitationsmöglichkeiten. Ein versuchter Antrag für ein ‚Begrüßungsgeld für deutsche Babys‘ sollte offensichtlich die Ablehnung einer kulturell inhomogenen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. In einem zweiten Antragsversuch aus Stralsund wurde das Thema ‚Ausländer‘ mit dem Thema Arbeitslosigkeit verknüpft (nur Deutsche sollten noch eine Anstellung bei der Volkswerft finden können). Die beiden anderen Anträge stammten aus dem Landkreis Ostvorpommern, der direkt an Polen grenzt. Mit den Anträgen wurde gefordert, dass der Landkreis seine Mitgliedschaften aus der EU-geförderten Kommunalgemeinschaft ‚Pomerania‘ und der ‚Deutsch-Polnischen Gesellschaft‘ aufkündigen solle. Als Begründung wurde von dem beantragenden Abgeordneten, der sinnfälligerweise auch noch den Namen Andrejewski trägt, die Sorge über eine zunehmende Einwanderung von Polen in den Raum Ostvorpommern, die letztlich in einer „Selbstaufgabe der deutschen Kultur“ münde, angeführt. Auch hier ist das völkische Weltbild, auf dem dieser Antrag basiert, evident.

Eng verbunden mit dem Punkt Behördenkritik ist die letzte Rubrik ‚Schneller oder besser als die anderen Parteien‘ mit drei Einträgen. Bei diesen Aktivitäten handelt es sich um Initiativen der NPD, in denen sie versucht, schneller als die anderen Parteien auf einen Missstand aufmerksam zu machen oder schneller als andere Parteien einen Antrag zu formulieren, den die anderen von einem rein sachpolitischen Standpunkt her kaum ablehnen dürften. Andrejewski hat dies mit einigem Erfolg einmal in Anklam (Antrag für den Erhalt des Kreisstadtstatus von

Anklam) unternommen. Nach dem gleichem Muster hat er in Folge weitere Anfragen für seine Stralsunder Parteikameraden formuliert (z.B. Sanierungspläne für marode Straßen). Der größte Erfolg Andrejewskis bestand aber zweifelsohne darin, dass es ihm im Februar 2006 gelang, auf eine eklatante Panne beim Verkauf des Kreiskrankenhauses Wolgast hinzuweisen. Der Hauptkaufvertrag war schlichtweg vergessen worden.

In Inhalten und Vokabular bieten die aufgeführten Aktivitäten der NPD ein ziemlich einheitliches Bild: Die Rechtsextremisten versuchen sich mit der Thematisierung sozialer und wirtschaftspolitischer Fragen zum Anwalt des bedrohten ‚kleinen Mannes‘ zu machen. Es werden reale soziale Nöte, Sorgen und Ängste aufgegriffen und mit bedrohlichen Bildern (z.B. des globalen Kapitalismus, rücksichtsloser ausländischer Kapitalgruppen, kulturzerstörender Polen) kombiniert. Die Politik der NPD findet ihre Anknüpfungspunkte damit klar in der Opferperspektive: der ‚kleine Mann‘ als Opfer eines menschenverachtenden Systems. Komplettiert wird dieses Bild mit einer Beschreibung des politischen Systems als abgehoben, korrupt und immer dann aggressiv reagierend, wenn Vertreter der NPD die Wahrheit über die Verkommenheit des Systems aussprechen. Insofern findet auch die Selbstbeschreibung der NPD in der Opferperspektive statt: Gnadenlos verfolgen die Systemparteien die einzige politische Partei, die den Mut hat, für den von ihr viel beschworenen benachteiligten ‚kleinen Mann‘ einzustehen.

Fassen wir zusammen: Die Aktivitäten der NPD bewegen sich zwischen ‚symbolischer Kommunalpolitik‘ und dem Anspruch, ‚für den Bürger da zu sein‘. Symbolisch ist die Kommunalpolitik immer dann, wenn versucht wird, programmatische Schwerpunktsetzungen der Partei in kommunalpolitische Initiativen umzumünzen. Am deutlichsten wird dies in der Thematisierung sozial- und wirtschaftspolitischer Fragen, bei denen die NPD nicht müde wird, geradezu national-revolutionär-didaktisch jedes Mal neu die direkte Verbindung zum System des verhassten globalen Kapitalismus herzustellen.

Anklam, Ostvorpommern und Ludwigslust: Zwei kommunalpolitische Wege der ‚nationalen Opposition‘

Würde man die NPD mit den Maßstäben messen, die für den Erfolg oder Misserfolg von demokratischen Parteien gelten, hätte man eine relativ einfach zu handhabende Bemessungsgrundlage. Demnach fragte man danach, inwieweit es den kommunalen Vertretern gelungen ist, sich konstruktiv auf die kommunalpolitischen Belange vor Ort einzulassen, kompetent zur gemeinsamen Problemlösung beizutragen und diese ‚gute Arbeit‘ dann entsprechend in die lokale Öffentlichkeit zu kommunizieren. Gemessen an diesem Ideal – dem natürlich auch die Kommunalpolitiker demokratischer Parteien und Wählergemeinschaften nur in den seltensten Fällen vollständig genügen – wäre die Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern nur als desaströs zu bezeichnen: Sie-

ben der acht Mandatsträger treten als Kommunalparlamentarier fast überhaupt nicht in Erscheinung. In zwei der vier Kommunalparlamente gelang es der NPD nicht einmal, formgerecht Anträge zu stellen. Aus dieser Perspektive besehen bestünde der größte Erfolg der NPD nach den eineinhalb Jahren ihrer Mandatsträgerschaft in den Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns dann tatsächlich darin, dass alle acht NPDler in den Sitzungen körperlich weiterhin anwesend sind. Jedoch ist dies kein Maßstab, der dem eigenen Anspruch der NPD gerecht würde. Im ersten Kapitel (Abschnitt 1.1) wurde ihre grundsätzliche Haltung zu kommunalen Parlamenten bereits dargelegt. Hier zur Erinnerung nur so viel: Zum einen lehnt die NPD den Parlamentarismus als politische Organisationsform rigoros ab; zum anderen präferiert sie den völkischen Zentralstaat gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung. Demzufolge hat die NPD zu den kommunalen Parlamenten ein rein instrumentelles Verhältnis und in ihre Hinwendung zur Kommunalpolitik ist nicht viel mehr zu sehen als eine hilflos-trotzige Reaktion auf ihre nachhaltigen Misserfolge bei überregionalen Wahlen seit den 70er Jahren. Das kommunalpolitische Agieren der NPD ist daher zum Baustein einer „dreifachen Transmissionsfunktion“ (Wagner 1997: 43) geworden: Über das persönliche Ansehen lokaler Spitzenpersonen (1) werden kommunalpolitische Erfolge (2) angestrebt, die wiederum in gute Ergebnisse bei überregionalen Wahlen (3) umgesetzt werden sollen. Eingangs wurde in der Einleitung schon darauf hingewiesen, dass der von der NPD erhoffte Zusammenhang zwischen erfolgreichen Kommunalwahlen und Wahlen auf höheren Ebenen einer seriösen politikwissenschaftlichen Forschung nicht standhält, insofern es in der Forschung Konsens ist, dass Kommunalwahlen ihre ‚eigenen Gesetze‘ haben und auf die Landesebene nicht übertragbar sind. Von diesen Fakten unbeleckt hat in der strategischen Ausrichtung der NPD das Ansinnen, die Partei über die Arbeit in Kommunalparlamenten regional zu verankern, seit längerem hohe Priorität.

Der Maßstab, an welchem sich der Erfolg oder Misserfolg der Kommunalpolitik aus Sicht der NPD bemessen lassen soll, ist also ein völlig anderer als der an demokratische Parteien und Wählergemeinschaften angelegte. Die NPD hat nach ihrer eigenen Logik dann erfolgreich agiert, wenn die Arbeit auf der kommunalen Ebene dazu beigetragen hat, die Partei bei überregionalen Wahlen – in Mecklenburg-Vorpommern sind das zunächst die Landtagswahlen 2006 – besser abschneiden zu lassen und wenn es ihr gelungen ist, Menschen von ihrer Ideologie zu überzeugen. Insofern ist es aus Sicht der NPD völlig unwichtig, wie gut oder schlecht ihre Arbeit nach den Maßstäben der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften ausfällt; es zählt allein, ob es ihr gelingt, aus ihrer Präsenz in den Kommunalparlamenten außerparlamentarisch Profit zu schlagen. Der Vorwurf der Inkompetenz sollte deshalb gegenüber der NPD etwas vorsichtiger ausgesprochen werden, als er sich nach den Befunden unserer vier Fallstudien aufzudrängen scheint. Vergleicht man ausgehend von dieser Frage die Aktivi-

täten der NPD im Bundesland, dann lassen sich deutlich zwei Herangehensweisen unterscheiden:

- Die eine Herangehensweise praktiziert Michael Andrejewski, der sich redlich müht, mit den anderen Parteien im Kreistag von Ostvorpommern und in der Stadtvertretung Anklam (und nun auch noch aushilfsweise in der Bürgerschaft Stralsund) mitzuhalten, indem er Reden hält, Anfragen formuliert und Anträge einreicht. Seine Sternstunden schlagen dann, wenn die anderen Parteien ihn akzeptieren, seine Initiativen loben und sogar gelegentlich einem Antrag von ihm zustimmen. Dann ist er in seinem Element: Mit dem Charisma des ewigen Adlatus steht er dienstestrig vor der Kaufhalle und verteilt Flugblattmaterial, aus dem hervorgehen soll, wie sehr sich die NPD doch für den ‚kleinen Mann‘ in Zeiten des ‚globalen Raubtierkapitalismus‘ einsetze.
- Die andere Herangehensweise wird von Stefan Köster und Klaus Bärthel in Ludwigslust praktiziert. Während die beiden Stralsunder NPDler wohl willig wären, ähnlich wie Andrejewski auch den einen oder anderen Antrag zu stellen, es ihnen diesbezüglich aber schlichtweg an der Kompetenz mangelt, mit den Vertretern der demokratischen Parteien mitzuhalten, muss der Vorwurf der Inkompetenz an Köster und Bärthel abprallen. Beide sind schon lange im rechtsextremistischen Milieu aktiv. Sie haben Aufmärsche von Kameradschaften organisiert, sie haben rechtsextremistische Postillen herausgegeben und sie sind geübt in der Auseinandersetzung mit Strafermittlungsbehörden. Zudem ist Köster hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer der NPD, Mitglied im Bundesvorstand und Landesvorsitzender der Partei. Die Passivität von Köster und Bärthel im Kreistag von Ludwigslust ist nicht Ausdruck von Unfähigkeit, sondern basiert auf einer ganz nüchtern kalkulierenden politischen Grundannahme nach dem Motto: „Es ist sowieso egal, was wir von der NPD konkret im Kreistag leisten, wichtig ist nur, dass wir in der nach außen gerichteten Propaganda den Eindruck vermitteln, wir würden etwas tun.“ Deshalb investiert Köster mehr Energie und Phantasie in die virtuelle Präsentation der Partei im Netz als in die Arbeit in der kommunalen Körperschaft.

Der Weg von Andrejewski ist für die NPD ausgesprochen voraussetzungsvoll und aufwendig. Er verlangt von den Parteimitgliedern den Mut zum öffentlichen Bekenntnis zu Rassismus und menschenverachtenden Werten. Vor allem aber verlangt er einen langen Atem, entbehrungsreiches Aktenstudium, lang andauernde Sitzungen sowie die Fähigkeit, im politischen Engagement vor Ort kontinuierlich die Bindung zu den Bürgern herzustellen. Zudem läuft diese Strategie das Risiko, dass die

kommunalpolitisch aktiven NPDler ihr instrumentelles Verhältnis zu den Kommunalparlamenten nicht beibehalten, sondern sich „korrumpieren“, sprich in das politische System integrieren lassen. Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass es angesichts dieses Anforderungsprofils wenig überraschend ist, wenn die modernen rechtspopulistischen, rechtsradikalen und rechtsextremistischen Parteien Europas längst diese traditionelle Art einer ‚Politik von unten‘ aufgegeben haben und stattdessen versuchen, Wahlerfolge ohne kommunalen Unterbau gleich auf der höheren Ebene zu erzielen, wobei sie sich dabei vor allem des Internet und des Fernsehens bedienen.

Parlamentarische Demokratie ist riskant. Und zwar nicht nur aus Sicht ihrer Befürworter, die immer wieder von neuem die Frage stellen müssen, ob und welche der vielfältig zur Verfügung stehenden Mittel der parlamentarischen Regierungsform den jeweils aktuellen Herausforderungen der Politik tatsächlich gewachsen sind. Riskant ist die parlamentarische Demokratie auch für ihre Gegner. Denn für politische Parteien, die das demokratische System eigentlich grundsätzlich ablehnen, bedeutet die Beteiligung an Parlamentswahlen und die konkrete Arbeit in Parlamenten, dass sie eine Antwort auf die Frage finden müssen, wie sie in den von ihnen kritisierten Institutionen konkret agieren wollen. Das Risiko aller anti-parlamentarischen Parteien besteht darin, dass sie am Ende eines durch die Parlamentsarbeit erfahrenen politischen Lernprozesses selbst irgendwann zu denen gehören, vor denen sie ihre Anhänger in ihrer politischen Agitation ursprünglich immer gewarnt haben.⁴⁴ Doch für die Erwartung, dass die NPD in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls diesen Weg gehen könnte, gibt es momentan nicht den geringsten Anhaltspunkt. Weder die NPD in Anklam und Ostvorpommern noch die NPD in Ludwigslust und Stralsund bieten dafür auch nur den leisesten Ansatz. Beide gehen unterschiedliche Wege, aber für beide sind die Kommunalparlamente nichts anderes als Transmissionsriemen einer Politik, die den demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik durch ein autoritäres völkisches Regime ersetzen möchte.

⁴⁴ In der historischen Rückschau gibt es bekanntlich ganz unterschiedliche Entwicklungsmuster dieser Problematik. Die politische Linke, die in ihrer Programmatik (wie die SPD im deutschen Kaiserreich) den Parlamentarismus als eine bürgerliche Herrschaftsform konsequent ablehnte, entdeckte auf ihren reformistischen Flügeln nach und nach die Möglichkeiten, die die Parlamente ihr zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele boten und gehört heute zu den nachdrücklichsten Verteidigern des Parlamentarismus. Wie in einem Zeitraffer haben die Grünen diesen Entwicklungsprozess in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik noch einmal nachvollzogen. Eine ähnliche Entwicklung gibt es auch auf Seiten der politischen Rechten zu beobachten: So hat die neofaschistische MSI/NA in Italien den Parlamentarismus heute ebenfalls ohne Wenn und Aber anerkannt und arbeitet ohne Vorbehalte und Verletzungen der Spielregeln in den italienischen Parlamenten mit.

Es ist derzeit schwer auszumachen, welche der beiden Strategien längerfristig die Oberhand in der NPD behalten wird: Andrejewskis Mühen in der Hochebene des parlamentarischen Alltagsgeschäfts oder Kösters kommunalparlamentarisch weitestgehend stummer Konfrontationskurs. Paradoxerweise können beide Strategien den Segen der NPD für sich reklamieren. Das Vorgehen von Andrejewski entspricht in geradezu idealtypischer Weise dem offiziell ausgegebenen taktischen Mantra der NPD, man wolle sich zuerst durch Beteiligung an der Sacharbeit einen bürgerfreundlichen Namen in der lokalen Politik machen. Das Vorgehen von Köster entspricht hingegen sehr viel eher dem auf Provokationen angelegten Agieren der NPD im sächsischen Landtag. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass letztere ihre taktischen Anleitungen von derselben Bundesparteführung erhält, die auch die taktischen Richtlinien formuliert hat, um deren Umsetzung Andrejewski sich eifertig bemüht.

Letztlich sind die geschilderten Differenzen Ausdruck genereller Unklarheiten in der NPD über die von der Parteführung seit ihrem Parteitag in Stavenhagen im Januar 1998 ausgegebene ‚Drei-Säulen-Strategie‘. Trotz mancherlei innerparteilicher Erläuterungen⁴⁵ ist die ‚Drei-Säulen-Strategie‘ selbst der rechtsextremen Klientel in vielen Punkten unklar geblieben. Das liegt ganz schlicht daran, dass diese „Strategie“ logisch inkonsistent ist, obgleich von der Parteführung propagiert wird, aus den drei Säulen würden sich gleichsam automatisch Synergien ergeben. Denn während sich der ‚Kampf um die Straße‘ bewusst auch an die gewaltbereite Szene im Rechtsextremismus richtet, setzt der ‚Kampf um Parlamente‘ ein seriöses Erscheinungsbild der Partei voraus, um größere Kreise der Bevölkerung für ihre Ziele gewinnen zu können.⁴⁶ Infolge ihrer logischen Inkonsistenz lassen sich aus der ‚Drei-Säulen-Strategie‘ auch keine bestimmten taktischen Schritte ableiten; tatsächlich handelt es sich bei ihr um eine Formel, mit der die NPD-Führung zu verdecken versucht, dass sie gar keine Strategie hat. Die Partei steckt in der Kommunalpolitik somit in einem taktischen Dilemma, das sie sich selbst bereitet hat.

Dass der an dieser Stelle zu Tage tretende Konflikt zwischen Partefunktionären, die auf den Zusammenhalt der NPD und ihr langsames Hineinwachsen in die Mehrheitsgesellschaft bedacht sind und den Verfechtern eines aktivistischen und aggressiven Autonomiekonzeptes innerhalb der NPD nicht entschieden ist, zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern im Übrigen auch bei ihrer Kandidatenaufstellung für die Landesliste der Landtagswahl 2006, auf der sich eine Reihe von Aktivisten aus der militanten Kameradschaftsszene neben „regulären“ Partefunktionären platzieren konnten.

⁴⁵ So noch einmal ausführlich in einem Interview mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt in der ‚Deutschen Stimme‘ im Februar 2002.

⁴⁶ Zur Widersprüchlichkeit der ‚Drei-Säulen-Strategie‘ vgl. die Einleitung sowie Stöss 2005: 135ff.

Als Indikator dafür, ob es der NPD bereits gelingt, gesellschaftsfähige Anknüpfungspunkte zu finden, kommt innerhalb dieser Untersuchung nur infrage, inwieweit ihre kommunalpolitischen Initiativen auch bei den Kommunalpolitikern der demokratischen Parteien auf Akzeptanz stoßen. Das markanteste Beispiel stammt aus der Stadtvertretung Anklam, wo ein Antrag, der sich für den Erhalt Anklangs als Kreisstadt auch nach der Kreisgebietsreform aussprach, einstimmig abgesegnet wurde. Ein Einzelfall zwar, dennoch ausreichend, um von der NPD dermaßen hochstilisiert zu werden, als handle sie allein im Sinne der Stadt und erkenne, wo der Schuh drückt. Für diese Selbstwahrnehmung hat der Abstimmungserfolg eine geradezu berauschende Wirkung gehabt.

Generell aber werden NPD-Abgeordnete und ihre Beiträge in den Plena skeptisch bis ablehnend betrachtet. So wie in der Stralsunder Bürgerschaft, wo Arendt und Flotow ignoriert bzw. so gut es geht ausgegrenzt werden. Einen Sachantrag, der im Juni 2005 auf der Tagesordnung war, setzte das Gremium gleich zu Beginn der Sitzung ab, weil es sich für das Problem nicht zuständig erklärte (nach Ansicht der NPD sollte die Volkswerft GmbH von der Bürgerschaft aufgefordert werden, vorrangig deutsche Arbeitslose neu einzustellen). Ihren ersten wirklichen Sachantrag, mit dem sich die Stralsunder Rathausparlamentarier während der Sitzung auseinander setzen mussten, ließ noch einmal ein Jahr auf sich warten und erfolgte erst im Juni 2006, als unser Untersuchungszeitraum bereits abgeschlossen war. Es ging dabei um die Erarbeitung eines Graffiti-Konzeptes für die Hansestadt. Das Thema wurde ohne langes Lamento vorerst zur Bearbeitung in die unteren Ausschüsse verwiesen – ein weiterer Antrag gleich in der folgenden Sitzung einstimmig abgelehnt.

Auch im Kreistag Ostvorpommern konnte die NPD bei der Abstimmung über ihre Sachanträge bisher nicht reüssieren. Allerdings ist die Ablehnungsfront weit weniger einhellig als in Stralsund. Beispielsweise erhielt die Partei, als sie im August 2004 die Weigerung der Sparkasse Vorpommern, ein Konto für die Rechtsextremisten einzurichten, thematisierte, immerhin 13 Zustimmungen. Eine ganze Reihe von Abgeordneten aus anderen Fraktionen hatte also für diesen Antrag der NPD gestimmt; zum größten Teil waren sie der Auffassung gewesen, dass die Nichteröffnung des Fraktionskontos eine Benachteiligung der NPD sei, die – angesichts der Tatsache, dass die Partei demokratisch gewählt worden ist und sie damit die gleichen Rechte wie andere politische Gruppierungen haben müsse – ungerecht sei.

Vergleicht man das Verhalten der Abgeordneten in Stralsund und Ostvorpommern, müssen zwei Dinge berücksichtigt werden. Erstens verfügt Andrejewski im Kreistag über ein wesentlich besseres Gespür für kommunalpolitisch relevante Themen als die beiden braunen Bürgerschaftsmitglieder in Stralsund, und zweitens ist die Kreisverwaltung auch der NPD gegenüber weniger rigide in der Frage, welche Anträge am Ende auf der Tagesordnung landen und welche nicht. Der Kreistagspräsident Ostvorpommerns, Matthias Lietz, machte am Rande einer

Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus im Juni 2006 deutlich, dass er einen Antrag schon allein wegen eines fehlerhaften Datums nicht zur Tagesordnung zulassen könne. Und handwerkliche Fehler, um Anträge der NPD von vornherein von den Sitzungen auszuschließen, würden sich leicht finden lassen.⁴⁷ Die Herangehensweise des Kreistagspräsidiums ist im Vergleich zum Präsidium der Bürgerschaft Stralsund also eine andere. In Ostvorpommern müssen sich die Abgeordneten selbst mit den Rechtsextremisten auseinander setzen, in Stralsund dagegen blieb die Bürgerschaft während der ersten zwei Jahre dank ihres beinahe fürsorglichen Verwaltungsapparates sowie der geringen Kompetenz der beiden NPDler vor einem Schlagabtausch mit den Rechtsextremisten weitgehend verschont. Allerdings erweckt das Vorgehen der Stralsunder Bürgerschaftsverwaltung, NPD-Anträge unter Verweis auf formal-bürokratische Bestimmungen gewissermaßen vorab verschwinden zu lassen, den Eindruck einer exekutiven Führerschaft der Verwaltung. Die demokratischen Parteien waren dort bis dahin nicht ansatzweise so sehr in der Auseinandersetzung mit den Neonazis gefordert wie die Abgeordneten in Ostvorpommern.

Auch unter Einbeziehung der beiden anderen untersuchten parlamentarischen Vertretungen in Anklam und im Landkreis Ludwigslust lässt sich kein einheitliches Bild zeichnen. Zusammenfassend kann höchstens konstatiert werden, dass die Reaktionen der anderen Parteien auf die NPD einerseits davon abhängen, ob die Rechtsextremisten überhaupt kommunalpolitisch engagiert und kompetent sind und andererseits, welche Probleme sie mit kommunalpolitischen Initiativen aufgreifen. Auf die größte Akzeptanz stößt die rechtsextreme Partei immer dann, wenn ihre Vertreter sachkundig auftreten und Themen besetzen, die sich nur schwer als typisch rechtsextrem entlarven lassen. Diese Strategie verfolgt bisher nur Andrejewski relativ konsequent.

Ihm gelingt es zumindest in der Stadtvertretung Anklam auch als Person von den anderen Parlamentariern in gewisser Weise akzeptiert zu werden. Von kurzen gemeinsamen Pausengesprächen bis zum Applaus einiger CDU-Vertreter nach einem Statement Andrejowskis zum Zustand der deutschen Kriegsgräber in Anklam reicht die Palette der Akzeptanzbekundungen, die ihm entgegengebracht werden. Dennoch gibt es auch dort keine ‚special relationship‘ zwischen der CDU und der NPD. Mit Blick auf alle vier untersuchten Kommunalparlamente kristallisiert sich generell heraus, dass die NPD-Vertreter dort, wo sie als Einzelperson sitzen, wie eben Andrejewski in Anklam, eher akzeptiert werden. Sind sie zu zweit im Parlament, schlägt der ‚Mitleidsbonus‘ in Ignoranz um.

Neben dem zwischenmenschlichen Umgang mit den NPD-Repräsentanten während der Sitzungen, dem Abstimmungsverhalten über ihre Anträge sowie ob und wie ihnen rhetorisch Paroli geboten

⁴⁷ Podiumsdiskussion auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema ‚Prävention gegen Rechtsextremismus‘ am 7. Juni 2006 in Züssow.

wird, sind nicht zuletzt parteiübergreifende Willensbekundungen zum Thema Rechtsextremismus beobachtbar gewesen. So verabschiedete die Bürgerschaft Stralsund bereits im September 2004 eine ‚Erklärung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit‘, auch wenn der Antrag nicht einstimmig angenommen wurde.⁴⁸ Der Abstimmung gingen scharfe Wortgefechte voraus. Zwei CDU-Mitglieder verließen während der Diskussion sogar demonstrativ den Saal. Kurz vor den Landtagswahlen stand im Juli 2006 auch im Kreistag Ostvorpommern eine ähnliche Erklärung zur Abstimmung und wurde im Unterschied zur Stralsunder Bürgerschaft bis auf die beiden Stimmen der NPDler einstimmig verabschiedet.

In ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen sind symbolische Maßnahmen, die nicht erst vorher im Parlament durchgestimmt werden müssen und der NPD dennoch ganz deutlich suggerieren, dass sie unerwünscht ist. So muss Andrejewski als einziger seine Sachanträge im Kreistag Ostvorpommern selbst vorlesen, was sonst Aufgabe des Kreistagspräsidenten ist. Im Stralsunder Rathaus wurden Besucher bis Juli 2004 von mehreren Metalltafeln im Foyer empfangen, beschriftet mit den Namen der Bürgerschaftsparteien. Seit nun auch die NPD dazu gehört, verzichten alle Parteien lieber auf diese Geste, als die Gäste des Rathauses auch mit der Initialabkürzung der NPD zu begrüßen. Relativ schnell war die Stralsunder Bürgerschaft außerdem bei der Änderung ihrer Geschäftsordnung. Bis 2004 war darin vorgesehen, dass alle Fraktionen mit einem Vertreter im Präsidium der Bürgerschaft vertreten sein können. Jetzt sind nur noch drei zugelassen. Neben der NPD ging diese Änderung zulasten von ‚Forum Kommunalpolitik‘ und der SPD, die jedoch darauf verzichteten dagegen vorzugehen, um die Rechtsextremisten nicht im Windschatten ihrer Bemühungen mitzuziehen.

Zusammenfassend betrachtet fallen die Reaktionen auf die NPD also recht unterschiedlich aus.⁴⁹ Am konsequentesten gegen die NPD agiert zweifellos die Bürgerschaft in Stralsund, wo die Rechtsextremisten ausgegrenzt werden. In Ostvorpommern manifestierte sich die Ablehnungsfront zwar erst wesentlich später, gipfelte aber wie in Stralsund auch in einer Erklärung gegen Rechtsextremismus. Etwas Vergleichbares stand im Kreistag Ludwigslust zwar bisher nicht zur Debatte, dafür geben besonders die führenden Kommunalpolitiker aber öffentlich häufig Statements ab, mit denen sie sich ganz klar von der NPD und ihren beiden Vertretern im Kreistag distanzieren. Unschärfer verläuft im Vergleich mit den drei anderen Fällen die Trennungslinie zwischen NPD und demokratischen Parteien in der Stadtvertretung Anklam.

⁴⁸ Erst nach einem Änderungsantrag der CDU, das Wort „Rechtsextremismus“ durch „Extremismus“ zu ersetzen, wurde die Willenserklärung mit einer Mehrheit von 18 zu 13 Stimmen angenommen.

⁴⁹ Dazu vgl. jeweils die Kapitel ‚Reaktionen der anderen Parteien‘ in den vier Fallstudien.

Hier kam es sogar dazu, dass ein Antrag von Andrejewski einstimmig für zustimmungswürdig befunden wurde.

Die Gründe für diese unterschiedlichen Verhaltensweisen können im Rahmen dieser Untersuchung nicht abschließend geklärt werden, da selbst die machtpolitischen Konstellationen in allen vier Kommunen relativ ähnlich sind. Überall, d.h. in allen vier Kommunen, ist die CDU stärkste Partei und hat damit die Führungsrolle inne. Zugleich ließen sich bei der CDU zumindest in Anklam die geringsten Berührungängste mit der NPD beobachten. In der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen NPD-Abgeordneten fällt der CDU aus diesen Gründen eine Schlüsselstellung zu.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle für die geschilderten Unterschiede spielt offensichtlich die kommunalpolitische Ansatzhöhe (z.B. die Differenz zwischen Kommunalparlament in einer Kleinstadt oder einer größeren kreisfreien Stadt). Hier sind es vor allem die Unterschiede in den sozialen Milieus, aus denen die Kommunalparlamentarier stammen, sowie ihr Bildungsgrad, von dem die Befähigung abhängt, sich aktiv mit den Rechtsextremisten auseinander zu setzen.

Wie wird es mit der Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern weitergehen? Viel wird von der Landtagswahl im Herbst 2006 abhängen, bei der sich die NPD große Chancen ausrechnet, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Falls der NPD dies nicht gelingt, wird die Partei in eine Sinnkrise geraten. Das Aufbrechen der bislang nur latenten innerparteilichen Konflikte über das Auftreten der Partei in der Öffentlichkeit könnte die Partei, der es im Jahr 2005 gelungen war, ihre Mitgliederzahl zu verdoppeln, wieder an den Rand des Zusammenbruchs bringen und auch ihre kommunalpolitischen Aktivitäten beeinträchtigen.

6.2 Welche Strategien eignen sich für den Umgang mit der NPD in Kommunalparlamenten?

Addiert man die Stimmen für die NPD in den vier hier näher untersuchten Kommunalparlamenten bei der Wahl 2004, so kommt man auf eine Zahl von 14.739 Stimmen,⁵⁰ was ziemlich genau der Anzahl aller Einwohner einer Kleinstadt von der Größe Anklams entspricht. Solche Zahlen geben wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich das ‚Problem NPD‘ im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gänzlich von selbst lösen könnte. Die demokratischen Parteien kommen nicht darum herum, sich auf eine politische Auseinandersetzung mit der NPD vor Ort einzulassen. Diese Einsicht wirft zunächst die Folgefrage auf, ob eine eher passive oder aktive Strategie im Umgang mit der NPD Erfolg versprechender ist.

⁵⁰ Addierte Werte der Stimmen aus den einzelnen Bereichen Ostvorpommern, Ludwigslust, Anklam und Stralsund.

Denn jede Debatte über die angemessenen Strategien im Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten ist letztlich in die grundsätzliche Kontroverse zu diesem Thema eingespannt. Umstritten ist dabei, ob es besser ist, rechtsextremistische Gegner der Demokratie aktiv zu bekämpfen oder ob man sie durch die permanente Auseinandersetzung letztlich nur ungewollt aufwertet. Nach der zweiten Ansicht tut man besser daran, die Rechtsextremisten soweit es geht zu ignorieren; nach der ersten Ansicht sollte man indessen ‚den Anfängen wehren‘ und Extremisten so frühzeitig wie möglich aktiv bekämpfen.

In der politischen Öffentlichkeit ist diese Frage ebenfalls heftig umstritten und die Meinungsverschiedenheiten brechen angesichts der rechtsextremistischen Vorfälle während der letzten Zeit immer wieder neu auf. Auf beiden Seiten in dieser Kontroverse greifen einige im Eifer des Gefechts zuweilen auch zu unlauteren Verdächtigungen: So werfen aktive Antifaschisten auf Seiten der politischen Linken den zur Beruhigung mahnenden Kräften zuweilen mangelnde demokratische Tugend oder gar ‚Kumpaneit‘ mit dem Rechtsextremismus vor; von der Gegenseite lautet der ebenso harsche Vorwurf, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus instrumentalisiert werde, um konservatives Gedankengut unter einen Generalverdacht zu stellen. Wo auch immer sich die Kommunalpolitiker der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften hinsichtlich ihrer eigenen Position einordnen – die Frage nach der angemessenen Strategie gegen Rechtsextremisten überhaupt aufzuwerfen, ist angesichts der vielfach beobachtbaren Hilf- und Ratlosigkeit bereits ein erster wichtiger Schritt.

Ziele und Akteure einer gemeinsamen Strategie gegen Rechtsextremismus

Anders als die politische Öffentlichkeit plädiert die wissenschaftliche Extremismusforschung unabhängig von den politischen Orientierungen der jeweiligen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nahezu unisono dafür, das Problem Rechtsextremismus nicht zu bagatellisieren, sondern die aktive Auseinandersetzung mit dem Extremismus zu suchen.⁵¹ Dieses Plädoyer basiert weniger auf historischen Lehren aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern begründet sich aus den Erfahrungen mit rechtsextremistischen Tendenzen in ganz verschiedenen Ländern Europas während der letzten zwei Jahrzehnte.⁵² In der Politikwissenschaft wird die Debatte nicht darüber geführt, *ob* die aktive Auseinandersetzung gesucht werden muss, sondern *mit welchen Strategien* dem Rechtsextremismus am besten beizukommen ist.

Nun liegt es natürlich auf der Hand, dass es angesichts seiner vielfältigen Erscheinungsformen – von der Gewalt über subkulturelle Aktivi-

⁵¹ Vgl. Butterwegge 2002, Backes/Jesse 2005.

⁵² Vgl. Ignazi 2003, Gessenharter/Pfeiffer 2004.

täten bis hin zur Arbeit in Parlamenten – keine allgemein gültigen Patentrezepte gegen den Rechtsextremismus geben kann. Was aber in den letzten Jahren durchaus in Form einer engen Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Forschung und pädagogischer bzw. politischer Praxis konzeptionell entwickelt werden konnte, sind erfahrungsgesättigte *best practices* für die unterschiedlichen Handlungsfelder in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Wie in der Einleitung bereits deutlich wurde, ist die Entwicklung solcher *best practice*-Ansätze allerdings bezüglich des Themas ‚Umgang mit Rechtsextremisten in Parlamenten‘ noch deutlich unterentwickelt. Angesichts dieses eher dürftigen Diskussionsstandes wäre es deshalb so vermessen wie besserwisserisch, am Ende unserer vier kleinen Fallstudien – bei einem Beobachtungszeitraum von gerade einmal zwei Jahren – mit einer ausgereiften *best practice* aufwarten zu wollen. Nichtsdestotrotz lassen sich in der Zusammenschau der bisherigen Literatur und in Verbindung mit unseren Beobachtungen einige Gemeinsamkeiten als Empfehlungen für den adäquaten Umgang mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten angeben.

Bevor man sich überhaupt auf eine Strategie im Umgang mit der NPD festlegt, müssen allerdings zwei Fragen beantwortet werden: Erstens muss geklärt sein, was genau mit einer Gegenstrategie im Parlament erreicht werden soll. Die Antworten auf diese Zielfrage können dabei durchaus in unterschiedliche Richtungen weisen: Die NPD-Mandatsträger sollen überzeugt und auf den Pfad der Demokratie zurückgebracht werden (das wohl unwahrscheinlichste Ziel), die Wählerschaft der NPD soll über den tatsächlichen Charakter der NPD aufgeklärt werden, die Stimmenzahl der NPD bei der nächsten Wahl soll sinken (das sicher realistischste Ziel), die NPD soll das Parlament nicht als Aktionszentrum ihrer außerparlamentarischen Aktivitäten nutzen können, oder man will eine sukzessive einsetzende Normalisierung und Akzeptanz des Rechtsextremismus mit parlamentarischen Mitteln verhindern helfen. Je nachdem, welchem Ziel die höchste Priorität beigemessen wird, werden sich auch die geeigneten Gegenstrategien unterscheiden.

Eine zweite Frage, die beantwortet sein muss, lautet: Mit welchen Akteuren und welchen Akteurskonstellationen im Parlament soll die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parlamentariern gesucht werden? Die Beantwortung der Frage nach der Akteurskonstellation fällt sehr viel leichter als die Zieldefinition einer gemeinsamen Strategie. Zwar gibt es theoretisch auch hier mehrere Antwortmöglichkeiten, aber letztlich nur eine wirklich Erfolg versprechende Handlungsoption. Häufig lässt sich in Kommunalparlamenten, in denen Rechtsextremisten vertreten sind, folgendes Verhaltensmuster beobachten: Die Auseinandersetzung wird mit knappen Mehrheiten gesucht und die politische Konkurrenz im Lager der demokratischen Parteien wird gewisser Affinitäten

zu den Rechtsextremen bezichtigt.⁵³ Übersetzt man dieses Muster in die derzeitigen politischen Konstellationen von Mecklenburg-Vorpommern, dann bieten sich für derartige Unterstellungen aus Sicht der PDS am ehesten die CDU bzw. aus Sicht der CDU die PDS an.⁵⁴ So sehr ein solches, am eigenen kurzfristigen Wahlerfolg orientiertes, Verhalten nachvollziehbar ist – für die Schwächung des Rechtsextremismus erweist es sich als ausgesprochen kontraproduktiv. Einerseits verpufft dadurch ein nicht unbeträchtlicher Teil des demokratischen Wehrpotenzials. Andererseits nutzt die NPD solche Kontroversen für eigene Propagandazwecke aus, indem sie proklamiert, dass nur sie sich um die tatsächlichen Probleme der Wähler kümmere, während die demokratischen Parteien einmal wieder mit sich selbst beschäftigt seien. Gerade im direkten Vergleich verschiedener Gemeinden in Baden-Württemberg und Hessen ließ sich zeigen, dass es sehr viel Erfolg versprechender ist, wenn möglichst alle demokratischen Kräfte im Kommunalparlament vereint einen Konsens gegen die Rechtsextremisten finden, selbst wenn sie dabei gewisse Abstriche von der eigenen Position in Detailfragen machen müssen.⁵⁵

Ein derartiger Schulterschluss kann die demokratischen Parteien und Wählervereinigungen auch in die Lage versetzen, die zu Beginn gestellt Frage nach den Zielen ihrer Gegenstrategie gemeinsam zu beantworten. Realistischerweise sollte nicht davon ausgegangen werden, dass sich NPD-Abgeordnete mit Hilfe einer solchen Strategie ausgerechnet während ihrer Mandatsperiode von ihrem gefestigten, undemokratischen und rassistischen Weltbild abbringen lassen werden. Alle anderen Ziele – die Aufklärung der Wähler, die Verringerung des Wahlergebnisses der NPD bei der nächsten Wahl oder die Verhinderung einer Inanspruchnahme des Kommunalparlaments für rechtsextremistische Aktivitäten sind jedoch durchaus realistisch. Demokratische Kommunalpolitiker, die mit ihrer Gegenstrategie einen möglichst hohen Wirkungsradius erzielen wollen, müssen sich dabei natürlich besonders an solche Wähler rechtsextremistischer Parteien richten, von denen sie vermuten, dass sie eher aus einer Protesthaltung die NPD gewählt haben und weniger deshalb, weil sie mit deren Programm übereinstimmen (eine Vermutung, die natürlich nicht in allen Fällen zutrifft). Zwar sind die Abgeordneten der NPD demokratisch gewählt – das bedeutet aber noch lange nicht, dass die Ideologie der Partei sich auf eine demokratische Legitimation im Sinne einer freiheitlichen Verfassung berufen

⁵³ Zu beobachten sind solche Muster zuletzt vor allem in den Kommunalparlamenten von Hessen und Baden-Württemberg, vgl. Wagner 1997 und Hafenecker 1999.

⁵⁴ Dass solche Muster keine bloße Theorie sind, belegt der Vorwurf des CDU-Fraktionschef Armin Jägers an die PDS, dass sie in einigen Fragen auf eine Stufe mit der NPD gestellt werden müsse. Jäger bezeichnete die PDS als Gefahr für den Rechtsstaat. Vgl. Ostsee-Zeitung: CDU und PDS: Ende der Toleranz, 13. Juni 2006.

⁵⁵ Vgl. zusammenfassend Staud 2005: 129ff.

kann. Im Hinblick auf die Wählerschaft ist es für die demokratischen Parteien und Wählervereinigungen unabdingbar, gemeinsam zu kommunizieren, dass eine Protestwahl zugunsten der NPD gesellschaftlich nicht akzeptabel ist.⁵⁶

„Best Practice“ im Parlament: Diskutieren, Ignorieren, Ausgrenzen oder Entlarven?

Die rigide Feindschaft der NPD gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat ist auch der Grund dafür, dass ein sachliches *Diskutieren* mit ihren Vertretern in den Kommunalparlamenten als ein ungenügender Umgang angesehen wird. Konkret würde dies bedeuten, bei jedem Beitrag oder Antrag der NPD die gleichsam akzeptierende, normale bzw. sachliche Auseinandersetzung mit ihr als rechtsextremistischer Partei zu suchen. Das Problem mit einem solchen Umgang ist weniger, dass die NPD – gemäß des auch von unseren Fallstudien bestätigten Bonmots – ‚auf alles eine Antwort, aber keine Lösung des Problems‘ hat. Der Grund, die rein sachbezogene Diskussionsoption nur sehr dosiert einzusetzen, ist vielmehr ein anderer: Die NPD instrumentalisiert die von ihr ausgewählten Themen für ihre extremistischen politischen Zielsetzungen. Die rein sachliche Auseinandersetzung mit der NPD muss deshalb immer wieder durch Beiträge ergänzt werden, die zusätzlich diese Instrumentalisierungsabsicht herausstellen. Ein solches Agieren ist nicht nur eine Frage der demokratischen Selbstachtung, sondern auch wichtig im Hinblick auf die Wählerschaft, damit bei ihr gar nicht erst der falsche Eindruck erweckt wird, bei der NPD handele es sich um eine normale demokratische Partei, der es mit ihrer kommunalpolitischen Aktivität um Problemlösungen geht.

Für politische Parteien, die im Kommunalparlament nach Alternativen zur akzeptierenden Sachdiskussion mit der NPD suchen, bieten sich verschiedene andere Möglichkeiten einer politisch produktiveren Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten an. Dazu gehört erstens die Strategie des konsequenten *Ignorierens*. Unter Ignorieren ist nicht einfach bloßes ‚Nichtstun‘ zu verstehen, sondern die bewusste Entscheidung, sich der NPD so konsequent wie nur irgend möglich zu verweigern. Dies betrifft außerhalb des Parlaments etwa die Ablehnung, sich bei Wahlveranstaltungen oder anderen öffentlichen Diskussionsgelegenheiten mit der NPD auf ein Podium zu begeben. Im Parlament würde dies bedeuten, darauf zu verzichten, auch nur mit einem Wort auf Anträge oder Beiträge der Partei einzugehen oder sich dafür einzusetzen, Anträge der NPD ohne Debatte gleich (ablehnend) abstimmen zu lassen. Eine solche Umgangsweise kann sogar soweit betrieben werden,

⁵⁶ Hierzu gehört, die Ängste der Wähler ernst zu nehmen, aber auch das Insistieren darauf, dass solche Ängste keine Rechtfertigung dafür darstellen, eine rassistische und undemokratische Partei wie die NPD zu wählen.

dass der Sitzungssaal verlassen wird, sobald ein NPDler das Wort ergreift. Die Strategie des *Ignorierens* hat sicherlich den Vorzug, dass sie einer relativ einfachen Grundregel folgt. Als *best practice* kann sie freilich nur sehr bedingt empfohlen werden. Punktuell eingesetzt kann das Verlassen des Raumes, nur weil ein NPDler das Mikrophon ergreift, zwar eine gewisse symbolische Wirkung erzeugen; ein ständiges Verlassen des Sitzungssaales verliert jedoch an symbolischer Überzeugungskraft und wirkt langfristig gesehen eher lächerlich. Zudem lässt ein solches Verhalten leicht den fatalen Eindruck entstehen, die NPD hätte es mit wehrlosen Demokraten zu tun.⁵⁷

Sehr viel sinnvoller ist die konsequente Ablehnungshaltung hingegen bei Anträgen dann, wenn die NPD Anträge in die Kommunalparlamente einbringt. Es ist dabei völlig ohne Bedeutung, ob ihre Anträge eine inhaltliche Qualität aufweisen, wie sie im Prinzip auch von einer demokratischen Partei erwartbar wäre. Eine solche Einzelabwägung leistet lediglich der vielfach verbreiteten Ansicht Vorschub, dass eine Partei nur deshalb, weil sie nicht verboten ist, automatisch als demokratisch angesehen werden kann, und sie verwischt längerfristig die notwendige Grenzziehung zwischen den demokratischen Kräften und ihren extremistischen Gegnern. Stattdessen ist es ratsam, in solchen Fällen den von der NPD eingebrachten Antrag aufgrund der einzigen Tatsache abzulehnen, dass er von der NPD stammt. Sollte es sich dabei im Ausnahmefall um einen zustimmungswürdigen Antrag handeln, kann er von Seiten der demokratischen Parteien ganz unverblümt neu eingebracht werden, so dass man ihm in diesem Fall dann zustimmen kann. Die Sorge, dass ein solches Verhalten als lächerlich angesehen oder von der NPD ausgeschlachtet werden könnte, ist nur dann begründet, wenn man selbst ein solches Verhalten als lächerlich ansieht. Ist man hingegen der Überzeugung, dass eine solche konsequente Einigkeit der demokratischen Kräfte nicht zuletzt aus Gründen der symbolischen Selbstachtung moderner Demokratien notwendig ist, dann lässt sich dies ohne große Schwierigkeiten politisch kommunizieren und nimmt der NPD den Wind aus den Segeln.

Eine arbeitsaufwendigere Form des Umgangs mit der NPD in den Parlamenten stellt die ‚aktive Auseinandersetzung‘ dar. In diesem Rahmen schlägt Benno Hafeneger⁵⁸ mit Blick auf die Erfahrungen mit der NPD in den hessischen Kommunalparlamenten zwei Strategien vor: Ausgrenzung und Entlarvung. Die *Ausgrenzung* sieht die kategorische Ausgrenzung der NPD vom gesamten Parlamentsgeschehen bis an die Grenzen des Spielraums vor, der durch Änderungen der Geschäftsordnung rechtsstaatlich vertretbar ist. Diese Grenze muss allerdings unbedingt beachtet werden. Bei der Ausgrenzungsstrategie ist politische

⁵⁷ Vgl. die Überlegungen von Cornelia Sonntag-Wolgast zu diesem Aspekt: <http://www.sonntag-wolgast.de/aktuelles/kalender/juni/leitlinienR.jpg.pdf>. 27. Juni 2006.

⁵⁸ Hafeneger 2000: 108ff.

Kreativität und Engagement gefragt. Zur Ausgrenzung gehören die gemeinsame öffentliche Stellungnahme der demokratischen Parteien gegen Rechtsextremismus, die Bereitstellung von Informationen in Ausstellungen oder Veranstaltungen über Rechtsextremismus, die Verringerung der Plätze in kommunalpolitischen Ausschüssen oder das Heraufsetzen von Quoten in bestimmten Verfahren, um eine Teilnahme der NPD zu verhindern. Änderungen der Geschäftsordnung müssen nicht zwangsläufig das jeweils am besten geeignete Mittel sein. Häufig genügt es, wenn bei allen demokratischen Abgeordneten ein Konsens darüber herrscht, Anträge der NPD prinzipiell abzulehnen oder sie – wie in Stralsund praktiziert – im Vorfeld streng bezüglich formeller Mängel zu prüfen und gegebenenfalls von der Tagesordnung zu nehmen. Auf parlamentarischer Ebene soll die Ausgrenzung, wie auch das Ignorieren, symbolisch zum Ausdruck bringen, dass die NPD keine Partei innerhalb des demokratischen Spektrums ist. Damit sich die NPD nicht als Märtyrer oder als ‚verfolgte Unschuld‘ stilisieren kann, muss diese Ausgrenzung immer wieder neu begründet werden. Es geht darum aufzuzeigen, dass ihre Mitglieder und Funktionäre keine Partner im demokratischen Dialog sind, sondern sie die demokratischen Freiräume nutzen wollen, um die rechtsstaatliche Demokratie abzuschaffen.

Zur Ausgrenzungsstrategie auf kommunaler Ebene gehört, Rechtsextremisten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen vom normalen Betrieb auszugrenzen. Diese Ausgrenzung ist genau genommen nur eine Reaktion auf die Ideologie und das Verhalten der NPD selbst: „Die NPD [...] erkennt die allgemeinen Menschenrechte nicht an. Sie ist es, die sich damit ausgrenzt. [...] Wer sich zur NPD bekennt, darf deshalb ausgeschlossen werden. Auch aus dem Sportverein, dem Männerchor, der Gewerkschaft. Es muss abschreckend sein, bei der NPD mitzumachen.“⁵⁹ Toralf Staud, von dem dieses Zitat stammt, betont aber auch: „Der Weg zurück muss offen bleiben“.⁶⁰ Demnach gehört es ebenso zu den demokratischen Werten, dass Personen, die sich vom Rechtsextremismus losgesagt haben, ihre Vergangenheit nicht ihr Leben lang nachgetragen wird. Zudem sprechen auch ganz praktische Gründe dafür, dass der Weg zurück in die demokratische Gesellschaft grundsätzlich offen bleiben muss, denn es ist sehr viel schwerer, die rechtsextremistische Szene wieder zu verlassen, wenn Familie und Freunde erklären, dass sämtliche Brücken abgebrochen seien. Wer sich nur noch in den geschlossenen Zirkeln des Rechtsextremismus bewegt, läuft Gefahr, sein Weltbild weiter zu verfestigen.

Die Strategie der *Entlarvung* folgt der Logik der Sachdiskussion, wird aber um die zusätzliche Einbettung der NPD-Beiträge in ihre generelle politische Zielsetzung um einen entscheidenden Punkt erweitert. Bei dieser Strategie genügt es nicht, nur immer wieder neu die Verfassungsfeindlichkeit der NPD zu betonen. Will man die Entlarvung erfolg-

⁵⁹ Staudt 2005: 210.

⁶⁰ Staudt 2005: 210.

reich betreiben, muss man vielmehr in der Lage sein, Anträge, Wortbeiträge, aber auch das mit Blick auf ein neues Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ‚gereinigte‘ Parteiprogramm oder andere programmatische Papiere der NPD systematisch im Hinblick auf ihre tatsächliche Bedeutung zu analysieren. Dazu gehört auch, die tatsächlichen Absichten der NPD und ihre ideologischen Begründungsmuster offen zu legen und im Einzelfall konkret zu widerlegen. Die Anforderungen, die Hafeneger an Kommunalparlamentarier der demokratischen Parteien richtet, entsprechen der Entlarvungsstrategie und sind keineswegs gering: „Ein offensiver, kämpferischer und selbstbewusster Umgang der demokratischen Parteien dechiffriert die Themen, ideologisch-populistischen Absichten, die (fehlende) inhaltliche Qualität und möglichen Folgen rechtsextremer Politikforderungen und Begründungen.“⁶¹ Auf diesem Wege ist es längerfristig möglich, der politischen Öffentlichkeit die tatsächlichen Ziele der NPD aufzuzeigen und eventuell einigen ihrer bisherigen Wähler die Chance zu geben, sich von ihrem Votum innerlich zu distanzieren. Gerade hier bietet sich auch die Zusammenarbeit mit bürgergesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus an, genauso wie der Kontakt zu den lokalen Medien, die als Mittler zwischen Politik und Bürgern vor Ort fungieren.

Eine konsequente Entlarvungsstrategie ist mit Sicherheit die wünschenswerteste, weil Erfolg versprechendste Strategie. Als eine mögliche *best practice* muss sie aber natürlich den örtlichen kommunalpolitischen Gegebenheiten angepasst werden. Vielfach sehen die Kommunalparlamente in Mecklenburg-Vorpommern schon aus zeitlichen Gründen gar keine längere sachpolitische Auseinandersetzung vor, was vielfach der Strategie des *Ignorierens* den Vorzug gibt. Auch verlangt die Strategie der *Entlarvung*, dass es Kommunalpolitiker gibt, die willens und fähig sind, sich aktiv mit der NPD zu beschäftigen und auch auf polemische Wortbeiträge der NPD mit Faktenwissen reagieren können, ohne sich zu stark von Emotionen leiten zu lassen und ohne monoton immer die gleichen Wortbeiträge zu halten. Am Beispiel Stralsunds ist jedoch gut zu erkennen, dass es den örtlichen Kommunalpolitikern durchaus gelingt, diese Strategie umzusetzen. Da neben dem Willen zu einer solchen Strategie auch die Kompetenz gehört, sie erfolgreich einschlagen zu können, ließe sich im Sinne einer *best practice*-Empfehlung an dieser Stelle anregen, dass sich zumindest innerhalb der großen politischen Parteien zwei oder drei Abgeordnete über die NPD detaillierter sachkundig machen. Mit ihrem Wissen könnten sie in den betroffenen Kommunalparlamenten ihre Parteikollegen im Umgang mit der NPD unterstützen und ihnen dabei helfen, die Entlarvungsstrategie erfolgreich zu praktizieren.

⁶¹ Mecklenburg 1999: 197.

Der demokratische Sisyphos

Unabhängig von diesen unterschiedlichen Strategien in der direkten Konfrontation mit Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten bleibt die eigentliche Aufgabe der demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften, problemadäquate kommunalpolitische Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen und zu treffen, bestehen. Je geringer die Politikerverdrossenheit ist, desto schwerer fällt es der NPD, Ängste und Unsicherheiten der Bürger für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Nach dieser Logik können die NPD und ihre Anhänger am besten dann politisch bekämpft werden, *bevor* sie überhaupt in Kommunal- oder Landesparlamente einziehen. Doch gerade für die neuen Bundesländer beobachtet die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung, dass sich viele Bürger mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Problemen von den demokratischen Parteien zunehmend allein gelassen fühlen. Hinzu kommt das Diktat der knappen Kassen in den Kommunen. Im Bereich der Jugendarbeit etwa werden im Zuge von Haushaltskonsolidierungen Projektgelder gekürzt und Jugendclubs geschlossen. An Punkten wie diesen setzt die NPD an und versucht, aus der Unzufriedenheit und Unsicherheit der Bürger politisch Profit zu schlagen. Nicht umsonst liegt ein Augenmerk der NPD und ihrer Gefolgschaft derzeit auf der Jugendarbeit und ist es vor diesem Hintergrund nicht sonderlich überraschend, wenn die Partei bei Umfragen unter Erstwählern in Mecklenburg-Vorpommern auf Zahlenwerte von 9,19 Prozent kommt.⁶²

Die demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern sind gefordert, im öffentlichen Bereich sehr viel aktiver zu werden. Doch ein solcher Appell ist wohlfeil; denn angesichts ihrer dünnen Personaldecke gibt es wenig Anhaltspunkte, dass ihnen dies in kurzer Zeit gelingen könnte. Gleiches gilt für die Aktivitäten der demokratischen Zivilgesellschaft, der zwar lokal durchaus immer wieder imponierende Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus gelungen sind (etwa in den Universitätsstädten Rostock und Greifswald), die aber ebenfalls hauptsächlich von kleinen Aktivistengruppen am Leben erhalten werden. Auch die Zivilgesellschaft benötigt also auf absehbare Zeit weiterhin Unterstützung.

So wenig wie es ein Patentrezept in der außerparlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gibt, so wenig wird es in absehbarer Zeit zu einer zufrieden stellenden Lösung dieses Problems in Mecklenburg-Vorpommern kommen – diese wenig tröstliche Prognose gilt im Übrigen auch für die Bundesrepublik insgesamt sowie für die Demokratie in den meisten anderen modernen Gesellschaften. Die Ursachen für den Rechtsextremismus sind viel zu komplex und eines ein-

⁶² Bei der von Gangways durchgeführten U-18 Wahl durften Schüler ihre Stimme abgeben. In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die NPD unter den Jugendlichen 9,19 Prozent der Stimmen. <http://gangwaycms.spinnenwerk.de/u18/cms/asp/user.asp?client=u18&cat1id=364&cat2id=220&cat3id=421>, 21. Mai 2006.

fachen politischen Korrekturgriffs enthoben.⁶³ Eher ist damit zu rechnen, dass die kausalen Ursachen für die Ausbreitung rechtsextremistischer Einstellungen im Zuge der derzeit absehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen in den nächsten Jahren noch an Virulenz gewinnen.⁶⁴

Aus einer solchen Prognose folgt indes nicht, dass man deshalb den Kopf in den Sand stecken müsste. Wo auch immer die demokratischen Parteien oder zivilgesellschaftlichen Akteure der NPD und anderen rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen entgegentreten, sollte dies aus dem Bewusstsein heraus geschehen, dass ihre Aktivitäten notgedrungen der des Sisyphos aus der griechischen Sage gleichen, der immer wieder damit beschäftigt ist, einen schweren Stein auf den Berg zu schieben. Dieser Vergleich hat nichts Alarmierendes oder Verzweifelndes – Sisyphos war nicht unglücklich –, sondern ruft lediglich die grundlegendsten Existenzbedingungen aller freiheitlicher Demokratien in Erinnerung: So wenig wie Menschen als bereits sprechende oder Computer bedienende Wesen geboren werden, so wenig kommen sie als Demokraten auf die Welt. Die Demokratie muss wie die Sprache immer wieder neu von jeder Generation erlernt und gegebenenfalls verändert werden.

Von dieser Warte aus betrachtet, lässt sich der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sogar eine positive Pointe abgewinnen – gibt sie den streitbaren Verfechtern des demokratischen Verfassungsstaates doch letztlich die Gelegenheit, die freiheitlichen Grundwerte der Demokratie nicht nur abstrakt gegen einen imaginären Gegner, sondern mit offenem Visier und im Angesicht tatsächlicher Feinde zu verteidigen. Und solange die Gegner des demokratischen Verfassungsstaates sich aus solchem Personal zusammensetzen, wie den von uns näher untersuchten Kommunalpolitikern in Mecklenburg-Vorpommern, hat die Demokratie vergleichsweise gute Chancen, sich positiv profilieren zu können.

⁶³ Vgl. als gute Überblicke zu den Ursachen des Rechtsextremismus Butterwegge 2002: 101ff., Stöss 2005: 48ff.

⁶⁴ Vgl. Butterwegge 2002: 154f., Stöss 2005: 73.

Literatur

- Argumente Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. 2002: ...in der Mitte angekommen. Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 2005: vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden.
- Blanke, Bernhard u.a. 2005: Handbuch zur Verwaltungsreform. 3. Auflage. Wiesbaden.
- Brodkorb, Mathias/Schmidt, Thomas 2002: Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Rostock.
- Brodkorb, Mathias 2003: Metamorphosen von Rechts. Münster.
- Butterwegge, Christoph u.a. 1997: Rechtsextremisten in Parlamenten. Opladen.
- Butterwegge, Christoph 1997a: Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung. In: Butterwegge, Christoph u.a.: Rechtsextremisten in Parlamenten. Opladen, 9-53.
- Butterwegge, Christoph 1998: Witzfiguren, Marionetten oder braune Demagogen? Zur Parlamentstätigkeit rechtsextremistischer Parteien. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik 1998, 987-994.
- Butterwegge, Christoph 1999: Erfahrungen mit Rechtsextremen in Parlamenten. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, REP, NPD – Geschichte und Zukunft. Berlin, 177-190.
- Butterwegge, Christoph 2002: Rechtsextremismus. Freiburg.
- Deutsche Shell 2002 (Hrsg.): Jugend 2002: Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt/M.
- Erb, Rainer 2002: Die kommunalpolitische Strategie der NPD Ende der neunziger Jahre. In: Heinz Lynen von Berg/ Hans-Joachim Tschiche (Hrsg.): NPD-Herausforderungen für die Demokratie? Berlin, 45-61.
- Fischer, Benjamin 2006: Ueckermünde- ein Refugium des Rechtsextremismus? Demokratiepolitik: Heft 2, Greifswald.
- Flechtheim, Ossip K. 1970 (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland. Band 8. Berlin.
- Flemming, Lars 2004: Die NPD nach dem Verbotsverfahren – Der Weg aus der Bedeutungslosigkeit in die Bedeutungslosigkeit? In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 16 (2004), 144-154.
- Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas 2004 (Hrsg.): Die neue Rechte – Eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden.
- Gössner, Rolf 2003: Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates. München.
- Griese, Birgit/Niermann, Gunther 1997: Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten. In: Christoph Butterwegge u.a. (Hrsg.), Rechtsextremisten in Parlamenten. Opladen, 147-207.
- Hafeneger, Benno 1995: Politik der ‚extremen Rechten‘. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach/Ts.

- Hafeneger, Benno 1997: Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der ‚Republikaner‘ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach/Ts.
- Hafeneger, Benno 1999: Rechtsextreme Parteien in Parlamenten – Gedanken zum Umgang. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, REP, NPD – Geschichte und Zukunft. Berlin, 1191-200.
- Hafeneger, Benno/Niebling, Torsten 1999: Die Kandidaten der extremen Rechten bei der Bundestagswahl 1998. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, REP, NPD – Geschichte und Zukunft. Berlin, 166-176.
- Hafeneger, Benno 2000: Die ‚Republikaner‘ in Stadtallendorf. Eine Lokalstudie. Schwalbach/Ts.
- Heinrich, Gudrun/Werz, Nikolaus 2003 (Hrsg.): Forschungen in mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 18.
- Heinrich, Gudrun 2005 (Hrsg.) : Beiträge zu Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 25. Rostock.
- Hoffmann, Jürgen 2000: Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 12 (2000), 240-252.
- Hoffmann, Uwe 1999: Die NPD. Entwicklung, Ideologie, Struktur. Frankfurt/M. u.a.
- Ignazi, Piero 2003: Extreme Right Parties in Western Europe. Oxford.
- Kleffner, Heike 2002: RechtsRock vor Ort. Drahtzieher, Konsumenten und Produzenten. In: Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster.
- Kleffner, Heike 2005: Mittendrin – Der Kameradschaftsbund Anklam. In: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin.
- Kühnl, Reinhard/Rilling, Rainer/ Sager, Christine 1969: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/M.
- Leggewie, Claus 1994: Vorwort. In: Eckhard Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner. Berlin 1994, XI-XIV.
- Leggewie, Claus/Meier, Horst 2002 (Hrsg.): Verbot der NPD? Frankfurt/M.
- Lepszy, Norbert/Veen, Hans-Joachim 1994: ‚Republikaner‘ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament. Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. St. Augustin.
- Lepsy, Norbert 1994: Parlamentsarbeit von REP und DVU: Inkompetent, zerstritten und politisch unfähig. In: Das Parlament vom 14. April 1994.
- Mecklenburg, Jens 1999 (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP Geschichte und Zukunft. Berlin.
- Mobiles Beratungsteam 2005: MBT-Lagebilder 2005.
- Neubacher, Bernd 1996: NPD, DVU-Liste D, Die Republikaner. Ein Vergleich ihrer Ziele, Organisationen und Wirkungsfelder. Köln.
- Niethammer, Lutz 1969: Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD. Frankfurt/M.

- Nunner-Winkler et al 2005: Partikularismus und Ausländerfeindlichkeit in Ost- und Westdeutschland. In: *Leviathan* 33, 149-181.
- Pfahl-Traughber, Armin 2000: Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), 50 Jahre im Dienste der inneren Sicherheit. Köln, 185-212.
- Pfahl-Traughber, Armin 2006: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas 2004: ‚Nicht mehr nur die Freundin eines Nazis‘. In: Dies., (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin, 86-105.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas 2005 (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin.
- Rommelsbächer, Birgit 2000: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn, 199-219.
- Roth, Roland 1997: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden, 404-446.
- Rudzio, Wolfgang 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage. Wiesbaden.
- Schmollinger, Horst W. 1986: Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Opladen, 1922-1994.
- Schwab, Jürgen 1999: Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik. Stuttgart.
- Schwab, Jürgen 2002: Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge. Tübingen.
- Söffner, Peter 1999: Landesverband Sachsen. In: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart, 296-300.
- Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.
- Steglich, Henrik 2005: Die NPD in Sachsen. Göttingen.
- Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.
- Voigt, Udo 1999: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart, 469-475.
- Wagner, Peter M. 1992: Die NPD in der Kommunalpolitik. Ursachen der Erfolge einer rechtsextremistischen Partei in Villingen-Schwenningen. Freiburg.
- Wagner, Peter M. 1997: NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994. Berlin.

Die Mandatsträger der NPD

Fragebogen**I. Kommunalpolitische Arbeit der NPD in Bürgerschaft/
Kreistag/Stadtvertretung**

1. Wie viele Anträge hat die NPD in den letzten Sitzungen gestellt?

keine weniger als 5 mehr als 5 mehr als 10

Wenn ja:

2. Waren nach Ihrer Meinung die Anträge form- und fristgerecht?

ja ☐ nein teilweise

3. Waren die Anträge der NPD inhaltlich verständlich?

ja ☐ nein teilweise

4. Hatten die Anträge einen Bezug auf kommunalpolitische Probleme des Landkreises/der Kommune?

☐ ja ☐ nein

5. Steht die Bürgerschaft/Kreistag/Stadtvertretung den Anträgen der NPD eher ablehnend oder zustimmend gegenüber?

6. Als Vertretung in Bürgerschaft/Kreistag/Stadtvertretung besitzt die NPD ein Rederecht. Wie oft haben die NPD-Abgeordneten von ihrem Rederecht Gebrauch gemacht?

sehr häufig häufig eher selten sehr selten nie

Wenn ja:

7. Welche Wirkung hat das Gesagte auf Sie?

hat keine Wirkung, denn das Gesagte ist für mich inhaltlich nicht verständlich
hat keine Wirkung, denn es ist mir egal, was der Abgeordnete sagt
hat zur politischen Meinungsbildung beigetragen
hat mich nachdenklich gestimmt

8. Wie schätzen Sie die Redebeiträge der NPD-Abgeordneten ein?
(es können mehrere Möglichkeiten benannt werden)

| | | | |
|-----------|-------------------|--------------|-------------|
| polemisch | problemorientiert | provozierend | konstruktiv |
| kritisch | konfus | inhaltslos | sachlich |

II. Politische Rolle der NPD-Abgeordneten in Bürgerschaft/ Kreistag/Stadtvertretung

1. Wie oft haben Sie das Gespräch mit den beiden NPD-Abgeordneten in, während, vor und nach den Sitzungen gesucht?

sehr häufig häufig eher selten sehr selten nie

2. Wie gut kennen Sie die NPD-Abgeordneten persönlich?

sehr gut gut etwas kaum gar nicht

3. Wie gut kennen Sie die NPD-Abgeordneten aus Ihrer kommunalpolitischen Arbeit?

sehr gut gut etwas kaum gar nicht

4. Wie oft sind nach Ihrem Eindruck die NPD-Abgeordneten bei den Sitzungen anwesend?

immer meistens selten nie

5. Wie geht Ihre Partei mit den NPD-Abgeordneten in Bürgerschaft/Kreistag/Stadtvertretung um?

6. Finden Sie, dass diese Vorgehensweise gegenüber der NPD richtig ist?

ja nein

Wenn nein, warum:

III. Öffentlichkeitsarbeit der NPD

1. Betreibt die NPD Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Familien- und Kinderfeste, Jugendarbeit, Demonstrationen...)?

ja

nein

Wenn ja:

- 1.1 Aus welchen Regionen des Landkreises sind Ihnen solche Aktivitäten bekannt?

- 1.2 Auf welche Weise erfolgt die Öffentlichkeitsarbeit der NPD?

- 1.3 Wie schätzen Sie persönlich den Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit der NPD ein?

sehr groß groß mittel klein sehr klein

- 1.4 Wie treten Sie dem mit Ihrer Partei entgegen? (Mehrere Antworten möglich)

| | | |
|----------------------------|--------------------------|---|
| mit Sorge | mit Ablehnung | mit aufklärender Öffentlichkeitsarbeit |
| mit Integration der NPD | mit Protest- aktionen | <input type="checkbox"/> mit Gleichgültigkeit |

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------|---|
| A | Anklam |
| AGR | Aktionsgruppe Rostock |
| ARGE | Arbeitsgemeinschaft der Agentur für Arbeit und der Kommune zur Betreuung von bedürftigen Arbeitslosen nach SGB II |
| BBLR | Bund Bauern ländlicher Raum |
| BfB | Bürger für Boizenburg |
| BfS | Bürger für Stralsund |
| DRP | Deutsche Reichspartei |
| DVU | Deutsche Volksunion |
| FKBD | Freie Kameradschaft Bad Doberan |
| GNS | Greifswalder Nationalsozialisten |
| HBP | Heimatbund Pommern |
| HLA | Hamburger Liste Ausländerstopp |
| HNG | Hilfsorganisation für Nationale Gefangene |
| JN | Junge Nationaldemokraten |
| KBA | Kameradschaftsbund Anklam |
| KBU | Kameradschaftsbund Usedom |
| KPV | Kommunalpolitische Vereinigung |
| LWL | Ludwigslust |
| MBT | Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur |
| NGB | National-Germanische Bruderschaft Ueckermünde |
| NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschland |
| NSAM | Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland |
| NSAN | Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland |
| OVP | Ostvorpommern |
| PAF | Pommersche Aktionsfront |
| S | Stralsund |
| SNBP | Soziales und Nationales Bündnis Pommern |
| UR | Usedomer Ring |
| UWG | Unabhängige Wählergemeinschaft Bansin |
| WGGM | Wählergemeinschaft Gemeinde Murchin |
| WGK | Wählergemeinschaft Karlsburg |

Autorenangaben

Katharina Beier, geboren 1978, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte

Jenny Bogitzky, geboren 1984, Studienfächer: Politikwissenschaft, Anglistik/Amerikanistik

Hubertus Buchstein, geboren 1959, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte

Katharina Feike, geboren 1976, Studienfächer: Politikwissenschaft, Betriebswirtschaftslehre, Erziehungswissenschaften

Benjamin Fischer, geboren 1979, Studienfächer: Politikwissenschaft, Germanistik

Pierre Freyber, geboren 1977, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichte, Kommunikationswissenschaft

Mathias Strüwing, geboren 1981, Studienfächer: Politikwissenschaft, Psychologie, Kommunikationswissenschaft

Tim Wiedemann, geboren 1976, Studienfächer: Politikwissenschaft, Anglistik/Amerikanistik

Alle Autoren studieren, forschen oder arbeiten am Institut für Politikwissenschaft der Universität Greifswald.